

# MONATSZEITUNG

M O Z

FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

## WÄHRUNGS- UNION

In  
den  
Grenzen  
von  
1938?

Grüne Programmdiskussionen

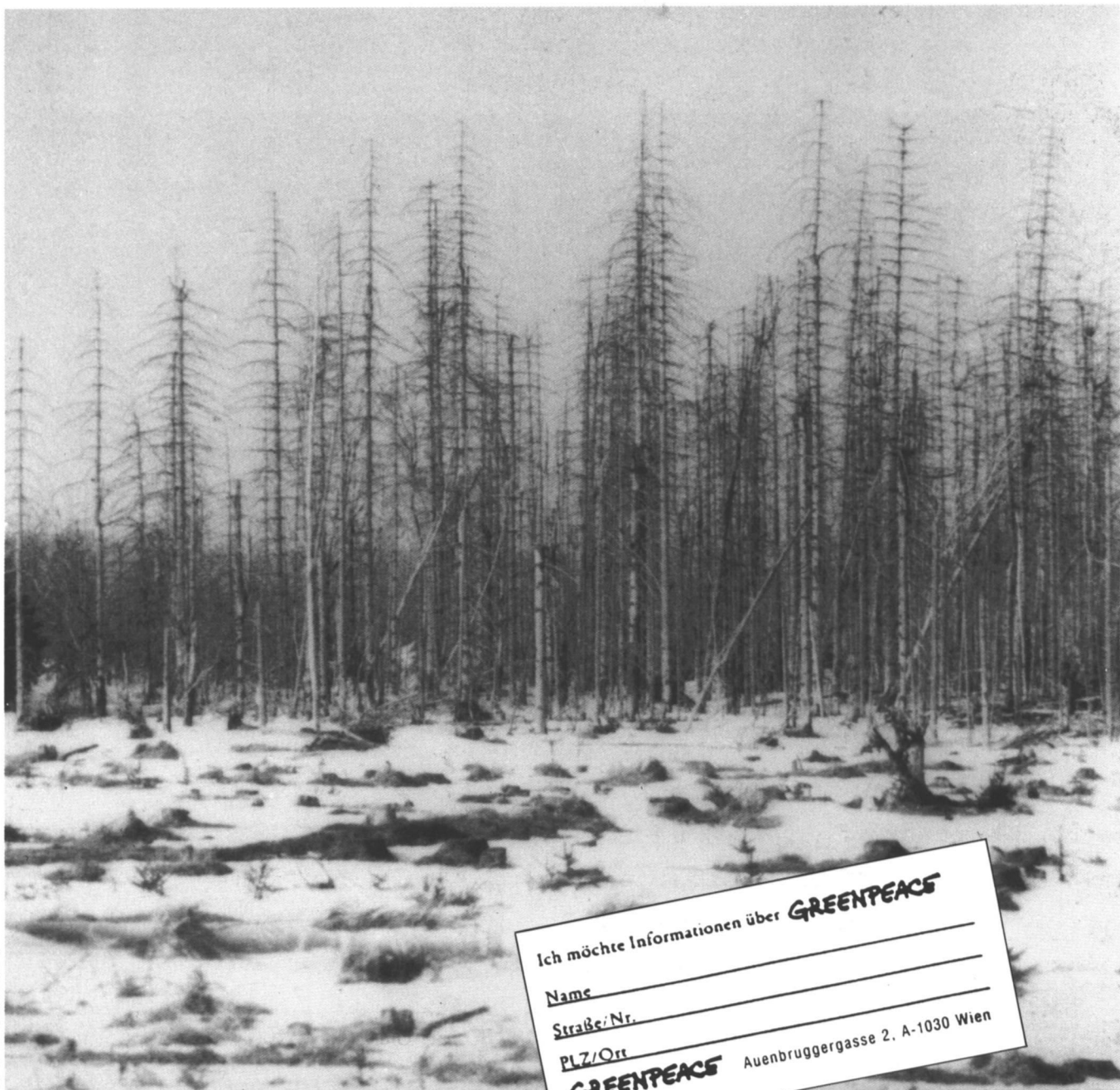
EXPO: Wahn statt Plan

DDR-Medien: Shopping für Springer & Co

### RUMÄNIEN

- Freies Wort und nichts zu essen
- Interview mit Silviu Brucan

GREENPEACE



M - S - B - K Hamburg

Ich möchte Informationen über **GREENPEACE**

Name \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

**GREENPEACE** Auenbruggergasse 2, A-1030 Wien

Wie konnten wir es  
zulassen, daß unsere  
Erde in so kurzer Zeit  
vergiftet wurde?



Fotos: von der Straeten

DAS

INTERVIEW

Hannes Androsch mit den MONATSZEITUNG-Redakteuren Christof Parnreiter (links) und Hannes Hofbauer (rechts)

## EINE FÜRCHTERLICH KRITISCHE ZEIT

Hannes Androsch galt lange Jahre als 'Kronprinz' des ehemaligen Kanzlers Kreisky, war von 1970 bis 1981 Finanzminister, dann Vorstandsvorsitzender der „CA“. Heute ist Androsch, gegen den ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung gerichtsanhängig ist, als internationaler Wirtschaftsberater in Wien tätig.

Hannes Hofbauer und Christof Parnreiter sprachen mit ihm über die deutsche Einheit, über das neue Europa und über die wirtschaftlichen und politischen Chancen und Risiken, die sich daraus, auch für Österreich, ergeben.

**MONATSZEITUNG:** Die deutsch-deutsche Einheit macht Deutschland größer. Was bedeutet das für Europa, und zwar nicht nur gegen Westen, also die EG, sondern auch gegen Osten?

**Androsch:** Man muß da weiter ausholen. Der Erste Weltkrieg hat zur Folge gehabt, daß die Habsburger Monarchie und das Ottomanische Reich zerfallen sind. In der Folge wurde, vor allem von Frankreich aus, eine Friedensordnung versucht, die aus durchaus verständlichen Gründen gegen Deutschland gerichtet war. Das hat eine 'Ordnung' im östlichen und südöstlichen Mitteleuropa geschaffen, die nicht funktionieren konnte. Die Amerikaner haben sich beleidigt zurückgezogen, die Engländer haben andere Interessen verfolgt und die Franzosen waren zu schwach, um ihre Friedensordnung zu tragen. Das Ergebnis war eine Katastrophe und hat zu einer anderen Ordnung geführt, die sehr viel schlimmer war, nämlich die Ordnung Hitlers. Die ist auch gestorben, mit allen Opfern, die das bedeutete. Und danach hat eine stalinistische Sowjetunion ihre Ordnung geschaffen, die ist auch gefallen. Jetzt haben wir die Chance und die Hoffnung, daß es für die Viel-

falt des europäischen Raums zum ersten Mal eine wirklich partnerschaftliche Ordnung geben kann. Wir haben derzeit drei Tendenzen: die westeuropäische Integration der EG, die ja nicht zuletzt dazu bestimmt ist, eine Kontrolle Deutschlands herbeizuführen, die deutsche Einigung und drittens die Umwälzungen im östlichen Mitteleuropa. Das bedeutet große Chancen und sicherlich keine leichten Lösungen, weil es gilt, eine zeitgemäße Balance zu finden, die verschiedenes berücksichtigt: Die großen Staaten sind zu klein für die großen Dinge, nationalstaatliche Souveränitätsillusionen sind abzubauen, die Sowjetunion stellt immer noch eine Weltmacht dar, damit bedarf es sicherlich auch der amerikanischen Beteiligung, dann geht es auch darum, daß an Stelle des Stacheldrahtes keine unsichtbare Trennungslinie entsteht von Überfluß und Mangel. Diese Aufgabenstellung steht unter einem irrsinnigen Zeitdruck. Sie beobachten ja die Beschleunigung der Vereinigung Deutschlands durch die normative Kraft des Faktischen, weil die DDR in sich zusammenbricht.

**MONATSZEITUNG:** Ist diese neue europäische Partnerschaft nicht vielmehr eine dritte versuchte ▶

Es wird eine  
beachtliche  
Arbeitslosigkeit  
geben.

Antwort der Deutschen auf die anglo-französischen Hegemonieansprüche?



**Androsch:** Ja, da wird es sicherlich solche Tendenzen geben. Ich würde aber die beiden deutschen Staaten und ihre Menschen heute so einschätzen, daß sie erkannt haben, daß sie in einer besonders komplizierten geographischen Lage sind und wissen, daß das Wilhelminische Deutschland, das bis zu einem gewissen Grade erzwungene Weimarer Deutschland und Hitlerdeutschland keine Lösungen waren.

**MONATZEITUNG:** Welcher Ausgang des derzeitigen Umbruchs scheint Ihnen am wahrscheinlichsten?

**Androsch:** Ich kann keine Prognosen stellen, nur Wünsche äußern. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten braucht eine feste Verankerung in Westeuropa, vornehmlich in Frankreich, sie braucht auch Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion, sie muß die Versuchung meiden, aus Deutschland eine Nuklearmacht zu machen. Noch etwas: ich lege großen Wert darauf, daß es eine Vereinigung und nicht Wiedervereinigung ist. Und wenn ich sage: Vereinigung der beiden deutschen Staaten, will ich auch sagen, daß Österreich nicht der dritte deutsche Staat ist.

**MONATZEITUNG:** Warum betonen Sie dies so?

**Androsch:** Weil ich es als einen Mangel empfinde, daß wir das nicht hinreichend klar gemacht haben, weil in Paris ein Herr Chirac von einer solchen Vorstellung ausgeht, was aber ein historisches Mißverständnis ist. Und für unsere Funktionserfüllung auch im Hinblick und im Rahmen der EG hinderlich, weil ganz falsche Ressentiments dadurch geweckt werden.

**MONATZEITUNG:** Namhafte Ökonomen befürchten heute, daß eine schnelle Einheit wirtschaftspolitisch große Gefahren in sich birgt. Wie sehen Sie das?

**Androsch:** Ich bin überzeugt, daß es klappen wird, allerdings nicht ohne Reibungsverluste. Die Vereinigung wird nicht zum Nulltarif zu haben sein. Die Frage ist, wie die Kosten dargestellt werden und wer sie zu tragen hat. Das ist ein Verteilungsproblem. Wenn man sagt, es werden keine Steuern erhöht, dann wird es mehr Inflation geben; wenn man mehr Inflation hat, wird man höhere Zinsen haben usw ... Es wird eine beachtliche Reibungsarbeitslosigkeit geben - mit sozialen Unruhen oder wenigstens die Gefahr dazu. Da ist es sicherlich vernünftiger, die Menschen noch einige Zeit in den Betrieben zu lassen und Übergangslösungen zu finden, denn die Kosten werden so oder so anfallen, und man wird gut beraten sein, sie in einer möglichst friktionsarmen Weise zu absorbieren. Wegbringen wird man sie nicht können. Ich unterschätze die Schwierigkeiten nicht.

**MONATZEITUNG:** Die Übergangslösungen würden voraussetzen, daß die Währungs- und Wirtschaftsunion etwas langsamer durchgeführt werden müßte.

**Androsch:** Da haben sie gar keine Chance, weil die Menschen das erzwingen. Es gibt zwei antagonistische Zeitfaktoren. Der eine lautet: Jetzt haben wir uns die Freiheit erstritten, jetzt wollen



wir statt dem Trabbi sofort einen Mercedes. Wir wissen aber, daß es zwar möglich ist, von heute auf morgen sich die politischen Freiheiten zu erstreiten, aber wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen, dauert Jahre. Das ist eine fürchterlich kritische Zwischenzeit.

**MONATZEITUNG:** Wie fürchterlich?

**Androsch:** Wenn ich jetzt eine Zahl nenne, dann mit dem Wunsch, daß es nicht passiert, weil man weiß, daß es passieren kann. Rein mechanistisch kriegt die DDR eine Arbeitslosigkeit von 2 - 2 1/2 Millionen Menschen. Die Gefahr des sozialen Protests ist sehr groß ...

**MONATZEITUNG:** ... der sich dann vielleicht sogar national äußert ...

**Androsch:** ... der sich national äußert und auch mißbraucht werden kann. Es ist ein Unterschied, ob ich über drei, vier Jahre einen Einschleifungsprozeß durchführe, oder ob ich sage: Stichtag X, Rübe ab.

**MONATZEITUNG:** Was auch passiert: Stichtag 2. Juli, Währungsunion, Rübe ab.

**Androsch:** Nein. Das ist eine Gefahr; ich gehe aber davon aus, vielleicht hoffe ich auch nur, nein, ich gehe davon aus, daß man bei den Verantwortlichen weiß, daß auch die Arbeitslosigkeit Geld kostet und zudem politisch gefährlich ist und es daher klüger ist, dasselbe Geld, oder vielleicht noch etwas mehr, in eine einschleifende Periode zu investieren. Das gilt nicht nur für die DDR, sondern auch für Ungarn, die CSFR, Polen; von der Sowjetunion, Bulgarien oder Rumänien ganz zu schweigen.

**MONATZEITUNG:** Wer soll das alles bezahlen?

**Androsch:** Es gibt keinen reichen Onkel aus Amerika. Bezahlt werden kann nur aus dem, was man erwirtschaftet. Es wird darum gehen, zu helfen, daß die Betroffenen sich möglichst rasch selbst helfen können.

**MONATZEITUNG:** Es gibt Stimmen, die sagen, daß die deutsche Vereinigung auf dem Rücken des übrigen Ostblocks ausgetragen wird, weil Hilfestellungen und Investitionen der größten Wirtschaftsmacht Europas, der BRD, sehr konzentriert nur in die heutige DDR fließen werden.

**Androsch:** Wenn das so wäre, wäre die Sorge berechtigt. Es ist aber nicht so. Das Interesse in anderen Bereichen ist durchaus sehr groß und es soll auch nicht nur Sache der BRD sein. Es ist alles, was an Wirtschaftskraft in der OECD vereinigt ist, aufgerufen, auch im eigenen Interesse, sich mehr zu beteiligen.

**MONATZEITUNG:** Und Österreich?

**Androsch:** Österreich wird aus den drei Entwicklungen - der Dynamik des Binnenmarktes, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der Umwälzung in unserer östlichen, südöstlichen Nachbarschaft - einen beachtlichen Nutzen ziehen, den größten wahrscheinlich nach der BRD selbst. Wir haben die engste Verflechtung mit der BRD, aber zugleich die engste Verflechtung mit den sogenannten RGW-Staaten. Es wird von uns abhängen, wie weit wir profitieren können. Wir sollten und könnten also viel mehr tun, aber nicht als Geschenk, sondern in unse-

rem eigenen Interesse. Daher ist die Diskussion um das Asylrecht ebenso eine Schande wie die Frage der Ausländerbeschäftigung. Zu fragen, ob ein Brünner ein Bier servieren oder als Lektor an der Uni Tschechisch lehren darf, ist lächerlich. Die Stimmung des Volkes ist auch nicht so, wie schwachsinnige Funktionäre herumblödeln und wie es in den Zeitungen von Gleichgesinnten wiedergegeben wird. Sofern der Vergleich für ein Binnenland überhaupt ein sinnvoller ist, muß man sagen: das Boot ist längst nicht voll, ganz im Gegenteil: wir brauchen die Leute, vordergründig ökonomisch, aber noch mehr demokratisch, kulturell, und jemand aus Budweis, Győr, Budapest, Prag oder sonstwo ist kein Ausländer, sondern ein Nachbar. Von dort kommen wir alle her.

**MONATSZEITUNG:** Das Problem scheint zu sein, daß die Grenze zwischen Überfluß und Mangel, die jahrzehntlang durch Mauer und Stacheldraht fixiert war, nun offen ist: Überfluß und Mangel prallen aufeinander.

**Androsch:** Und 1956 und '68 und '79? Da nicht? Dieser Teil Europas, in dem wir leben, war immer vom Zuzug gekennzeichnet. Die Leute heißen Vranitzky, Hawlicek, Lacina, Busek, Androsch usw. Es ist eine beschränkte, kleinbürgerliche und faschistoide Argumentation, daß ich mich nur aufregen kann darüber.

**MONATSZEITUNG:** Nochmals zur Position Österreichs. Es schaut so aus, als ob eine autonome Politik, vor allem in währungs- und wirtschaftspolitischer Hinsicht, heute kaum möglich ist. War das früher, als sie Finanzminister waren, noch anders?

**Androsch:** Die Hartwährungspolitik, die wir gesteuert haben, war, wenn Sie wollen, die Aufgabe der Souveränitätsillusion. Wir haben halt internationaler gedacht als heute.

**MONATSZEITUNG:** Das war jetzt positiv formuliert. Anders gefragt, war es auch damals nicht möglich, einen autonomen Kurs zu steuern?

**Androsch:** Natürlich nicht. Das haben wir zur Kenntnis genommen und danach gehandelt und uns nicht einer biedermeierlichen Souveränitätsillusion hingegeben.

**MONATSZEITUNG:** Wäre es nicht dennoch besser, Österreich würde die Abhängigkeit streuen, statt nur Satellit der BRD zu sein?

**Androsch:** Wenn Österreich als Satellit bezeichnet wird, dann ist das eine subjektive Beurteilung, die einen wahren Kern hat, aber das gilt für Dänemark, die Niederlande, Belgien, Frankreich ... auch. Denn die Feststellung, daß die stärkste Ökonomie ein Gravitationszentrum ist, ist eine Banalität. Zum anderen stimmt es eben nicht, denn neben der BRD-Orientierung haben wir noch eine sehr starke anderswo, denken Sie nur an unsere Nord-Süd-Funktion. Der Verkehr ist ja nicht nur von Deutschland nach Italien oder auf den Balkan, sondern er kommt von Skandinavien, Belgien oder den Niederlanden und geht auch in die andere Richtung. Im übrigen glaube ich, daß eine vernünftige Mitgliedschaft Österreichs in der EG auch den Zweck hätte, und das müßte man vor allem in Paris klarmachen, daß wir eben kein BRD-Satellit sind oder sein wollen. Die

Ängste, aus Frankreich etwa, stammen aus der sehr reduzierten Betrachtungsweise, die Österreich als dritten deutschen Staat ansieht. Deshalb habe ich das ja so betont, daß wir das seit 1156 nicht sind.

**MONATSZEITUNG:** Wenn Österreich wirtschafts- und währungspolitisch nicht souverän ist, warum gesteht man uns dann zumindest derzeit noch eine gewisse politische Souveränität zu? Warum dürfen wir den Schilling, der ja fix an die DM angekoppelt ist, noch Schilling nennen?

**Androsch:** Weil das lange dauert, bis man solche Relikte überwindet. Es ist noch keine 150 Jahre her, da hat es in jedem Fürstentum eine eigene Währung gegeben und einen eigenen Brückenzoll. Was die Koppelung des Schillings an die DM betrifft, so haben wir uns an der stabilsten Währung orientiert, und das hat Erfolg gehabt. In der jetzigen Situation kann ich mir aber durchaus vorstellen, daß wir gegenüber der DM um 5 - 7% aufwerten.

**MONATSZEITUNG:** Warum?

**Androsch:** Weil wir eine boomende Ökonomie haben, weil wir dadurch mehr Stabilität bekommen, weil es inflationsdämpfend ist und strukturell fördernd wäre.

**MONATSZEITUNG:** Sollte das auch in der BRD passieren?

**Androsch:** Die haben ein anderes Problem: die Kosten der DDR. Die haben wir ja nicht.

**MONATSZEITUNG:** Und die BRD wird auch nicht versuchen, diese Kosten mit uns zu teilen?

**Androsch:** Erstens hätte das vom Gewicht her keine Bedeutung, und zweitens wird es nicht gehen. Eine gewisse leichte Abkoppelung würde das sogar noch unterstützen, daß die Kosten nicht geteilt werden können.

**MONATSZEITUNG:** Wie realistisch ist das?

**Androsch:** Es ist möglich und erwägenswert.

**MONATSZEITUNG:** Es ist doch etwas überraschend, daß es bezüglich der Abkoppelung einen breiten Konsens gibt, auch zwischen so verschiedenen Personen wie Ihnen und dem ehemaligen Außenminister Lanc.

**Androsch:** Ich bin gar nicht der Meinung des Lanc, den ganz andere Motive leiten. Ich bin der Meinung, wir sollten das engstmögliche Verhältnis zur EG via Paris anstreben. Die Entkopplung findet ja nicht in Schwarz-Weiß-Form statt, sondern in Grauschattierungen. Und innerhalb eines Trends kann ich mich ein bißchen mehr auf die oder jene Seite bewegen.

**MONATSZEITUNG:** Eine letzte Frage: was würden Sie einem Geldanleger heute raten?

**Androsch:** Das ist kein Anlageproblem in einer spekulativen Weise. Ich sage jedem, der rasches Geld im Osten machen will, der soll es bleiben lassen. Im sogenannten Osten soll sich nur jemand orientieren, der langfristig eine Partnerschaft sucht.

**MONATSZEITUNG:** Und einer, der nichts außer seiner Arbeitskraft zu verkaufen hat, was soll der in der derzeitigen Situation tun?

**Androsch:** Seinen Kopf einsetzen. Das ist das wertvollste Kapital, das es heute gibt.

**MONATSZEITUNG:** Danke für das Gespräch. ■

Die Diskussion  
um das Asylrecht  
ist eine Schande.

Keine  
biedermeierlichen  
Souveränitäts-  
vorstellungen!

# Der distreke Charme des Fußballsportes

## allerhand charmante Fans



## kurvösend charmante



## Spitzige



## Der Charme der TV-Reporter & Pumpspitzen



Es hat unsere Mannschaft heute keinen guten Tag gehabt, aber auch der Gegner ist sehr stark gewesen und wir, muß man sagen, in einer Topform. Sicherlich, es wird die drei Eierstose und der Foull am Schied, nicht wirklich notwendig sein, aber auch so halten wir in dem Spiel nur eine einzige echte Torchance wie die Cockpats von unserem Leiter bekommen ist habe ich den Ball gleich wulla gespielt und den Torwahrer in die Mapenprobe getroffen. Aber der Verteidiger konnte leider vor der Linie retten. Ich hoffe, daß es in dem nächsten Spiel besser für unser Team läuft und glaube, daß wir auch noch Tore machen werden.

# INHALT

MONATSZEITUNG NR. 54/JULI/AUGUST 1990

TITEL:  
DEUTSCH-DEUTSCH-  
ÖSTERREICHISCHE  
WÄHRUNGSUNION  
In den Grenzen  
von 1938?

Seite 10

## AUSSEN POLITIK

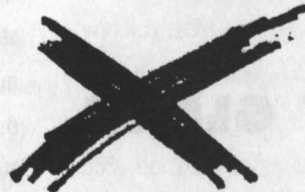
- DDR-Medien:  
**Made by Springer & Co** 19  
Von Karl Lind
- Das kroatische Volk hat gewählt:  
**Jugoslawien kaputt?** 24  
Von Igor Schellander
- Angst vor 1997. Hongkong wird frei:  
**White or Wong** 27  
Von Frank Braßel
- Rumänien:  
**Freies Wort und nichts zu essen** 30  
Von Hannes Hofbauer, Viorel Roman  
und Susan Zimmermann
- Interview mit Silviu Brucan:  
**„Ihr Westeuropäer seid Heuchler!“** 35  
Von Hannes Hofbauer
- Rumänienhilfe:  
**Demokratie gegen Zucker** 38  
Von Claudia Pilhatsch und Karl Lind
- Kinderarbeit in Süditalien:  
**Zwischen Familie und Mafia** 39  
Von Sylvia Jura
- Auch im Fußball:  
**Nie wieder Deutschland!!!** 44  
Von Dietrich Schulze-Marmeling

## INNEN POLITIK

- Autonomes Beislprojekt:  
**10 Jahre Rotstilzchen und ...  
ein Ende** 14  
Von Heike Galley
- Grüne Programmdiskussion:  
**17 Schritte, aber wohin?** 16  
Von Christof Parnreiter



Reisen - nie endende Suche nach dem Paradies?



## MAGAZIN

- Inland 64
- Ausland 68
- Kultur 71
- LeserInnenbriefe  
und Impressum 81

## RUBRIKEN

- Das Interview** 3  
mit Hannes Androsch.  
Von Hannes Hofbauer und  
Christof Parnreiter
- Comics** 6  
Von Gerhard Schattauer
- Übergriffe** 18  
Gorbat-Show  
Von Franz Schandl
- Kommentar zur  
Weltlage** 42  
Bankrott  
Von Immanuel Wallerstein
- Kommentar** 61  
Der Jud ist schuld  
Von Erica Fischer
- Philosophischer  
Diskurs** 62  
Lüstlinge aller Länder,  
entschleunigt die Zeit  
Von Peter Jirak
- Die andere  
Geschichte** 74  
Vor 80 Jahren  
Soziales Elend in  
der Kaiserstadt  
Von Michael John
- Plattenkritiken** 75
- Artodrom** 76
- Bücher** 78  
Rezensiert von Susi Harringer

## KULTUR

- Frauenkriminalität:  
**F wie Freiheit  
R wie Recht  
A wie Achtung  
U wie Unabhängigkeit** 45  
Von Kerstin Kellermann
- Geschichtswerkstätten in Deutschland:  
**Grabe, wo du stehst!** 48  
Von Christine Weber-Herfort
- EXPO '95:  
**Wahn statt Plan** 51  
Von Ulrike Sladek
- Reise:  
**Strangers in Paradise** 54  
Von Christian Feichtinger
6. Österreichische Frauensommeruniversität:  
**Jede für sich und Gott gegen alle?** 58  
Von Birge Krondorfer



Foto: Hannes Hofbauer

Studentenprotest in Bukarest

## WARUM NICHT GLEICH WIEDER DEUTSCHLAND?

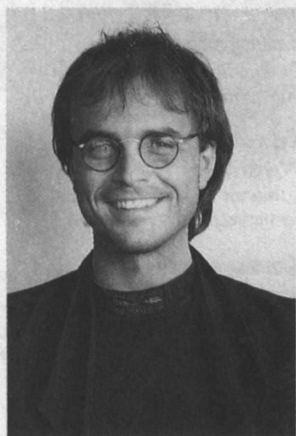


Foto: von der Stroeten

Von Karl Lind

Den Brüdern und Schwestern im Osten kann es nicht schnell genug gehen.

Zwei Wochen vor der sogenannten Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD stellte man in der Volkskammer den Antrag, sofort den Antrag

zu stellen - um Aufnahme in die bundesdeutschen Westgebiete. Auf den Rat des Präsidenten hin reichten die Abgeordneten die Entscheidung dann allerdings an die Ausschüsse weiter.

Trotz der warnenden Stimmen - von Oskar Lafontaine bis Karl Otto Pöhl - lockt die Westmark und mit ihr die Erfüllung der Sehnsucht, endlich auch zu den erfolgreichen Deutschen gehören zu dürfen. DDR-Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit, Anheizung der Inflation im Westen und ähnliches bleibt erst mal außen vor.

Kein Thema in Ost wie West, das nicht das Thema Nr. 1 berührte. In Berlin und Frankfurt, Leipzig und Dresden, Autonome wie Alternative, Yuppies und Bürgerliche, alle reden sie von der deutsch-deutschen Zusammenführung. Alle auf ihre Weise. Denn was deutsch ist, soll auch deutsch sein dürfen, gemeinsam und nicht getrennt.

Die Deutschen aller Länder vereinigen sich.

Was aber, wollten alle hören, sollte denn nun mit Österreich passieren? Ich als Österreicher hätte dies doch zu wissen.

Wenn sie alle wieder zusammenkämen, wieso sollte die südliche Alpenrepublik draußen warten, diese österreichische Nation, die doch vom Kärntner Ministerpräsidenten als „Mißgeburt“ bezeichnet wurde. Dies Land ohne Tradition, ohne richtige eigene Industrie, mit dem Präsidenten, das Land, das ja schon einmal jubelte, als es soweit war und nur mehr Gott es schützen sollte. Wann überlegt Ihr denn die politische Annäherung? fragten die, die das sicher nicht möchten, aber nicht verstehen können, wie es anders kommen könnte.

Warum die Endlos-Debatte um Oder und Neiße, mal Bestätigung, mal Hinterfragung und Lavieren, jedenfalls aber Thematisierung. Warum nicht auch mal einen Disput um die österreichischen Grenzen, wie ihn der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl vor ein paar Monaten angeregt hatte? Als er vom „stärksten Wirtschaftsraum der Welt“ schwärmte, in dem die „Deutschen ihren Platz haben, mit offenen Grenzen zur CSSR, zu Polen, zu Ungarn.“ Wir in Österreich, meinten alle, hätten da sicher 'ne heiße Diskussion zum Thema.

Mitnichten. Selbst Helmut Kohls vorsichtige Aufforderung blieb ohne nennenswerte Resonanz. Vielleicht hier und da eine scheue Stimme, die sich erhebt zum Ruf nach droben, doch heiße Diskussionen? - keinesfalls.

Wir Österreicher und Österreicherinnen haben doch wirklich keine Gründe, wieder dorthin zu wollen, wo wir doch schon einmal waren und was uns verheerende Folgen brachte. Denn wie könnten wir wollen, wenn die, zu denen wir wollen sollten, uns im Moment gar nicht mögen? Sind doch die Deutschen soeben mehr als beschäftigt mit ihrer eigenen Zusammenführung, damit, die polnische Westgrenze beschwörend zu bestätigen, das gemeinsame Haus Europa zu bauen, immer mehr zu exportieren, die ganze Welt - und insbesondere die Sowjets - von ihrer Harmlosigkeit zu überzeugen, die DM zu stählen und sämtliche deutsche Aussiedler und Aussiedlerinnen aus aller Welt zusammenzusammeln. Eine Integration der Alpenrepublik käme



da, auch wenn sie noch so schnell und einfach erfolgen könnte, denkbar ungelegen und würde die deutsch-deutsche „Wiedervereinigung“ empfindlich stören. Und weil wir das in Österreich wissen und respektieren, diskutieren wir das gar nicht erst - offiziell.

Und das meinst du wirklich? Soll das der Grund sein dafür, daß es so ruhig ist bei Euch um vieles, das einen Anschluß betreffen könnte?

Sicher ein Grund, wenn auch nicht der einzige. Da ist auch noch die heimischerorts ziemlich konsensuell angestrebte Integration Österreichs in die Europäische Gemeinschaft bzw. in das, was die mal werden wird. Selbst Landeshauptmann und „Anti-Nationalist“ Jörg Haider wünscht sich dies zum möglichst baldigen Zeitpunkt. Beide Integrationen nun, die ins Neue Deutschland und in die EG, sind selbst für die außenpolitisch so versiert auftretende österreichische Bundesregierung, in diesem Fall repräsentiert von Alois Mock, schwierig hinzukriegen. Man stelle sich die Reaktion eines Francois Mitterrand vor, einer Margaret Thatcher oder eines Michail Gorbatschow, wenn sie über einen Austro-Anschluß an ein Großdeutschland entscheiden sollten und, parallel, über eine Integration in die Europäische Gemeinschaft. Die mühevoll Kleinarbeit des regen österreichischen Außenministers wäre mit einem Schlag zunichte gemacht. Keine Ordonnanzen mehr in Paris, keine mehr in Brüssel, Straßburg, London und Rom. Wo doch gerade im Moment alles, was unsere EG-Ambitionen betrifft, so optimistisch klingt. Da sind eben Prioritäten zu setzen, und dies tun wir in Brüssel und Paris, - nach Berlin können wir immer noch gehen. Außerdem wären wir dann, wenn in der Gemeinschaft, den Deutschen sowieso wieder ein kleines Stück näher.

Und sonst?

Und sonst sollte man mal die Mär entkräften, nach der die Österreicher und die Österreicherinnen immer nur nach Norden streben. Wer sagt denn, daß das so sein muß? Traditionell waren wir doch eher gen Osten hin orientiert, dort haben wir ja auch unsere ruhmreichste Geschichte vorzuweisen.

Wer so richtig rückschrittlich, blickt nun nicht nach Bonn oder Berlin, sondern nach Prag, Budapest und Belgrad. Und die Fortschrittlichen tun dies ja sowieso, seit es diese Eisernen Vorhänge nicht mehr gibt. Ein paar Deutschnationale, so viele sind es wirklich nicht, mit denen macht man keinen Stich, und außerdem haben wir heute eine ganz andere Situation als in den zwanziger und dreißiger Jahren.

Und schließlich: Warum sollten sie, die Österreicher und Österreicherinnen, was offiziell anstreben, was doch inoffiziell sowieso schon seit geraumer Zeit besteht? Warum sollten sie sich belasten mit Überlegungen, deren Inhalt von der real existierenden Ökonomie eindrucksvoll bestätigt wird? Warum die Plaudereien von den Stammtischen in die Medien holen, nur um ein paar schnöselige Wähler/innen/stimmen zu kriegen, während man sich, gleichzeitig, eventuell unheilvollst diskreditieren könnte? Spätestens seit Waldheim weiß man ja heimischerorts, wie sehr die internationale Meinung bares Geld wert sein kann. Welche Beträge für Imageausbesserung abgezweigt werden müssen, nur weil ein einsamer Mann in seiner Burg ein paar dusselige Sätze zu erwähnen vergessen hat.

Man denke nur an den Erklärungsaufwand der immer exportorientierten heimischen Unternehmer anlässlich ihrer zahlreichen Auslandsverhandlungen in fremden Hauptstädten. Und erst der immense politische Schaden, der entstehen könnte bei allzu großer Unvorsichtigkeit.

Angesichts unserer Außenhandelsstatistiken müssen wir uns wirklich nicht beeilen. So wurden etwa im Jahre 1988 immerhin 68% der Einfuhren und 63% der Ausfuhren mit der EG abgewickelt. Daß aber 65% der EG-Importe aus der BRD kommen und 55% der österreichischen EG-Exporte in die BRD gebracht werden, hört man viel zu selten hier im Land.

Alleine die Zulieferindustrie für die bundesdeutschen Autoproduzenten offenbart das Maß an bereits erfolgter Anbindung. „Die österreichische Zulieferindustrie für die westdeutsche Automobilindustrie“, schreibt die Wissenschaftlerin Margit Scherb, „ist mit diesem Teil der bundesdeutschen Wirtschaft über den Außenhandel - und in geringerem Maß auch über Direktinvestitionen - besonders intensiv verbunden.“ In den letzten zehn Jahren ist der Wert der Zulieferungen von ca. 2,8 Mrd. auf stolze 25,5 Mrd. Schilling gestiegen.

Ein Grad an ökonomischer Verknüpfung, quer durch alle Branchen, der den Ruf nach politischer Integration - in der momentanen Situation - unerhört bleiben läßt. Hierzulande passiert alles ein bißchen langsamer als etwa in Deutschland, und gegebenenfalls können wir uns ja dann in Berlin wieder melden. ■

**P.S.** Und wieder fehlt der „Gegentext“ in der MONATSZEITUNG, der politische Kommentar aus der BRD von Jutta Ditfurth. Wir hoffen, beim nächsten Mal klappt's wieder.

Und - die nächste MONATSZEITUNG erscheint am 31. 8. 1990.

# DEUTSCH-DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE WÄHRUNGSUNION:

■ Ende Mai war es, als Ferdinand Lacina, Finanzminister in Wien, im österreichischen Schloßhof seine Ressortkollegen aus Bonn, Bern, Budapest und Prag traf. Gesprächsthema Nummer Eins war - wie könnte es anders sein - die deutsche „Vereinigung“ oder, korrekter ausgedrückt, die Annexion der DDR. Und obwohl WirtschaftsexpertenInnen mit Prognosen über deren Auswirkungen sehr vorsichtig sind und warnende Stimmen, die gegen alle Aufschwungseuphorie eine düstere Zukunft prophezeien, keineswegs vereinzelt bleiben, waren die Finanzpolitiker einer Meinung: Ganz Europa werde vom Wachstumsschub, den die „Vereinigung“ auslösen werde, profitieren, faßten sie ihre Gespräche zuversichtlich zusammen.

Auch die erst jüngst bestellte Präsidentin der Österreichischen Nationalbank, Maria Schaumayer, übt sich in Optimismus. Die Angst um die Härte der DM sei wegen des zu erwartenden Wirtschaftswachstums unbegründet, weswegen die Bindung des Schillings an die DM gar nicht in Frage zu stellen sei, erklärte die oberste Wächterin des Schillingkurses selbst- und österreichbewußt.

Was Schaumayer als Leitlinie künftiger österreichischer Geldpolitik darstellte, ist bei genauerer Betrachtungsweise lediglich die Fügung in Unabänderliches. Denn die Politologin Margit Scherb und die Soziologin Inge Morawetz orten in ihrem kürzlich herausgegebenen Buch „In deutscher Hand“ eine „weitgehende ökonomische Abhängigkeit von der BRD“. Anders formuliert: Welche Auswirkungen die Annexion der DDR auf die deutsche und in Folge die europäische Wirtschaft auch immer haben wird, Österreich ist ihnen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

## Deutsch-österreichische Währungsunion

Was für die DDR ab Juli gilt, ist in Österreich schon geraume Zeit Wirklichkeit: die Währungsunion mit der BRD. Der Kurs des Schillings, also sein Umtauschverhältnis zu anderen Währungen, ist nämlich seit 1981 de facto fix an die DM gekoppelt. Jede bedeutende Schwankung der DM wirkt sich automatisch auf Österreich aus - fällt die DM, fällt der Schilling, steigt sie, steigt er (ihr nach). Daß der Schilling noch Schilling heißt, ist somit nur mehr ein eher belangloses Zugeständnis an die österreichische nationalstaatliche Souveränität

- eine eigenständige Währungspolitik, oder zumindest eine, die sich an verschiedenen Leitwährungen orientiert, haben Bundesregierung und Nationalbank längst aufgegeben. Schaumayers kürzlich verstorbener Vorgänger Klauhs machte keinen Hehl daraus, daß Österreichs finanzpolitischer Spielraum sehr eng ist, daß die Koppelung des Schillings an die D-Mark „autonom gesetzte Geldmengen- oder Zinsziele ausschließt“, wie es 1989 in den Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank heißt.

Die in Umlauf gebrachte Geldmenge und der Zinssatz für Kredite und Spareinlagen sind - bei aller Beschränktheit nationalstaatlicher Ökonomiemodelle - Möglichkeiten, in die Binnenwirtschaft regulierend einzugreifen. Durch die de-facto-Währungsunion verzichtet Österreich allerdings auf dieses entscheidende wirtschafts- und sozialpolitische Steuerungselement und läßt damit zu, daß die BRD, die als westeuropäische Hegemonialmacht und bedeutendste Handelspartnerin für die Alpenrepublik ohnehin die äußeren Rahmenbedingungen für Österreichs Ökonomie festlegt, auch die internen wirtschaftspolitischen Eckdaten bestimmt.

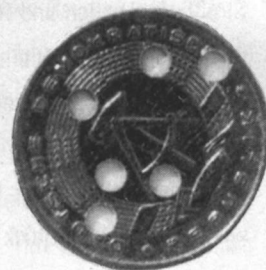
## Strukturelle Abhängigkeit

Doch nicht nur die österreichische Währungspolitik wird von Frankfurt aus, dem Sitz der Deutschen Bundesbank, diktiert. Auch der Außenhandel ist auf den 'großen Bruder' konzentriert. 1988 kamen 44% aller österreichischen Importe aus der BRD, 35% der heimischen Exporte gingen ebendorthin - eine Abhängigkeit, die für die heimische Wirtschaft beträchtliche Risiken mit sich bringt. Denn in vielen Bereichen der Wirtschaft sind die Beziehungen zur BRD für Österreichs Unternehmer von vitalem Interesse, während für die BRD der Handel mit

Österreich „ohne große Schwierigkeiten substituierbar“ wäre - für die Politologin Scherb ein klassisches Beispiel „struktureller Abhän-



# In den Grenzen von 1938?



Von Hannes Hofbauer  
und Christof Parnreiter

Niemand weiß, was der Anschluß der DDR an die BRD kostet, noch, welche wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen er haben wird. Eines ist allerdings sicher: Österreich ist den zu erwartenden Turbulenzen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.





gigkeit". - Schon einmal war Österreich fest in deutscher Hand. Zu Kriegsende 1945 kontrollierten deutsche Eigentümer in

Folge von Anschluß und Arisierung den Großteil der heimischen Wirtschaft - 83% der Banken, 61% der Versicherungen, 64% der Metallindustrie, 56% der Bauwirtschaft usw. Die 1946 bzw. 1947 vom österreichischen Parlament beschlossenen Verstaatlichungen brachten einen Gutteil dieses 'deutschen' Eigentums wieder in österreichischen Besitz - im Lauf der Jahrzehnte allerdings gingen „sowohl verstaatlichte wie nichtverstaatlichte Teile wieder in deutsches - richtiger bundesdeutsches - Eigentum“ über, wie die Wirtschaftshistorikerin Rosemarie Atzenhofer meint.

Kontinuierlich baute die BRD ihre Dominanz über die österreichische Ökonomie aus, bis sie schließlich 1969 die USA als Hauptinvestor in Österreich ablöste. Die Politik der „Entstaatlichung“, der sich die große Koalition verschrieben hat, gab deutschen Investoren nochmals Auftrieb - denn die Teilprivatisierung der verstaatlichten Industrie bzw. des Besitzes der verstaatlichten Banken führte „zu einem nicht unbedeutlichen Anteil zum Verkauf an BRD Unternehmungen“, stellt Margit Scherb fest. Laut einer Aufstellung der Arbeiterkammer wechselten seit 1985 so bedeutende Betriebe wie „Semperit“, die Maschinenfabrik „Andritz“, die „Kronenzeitung“, der „Kurier“, die Papierfabrik „Steyrmühl“, die „BBU Metall“, die „Maschinenfabrik Heid AG“, die LKW-Erzeugung von „Steyr“, die „Tiroler Tageszeitung“ oder die „AMAG Brixlegg“ ganz oder teilweise in bundesdeutschen Besitz.

Besonders dramatisch ist die deutsche Vorherrschaft am Medien- und Bankensektor, in der Elektro- und Chemieindustrie, im Handel und im Fremdenverkehr - Österreich sei nahe daran, ein „Schwellenland“ zu werden, meinte der Wirtschaftssprecher der ÖVP, Josef Taus.

Der Innsbrucker Markus Wilhelm, Herausgeber der Zeitschrift „Foehn“, hat den „Ausverkauf Tirols“ penibel nachrecherchiert. Sein Schluß: „Da wie dort, in Osttirol wie im Außerfern, im Innsbrucker Raum wie im Kufsteiner Grenzgebiet, stehen Häuser und noch einmal Häuser dem einheimischen Wohnungsbedarf im Wege“. Häuser und Hotels, die zum Großteil deutschen Besitzern gehören. Schon 1966 klagte ein Bürgermeister des Unterinntals, daß „wir schon

bald eine deutsche Kolonie haben“ - trotzdem gingen im Lauf der Jahre Acker für Acker, Wiese für Wiese, Haus für Haus an zahlungskräftige Anbieter unseres westlichen Nachbarstaates. „All das passiert tagaus, tagein, während wir die schärfsten Grundverkaufsbestimmungen haben“, klagt Markus Wilhelm.

## Deutschland wird größer

„Die Grundlage der Wirtschaftsunion ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie wird insbesondere bestimmt durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen.“ So steht's in Artikel 1 des deutsch-deutschen Paktes, dem sogenannten Staatsvertrag zwischen dem bundesrepublikanischen Staat und seinen neuen Ostgebieten. An Klarheit läßt diese Aussage, die allseits zufriedene Politikergesichter in unser Heimkino getragen haben, nichts zu wünschen übrig.

Die DDR ist tot! Es lebe die BRD! Das Soziale der Marktwirtschaft wird im Vertragstext zwar in puncto Buchstaben - eigenartigerweise - groß geschrieben, dem Inhalt nach kommt es dann allerdings nicht mehr zur Geltung.

Die deutsche Währungsunion, so der Berliner Ökonom Elmar Altvater, „wurde als *politisches* Kalkül ins Spiel gebracht“, an der ökonomischen Sinnhaftigkeit sind Zweifel angebracht. Der

zur Frage der deutschen Einheit und fährt fort: „Es scheint, als glaube ein ganzes Volk, und vor allem seine Politiker, es genüge ein 'starkes Wollen'.“

Tatsächlich warnten noch zu Jahresbeginn alle namhaften Ökonomen vor dem schnellen (Fang-)Schuß. Die Warnungen, denen das Wissen um die kraß unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Verhältnisse in beiden deutschen Staaten zugrunde lagen, wurden in den Wind geschlagen, die Verträge unterzeichnet und - jetzt starren alle wie das berühmte Kaninchen auf den magischen 2. Juli, den Schicksalstag.

Schon vorher allerdings waren gewisse ökonomische Eckdaten bekannt, die die Fachleute zu Skeptikern gemacht hatten. So zum Beispiel beträgt das Bruttosozialprodukt pro DDR-Kopf nur etwa die Hälfte von dem eines BRD-Kopfes, der durchschnittliche Brutto-Monatslohn macht in der DDR gar nur 30% desjenigen in der BRD aus. Zahlen, die erklären, warum Gregor Gysi, Vorsitzender der einzigen großen Oppositionspartei „PDS“, zu Recht um die 200 Kombinate, 3.000 volkseigenen Fabriken und 80.000 Handwerksbetriebe bangt. „Die Währungsunion“, stellte er anlässlich eines Wienaufenthaltes Anfang Juni 1990 nüchtern fest, „ist eine gezielte Strategie, die DDR wirtschaftlich zu ruinieren“.

Gezielt oder nicht gezielt, der Schock, dem die auf dem Weltmarkt

Fotos: Günther



Schlangestehen vor einer Bank in Potsdam

österreichische Volkswirtschaftler Erich Streissler sieht das in einem „Wochenpresse“-Artikel ähnlich: „Unumstößliche wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten werden beiseite gewischt“, schreibt er

nicht konkurrenzfähigen DDR-Betriebe und mit ihnen die 8,5 Millionen Erwerbstätigen - gar nicht zu reden von den RentnerInnen - ausgesetzt sein werden, wird viele in die geschäftliche



und private Pleite treiben.

Die Pleitewelle könnte sogar auf das westdeutsche Wunderland selbst übergreifen. Dann nämlich, wenn sich Kanzler Kohl und sein Bundesbanker Pöhl finanziell übernehmen, sie die Eingliederung der DDR in zu kurzer Zeit bewerkstelligen wollen und ihre Kosten unterschätzen. So gut wie alle Ökonomen sehen die Gefahr darin, daß das wirtschaftliche Können dem politischen Willen hinterhinkt.

### Was kostet die DDR?

Was schlußendlich das Land zwischen Dresden und Rostock samt dazugehörigem 15-Millionen-Völkchen kosten wird, weiß niemand so recht. Oder, wenn es wer weiß, dann hat er es bisher tunlichst verschwiegen. Das Fachmagazin „Wirtschaftswoche“ schätzt die Gesamtkosten der ganzen Operation auf 1,2 Billionen DM, die Deutsche Bank würde es um mehr als die Hälfte billiger machen: 500 Milliarden DM. 2 Billionen DM wiederum hat Erich Streissler errechnet, die seiner Meinung nach notwendig wären, um die DDR-Bürger ins westdeutsche Wohlstandsniveau zu hieven. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt für die BRD macht heuer 300 Milliarden DM, also ein Viertel der von der „Wirtschaftswoche“ kalkulierten Kosten, aus.

Weit unter all diesen Berechnungen liegt die Einlage des mit der Währungsunion etablierten sogenannten „Sonderfonds deutsche Einheit“, der - quasi als Finanzierung für Soforthilfe - 115 Mrd. DM enthält, 95 Mrd. davon werden als öffentliche Kredite aufgenommen, 20 Mrd. budgetär eingesparrt.

Inwieweit die BRD sich durch die Übernahme der DDR selbst übernimmt, wird letztlich dadurch entschieden, ob sich die Manager bei der Festsetzung des generellen 1:2 Wechselkurses zwischen DM und Ost-Mark geirrt haben oder nicht. Ein zu niedriger Umrechnungskurs gegenüber der Ost-Mark vergrößert nämlich die soziale Kluft zwischen West und Ost noch beträchtlich, weil ja die OstbürgerInnen weniger DM für ihr Ersparnis erhalten, als ihnen - gemessen am realen Wert - zustünde. Sie könnten dann zwar theoretisch in 'harter' Westwährung auf den ersehnten „VW Golf“ sparen, um aber Butter und Fleisch in harten DM einzukaufen, wird der halb-leere Ost-Geldsäckel nicht reichen.

Umgekehrt schwächt ein zu hoher

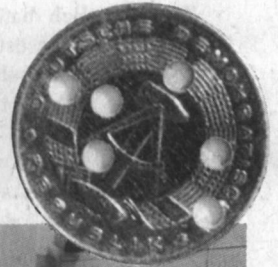
Wechselkurs die internationale Konkurrenzfähigkeit der DDR-Industrie, weil sie ihre Waren, die ohnehin auf Grund der geringeren Produktivität höhere Herstellungskosten haben als im Westen, noch teurer machen würden. Arbeitslosigkeit in hohem Ausmaß wäre die Folge.

Kein leichtes Unterfangen, wie man sieht - und präzedenzlos. Die österreichischen Banken haben die Segel gestrichen und bereits Mitte Mai 1990 den Ankauf von Ost-Mark eingestellt. „Keiner kann den wirklichen Wert heute schätzen“, meint CA-Devisenspezialist Novy dazu gegenüber einer Tageszeitung.

### Die Gefahr heißt Inflation

Schon im Februar 1990 meinte der bekannte deutsche Ökonom Fritz Neumark gegenüber der „Zeit“, daß es „zu einer keineswegs kleinen Inflation kommen wird“, wenn die Währungsunion noch in diesem Jahr verwirklicht werden sollte. Von den drei Finanzierungsmöglichkeiten des Projektes „Deutsche Einheit“ - nämlich Steuerer-

Der Direktor der Z-Exportbank und frühere österreichische Außenminister Erwin Lanc sieht die Sachlage etwas optimistischer: „Wenn die Ost-Mark-Ersparnisse 1:2 abgewertet werden, tritt damit eine Kaufkraftabschöpfung ein, die inflationsdämpfend wirkt.“ Lanc geht davon aus, daß ein wirtschaftspolitischer Erfolg einen selbstfinanzierenden Effekt hätte - ein rasches Wirtschaftswachstum würde die notwendigen Summen zum Investieren 'abwerfen'. Bleibt allerdings die Frage offen, ob die Prämisse, nämlich eine de facto inflationshemmende Abwertung der Ostmark durch den 1:2 Wechselkurs, in die Tat umgesetzt werden kann. Im November 1989 hat man ja am Schwarzmarkt noch 10 Ost-Mark für die DM bekommen, manche Experten schätzen den „wirklichen Kurs“ DM zu Ost-Mark auf 1:5. In diesem Fall allerdings wäre 1:2 weit überhöht, was bedeuten würde, daß de facto keine Geldver-



Weniger Westmark für das ersparte Ost-Geld - wie groß wird die soziale Kluft ?

höhung, staatliche Ausgabenkürzung und DM-Scheine drucken - schätzt Neumark die letzte als die realistischste ein. Eine straffe, antiinflationäre Geldpolitik, also eine restriktive Budgeterstellung, hätte laut Neumark eine verheerende Arbeitslosigkeit zur Folge.

Auch Jan Stankovsky vom „Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung“ meint in einem WIFO-Bericht, daß in weiterer Folge die „Angleichung der Preisstruktur der DDR an jene der BRD voraussichtlich inflationäre Kräfte freisetzen (wird).“

knappungspolitik stattfindet. Inflation wäre mehr als wahrscheinlich

### Der hohe Zins

Wenn - und so steht's in den Protokollen - die Währungsunion großteils über öffentliche Kredite finanziert werden soll, dann wird eine noch höhere Nachfrage nach Staatspapieren einsetzen, als es sie ohnehin schon gibt. Klar, daß dann die Rendite für solche Obligationen steigt, das Zinsniveau sich als ganzes hebt.

Ein jeder DM-Besitzer wird also sein

Kapital in deutsche Lande bringen und es dort zinsen- sowie unionsgerecht anlegen. Dieses ist erstens einfacher und zweitens risikoloser, als sich - womöglich im sozial unsicheren Osten - um Investitionsmöglichkeiten umzusehen, allerdings nur so lange, wie die DM im internationalen Vergleich eine starke Währung bleibt. Und das wiederum hängt davon ab, ob sich Kohl und sein Banker finanziell nicht übernommen haben mit der Eingliederung der Ostgebiete, und ob sie somit die drohende Inflation abwehren können.

Fest steht jedenfalls schon heute, wem das Experiment zur raschen Errichtung einer deutschen Hegemonialmacht in West-Ost-Europa auf dem Geldsäckel liegen wird: Der Handvoll Kapitalisten, die sich im Großen verspekulieren, und den Millionen Unflexiblen vor allem in Ost-, aber auch in Westdeutschland.

„Wenn die DM hart bleibt“, meint die Politologin Margit Scherb, „wird es all jene etwas kosten, die von Transferleistungen des Staates und vom Lohn abhängig sind.“ RentnerInnen, HackleInnen, Arbeitslose.

Und die Ostgebiete? Die würden sich sowohl bei inflationistischer als auch bei deflationistischer Politik weiter entleeren. Denn entweder die Löhne halten mit den Preisen nicht mit oder es gibt keine Arbeit - die DDR wird zur neuen Peripherie von Großdeutschland.

## Österreich: Mitgefangen, mitgehangen

Annahmen, daß auf Grund des neuen Ost-Marktes deutsche Investitionen aus Österreich abgezogen werden, scheinen eher unwahrscheinlich. Die staatliche Betriebsansiedelungsgesellschaft ICD, die bemüht ist, ausländische Konzerne nach Österreich zu locken, verzeichnete zum Jahreswechsel zwar einen Rückgang des deutschen Interesses an Österreich auf fast Null, mittlerweile aber hat sich die Lage normalisiert. Österreich scheint doch (noch?) lukrativer zu sein als die DDR - denn erstens fehlt dort die Infrastruktur wie Telekommunikation, Straßennetz usw., und zweitens hapert es im ehemaligen Arbeiterstaat doch an dem, was Kapitalisten aller Welt „Arbeitsmoral“ nennen.

Bedeutenden Einfluß auf Österreich hingegen wird die währungspolitische Entwicklung in der BRD haben. Das Zinsniveau ist auf den Kapitalmärkten in den letzten Monaten um zwei Prozentpunkte - „das ist beträchtlich“ (Lanc) - gestiegen - so auch hierzulande. Der Volkswirtschaftler Streissler prophezeit deswegen einen Dämpfer für die

österreichische Konjunktur - „das ist ja gerade der 'Zweck' steigender Zinssätze auf Weltniveau: Allen Ländern soll das Investieren im eigenen Land vergällt werden, damit sie umgekehrt den Deutschen ihre Sparmittel anvertrauen oder direkt in der DDR investieren“, schreibt er in der „Wochenpresse“. Stimmt Streisslers These, würden mit den rückläufigen Investitionen die Wachstumsraten gedrosselt, was nicht ohne Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation, also die Zahl der Arbeitslosen, bleiben wird.

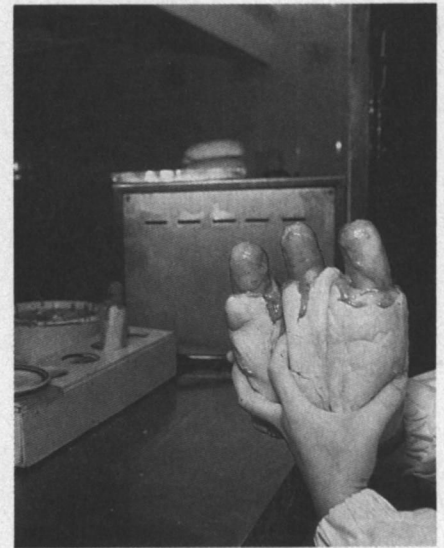
Dazu kommt, daß eine allfällige erhöhte Inflationsrate der BRD fast zwangsläufig nach Österreich importiert würde. Steigen die Preise in Deutschland, so steigen sie auf Grund des regen Handels auch in Österreich. Auch die gestiegenen Zinsen werden preistreibend wirken - wenn investieren teurer wird, dann wird produzieren teurer - künftig wird wohl für die gleiche Ware mehr bezahlt werden müssen.

„Keinen Anlaß für eine besondere Dramatik“ sieht hingegen Erwin Lanc. Denn steigende Zinsen würden „nicht zwangsläufig“ inflationär wirken, vor allem dann nicht, wenn die Profiterwartungen hoch genug liegen. Ein einfaches Rechenbeispiel: Wenn mit einem Kredit, für den etwa 10% Zinsen zu zahlen sind, Investitionen getätigt werden, die 13% Rendite abwerfen, dann ist das besser, als mit 8% Kreditzinsen nur 10% Gewinn zu erwirtschaften. Damit allerdings diese Rechnung aufgehen kann, ist die hohe Gewinnspanne zu sichern - auch in Österreich. Und das heißt vor allem eine „zurückhaltende“ Lohnpolitik, wie sie der ehemalige Nationalbankpräsident Klauhs auch immer forderte.

Eine solche Lohnpolitik, die in Anbetracht der steigenden Preise nichts anderes als einen realen Einkommensverlust bedeutet, ist eine Grundvoraussetzung für die von der Deutschen Bundesbank ebenso wie von der Österreichischen Nationalbank angestrebte Hartwährungs-politik. Mehr noch als die Lohnempfänger wird eine restriktive Geldpolitik jene treffen, die von staatlichen Renten abhängen - denn die, das lehrt die Geschichte, werden weit weniger erhöht als die Preise. Österreichs RentnerInnen und Arbeitslose werden sich stolz auf die Brust klopfen dürfen: auch sie finanzieren den Anschluß der DDR mit.

## Kann sich Österreich abkoppeln?

Wenn die Einverleibung der DDR zumindest mittelfristig zu sozialen Spannungen und ökonomischen Schwierigkeiten - inklusive einer relativ hohen



Alle Würstel werden teurer

Inflationsrate - führen sollte, dann müßte Österreich danach trachten, sich von der DM und der deutschen Wirtschaft etwas abzukoppeln, lautet der Rat, den Streissler und Lanc trotz unterschiedlicher Einschätzungen darüber, was die Zukunft bringen wird, geben. Streissler: „Dann gibt es zur Schadensminimierung in Österreich nur eines: nämlich relativ zur D-Mark den Schilling aufwerten“. Und Lanc: „Wenn sich die Gesamtvoraussetzungen ändern, dann können auch Dinge, aus denen jetzt ein Fetisch gemacht wird, wie die Ankopplung des Schillings an die DM, geändert werden“. Zu einer Entkopplung von der einseitigen Anbindung an den deutschen Markt gehöre allerdings auch, klagt Lanc ein, daß es zu einer besseren Streuung der Investoren komme. „Derzeit aber“, weiß der ehemalige Außenminister, „geht's in die andere Richtung. Und ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich das für einen schweren Fehler halte“.

Der Versuch in Richtung einer größeren Eigenständigkeit wäre gerade dann wichtig, wenn das „Unternehmen DDR“ gelingt und Deutschland dann unbestrittene Herrscherin über Europa ist. Denn das hätte, fürchten manche, auch Auswirkungen auf die Souveränität Österreichs: Aus dem ökonomisch angeschlossenen, politisch aber - wenigstens teilweise - selbständigen Satellitenstaat könnte neuerlich eine Provinz des Reiches werden.

Der bundesdeutsche Arzt und Ökonom Karl-Heinz Roth auf der „Nie wieder Deutschland“-Demonstration Mitte Mai in Frankfurt: „Die Geschichte besagt, daß die sozialen und politischen Folgeprobleme einer Annexion sich am effektivsten dadurch lösen lassen, daß weiter expandiert und annektiert wird“. ■



„I bin nur dort z'Haus, wo mich die Leut' grüßn, wo's mi kennan. I kenn die meisten Beisl'n im Grätzl und geh dort ein und aus. Ins Rotstilzchen geh i, weil's erstens glei ums Eck liegt und zweitens a Abwechslung in mei Beisl'tour bringt“, beschreibt ein Installateur aus dem Wiener Bezirk Margareten seine Beziehung zu dem „alternativen Kommunikationszentrum“.

„Es ist das verlängerte Wohnzimmer der Autonomen“, meinen linke Aktivisten und Rotstilzchen-Getreue.

Jene, die das „Stilz“ schon von der ersten Stunde an kennen, bezeichnen es als „Spiegelbild der linken Wiener Politszene“. „Wenn sich bestimmte politische Stimmungen abgezeichnet haben, machte sich das immer auch im Rotstilzchen bemerkbar“, wissen „die Alten“ - wie sie sich selber nennen - zu berichten. „Die jeweils politisch aktiven Gruppen haben sich im Rotstilzchen getroffen, hier war die Anlaufstelle, das Infozentrum und der Platz für Diskussionen.“

### Politische Ideale verwirklichen

Gegründet wurde das Rotstilzchen am 1. 1. 1980 vom „Forum Alternativ“, das als Gegenprojekt zu der damals inszenierten UNO-Konferenz für „Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung“ ein komplettes Ökodorf mit Windrad und Bioklo auf der Praterwiese

# HÄNDE WEG VOM ROTSTILZCHEN !

Solidarität ist eine Waffe



Schauts doch vorbei

Kampf der Stadtteilerstörung

Aktuelle Informationen über Neuigkeiten und Aktivitäten gibts im

- \* ROTSTILZCHEN  
5., Margaretenstraße 99, Mo - Fr 18 - 2 Uhr
- \* INFOLADEN WIEN  
5., Margaretenstraße 122 - 124 / 1 / Keller  
Mo 16 - 20, Do 17 - 21, Fr 15 - 18 Uhr Tel: 54 23 07
- \* TATBLATT WIEN  
6., Gumpendorferstraße 157 / 11,  
Mo - Fr 14 - 18 Uhr, Tel: 57 49 543

Keine EXPO

## Wer nicht kämpft, hat schon verloren !

Logo: Hans Eberhard (Original)

## Autonomes Beislprojekt:

# 10 JAHRE ROTSTILZCHEN UND ... EIN

aufgebaut und damit für einigen Pressewirbel gesorgt hatte. „Von dieser Aktion blieben 10 bis 12 Leute über, die für ihre politischen Ideen ein zukünftiges Forum suchten und im Rotstilzchen-Projekt fanden“, erzählt einer der Mitbegründer.

Voller Elan stürzten sich die Mitglieder des neugegründeten Kollektivs auf die Verwirklichung ihrer großen Ideale: „Aktive Solidarität mit den Befreiungskämpfern auf dieser Welt üben, Orientierungshilfe geben für uns und andere, um das kritische, autonome und veränderungswillige Potential zu stärken, hier bei uns im 5. Bezirk (‘Na wusch, wir drahn auf‘)“, wie die Selbstdarstellung in einem Artikel der Wiener Stadtzeitung „Falter“ lautete.

Und so wurde das Rotstilzchen mehr als ein Platzerl, wo man sich zu Alter-

*Von Heiko Galley*

**Die Tage des autonomen Politbeisl in der Wiener Margaretenstraße sind gezählt. Damit geht die bunte, abwechslungsreiche und nicht zuletzt komplikationsgespickte Geschichte eines alternativen Stadtteilzentrums zu Ende.**

nativ-Preisen ansaufen konnte, es war: „Ein Beisl mit biologischer Küche, regelmäßigen politischen und kulturellen Veranstaltungen, internationalem Zeitungscafé mit rund 100 Zeitschriften quer durch das ganze Spektrum von links nach rechts sowie einem reichhaltigen Spieleangebot.“

Für jeden war etwas dabei: „Chinesisches Schach“ für die Vergeistigten, „Klassenkampf“ zum Üben im Kleinen für die Großen, „Provopoli“ für

die Antikapitalisten oder ein riesiges „Mensch ärgere Dich nicht“ für die Polit-Frustrierten.

Ebenso hintergründig wie die Auswahl der Spiele wurde auch die Auswahl der Speisen betrieben.

Biologische Küche bedeutete für die Rotstilzchen-Leute nicht etwa, nur biodynamisches Müsli zu essen und Milch von glücklichen Kühen zu trinken, sondern das Motto lautete: „Politik mit dem Einkaufskorb machen!“

So wurden Produkte von Bauernhöfen aus benachteiligten Regionen vorgezogen und die Nahrungsmittel möglichst ohne Zwischenhandel gekauft. Tee, Kaffee und Gewürze wurden bei solchen Firmen bestellt, die Waren direkt von Genossenschaften aus der „Dritten Welt“ importierten. „Dadurch war es möglich, den benachteiligten Erzeugern etwas höhere Preise als marktüblich zu zahlen.“

## Cola war das Kapitalistengesöff

Coca Cola, das Kapitalistengeränk schlechthin, gab es an der Bar nicht, dafür aber Bier von einer kleinen Brauerei im Waldviertel. Biologischen Wein und Traubensaft lieferte ein Bauer aus dem Weinviertel, und einige sehr aktive Mitglieder des Beislkollektivs waren „stolz darauf, bei der allherbstlichen Weinlese mitgeholfen zu haben.“

„Die Kontakte zu unseren Bauern waren so gut, daß sie ihre Waren manchmal sogar direkt bei uns im Rotstilzchen verkauft haben“, erzählt ein ehemaliger Beislmitarbeiter, „das machte das Bild des Lokals um so bunter.“

Durch diese Art gelebter Einkaufspolitik entstand bald eine „Einkaufskooperative Margaretens“, die auch 'ganz normale Leute aus dem Stadtteil' in das Projekt miteinbezog, was sehr im Sinne des Kollektivs war: „Wir wollten die Grenzen zwischen Machern und Kunden aufheben. Die Leute sollten aktiv an allem teilhaben.“

Um möglichst viele verschiedenartige Gesellschafts- und Altersgruppen anzusprechen, starteten einige den Versuch, einen Kindernachmittag zu machen, andere wiederum organisierten sonntägliche Senioren-Frühschoppen, die ganz Mutigen verordneten einen Nichtrauchertag.

So wurde undogmatisch experimentiert und ausprobiert, mit neuen Leuten kamen neue Ideen, während andere ausstiegen und alte Vorhaben einschlieften.

## Hauptsitz vieler Initiativen

„Es gab nie eine wirklich einheitliche politische Linie“, darin ist man sich einig. Und ebenso heterogen waren auch die Initiativen, die leerstehende Rotstilzchenräumlichkeiten im ersten Stock des Hauses für ihre Aktivitäten nutzten, so beispielsweise die „ARGE Zivildienst“, die „Friedensinitiative Margaretens“, die Umweltschutzgruppe „Konkret“ oder die Aktivistengruppe des „Abfangjägervolksbegehrens“.

Der Grüne Klub-Promi Peter Pilz po-

litisierte damals noch an der Basis und ging fast ein Jahr lang im „Abfangjägerbüro“ ein und aus. Zum Beislgeschehen hatte er aber kaum eine Beziehung. „Ich habe mich mit den Leuten dort nicht verstanden. Meine Auffassung von Öffentlichkeitsarbeit war eine völlig andere.“

„Ein Beweis für die Meinungsvielfalt der dort angesiedelten Gruppen“, meinen die Ex-Barkeeper dazu.

Um öffentliche Diskussionen anzuheizen und wichtige Themen aufzugreifen, gab es ständig Gesprächsrunden oder Podiumsveranstaltungen.

## Gäste: Blecha, Cap, Zilk

Eines der Highlights war zweifellos der Besuch des Wiener Bürgermeisters Helmut Zilk zu der heiß umstrittenen Materie: „Kulturpolitik der Gemeinde Wien zwischen Förderung und Vereinnahmung“. „Während der Zilk da vorne seinen Reim aufsagte, haben sich die Kräftigsten von uns bemüht, die radikaleren Diskussionsteilnehmer der letzten Reihen davon abzuhalten, unseren Stadtvater mit Wasserbomben zu beschmeißen“, erinnert sich jemand noch 'ganz genau' an den turbulenten Abend, an dem mehr als 120 Unterhaltungslustige versammelt waren.

Der Stadtvater erinnert sich heute nicht mehr so recht an jenes Ereignis: „Wissen's, i war in den letzten Jahren auf so vielen Veranstaltungen ...“

Ebenso originell wie aufsehenerregend war auch der Abend mit dem Palmers-Entführer Reinhard Pitsch, der während eines mehrstündigen Hafturlaubes unter polizeilicher Aufsicht im Rotstilzchen auf das Podium kletterte und über die Haftbedingungen in österreichischen Gefängnissen wetterte. „Das war zur gleichen Zeit, als die RAF in der Bundesrepublik im Hungerstreik war“, ordnet ein Beislaktivist den Auftritt zeitlich und thematisch ein.

Auch Parteigrößen wie Karl Blecha und Josef Cap gaben sich zu ausgesuchten Fragenkomplexen ein Stelldichein. „Der Blecha war da noch Zentralsekretär, das war'n überhaupt noch andere Zeiten, heute ist so ein Politikerbesuch in einem autonomen Zentrum doch gar nicht mehr möglich“, berichtet die Rotstilzchen-Runde.

## Geldsorgen

Solch eine illustre Gästeschar, die die abendlichen Umsätze in die Höhe schnellen ließ, war allerdings eher die Ausnahme. Immer wieder drückten finanzielle Probleme die Stimmung. Aus-

serdem war die Arbeit im Lokal unentgeltlich, da durch den Beislbetrieb gerade die Selbstkosten gedeckt werden konnten. So traten auch Ermüdungsercheinungen im Kollektiv auf, die dazu führten, daß im Jahr 1986 das „Forum Alternativ“ ausstieg und eine Gruppe autonomer Hausbesetzer das Erbe übernahm.

Mit der neuen Besetzung veränderten sich auch dementsprechend die politischen Inhalte und Ziele. Während die Themenschwerpunkte früher die „Dritte Welt“-Problematik oder den Ökologiekomplex betrafen, konzentrierte man sich nun auf Belange der Wiener Autonomenszene, wie beispielsweise Wehrdienstverweigerung, Wohnungsnot oder Hausbesetzungen.

Damit änderte sich ebenfalls das Publikum; so bevölkerten Punks oder Vertreter anderer Randgruppen, die in diversen Lokalen rausgeschmissen wurden, zunehmend das Rotstilzchen.

„Es war uns wichtig, gerade auch für solche Leute ein Treffpunkt zu sein“, erklärt einer der Gruppe.

Mit den Anwohnern hätte es eigentlich nie Probleme gegeben, trotzdem wurde kurz nach dem Wechsel des Kollektivs bereits die erste Kündigung ausgestellt. „Mit der Begründung, daß die Hausbewohner verschreckt wären, weil es durch unsere politische Tätigkeit immer wieder zu Polizeieinsätzen gekommen sei“, erklärt ein Mitglied der jetzigen Crew. Die Rechtsstreitereien um die Kündigung - später dann um die Räumung - zogen sich durch die letzten Jahre des Rotstilzchens wie ein endloser roter Faden.

## Kündigung, Räumung

Obwohl das autonome Beislkollektiv sich ständig mit Rechtsfragen herumzuschlagen hatte, tat sich daneben doch einiges an Aktivitäten. Unter anderem wurde die Idee, eine Art Zentralorgan für die autonome Linke zu schaffen - mittlerweile bekannt als das „Tatblatt“ - in irgendeiner Nacht in den Köpfen irgendwelcher Leute im Rotstilzchen geboren.

Das ständige hin und her um Kündigung und Räumung ist nun vorbei. „Seit Anfang Juni ist die Sache rechtskräftig, ich glaube nicht, daß wir noch eine Chance haben“, lautet eine Einschätzung.

Andere wollen aber noch lange nicht aufgeben: „Wir werden hier sicher nicht kampflös rausgehen, das ist ganz klar!“

Der Verlust wird schmerzlich sein, denn: „Es gibt in Wien nichts Vergleichbares.“ ■

# ENDE

Die Ausgangslage für den Programmkongreß ist einfach: Die grüne Alternative, die vor nahezu vier Jahren ins Parlament eingezogen ist, blieb lange ohne jede inhaltliche Grundlage. Der ursprüngliche Anspruch, ein Programm basisdemokratisch zu erarbeiten, konnte mangels Beteiligung nicht erfüllt werden, eine daraufhin angeregte ExpertInnen Diskussion fruchtete ebenso wenig. Nach drei Jahren des Wartens und der theoretischen Leere wurden Johannes Voggenhuber und Sonja Puntischer-Riekmann beauftragt, eine Diskussionsgrundlage für ein grünes Programm zu erstellen.

Im vergangenen Herbst legten sie dann auch drei Reformkonzepte vor: „Fünf Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit“, „Fünf Schritte zu mehr Demokratie“ und „Sieben Schritte zu einer neuen Umweltpolitik“. Im Winter folgte ein von Gerhard Ruiss und Anna Nöst erarbeitetes „Diskussionspapier“ zu einem Kunst- und Kulturprogramm, im

ne jedoch das bestehende kapitalistische System, das Armut und Verelendung hervorbringe, in Frage zu stellen. Der Entwurf, kritisierte etwa Christof Reinprecht im „Wiener Tagebuch“, „formuliert nicht die Notwendigkeit einer Veränderung struktureller Merkmale des Systems“. Ali Gronner und Sabine Hammer von der Grünen Bildungswerkstätte Wien kommen zu dem Schluß, daß das Reformkonzept von einem „sozialdemokratischen Charakter“ geprägt sei, der allerdings „an Kühnheit des Denkens und Radikalität der Forderungen hinter den verstorbenen Sozialminister Dallinger zurückfällt“. Weiters wurde seitens der grünen Basis kritisiert, daß Themen wie Arbeitszeitverkürzung oder der sogenannte „Basislohn“ fehlten, daß die Umverteilungsdebatte vermieden werde, daß die Arbeitswelt völlig ausgeklammert bliebe und die Kleinfamilie idealisiert werde.

Mangelnde Radikalität wurde auch dem Demokratieprogramm vorgeworfen.

also, in der die meisten Menschen ihre meiste Zeit verbringen, ausgeklammert blieb, war ein weiterer Einwand.

Die größte inhaltliche Zustimmung der drei von Puntischer-Riekmann und Voggenhuber erarbeiteten Entwürfe fand noch das Umweltprogramm, dessen erster Satz allerdings die Gemüter erhitzte. „Ziel des ökologischen Denkens ist die Schönheit“, heißt es da schlicht - und, wie viele Basisgrüne meinten, unverständlich. Das drücke gar nichts aus, lautete die Kritik, außerdem sei die in philosophischer Sprache formulierte Präambel für die Basisarbeit gar nicht brauchbar.

---

### ... und ihre Folgen

---

Nun, die zahlreichen Stellungnahmen wurden berücksichtigt. Eine neue Präambel wurde sowohl zum Demokratie- als auch zum Sozialprogramm erstellt, zu den konkreten Forderungen kamen neue hinzu. Das Vorwort des Ökologiepapierses samt ihres umstrittenen ersten Satzes wird allerdings nicht

geändert werden - „weder ich noch Voggenhuber sind bereit, davon abzurücken“, betont Sonja Puntischer-Riekmann und erwartet, daß dem Programmkongreß ein Gegenpapier vorgelegt wird. „Darüber stimmen wir dann halt ab“, gibt sie sich zuversichtlich.

Das neue Sozialprogramm rückt etwas von der de facto Gleichsetzung 'Sozialpolitik = Sozialarbeit' ab und streicht die besonders bekrittelte Passage: „wenn es wahr ist, daß der Kapitalismus gesiegt hat - und dieser Befund ertönt nunmehr aus allen politischen Ecken -, dann müssen wir diesen Sieg ernst und den Sieger selbst in die Pflicht nehmen.“ Statt dessen wird nun das Primat der Wirtschaft über alle gesellschaftlichen Bereiche in Frage gestellt und eine Integration von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik verlangt. Was aber mit 'Wirtschaft' gemeint sein soll, die bäuerliche Subsistenzarbeit oder die industrielle Produktion, das Handwerk oder die Hausarbeit, Marktwirtschaft, vielleicht mit den Attributen 'sozial' und 'ökologisch' oder eine geplante Ökonomie, „darüber schwindelt man sich hinweg“, weiß Franz Floss. Puntischer-Riekmann kann zumindest die Mehrheitsposition innerhalb der Grünen orten: „Es geht um die Marktwirtschaft, jedoch, und das ist vielleicht das Utopische, nicht ohne

## Grüne Programmdiskussion: 17 SCHRITTE, ABER WO HIN?

Von Christof Parnreiter

**Wer für die Grünen künftig im Parlament sitzen soll, steht seit geraumer Zeit fest. Auf welcher programmatischen Grundlage sie es tun werden, darüber wird auf einem Kongreß Mitte Juli entschieden.**

heurigen Frühjahr schließlich präsentierte der Arbeitskreis „Minderheiten“ sein Konzept „für eine neue Kultur des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten“.

Vor allem die Programmentwürfe zu Demokratie, Umwelt und sozialer Gerechtigkeit lösten heftigen, großteils von links kommenden Widerspruch aus - die grüne Programmdiskussion hatte begonnen. Ein Kongreß im vergangenen Dezember beauftragte dann auch ein Redaktionsteam, dem unter anderem Sonja Puntischer-Riekmann, Johannes Voggenhuber, Madeleine Petrovic, Schani Margulies, Franz Floss und Dieter Schrage angehören, die Entwürfe zu radikalieren.

---

### Die Kritik ...

---

Am Sozialprogramm wurde vor allem der bescheidene Ansatz bemängelt: Es beschränke sich auf eine Kritik der schlechten Praxis des Sozialstaates, oh-

Es grenze in seiner Präambel linke Positionen aus und schaffe trotz seiner Länge keine inhaltliche Klärung, heißt es etwa in einer gemeinsamen Stellungnahme von Alexandra Bader, Franz Floss, Schani Margulies und Dieter Schrage. Die „Grünen Frauen Wien“ hielten den Entwurf in weiten Teilen schlichtweg für „unbrauchbar“, weil er weit hinter das zurückfalle, was Frauen- und Lesbenbewegungen in Österreich schon an Programmatik erarbeitet hatten: „Demokratie für uns Frauen heißt die völlige Umwälzung der Gesellschaft.“ Massive Kritik gab es auch für die Akzeptanz des bürgerlichen Rechtsstaates, der unhinterfragt als demokratisches Ideal präsentiert wurde. „Das Festhalten am Engagement für den Rechtsstaat ist konservativ“, denn Reformen entstünden nicht in den Parlamenten, sondern als Resultate sozialer und politischer Kämpfe, heißt es in einer weiteren Stellungnahme. Daß auch im Demokratieprogramm die Arbeit, jene Sphäre



politische Rahmenbedingungen". Die „quantitative Wachstumsspirale des herrschenden Wirtschaftssystems" wird von den Grünen abgelehnt - aber, gleich wieder abschwächend, weist Puntcher-Riekman darauf hin, daß vielleicht auch ein „qualitatives Wachstum mehrwertproduzierend sein könnte".

Auch der im ersten Entwurf völlig fehlende Zusammenhang zwischen dem Reichtum der „Ersten" und der Armut der „Dritten" Welt soll ebenso Eingang in das neue Sozialprogramm finden wie die Forderung nach einer „raschen" Arbeitsverkürzung zunächst auf 35, dann auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnaus-

grundsätzlich unvereinbar, die Entmündigung im Arbeitsleben passiere derzeit wegen „betrieblicher Herrschaftsinteressen", heißt es - gefordert werden deswegen „Mitbestimmungs- und Gestaltungsrechte".

Das Demokratieprogramm wurde nicht nur in seiner Präambel, sondern auch im Forderungsteil neu gestaltet, ohne daß jedoch an seiner grundsätzlichen rechtsstaatlichen Fixiertheit gerüttelt wurde. „Es geht uns um die Aufwertung der parlamentarischen Demokratie" weist Sonja Puntcher-Riekman diesbezügliche Vorwürfe zurück, „das wäre schon ein Schritt nach vorne". 150 oder

Foto: von der Simeien



Programmformulierungen in der Zeitschrift der Grünen „IMPULS“

gleich. Zum „Basislohn" werden sich zwei Positionen finden, über die der Kongreß wird abstimmen müssen: Eine Variante verlangt einen in der Höhe von öS 7.000, die andere lehnt „Basislohn" ab, weil er seine EmpfängerInnen vom Arbeitsmarkt ausschließe und die Gesellschaft somit spalte. Und, last but not least, wird „die Arbeitswelt selbst zur Diskussion" gestellt - allerdings, das sei angemerkt, wieder nur halbherzig. Demokratie und Wirtschaft seien nicht

200 Jahre nach der Bürgerlichen Revolution diese in Österreich nachholen - geht es den Grünen darum? „Ja", antwortet Puntcher-Riekman bestimmt, denn: „In Österreich gibt es nicht einmal so etwas wie den bürgerlich - liberalen Rechtsstaat." Größer als im ersten Entwurf wird diesmal der „BürgerInnenwiderstand" geschrieben - wobei die ursprüngliche Kritik, daß für die Grünen Menschen scheinbar nur als BürgerInnen existieren, allerdings bestehen bleibt. „Mit Nachdruck" bekennen sich die Grünen nun „als Ergänzung zum institutionellen demokratischen Rahmen" zu einer Politik der „außerinstitutionellen Bewegungen bzw. der außerparlamentarischen Opposition", wozu auch ziviler Ungehorsam gezählt wird. Dabei wollen sich die Grünen nicht „auf den von den Mächtigen vorgegeben Rahmen einer einseitig ihre Interessen schützenden Legalität eingrenzen lassen."

Doch damit der antistaatlichen Aufmäufigkeit schon wieder genug, denn „Kernpunkt" der Demokratie sei das Wahrecht, zu dessen Reform sich lange Ausführungen finden, inklusive der Forderung nach einem „freien Mandat"- Abgeordnete sollen nicht dem Klubzwang unterliegen, dafür aber ihren WählerInnen regelmäßig Bericht erstatten müs-

sen. Wer nun ein Wort zur Möglichkeit, Abgeordnete auch wieder abzuwählen, sucht, der/die wird nicht fündig - wollen die Grünen in den eigenen Reihen kein imperatives Mandat, so fordern sie es auch nicht von den anderen. Eine besondere Feinheit der Unterwerfung unter den Staat findet sich dort, wo Grüne wollen, daß Abgeordnete in ihrer Kontrollfunktion nicht zensuriert werden dürfen und deshalb „unbeschränkte Einsicht in alle Vorgänge der Verwaltung" bräuchten. Allerdings: „Eine etwaige Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit geht dabei auf die Abgeordneten über", fordern die Grünen.

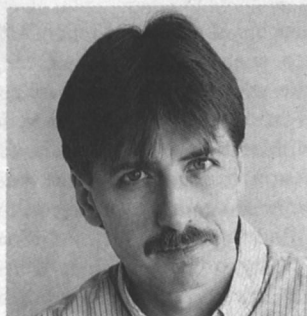
Neu im Demokratieprogramm sind die Forderungen zur Demokratisierung der Arbeitswelt - „ohne Neuverteilung der Macht zugunsten der abhängig Beschäftigten" kann es die gesellschaftlich notwendigen Veränderungen nicht geben, heißt es.

### Bescheidenes Ergebnis

Die dreivierteljährige Programmdiskussion, die die Grünen nun hinter sich haben, kann bei aller positiven Würdigung - „das war die erste politische Diskussion bei den Grünen, die ich erlebt habe", meint etwa Franz Floss - nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Interesse der Basis trotz allem recht mager geblieben ist. „Die Leute wollen halt lieber zu einem Bereich, der sie interessiert, wie die Verhinderung einer Mülldeponie, was machen, als theoretische Debatten zu führen", beklagt Puntcher-Riekman die Bürgerinitiativenmentalität und ergänzt: „Es gibt bei uns eine nicht zu übersehende Feindlichkeit gegenüber theoretischen Auseinandersetzungen".

Im Vergleich mit Programmen der BRD-Grünen fällt das Ergebnis hierzulande denn auch dürftig und angepaßt aus - Schani Margulies weiß um diese „großen Defizite" und macht die Heterogenität der Bewegung, den Mangel an qualifizierten Intellektuellen, die für und mit den Grünen arbeiten würden, und vor allem „eine große Zaghaftheit gegenüber dem Versuch, an einem gesamtgesellschaftlichen Entwurf zu arbeiten", dafür verantwortlich.

Daß der Programmkongreß im Hochsommer abgehalten wird, kann als Ausdruck dieser Geringschätzung programmatischer Arbeit gelten - Sorgen, ob auch eine halbwegs repräsentative Beteiligung zustande kommt, plagen jedenfalls alle, die an einer Programmdebatte Interesse haben. ■



Von Franz Schandl

## GORBAT-SHOW

Als eifrigem Leser der in Wien herausgegebenen Zeitschrift „SOWJETUNION HEUTE“ mußte es einem schon früher auffallen. Dieser Gorbatschow hat eigentlich wenig zu sagen. Seine Ausführungen zum Sozialismus erinnern an die alten Einführungen in diesen, sein Neues Denken frappant an westliche Stehsätze und Nullaussagen. Eigenständiges oder Neues suchen wir vergebens. Ideologisch geben sich da stalinistische Konfusion und westliche Infusion die Hand. Wobei die bürgerliche Phrase zusehends über die sozialistische Phrase obsiegt.

Die herrschende Begrifflichkeit des Westens - neuerdings spricht man sogar von offener Gesellschaft, von totalitären Systemen, von ideologiefreien Beziehungen auf internationaler Ebene etc. - findet sich zunehmend in offiziellen Publikationen aus der Sowjetunion. Denunzierte man vor wenigen Jahren noch alles nichtstalinistische linke Denken als kleinbürgerlich oder gar objektiv konterrevolutionär, so betet das Neue Denken westliche Formeln nach. Das Neue ist somit älter als das Alte.

Mit Sozialismus haben Gorbatschows Überlegungen zweifelsohne wenig zu tun, eher schon mit gesundem Menschenverstand, der da verkleidet hinter allgemein-

menschlichen Werten und unter dem Primat der Gattungsfraße auf uns zukommt.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Gorbatschows geplante Marktwirtschaft über die soziale zur freien wird. Detto die Demokratie, die von einer Wiederbelebung der Räte wohl schnurstracks zum obligaten Parlamentarismus fortschreitet. Detto alle anderen Fragen. Auch wenn er es (noch) nicht zugibt, ist es offensichtlich: Gorbatschow hat keine Alternativen zum Westen.

Die Sowjetunion steht vor dem Zerfall, der Aufbruch wird im Umbruch, der Restauration bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse enden.

Was vor Jahren hoffnungsvoll begann und gar oft mit einem neuen Aufbruch des Sozialismus verwechselt wurde, endet im Fiasko. Heute übt Gorbatschow sich in hinterhereilendem Gehorsam, er tut das, was die Bush und Kohl für ihn und für sein ehemaliges Reich vorgesehen haben. Er ist schön langsam dort angelangt, wo er außer den Interessen des Westens eigentlich nichts und niemanden mehr vertritt. Zumindest keine Klasse oder Schicht oder auch bloß Nationalität in der Sowjetunion. Die Applaudoren sind woanders. „Gorbi, Gorbi“ rufen jene, die sich einst vor dem russischen Bären (zu Unrecht) fürchteten.

Da wird in der Weltpolitik einer aufgeführt und vorgeführt, der schon längst nichts mehr anführt, sondern nur noch ausführt. Ein kategorisches Nein seiner Person ist meistens der sichere Garant dafür, daß etwas einige Monate später Realität wird. Sprach er vor Jahren noch gegen das Mehrparteiensystem in der Sowjetunion, so steht es jetzt vor der Einführung, sprach er von der Unverletzlichkeit des Sozialismus und des Warschauer Vertrages, so ist erster in Auflösung und letzter faktisch schon beseitigt.

Nur Schlitzohren können

dies leugnen oder folgeunrichtig uminterpretieren. Wie etwa Vitali Tretjakow in der „Moskowskije Nowosti.“ Der scheidt, man lese und staune: „In dieser Beziehung verhalten sich diejenigen unvernünftig, die Gorbatschow darauf festnageln wollen, daß seine Aussagen von gestern und besonders von vorgestern nicht mit dem heute Gesagten übereinstimmen. Warum wollen sie denn das Offensichtliche nicht sehen, die Eigenentwicklung des Anführers, der sich 1985 eine politische Aufgabe gestellt hat und nun gezwungen ist, die Anforderungen immer höher zu schrauben?“

Solche Hochschrauber nennt man für gewöhnlich Hochstapler.

Trotz aller Worte und Beteuerungen: auch in der Deutschlandfrage wie in den Nationalitätenkonflikten innerhalb der Sowjetunion wird Gorbatschow nachgeben, weil nachgeben müssen. Denn Gorbatschow ist international wie national - im Vergleich zu seinen Vorgängern - völlig macht- und hilflos. Darüber sollten auch seine Drohgebärden nicht hinwegtäuschen.

Die Früchte des Sieges im Zweiten Weltkrieg sind verspielt, die Sowjetunion ein zerbröselndes Reich, der Rest eine Macht zweiter Größe, so wie vor Peter I. Der Sozialismus ist trotz aller falschen Bekenntnisse auf Jahrzehnte kaputt. Gorbatschow ist ein doppelter Bankrotteur.

Er hat seine Schuldigkeit getan und wird daher bald gehen müssen. Der letzte (ergebnislose) Gipfel mit Bush wird wirklich der letzte der beiden gewesen sein. Dem Übergangspräsidenten Gorbatschow wird schon bald der Untergangspräsident Jelzin folgen.

Das ist wirklich so gemeint. Die Sowjetunion geht unter. Da wird auch Gorbatschows neuester Vorschlag von einem Bund souveräner Staaten nichts aufhalten. Der Osten ist dem Westen zur

Neuaufteilung freigegeben. Das Gleichgewicht des Schreckens ist einem schrecklichen Ungleichgewicht gewichen.

Wir erleben das Ende nicht nur der Nachkriegsordnung, sondern auch der Nachkriegszeit. Entgegen allen Beteuerungen vom Rückgang der Kriegsgefahren, glauben wir, davon ausgehen zu müssen, daß diese erstmals auch in den bürgerlich-kapitalistischen Demokratien auf Grund innerimperialistischer Konflikte wieder ansteigen werden, eben weil die ehemalige Gegenmacht vernichtend geschlagen werden konnte. Die Sowjetunion mag zwar nie sozialistisch oder gar kommunistisch gewesen sein, eines war sie aber: ein Garant des Friedens auf internationaler Ebene und weltweit der bedeutendste antiimperialistische Faktor. Beides ist heute bereits Geschichte.

Im Westen war Gorbatschow vor allem deshalb so beliebt, da er diesen Einbruch der anderen Weltmacht mit einer - wie sich heute herausstellt - relativ unüberlegten und unkoordinierten Politik erst ermöglichte. Seitdem hat der Westen die Gorbatschow nicht mehr von seinem Spielplan abgesetzt.

Doch nun läuft sie aus. Vorher werden wir noch einiges erleben: ein Aufnahmearbeiten in die II. Internationale und in die NATO, eine Relativierung und schließlich Verdammung des Staatsgründers Lenin und eine umfangreiche Entschuldigung für die Oktoberrevolution.

Gänzlich lächerlich wirkt Gorbatschow als Mächtigen-Bonaparte der Sowjetunion. Einführung und Übernahme der Präsidentschaft sind bloß weitere aussichtslose Versuche. Tempo, Richtung und Rollen bestimmen schon länger die westlichen Kalten-Kriegsgewinner, die eigentlichen Profiteure dieser Entwicklung. Gorbatschow selbst hält nur noch auf, was nicht mehr aufzuhalten ist. Es ist sein letzter Sommer. ■

■ Es war kein Tag des Hans Bentzien.

Der Intendant des Deutschen Fernsehfunks (DFF), Herr über rund 7.500 Bedienstete, mochte den Interviewtermin nicht mehr einhalten. An seiner Statt standen, abwechselnd, der Chef der Öffentlichkeitsarbeit sowie der verantwortliche Chefredakteur zur journalistischen Verfügung. Derweil Big Boss andernorts seine Demission nüchtern zur Kenntnis nahm.

Während des zweistündigen Gesprächs skizzierten die beiden Mittfünfinger dann zwar ihre Vorstellungen von der Zukunft des DDR-Fernsehens, alleine, den nicht ganz freiwilligen Rücktritt ihres Herrn erwähnten sie nicht.

Erst einige Stunden später, beim Gespräch mit einer Ostberliner Schriftstellerin in einem Café vor dem Palast der Republik, erzählte uns ein befreundeter Fernsehredakteur vom nachmittäglichen Medienereignis: Hans Bentzien, der Intendant, der war nicht mehr.

Die beiden DFF-Propagandaobristen leiden an der verfahrenen Situation, denn zur Zeit stirbt sich's schnell und unverhofft in der DDR. Es ist dies die Zeit der unverbindlichsten Formulierungen, der vagen Auskünfte, der praktizierten Wendehalsigkeit. Erwischt's heute den Nachbarn - morgen ist man, mag sein, vielleicht selbst der nächste.

Unsicherheit, Konzept- wie Perspektivenlosigkeit, Angst und Vorsicht prägen die Atmosphäre in Berlin/Ost, Leipzig und Dresden - vier Wochen vor der Währungsunion.

Seit das ehemalige sozialistische Ungarn seine Grenzen gegen Westen für DDR-Bürger und Bürgerinnen öffnete, ist nichts mehr so, wie es mal war im Ex-Arbeiter- und Bauernstaat. Innerhalb weniger Wochen wurde wahr, womit keine/r gerechnet hatte, die DDR, die gibt's nicht mehr. „Die Öffnung der Ungarn Grenzen“, meint Holger Haase, Chef vom Dienst der „Berliner Zeitung“, „hat wie ein Katalysator gewirkt. Alles kam in Bewegung.“

Und mit der Bewegung kam die Neue Unsicherheit. Hatte man vor der „sanften Revolution“ noch eindeutige inhaltliche SED-Orientierungshilfen in den Redaktionen von Presse, Rundfunk und Fernsehen, weiß man heute nicht so recht, was tun und was wird. Weder Gesetze noch Richtlinien regeln das Spiel um die Medien, alles bleibt erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist.

Vor nicht allzulanger Zeit war die Welt noch in Ordnung. So erklärte der Ex-Ost-Berliner SED-Chef Günter Schabowski im Jahre 1983 - anlässlich einer Medienkonferenz in Sofia - seine Sicht ▶

Foto: Karl Lind



Springer & Co treffen einander zum DDR-Shopping

**DDR - Medien:**

# MADE BY SPRINGER & CO

*Von Karl Lind*

**Nach der „Wende“ treffen einander nun Vertreter westdeutscher Unternehmen zum Medieneinkauf in der Noch-DDR. Quasi im rechtsfreien Raum werden - nach unterschiedlichsten Vorstellungen - Fakten geschaffen.**

der Dinge: Mit dem Aufdecken von Fehlern durch die Presse würden, so der Sekretär, dem Klassenfeind in nahezu verräterischer Manier Achillesfersen entblößt. Also wurde geschwiegen, der Klassenfeind hatte im Dunkeln zu tapen. Schabowskis Tip an die Journalist/inn/en: Durch Aufzeigen positiver Beispiele kritisiere man, sehr subtil und pädagogisch, die weniger positiven Erscheinungen. Ergebnis der SED-Medien-doktrin: Minuten- bzw. seitenlanges Aufzählen diverser Titel und Orden, öde Berichte in Presse und Fernsehen über zufriedene arbeitende Menschen, elendslange Bildstudien über wohligh grasende ostdeutsche Kühe usw.

Auch die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN blieb auf SED-Kurs: Meldungen etwa, die als besonders 'heikel'

Sekretär seine Ideen zu Papier zu bringen, schnell hingeworfen auf ein paar Servietten, brachten Boten die Honecker-Depeschen als Weiß-Papier-Meldungen der besonderen Art zur Weitergabe.

Auch vor der Kamera war Honi stets präsent. Als etwa am 15. April 1985 US-Bomber libysche Städte angriffen, brachte die „Aktuelle Kamera“ erstmals 20 Minuten Honecker beim Parkeröffnen vorne weg.

Was immer sich auch ereignete, was davon geschrieben oder gesendet wurde, bestimmte das ZK der SED. Gelegentlich übte man sich in kaum überbietbaren Zynismen. So schrieb ein Kommentator nach der Selbstverbrennung des Pfarrer Brüsewitz in den 70er Jahren, in der DDR hätte jeder das Recht, nach seiner Fasson glücklich zu werden.



Empörte OstberlinerInnen protestieren gegen die „Wiedervereinigung“

eingestuft wurden, hatte man vor der Veröffentlichung, mit einer speziellen elektronischen Codierung versehen, ans Zentralkomitee der SED zu senden und Anweisungen abzuwarten. Gingen die Nachrichten dann mit dem Vermerk „Achtung Chefredakteure“ raus, wußten die Redaktionen, wo's langzugehen hat: Das Ereignis muß, wie es die Herren wünschen, als Aufmacher ins Blatt oder in die Sendung.

Ebenso aus dem Zentralkomitee erreichten die sogenannten „Weiß-Papier-Meldungen“ die Redaktionen, die wortident unters Volk zu bringen waren. Wieder mal, war darin oft zu lesen, hätten sich zwei oder mehrere Herren über allerseits interessierende Fragen unterhalten. Wobei alleine die Titel der Protagonisten Spalten füllten.

In der letzten Zeit vor der „Wende“ jedoch zeigte sich der Generalsekretär der SED, Erich Honecker, immer öfter bereit, selber mal zum Schreibstift zu greifen. Just zur Mittagszeit pflgte der

Noch in der letzten Woche vor dem Fall der Grenzen ward allerorts verkündet, man weine den Ausreisenden keine Träne nach. Eine Sensationsreportage des „Neuen Deutschland“ ließ denn auch aufhorchen. Man habe, so die Tageszeitung, einen Mitropa-Koch mit Menthol-Zigaretten betäubt und danach in die BRD verschleppt. „ND“ mußte sich später für den journalistischen Wahnwitz entschuldigen.

### Entschuldigungen allerorts

Noch ein wenig später, nach den Leipziger Montagen und dem Rücktritt von Honecker & Co., entschuldigten sich dann alle, die irgendwie mitgemacht hatten, vom Nachrichtenredakteur bis hin zu leitenden SED-Funktionären.

Holger Haase, um die 30 und Chef vom Dienst der „Berliner Zeitung“, braucht sich nicht zu entschuldigen. Er erlebte als Redakteur die Zeit vor der

Wende und die Umbruchphase. „Vor der Wende“, meint er, „waren wir, vorsichtig ausgedrückt, sehr unzufrieden mit der Informationspolitik, weil wir am ehesten mitgekriegt haben, was im Land wirklich los ist und wie es verkauft wird. Wir waren ja selber daran beteiligt, es falsch wiederzugeben.“ Nach der Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze habe es auch in den DDR-Medien offen geäußerte Kritik an der Informationspolitik der SED gegeben. Die sei jedoch anfangs von der Partei mit rigorosesten Mitteln unterdrückt worden.

„Dann kam die Umbruchphase, wo die Leute meinten, jetzt kannst du was verändern, jetzt kannst du deinem Auftrag als Journalist nachkommen. Das stieß aber an die Grenze derer, die sagten, das kann doch nicht sein, das machen wir nicht mit, weil noch nicht vorauszusehen war, wohin das führen wird.“

Die Künstler hatten zu einer Riesen-demo aufgerufen hier in Berlin, für Pressefreiheit, an der eine halbe Million Menschen teilgenommen haben. Die Journalisten aber haben nicht darüber geschrieben, daß da eine Demo für Pressefreiheit stattgefunden hat. Viele waren mit dem nicht einverstanden.“

Er selbst habe einen Leitartikel zum Ereignis verfaßt, der aber nicht erscheinen durfte, „weil die verkrustete Schicht über uns verhinderte, daß so was an die Öffentlichkeit kommen kann. Ende November ist es uns dann gelungen, die Redaktionsleitung auszuwechseln, danach haben wir uns begeistert daran gemacht, den Umgestaltungsprozeß mitzuführen. Das aber betraf nur einen Teil der Redaktion.“ Denn viele hätten nicht verstanden, was da los sei. Im Jänner, Februar und März brachte das Blatt dann Kommentare in ihrer politischen Tendenz von ganz links bis liberal. Reglementierungen gab es keine mehr.

Heute habe sich die Situation wieder beruhigt, die Konferenzen, in denen es um die politische Ausrichtung der Zeitung geht, hätten deutlich abgenommen. Man konzentriere sich wieder aufs Zeitungsmachen, das „Drumherum ist nicht mehr so sehr wichtig.“

Heute ist eben die Welt wieder in Ordnung.

### Maxwell und Gysi

Holger Haase sitzt im vierten Stock des größten Verlagshauses der DDR, des „Berliner Verlags“. Im Glaspalast am Alexanderplatz herrscht rege Umtriebigkeit, es geht ums große Geschäft. Mitte Mai verkündeten Medientycoon Robert Maxwell und Gregor Gysi, Chef der SED-Nachfolgerin PDS, in einer gemein- ▶

# BETEILIGUNGEN, KÄUFE UND KOOPERATIONEN

Ergebnisse des jüngsten Einfalls westlicher Verlage in die DDR

## 1. Axel Springer Verlag AG

**Märkische Volksstimme**, Potsdam.

Auflage: 391.200

Beteiligung wird ausgehandelt.

**Ostsee-Zeitung**, Rostock. Auflage: 272.200

GmbH mit Lübecker Nachrichten (49% bei Springer) geplant.

**Sächsisches Tageblatt**, Leipzig. Auflage: 68.100

GmbH mit Hamburger Abendblatt (100% Springer).

**Norddeutsche Zeitung**, Schwerin. Auflage: 23.000

GmbH mit Hamburger Abendblatt s.o.

**Liberal-Demokratische Zeitung**, Halle

Auflage: 55.000

GmbH mit Hamburger Abendblatt s.o.

**Der Morgen**, Berlin. Auflage: 60.000 Joint-venture mit

**Berliner Morgenpost** (100% Springer).

**Sportverlag**, Berlin. Aufkauf durch Springer.

**Sportecho**, Auflage: 66.000

**Fußballwoche** Auflage: 285.000

**Sächsische Neueste Nachrichten**, Dresden.

Auflage: 25.000

Verhandlungen mit Springer, Bauer und Gruner&Jahr über gemeinsame GmbH.

**Mitteldeutsche Neueste Nachrichten**, Leipzig.

Auflage: 22.400

Verhandlungen mit Springer, Bauer und Gruner&Jahr über gemeinsame GmbH.

## 2. Die britische Mirror-Gruppe

(Maxwell Communication Corporation)

beteiligt sich am **Berliner Verlag**. Hinzu kommt ein noch nicht genanntes renommiertes 'Verlagshaus' der BRD. Nach Informationen der Redaktion **das blatt** handelt es sich dabei um die Axel Springer Verlag AG. Im **Berliner Verlag** erscheinen:

- **Berliner Zeitung**
- **BZ am Abend**
- **Wochenpost**
- **Für Dich**
- **Neue Berliner Illustrierte**
- **Freie Welt**
- **Weltbühne**

## 3. Heinrich Bauer-Verlag, KG

**Hamburg**

Verlag **Junge Welt** gemeinsame Tochtergesellschaft (gleiche Beteiligung), die Bücher, Kinder- und Jugendpublikationen herausgeben wird.

Tochtergesellschaften vorgesehen mit

**Magdeburger Volksstimme**, Auflage: 431.400

**Märkische Oderzeitung**, Frankfurt/Oder,

Auflage: 20.100

**Schweriner Volksszeitung**, Auflage: 191.300

**Nordkurier**, Neubrandenburg. Auflage 198.900

Kooperationsvertrag geschlossen mit

**Norddeutsche Neueste Nachrichten**, Rostock,

Auflage: 38.300

• Verlag Technik zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Zeitschrift **KFT** (Kraftfahrzeugtechnik)

• Kooperation in Aussicht gestellt mit:

**Brandenburgische Neueste Nachrichten**,

Auflage: 19.900

**Norddeutsche Neueste Nachrichten**,

Auflage: 38.300

**Sächsische Neueste Nachrichten**, Auflage: 25.000

**Mitteldeutsche Neueste Nachrichten**,

Auflage: 22.400

(beide verhandeln auch mit Springer, Gruner&Jahr).

## 4. Burda GmbH

• Herausgabe der Programmzeitschrift **Super-TV**

gemeinsam mit dem Gong-Verlag und der

**Thüringer Allgemeinen**, Auflage: 400.000

## 5. Frankfurter Allgemeine Zeitung

• beabsichtigt ist die Gründung einer gemeinsamen (jeweils 50%) Tochtergesellschaft der VOB Union und der FAZ, die folgende Zeitungen einbezieht:

**Neue Zeit**

**Der Demokrat**, Rostock

**Neuer Weg**, Halle

**Thüringer Tageblatt**, Weimar

**Die Märkische**, Berlin

Gesamtauflage: 280.000

FAZ-Verlag liefert o.g. Tageszeitungen eine Wochenendbeilage.

## 6. Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ-Gruppe)

• beabsichtigt sind Gemeinschaftsunternehmen mit:

**Leipziger Volkszeitung**, Auflage: 451.500

**Ostthüringer Nachrichten**, Gera, Auflage: 220.400

**Thüringische Landeszeitung**,

**Thüringische Neueste Nachrichten**, Weimar,

Auflage: 108.600

**Thüringer Allgemeine**, Erfurt, Auflage: 393.300

## 7. Gong-Verlag, Nürnberg

(siehe 'Super-TV' mit Burda GmbH)

• besorgt das Anzeigen-Geschäft für die im **Verlag für die Frau** erscheinende Modezeitschrift **Promo**

## 8. Gruner&Jahr, Hamburg

• plant eine gemeinsame Tochtergesellschaft mit der

**Sächsischen Zeitung**, Dresden

Auflage: 544.700 und dem Grafischen Großbetrieb

**Völkerfreundschaft** Dresden bei Mehrheitsbeteiligung der DDR-Partner.

## 9. Militaria-Verlage der BRD

• sind beteiligt an der Brandenburgischen Verlagsanstalt.

Publikationen des Verlages:

**Funkamateureur**, Auflage: 110.000

**Sport + Technik**, Auflage: 200.000

**Modellbau**, Auflage: 57.000

**Fliegerrevue**, Auflage: 55.000

**Visier**

## 10. Sebaldu Druck und Verlag GmbH

• kooperiert mit **Verlag für die Frau**, Leipzig

• Absichtserklärung zur Gründung einer GmbH für den Zeitschriftensektor

wichtigste Publikationen:

**Promo**, Auflage: 780.000

**Modische Maschen**, Auflage: 650.000

**Guter Rat**, Auflage: 782.000

**Saison**, Auflage: 221.000

**Sybille**, Auflage: 200.000

## 11. Stuttgarter Verlag Motorpresse

• hat Gemeinschaftsunternehmen mit **transpress-Verlag** gebildet.

• plant ein gemeinsames Automagazin mit 750.000 Auflage.

## 12. Der bayerische Landwirtschaftsverband plant GmbH mit Deutschem Bauernverlag

wichtige Publikationen:

**Bauernecho**, Auflage: 100.000

**Garten und Kleintierzucht**,

Auflage: 768.000

**Der Hund**, Auflage: 164.000

**Gärtnerpost**, Auflage: 25.000

## 13. Sonstige

• **Volksblatt** Berlin-West gibt gemeinsam mit der **Märkischen Volksstimme** den

**Havelland-Anzeiger** heraus.

• Die **Saarbrücker Zeitung** (52% Holzbrinck-Erbengemeinschaft) und die **Lausitzer Rundschau** Cottbus wollen ein Gemeinschaftsunternehmen gründen.

• Das Bielefelder Westfalenblatt gibt die **Eisenacher Tagespost** heraus, Auflage: 50.000.

• Die **Hannoversche Allgemeine Zeitung**, Verlagsgesellschaft Madsack GmbH&Co

erscheint als **Magdeburger Allgemeine** mit entsprechendem Lokalteil.

• Die **Freie Presse** Karl-Marx-Stadt verhandelt mit der Medien-Union-Ludwigshafen über eine Tochtergesellschaft.

• Die **Marburger Neue Presse** verhandelt mit **freies Wort** Suhl über eine Beteiligung.

• Der Stuttgarter Verlag Motor-Press hat mit dem **transpress-Verlag** eine Tochtergesellschaft gegründet.

• Die **Frankenpost** in Hof gibt gemeinsam mit dem Verlag **Neuer Vogtländischer Anzeiger** in Plauen den

**Vogtländischer Anzeiger** heraus.

• Das **Meininger Tageblatt**, Auflage: 11.000 wird gemeinsam mit der **Saale-Zeitung** Bad Kissingen herausgegeben.

• Die **Volksstimme** Potsdam, die **Märkische Oderzeitung** Frankfurt/Oder und die **Lausitzer Rundschau** Cottbus geben gemeinsam mit der **Nordwest-Zeitung** in Oldenburg die **Märkische Woche**, Start-

auflage: 50.000 heraus.

• Die **neue Presse** Coburg vertreibt eine Thüringer Ausgabe mit 11.000 Auflage.

• Die **Lübecker Nachrichten** vertreiben mit 32.000 Auflage eine Mecklenburger Ausgabe.

• Der **Frankenpost Verlag** Hof vertreibt mit 15.000 Auflage die **Thüringenpost** und mit 15.000 Auflage die **Aachenpost**.

• Die Druck- und Verlagsanstalt **das blatt** in Berlin hat das Magazin **Poseidon** gekauft. Auflage: 15.000.



Alice Ströwer, Mediensprecherin der Berliner AL, Mai 1990

samen Pressekonferenz den Einkauf Maxwells in das Ostberliner Verlagshaus, vor einigen Monaten noch im Alleinbesitz der Sozialistischen Einheitspartei. Das tolle Duo präsentierte der staunenden Journalistenschär die unterschriebenen Vorverträge. Experten schätzen den Wert des DDR-Verlages, mitsamt seinen 1.200 Mitarbeiter/innen, Gebäuden und völlig veralteten Druckereien, auf rund 900 Millionen West-Mark.

Nicht nur der „Berliner Verlag“ muß sich um westliche Partner bemühen, sämtliche ostdeutsche Zeitschriften und Zeitungen sind von der „Wiedervereinigung“ existenziell bedroht, da an Konkurrenzfähigkeit gegen die bunten Westblätter nicht zu denken ist. So hat sich bereits jeder westdeutsche Verlag, der was auf sich hält, im Osten ein Stück Medium zugelegt. (Einkäufe siehe nebenstehenden Kasten). Bis zur Währungsunion allerdings sind Mehrheitsbeteiligungen untersagt, erst nach dem Stichtag sollen Aufkäufe erlaubt sein.

Die PDS, Besitzerin von 17 der 38 DDR-Tageszeitungen, hat für den Tag X bereits vorgesorgt. Fünfzehn ihrer Titel ließ sie ins Volkseigentum überführen, kostenlos, allerdings mit einer Vertragsklausel: Sollten die Volkseigentümer zu über 50% Westkonzerne beteiligen, müßten diese an die PDS den realen Wert der Zeitungen nachzahlen. Gysi&Co. erhoffen sich somit ein Zurückhalten der Westverlage und damit Sicherung der Arbeitsplätze, doch mit wenig Chancen auf Erfolg. So denkt man bereits laut darüber nach, die PDS schlicht zu enteignen, sind doch gerade die DDR-Regionaltageszeitungen für die „Westler“ von weit größerer Bedeutung als die überregionale Presse. Denn die - in ihrem Einzugsgebiet dominierenden - Regionalblätter mit Platzhirschposition sind schwierig, weil kostenintensiv zu konkurrenzieren.

Ohne Westverlage läuft nichts mehr im Osten, wo, seit der Wende, Zeitungen wie Zeitschriften mit den Tücken des freien Marktes kämpfen. Im gesamten Bereich der Logistik sind die Ostdeutschen hoffnungslos hinten nach. So

könnte etwa die „Berliner Zeitung“ weit mehr Inserate plazieren, alleine: Papier ist kontingentiert in der DDR.

Mit dem Wegfall der staatlichen Subventionen für die Ex-SED-Presse sind nun Mehreinnahmen jedoch von dringlichster Aktualität, denn den Ausgleich für die verlorenen Staatsgelder ausschließlich über den Verkaufspreis reinzukriegen, ist undurchführbar. Zudem arbeiten die Druckereien auf einem technisch längst weit überholten Stand.

Nicht nur der Druck macht Probleme, auch der Vertrieb läßt zu wünschen übrig. Die „Berliner Zeitung“ haderte lange mit ihrem Schicksal und der Ostpost, die für den Vertrieb der Tageszeitungen zuständig ist. „Unserer Meinung nach wurden wir boykottiert“, meint Haase, denn die Zeitungen erreichten die Abonnenten manchertags erst am Nachmittag. „Damit sind wir am Kiosk bereits um acht Uhr ausverkauft und können unmöglich nachliefern.“ Ein Problem, nicht nur für die „Berliner Zeitung“, die rund 327.000 Exemplare ihrer Gesamtauflage von 400.000 im Abo vertreibt.

Wesentlicher Zwang zur West-Ost Kooperation auch die Inseratenakquisition, sind doch die ostdeutschen Verlage beinahe gänzlich unerfahren mit allem, was Werbung betrifft. Seit dem Ministerratsbeschuß zum Thema aus dem Jahre 1984, der die Auflösung der Werbeabteilungen in den Betrieben vorschrieb, beschrän-



Die PDS hat für den Tag "X" vorgesorgt

ken sich die einschlägigen Aktivitäten auf den Abdruck von Kleinanzeigen.

Logistische Nachteile, drastische Unterkapitalisierung, Unerfahrenheit mit Marktmechanismen und Konkurrenzkämpfen wie Monopolbildungen verheißten den Ostprodukten keine allzu rosige Zukunft nach der Union, wenn sämtliche bunten und beliebten Westprodukte zum oblighten DM-Preis und in beliebiger Auflagenhöhe vertrieben werden dürfen.

Die Folgen der deutsch-deutschen Annäherung sind bereits jetzt zu spüren: Die Post mußte für die 9 DDR-weit vertriebenen Titel in der Zeit vom Dezember '89 bis Mai '90 rund 1,7 Millionen

Abbestellungen registrieren, mithin ein Rückgang von nur unwesentlich weniger als 50%. Besonders hart erwischte es das „Neue Deutschland“ mit runden 65% weniger verkauften Exemplaren.

Für die „Berliner Zeitung“ sieht Haase nicht allzu schwarz, denn die sei, auf Grund ihrer speziellen Situation als einzige Nicht-SED-Überregionale, noch relativ bevorzugt. Irgendwo, zwischen der links-alternativen „taz“ und dem liberalen Berliner „Tagesspiegel“ ortet er die Nische für sein eigenes Blatt. „Wir kriegen auch viele Briefe von unseren Lesern“, weiß er, „die uns dafür loben, daß wir so übersichtlich und klar sind.“ Denn die Ostdeutschen hätten - noch - Schwierigkeiten, die oft kiloschweren Westprodukte zu konsumieren. Ebenso seien die westlichen Anglizismen östlicherorts weitenteils noch unbekannt und damit unbeliebt.

Aber nicht nur für Zeitungen und Zeitschriften droht die Übernahme durch Westverlage, auch die einzige ostdeutsche Nachrichtenagentur, die ADN, wird die „Wiedervereinigung“ nicht überstehen. Bis März des heurigen Jahres mit einem Monopol ausgestattet, sieht sie sich seit 1. April mit den quicken Westagenturen in Konkurrenz. Besonders die DPA (Deutsche Presse Agentur) weiß die Medienverantwortlichen zu überzeugen: Drei Monate lang Gratisbelieferungen mit Meldungen aus aller Welt, danach noch geraume Zeit Bezug zum vergünstigten Tarif. Ein Kampf, den die ADN nicht überleben wird, lediglich einige ihrer bekannten Osteuropaexperten werden die Fusion unbeschadet überstehen.

Rund 30 Schnellbahnminuten vom Alexanderplatz entfernt liegt der Ostberliner Adlershof, Sitz des Deutschen Fernseh-Funks (DFF). Graue Baracken, veraltete Technologie, graue Menschen, die schon jahrzehntelang den Staatsfunk am Leben erhalten. Graue Wände auch innen, variierend mit vergilbten Farben aus den fünfziger Jahren. Blümchenvorhänge an den Fenstern, selbst in den Studios. Und überall der penetrante Geruch nach Ost-Desinfektionsmittel aus den sanitären Anlagen. Plastikbelag auf den Böden, bröckelnder Verputz an den Außenwänden.

Rolf-Dieter Eichler und Herbert Kraus, die beiden Chefs der PR-Abteilung des Unternehmens, haben hier Jahrzehnte ihres Lebens verbracht. Die beiden kennen die Gepflogenheiten und die Geschichte des staatlichen Fernsehens ganz genau.

## Zum Geburtstag Stalins

Am 21. Dezember 1952 begann der Ostfernsehsender zu funkeln, mithin zu

Stalins Ehren und deshalb an dessen Geburtstag. Jahrzehntelang diktierte und kontrollierte das ZK der SED - über den Vorsitzenden des staatlichen Fernsehkomitees - die Programme. Der lange Zeit verantwortliche Joachim Herrmann sitzt heute im Knast, viele seiner Mitläufer in den vordersten Reihen mußten ihren Dienst quittieren.

Über 7.000 Mitarbeiter/innen beschäftigt der DFF, rund zwei Drittel zählen zum technischen „Studiobetrieb Post“. Information und Unterhaltung werden im Adlershof produziert, die „Fernseh-dramatik“ in Berlin-Schönefeld, Dokumentarfilme entstehen in den DEFA-Studios in Babelsberg. Spielfilme, mit denen man die westliche Konkurrenz niederhalten wollte, stammen fast ausschließlich aus den riesigen Beständen des Münchners und Gerd Bacher-Freundes Leo Kirch. Kirchs visuelles Junk-Food dominiert denn auch mit einem Anteil von rund 60% das DFF-Programm, mithin der Grund, warum heute das DDR-Fernsehen nicht ins bundesdeutsche Kabelnetz eingespeist werden darf.

Ausgebildet wurden die rund 600 Fernsehjournalisten - bis auf wenige Ausnahmen - in Leipzig. Einer Dissertation des jetzigen Leiters des Grimme-Instituts, Lutz Hachmeister, ist zu entnehmen, wie abenteuerlich die Leipziger diverse Wenden vollzogen haben.

Im Jahre 1916 entstand dort das erste „Institut für Zeitungskunde“, 1933 sah man sich bemüht, eine „möglichst reibungslose Integration liberaler bis konservativer Publizisten“ ins Dritte Reich zu erreichen, ansonsten es „einen Zusammenbruch des Pressewesens gegeben hätte.“ 1954 dann baute die SED zum Zwecke eines „völligen Neubeginns“ die Leipziger „Fakultät für Journalistik“ als „Rotes Kloster“ auf. „Es ist richtig, schreibt Erika Butzek, „ob rot oder braun, die Begriffe 'Agitation' und 'Propaganda', die Journalisten anstatt an Demokratie an ein totalitäres System binden, blieben weiterbestehen. Allerdings durften die Gelehrten der braunen Schule fortan nur in der BRD ihre Flexibilität beweisen.“

Heute gibt man dem DFF und dem Deutschen Rundfunk keine Chance. Obwohl sich DDR-Politiker wie DFF-Vertreter um Eigenständigkeit als dritte öffentlich-rechtliche Anstalt in einem „wiedervereinigten“ Deutschland bemühen, wird dem Staatsfernsehen nur die Resignation vor der Realität bleiben. Allenfalls noch zu klären ist die Frage, in welcher Form die Auflösung erfolgen wird.

So reicht das Spektrum der Absichtserklärungen westlicher Politiker, Repräsentanten der beiden öffentlich-recht-



Holländische männliche Touristen versuchen die Berliner Mauer zu überwinden

lichen Anstalten und der privaten Medienunternehmen von der totalen Privatisierung über die Eingliederung in ARD und ZDF bis hin zu Forderungen nach einer internen Abkehr vom Intendantenprinzip und allumfassender Demokratisierung. Alleine, gemessen an den realen Kräfteverhältnissen, wird DFF 1 der ARD angegliedert, DFF 2 dem ZDF zugesprochen werden. Und dies nach dem sogenannten „dualen System“ der BRD, das ein Nebeneinander von privaten und öffentlich-rechtlichen Programmanbietern vorsieht.

Doch die Ostpolitiker und Medienverantwortlichen geben sich so leicht nicht geschlagen. Seit dem Februar des heurigen Jahres basteln sie an einem eigenen Gesetzesentwurf zum Thema Medienpolitik, der spätestens im Herbst von der Volkskammer verabschiedet werden soll. Zweck der Aktion: Die Verhinderung des totalen Ausverkaufs an bundesdeutsche Verlage und Fernsehanstalten.

Ein eigens dafür gegründetes Medienministerium soll sich, gemeinsam mit dem Volkskammer-Medienausschuß und dem Medienkontrollrat, einem Überbleibsel aus der Zeit des „Runden Ti-

ches“, ans Gesetzeswerk machen. Pfarrer Gottfried Müller, zur Zeit nebenberuflicher Medienminister mit Sitz im ehemaligen Goebbelschen Propagandaministerium, gilt Eingeweihten als Garant für die beinharte Durchsetzung ostdeutscher Vorstellungen einer zukünftigen Medienstruktur gegen die westliche Übermacht. Auf die Frage, ob private Anbieter bald in der DDR zugelassen werden, er sich also über deren Programme informieren müsse, antwortete er dreist: „Das werden wir auch machen. Beim Rundfunk kriegt man ja per Autoradio einiges mit, diese Frequenzen um die 100 rum. Ich verstehe schon, warum die beim Publikum ankommen. Die Lockerheit, mit der da gearbeitet wird, finde ich beachtlich.“

Was die westdeutschen Kollegen davon halten, haben sie im April eindrucksvoll bewiesen. Innerhalb kürzester Zeit teilten sich vier Großverlage das Gebiet der DDR - zum Zwecke des Vertriebs - generalstabsmäßig untereinander auf, um ein *Fait accompli* zu schaffen. Praktisch über Nacht und höchst illegal.

Einsprüche gab es, bis auf den des westdeutschen Kartellamtes, keine. ■



## Das kroatische Volk hat gewählt: **JUGOSLAWIEN KAPUTT?**

Von Igor Schellander

**Der Wahlerfolg der nationalistischen „Kroatischen demokratischen Union“ hat größte Auswirkungen auf die politische Krise in Jugoslawien. Zudem kommen noch Probleme aus unbewältigter Vergangenheit ans Tageslicht.**

Kroatische demokratische Union, Franjo Tudjman



■ „In der Partei der Sieger, der HDZ, existiert ein aggressiver ustaschoider Kern, welcher dem Sieg der Partei etwas Schmerzhaftes gibt ...“ Jovan Raskovic, Führer der „Serbischen demokratischen Partei“ in Kroatien, kann dem überragenden Erfolg von Franjo Tudjman Oppositionsbündnis „Hrvatska demokratska zajednica“ (HDZ, „Kroatische demokratische Union“) nicht allzuviel Positives abgewinnen. Der bekannte Arzt aus Sibenik vertritt mit seiner Partei die Interessen der autochthonen serbischen Bevölkerung Kroatiens (sie stellt ca. 12 Prozent der Landesbevölkerung). Die Wahlen bezeichnet er als „Plebiszit des kroatischen Volkes“. Mit ihnen seien auch neue Aspekte in den kroatisch-serbischen zwischennationalen Beziehungen aufgetreten, die den Serben Grund zum Mißtrauen geben, meint Raskovic.

In Zagreb hatten sich vor den Wahlen am 22. April (der zweite Wahldurchgang fand am 6. Mai statt) drei Wahlblöcke gebildet: die Mitte-Rechts-Gruppe „Kroatische demokratische Union“ (HDZ) mit dem Spitzenkandidaten Franjo Tudjman, die Mitte-Links-Gruppe „Koalition der nationalen Verständigung“ (KNS) mit der Spitzenkandidatin Savka Dabcevic-Kucar (sie wurde 1971 nach dem 'kroatischen Frühling' als Regierungsvorsitzende abgesetzt) und der Linksblock unter der Führung des Bundes der Kommunisten Kroatiens/„Partei der demokratischen Veränderung“ mit dem Spitzenkandidaten Ivica Racan. Die „Serbische demokratische Partei“ Kroatiens (SDS) mit Jovan Raskovic war ebenfalls mit von der Partie. Insgesamt kandidierten über 20 Parteien, wobei allerdings die meisten davon an der 7-Prozent-Hürde scheiterten.

### Parlamentsboykott durch Serben

An Spannungen und Turbulenzen fehlte es bei der Wende in Kroatien tatsächlich nicht. Richtig sensationell war dann der Triumph Tudjmans. Die HDZ („Kroatische demokratische Union“) dominierte beim ersten Wahldurchgang mit knapp 80 Prozent und erhielt nach der Stichwahl mit insgesamt 205 Sitzen in allen drei Parlamentskammern die absolute Mehrheit. Mit 81 Parlamentssitzen folgen die Kommunisten als zweitstärkste Partei. Auf die KNS („Koalition der nationalen Verständigung“) entfielen 11, der Rest der 356 Parlamentssitze verteilt sich auf kleinere Parteien, unabhängige Kandidaten und fünf 'serbische' Sitze.

Gleich nach der Wahl bot Tudjman der „Serbischen demokratischen Partei“ - sehr zum Unwillen der Nationalisten in seiner HDZ - eine Regierungsbeteili-



gung an. Diese wiederum stellte, noch vor dem 30. Mai als der neue kroatische Sabor, das Parlament, zusammentrat und Tudjman zum Präsidenten wählte, ihre Beziehungen zum kroatischen Parlament ein. Raskovic und seine Partei begründeten diesen Boykott unter anderem mit zwei Vorfällen, die die serbische Öffentlichkeit besonders beunruhigten:

- in Benkovac wurde kurz zuvor der SDS-Funktionär Miroslav Mlinar Opfer eines Messerattentats;

- in der Nähe von Bleiburg in Südkärnten beteiligten sich am 12. Mai führende HDZ-Mitglieder und Funktionäre gemeinsam mit Ustascha-Emigranten öffentlich an einer Gedenkfeier für die dort von den Partisanen bei Kriegsende aufgeriebenen Ustascha-Verbände.

Beide Ereignisse versetzten die Serben in Kroatien in eine, durch die historischen Ereignisse leicht verständliche Emotionalität. Das Abschlagen mit blankem Messer, eine Spezialität der Ustascha-Terrortruppen während des 2. Weltkrieges, war den Serben und Partisanen noch in Erinnerung. Der faschistische Ustascha-Staat unter Ante Pavelic wollte die gesamte serbische Bevölkerung auf kroatischem und bosnischem Boden ausrotten und ein Großkroatien errichten.

## Hochspannung nach Triumph der kroatischen Nationalisten

Der HDZ-Sieg löste bereits eine leichte Eskalation der zwischennationalen Beziehungen aus, verschiedene Kreise der HDZ („Kroatische demokratische Union“) - vorwiegend der zweiten oder dritten Garnituren - begannen mit der Thematisierung der sogenannten 'serbischen Frage'. Die Fußballschlacht in Zagreb am 13. Mai gab sogar Anlaß zu parlamentarischen Auseinandersetzungen: Ausschreitungen zwischen den Fans von „Roter Stern Belgrad“ und „Dynamo Zagreb“ führten zu den schwersten Krawallen in der jugoslawischen Sportgeschichte, an der Prügelei mit der Polizei beteiligten sich sogar die Fußballer.

Die freigesetzten Aggressionen werden ohne Zweifel durch scharfe Töne aus Belgrad noch zusätzlich angeheizt. Die Kritik des neuen serbischen Staatspräsidenten Borisav Jovic - er gilt als ein Mann von Milosevic - an den demokratischen Umwälzungen in Slowenien und Kroatien, welche Jugoslawien in eine Krise bringen und ins Chaos stürzen könnten, konnte von den an die Macht gekommenen Oppositionsgruppen nur als serbischer Affront verstanden werden. Anfragen im Bundesparlament in bezug auf Verfassungswidrigkeit der

Wahlen in den beiden Republiken, die von Jovic angedeutete Erwägung eines Ausnahmezustandes sowie die von ihm veranlaßte Entwaffnung der regionalen Territorialverteidigung steigerten die Spannungen.

Korrespondenten der Belgrader Zeitungen in Zagreb schildern ein Zunehmen chauvinistischer Stimmung gegen Serben in Kroatien. Ein Korrespondent der „Politika“ fand eines Morgens auf der Motorhaube seines Autos eine weiße Taube mit abgeschnittenem Kopf vor ...

## Ustascha-Vergangenheit: nur die Opfer können vergeben ...

Die gefühlsmäßige Anspannung der Serben in Kroatien hat reale Ursachen. Der kroatische Sabor soll eine neue kroatische Verfassung ausarbeiten. Die Serben wollen dabei auf keinen Fall in einen Korb mit nationalen Minderheiten geworfen werden. Raskovic: „Wir fürchten die kroatozentristische Politik nicht, solange sie nicht ausschließlich auf dem Prinzip der kroatischen Souveränität aufbaut. In dem Falle aber, daß den Serben nur soviel Souveränität gegeben wird, als die Kroaten für notwendig erachten, wäre von Demokratie keine Rede mehr.“

Das zweite Problem ist das amtlicherseits proklamierte Vorhaben der kroatischen nationalen Versöhnung. Dies zielt vor allem auf die Ustascha-Emigration und erweckt bei den Serben (nicht nur in Kroatien) den Eindruck einer Vergebung gegenüber den faschistischen Kollaborateuren. Die Serben betonen in diesem Zusammenhang, daß nicht die HDZ („Kroatische demokratische Union“) und andere Parteien, sondern lediglich die damaligen Opfer zu einer solchen berechtigt seien. Solange diese Probleme nicht geklärt werden, will Raskovic zumindest keine Beziehungen mit dem Sabor unterhalten.

Kroatien verharrt somit im Zwiespalt zwischen einer noch unbekanntem und bisher unbewährten Regierungsmacht sowie einer alten und repräsentativen Staatsmacht, die - entsprechend den Ankündigungen Borislav Jovics - gerne äußerste Maßnahmen anwenden würde. Die HDZ steht nunmehr vor dem Problem, sich vom buntgefleckten und mit populistischer Ankündigungspolitik operierenden Oppositionsbündnis zu einer modernen und ernstzunehmenden politischen Partei zu wandeln. Tudjmans Vernunftsapelle und Warnungen vor Spaltungstendenzen sind vielleicht schon ein Schritt zur neuen Identität. Gefährdet wird dieser Weg jedenfalls von seiten der kroatischen als auch der serbischen radikalen Nationalisten. Die „Kroatische demokra-

tische Union“ wird allerdings kaum um die Klärung ihrer Beziehungen zu Ustascha-nahen Gruppen umhin kommen. Diese selbst sehen Franjo Tudjman auf Grund seiner Partisanenvergangenheit mehr oder weniger nur als vorübergehendes notwendiges Übel.

## Tudjman, der Märtyrer

Gefährlich ist auch - die im HDZ-Dunstkreis weitverbreitete - Ideologie eines Großkroatien, die die territoriale Integrität der (von Serben, Kroaten und Moslems bevölkerten) Nachbarrepublik Bosnien und Herzegowina in Frage stellt. Da gerade dieses Gebiet immer schon ein Konflikttherd war, erhielt es in Titos nationalitätenbefriedetem Nachkriegsjugoslawien den Republikstatus.

Zu ernsthaften Auseinandersetzungen könnten auch die Revanchismus-Appelle der „Kroatischen demokratischen Union“ gegenüber den ehemaligen kommunistischen Machthabern führen. Die reformierte kroatische KP erhielt immerhin knapp ein Drittel der Wählerstimmen und kann als politischer Faktor nicht ignoriert werden. Sie wird aber noch einige Runden zur eigenen Reformierung zulegen müssen: während Ivica Racans Partei Ende Mai keine Delegierten zum Abschluß des im Winter abgebrochenen 14. Kongresses des von Belgrad dominierten Bundes der Kommunisten Jugoslawiens entsandte, folgten einige Gemeindegremien der Einladung. Auch ein großer Teil der kroatischen KP-Mandatare im Zagreber Sabor zählt nicht gerade zum Reformflügel der Partei.

Das ökonomische Sanierungsprogramm des - übrigens auch aus Kroatien stammenden - jugoslawischen Regierungschefs Ante Markovic wird von Tudjmans HDZ unterstützt, nicht jedoch seine unitaristischen Elemente. Kroatien will seine ökonomische und politische Souveränität sowie eine neue Rechtsstaatlichkeit voll ausbauen.

Franjo Tudjman, mit 23 Jahren Titos jüngster General der Partisanenarmee, später Generalmajor der jugoslawischen Volksarmee und nach Beendigung der Militärkarriere Professor für Zeitgeschichte an der Zagreber Uni, ist als HDZ-Führer und nunmehriger Republikpräsident eine - selbst von den Serben in Kroatien - respektierte Integrationsfigur. Das Attribut 'extremer Nationalist' ist verfehlt, er deklariert sich aber als kroatischer Patriot, als politischer Märtyrer (zweimal wegen politischer 'Delikte' in Haft) und als praktizierender Katholik. Als Historiker verfaßte er auch Arbeiten zur Nationalitätenproblematik in Europa. Das breite Spektrum der ▶

„Kroatischen demokratischen Union“ wird gerne mit der dominierenden kroatischen politischen Kraft nach 1918, der „Kroatischen Bauernpartei“, verglichen und Tudjman ebenso mit der exponierten Figur ihres damaligen Führers Stjepan Radic. Dieser war 1918 gegen die bedingungslose Vereinigung mit dem serbischen Königreich und Gegner der zentralistischen großserbischen Bourgeoisie. Radic forderte eine bäuerliche Republik Kroatiens in einer jugoslawischen Föderation. 1925 gab er seine Oppositionsrolle auf und trat der Regierung in Belgrad bei, was noch zur Verschärfung der Konflikte zwischen Serben und Kroaten führte. Im Juni 1928 wurde er mitten in einer Parlamentsitzung vom Anhänger der serbischen Großbourgeoisie Radic mit Pistolenschüssen ermordet. Der Eklat wurde vom serbischen König Alexander zur Einleitung einer Königsdiktatur genutzt.

Die Episode aus der Geschichte der jugoslawischen nationalistischen Auseinandersetzungen sollte allen heutigen hitzigen Akteuren ein warnendes Beispiel sein ... ■

Igor Schellander ist freier Journalist und lebt in Wien.

## Ustascha, unabhängiger Staat Kroatien, Bleiburg

Die Ustascha-Bewegung ist aus der extrem chauvinistischen Richtung der „Kroatischen Partei des Rechts“ hervorgegangen.

Sie hatte beste Beziehungen zu revanchistischen Kreisen in Ungarn, Italien, Österreich, Spanien, Deutschland. Nach der Einführung der Königsdiktatur in Jugoslawien (1929) wurde die illegale „Kroatische Befreiungsbewegung“ (Ustascha) gegründet. Ihr Ziel war die Verselbständigung eines großen Kroatiens (mit Bosnien und Herzegowina sowie Srem) und die Vernichtung der Angehörigen der serbischen Bevölkerung in diesen Gebieten. Ustascha-Terrorgruppen wurden in Österreich, Ungarn und Italien gegründet. Sie verübten Anschläge sowohl in Jugoslawien als auch im Ausland (Attentat auf den jugoslawischen König Alexander in Marseille 1934). Vor dem 2. Weltkrieg infiltrierten sie die „Kroatische Bauernpartei“. Nach dem faschistischen Überfall auf Jugoslawien (1941) errichteten sie mit Hilfe Hitler-

deutschlands und Italiens den „Unabhängigen Staat Kroatien“. Unter ihrem Polizei- und Terrorregime vollzog sich die KZ-mäßige Vernichtung der Serben. Am Ende des 2. Weltkrieges flohen sie gemeinsam mit den faschistischen Okkupationstruppen vor der siegreichen jugoslawischen Partisanenarmee. Die Ustaschaverbände lieferten den Partisaneneinheiten bis zum 15. Mai 1945 (die letzten Gefechte bei Bleiburg in Südkärnten) erbitterten Widerstand; Titos Direktiven sahen in bezug auf die bewaffneten Quislingverbände den kurzen Prozeß vor.

Die Sabotagetätigkeit der emigrierten Ustascha-Kreise (ihre Organisationen bestehen in der BRD, Österreich, USA, Südamerika) gegen Titos Jugoslawien dauerten bis vor kurzem an (Anschläge auf jugoslawische diplomatische Einrichtungen, Flugzeugentführungen, Erpressung von Gastarbeitern, Bombenanschläge gegen Tourismusobjekte an der Adria in den 70er Jahren).

ANZEIGE

herkömmliche und vegetarische Küche

# B.A.C.H.

16. Bachg. 21 Tel. 450 1970

So-Do 18-2; Fr & Sa 18-4



### PROGRAMM JULI

- DI 3.7. "LIED DER STEINE"  
20h Spielfilm zum Thema Intifada 1989; Khleifi, M.
- MI 4.7. "Das fröhliche Wohnzimmer"  
20h Ausstellungseröffnung Lesung mit Musik
- FR 6.7. "Das fröhliche Wohnzimmer"  
20h Konzert anschließend Kurzfilme
- MI 11.7. Noise Gate  
20h Konzert
- MI 25.7. Marwan Abado und Mahmud  
20h (git.; voc.) (trommel)  
Kassettenpräsentation

STADTEILZENTRUM  
**Ottakring**  
VEREIN FÜR AKTIVE EINWANDERER  
IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND KUNST



### PROGRAMM AUGUST

- MI 1.8. 20h "Klangbilder"  
Ausstellungseröffnung  
Konzert
- DO 23.8. 20h Elliott Sharp  
(voc.; git.; b.; sax.)
- FR 24.8. 20h Josef Hader  
Kabarett
- FR 31.8. 20h Freak Weber  
und die Sackratten

BEI SCHÖNWETTER GARTEN !!  
BEI SCHÖNWETTER GARTEN !!  
BEI SCHÖNWETTER GARTEN !!



## Angst vor 1997. Hongkong wird frei.

# WHITE OR WONG

Von Frank Braßel

■ Während andernorts Völker bis heute um ihre Unabhängigkeit kämpfen, gibt es zumindest einen Fall, wo sich eine Kolonie vehement gegen ihre Entkolonialisierung wehrt: Hongkong. Am 30. Juni 1997 läuft ihr Kolonialstatus aus, geht die britische Kronkolonie an die Volksrepublik China über. Und genau dagegen wehrt sich die Bevölkerung Hongkongs. Die Unabhängigkeit, die hätte man akzeptiert, aber an die rotchinesischen Nachbarn übergeben zu werden, da läuft vielen Hongkongern ein Schauer über den Rücken. Die meisten wollen einfach weg. Mehr als 1.000 BewohnerInnen verlassen jede Woche die Kronkolonie.

Vermutlich verlaufen an keiner Systemgrenze der Welt die Bruchstellen so verquer wie in Hongkong. Der Stadtstaat ist politisch britische Kronkolonie, doch ökonomisch ein eigenständiger Bestandteil des neokolonialistischen Systems. Hongkong ist der völlig ungebremste Laissez-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, aber mit den Potentia-

**1997 wird Hongkong entkolonialisiert. Der bevorstehende 'Anschluß' an die Volksrepublik China löst in der britischen Kronkolonie Panik aus. Der Mittelstand will weg, London jedoch ist nicht bereit, Millionen von britischen Asiaten aufzunehmen.**

len des 21. Jahrhunderts. Der Lebensstandard der Bevölkerung erreicht annähernd europäisches Niveau. Kapital aus der Kronkolonie hat eine wichtige Bedeutung in den Ländern der „Dritten Welt“ Südostasiens, insbesondere in Thailand und auf den Philippinen. Dagegen ist die Volksrepublik China nach wie vor ein Entwicklungsland und geradezu ein Relikt staatsbürokratischen Sozialismus, das seine politische Liberalisierung nach dem unruhigen Frühjahr 1989 weitgehend wieder zurückgeschraubt hat.

Die Volksrepublik ist nicht nur von Hongkong als Umschlagplatz von einem Drittel ihres Außenhandels abhängig, sondern in geradezu klassischer Kolonial-Manier in die Rolle eines Zulieferers für die verarbeitende Industrie der Kronkolonie gedrängt. Mehr Chinesen (über 2 Mio.) arbeiten in den südlichen Gebieten der Volksrepublik für Hongkong, als dort überhaupt beschäftigt sind. Beijing nimmt das ökonomische Wachstum der Kronkolonie als Modell für die Einführung seiner „freien Produktionszonen“, in denen auch die letzten sozialen und gewerkschaftlichen Rechte außer Kraft gesetzt sind: Ohne die legalen und illegalen Zuwanderer aus dem kommunistischen Staat wäre die Kronkolonie kaum überlebensfähig. Sie arbeiten im prosperierenden Baubereich als 'bottom end' der Hongkonger Gesellschaft - für deren Reichtum. Auf der anderen Seite ist Hongkong Magnet für asiatische 'GastarbeiterInnen'. Mehr als 60.000 Haushälterinnen, meist von den Philippinen, kochen, putzen, waschen ►

und erleichtern auf sonstige Weise das hektische Leben der Hongkonger Reichen. Dabei sind sie um vieles rechtloser als ausländische Arbeitskräfte in europäischen Ländern.

## Asiaten sind keine Briten

In Hongkong regiert der Rassismus, nicht nur gegen die im Rotationsverfahren importierten 'GastarbeiterInnen', sondern auch gegen die Flüchtlinge aus dem sozialistischen Vietnam. 55.000 leben in der Kronkolonie, kontrolliert und eingepfercht in umzäunten und bewachten Lagern. Niemand will sie haben, die Hongkonger Verwaltung nicht, die Briten nicht, und Beijing schon gar nicht. Beijing drängt darauf, daß Hongkong die vietnamesischen Flüchtlinge los wird, ehe die Kronkolonie 1997 in seine Verantwortung übergeht. Seit Herbst 1989 werden die ersten „boat people“ zwangsweise nach Vietnam zurückgeschafft. Und so wie Hongkong und Beijing diese Flüchtlinge nicht haben wollen, will London möglichst in der Zukunft einen Zustrom asiatischer Flüchtlinge aus Hongkong vermeiden.

„For Britain it's not a matter of right or wrong but white or Wong“, macht derzeit ein schaler Spruch die Runde in Hongkong. Mehr als die Hälfte der EinwohnerInnen Hongkongs verfügen zwar über einen britischen Paß, doch nur über einen, der ihnen das Recht auf Niederlassung im britischen Königreich nicht gewährt. 1981, kurz bevor die Verhandlungen mit Beijing über die Zukunft der Kronkolonie begannen, hatte die Londoner Regierung diese Kategorisierung ihrer StaatsbürgerInnen eingeführt. So ist auch Ende April die Forderung nach dem Niederlassungsrecht für Bewohner Hongkongs in Großbritannien nur für die 50.000 Familien garantiert worden, die in Schlüsselstellungen der Verwaltung und Wirtschaft der Kronkolonie bis 1997 unverzichtbar sind. Doch selbst das war dem rechten Flügel der britischen Konservativen unter Führung des Thatcher-Kontrahenten Norman Tebbit zuviel. Die „überbevölkerten britischen Inseln“ könnten keine „Asylantenflut“ verkraften. „Eine Welle von Immigranten, die unsere Kultur, Sprache und gesellschaftlichen Regeln nicht teilen und unserem Land keine Treue schulden, ist ein destabilisierender Faktor in unserer Gesellschaft“, posaunte Tebbit.

Die Sorgen der britischen Konservativen sind völlig unbegründet. Zum einen garantiert das gegen ihre Stimmen angenommene Gesetz, daß neben 500 Top-Unternehmern und mehreren tausend

Mitarbeitern der 'Sicherheitsdienste' Hongkongs nur nach einem Punktesystem, das insbesondere berufliche Qualifikation und Erfahrung, Alter und englische Sprachkenntnisse in Betracht zieht, ausgewählte Spitzenkräfte der Kronkolonie das Recht bekommen, sich nach 1997 im 'Mutterland' niederzulassen. Überdies spürt die Hongkonger Elite gar kein Verlangen, ins wenig prosperierende vereinigte Königreich zu gehen. Im vergangenen Jahr siedelten von den 50.000 Menschen, die Hongkong den Rücken kehrten, gerade 1.360 nach Großbritannien über. Die anderen zogen es vor, in Australien, Kanada oder den USA ihre Karriere weiterzuführen. Hierzu muß man zwar zwischen 125.000 und 300.000 US-Dollar Startkapital vorweisen, doch das ist für Hongkongs Reiche nur ein Taschengeld. Und wer es nicht ganz so dicke hat, besorgt sich auf dem regen Markt für Pässe in der Kronkolonie die Papiere für Tonga oder Belize, wofür nur 25.000 Dollar vorzuweisen sind.

## Die Elfenbeinschnitzer bleiben hier

Hieran zeigt sich auch, daß die Hongkonger Situation nicht ganz in das uns derzeit vertraute Schema der Flucht



Der Tempel des Finanzkapitals, die größte Bank der Kronkolonie. Baukosten: 1,2 Mrd. Dollar

bewegung aus sozialistischen Ländern paßt. Natürlich wollen viele der potentiellen 'Flüchtlinge' nicht unter die Herrschaft der alternden Beijinger KP-Riege leben, doch sind diese Flüchtlinge nicht 'das Volk'. Es ist in allererster Linie die Hongkonger Elite, die vor einer „sozialistischen Revolution“ davonläuft. Nur daß diese 'Revolution' durch das Ende des Kolonialsystems in Asien (das portugiesische Macao wird

1999 folgen) quasi importiert wird. Für die normale Bevölkerung der Kronkolonie stellt sich die Frage des Auswanderns nicht. Nicht weil sie scharf darauf wären, unter der Herrschaft Beijings zu leben, aber wohin soll ein Elfenbeinschnitzer, ein kleiner Angestellter, eine Arbeiterin aus einer der zahllosen kleinen Textil- und Spielzeugfabriken oder ein Busfahrer gehen? Sie kommen auf ein Monatseinkommen von etwa 4.000 Hongkong-Dollar (= 7.000 öS, 1.000 DM), die Hälfte davon geht für die Miete auf. Substantielle Rücklagen oder besondere berufliche und sprachliche Qualifikationen, um sich an einen Neuanfang in einem anderen Land zu wagen, haben drei Viertel der BewohnerInnen Hongkongs kaum. Und vermutlich auch nicht sehr viel zu verlieren, wenn die Rotchinesen am 1. Juli 1997 Hongkong als „Sonderverwaltungsgebiet“ übernehmen.

## Eine Nation - zwei Systeme

Gemäß des Dengschen Mottos „eine Nation - zwei Systeme“ hatte 1984 die „Gemeinsame Erklärung“ zwischen London und Beijing „einen hohen Grad an Autonomie“ für das knapp 1.000 Quadratkilometer große Gebiet Hongkongs für weitere 50 Jahre nach 1997 festge-

Beijinger Führung gegenüber Hongkong aufkommen - und die sonst politisch recht abstinente BewohnerInnen der Kronkolonie auf die Straße gehen. Am Tag nach dem Tiananmen-Massaker formierte sich ein Demonstrationszug von mehr als einer Million Menschen - etwa ein Fünftel der Einwohnerschaft Hongkongs -, um für Freiheit und Demokratie in der Volksrepublik einzutreten, die eigene allzu nahe Zukunft vor Augen.

Die Massendemonstrationen ebten ab, aber nicht die Forderungen nach Garantien für die eigene Zukunft. In ihrer Hilflosigkeit wandten sich die Wortführer der liberalen Mittelschicht Hongkongs an die derzeitigen Kolonialherren: Großbritannien müsse für seine Kronkolonie demokratische Garantien gegenüber Beijing durchsetzen und - falls nicht möglich - für deren Bewohner die Einwanderung ins 'Mutterland' ermöglichen. Träger dieser Proteste waren die eine Million Menschen in Hongkong, die man zu der in den vergangenen beiden Jahrzehnten entstandenen, finanzträchtigen Mittelschicht zählen kann. Sie haben in der Tat durch den Übergang an die Volksrepublik vieles zu verlieren: die selbst europäische Metropolen in den Schatten stellende Konsumvielfalt des Stadtstaates, die exzellenten Einkommen der Führungskräfte in Verwaltung, Handels- und Bankengewerbe und die relative Liberalität - etwa gegenüber dem entkolonialisierten südostasiatischen Stadtstaat Singapur - im kulturellen Alltagsleben. Diese Gruppe mag mit Fug und Recht befürchten, daß ihre Freiheiten durch Beijing eingeschränkt werden - deshalb wollen sie auch weg-, während das kleinkapitalistische Überlebensnetzwerk für die überwiegende Mehrheit der Hongkonger noch gut weitere 50 Jahre Bestand haben kann, wenn es bis dahin nicht in der Volksrepublik selbst existieren wird.

### Demokratie war nie

Es ist geradezu ein Kuriosum, die alte Kolonialmacht mit der Bitte um demokratische Rechte anzurufen. Hongkong ist heute kein demokratisches Land, ist nie eines gewesen. In der Kronkolonie sind Parteien verboten, freie Wahlen unbekannt, der Regierungschef, spricht: der Generalgouverneur, wird von London aus ernannt, wie auch seine meisten Beamten. Eine Art beratende Versammlung ergänzt die Kolonialbeamten um einige ernannte einheimische Großkapitalisten. Ins 'Parlament', den „Legislativrat“, sind erstmals 1984 ein Drittel gewählte Bürger einge-

zogen, und genauso viel will Beijing auch für die Zukunft zubilligen. Die in Hongkong populäre Forderung, 1997 die Hälfte aller Mitglieder des Parlaments wählen zu lassen, 2003 dann alle, hat Beijing kurzerhand zurückgewiesen.

Die wenigen Gruppen, die sich kritisch zur Hongkonger Regierung zu äußern wagen, sind seit jeher einer starken Überwachung durch die selbige ausgesetzt. „Wo immer ich hingehe, sind Spitzel der Regierung in meiner Nähe“, berichtet Ho Hei Wah, der stellvertretende Leiter der „Society for Community Organizing“ (SOCO), die sich in den 70er Jahren gründete, um die miserable Wohnungssituation in der Kronkolonie anzugehen, und inzwischen schwerpunktmäßig im Bürgerrechtsbereich arbeitet. „Die Bewohner Hongkongs werden massiv unter Druck gesetzt und kontrolliert. 1988 sind mehr als 3 Millionen Einwohner im Zentralcomputer durchgecheckt und mehr als 1,8 Millionen auf der Straße personalüberprüft worden.“ In der Tat gehört es zum Alltagsbild der Kronkolonie, daß die Polizei 'verdächtig' aussehende Individuen anhält und ausweisen läßt. „Hongkong und Großbritannien geben sich verbal umso demokratischer, je näher wir 1997 kommen, aber die realen Repressionen gehen unvermindert weiter. Wer bei der Regierung oder in der Privatwirtschaft arbeitet, kann sich ein kritisches Engagement in dieser Stadt in der Öffentlichkeit faktisch nicht leisten“, faßt Ho zusammen.

„Wir wissen um die Verschrobenheit der politischen Situation, wenn auch wir Forderungen an London gegen Beijings Ansprüche stellen“, erklärt Apo Leung vom „Hongkong Trade Union Education Center“, einem Bildungs- und Kristallisationszentrum für die entstehende unabhängige Gewerkschaftsbewegung in der Kronkolonie. „Alle, die sich wie ich als Progressive verstehen, haben natürlich über Jahre in der Volksrepublik ein Modell gesehen, zumindest während unserer politischen Sozialisationszeit. Das hat sich schon 1976 etwas verändert, als sich zum Beispiel der an der VR China orientierte Gewerkschaftsbund mehr und mehr mit den Kapitalisten arrangierte, anstatt für die Beschäftigten hier einzutreten. Natürlich ist die prochinesische Gewerkschaft in Hongkong heute für das Übernahmeszenario, wie es Beijing vorschlägt. Mit dem 4. Juni 1989 kam es zum völligen Bruch der unabhängigen Linken in der Kronkolonie mit Beijing. Wir hatten schließlich zuvor die autonomen Gewerkschaften in der Volksrepublik unterstützt. Leider sind sie jetzt zerschlagen. Was wir bis 1997 schaffen müssen, ist, in Hongkong eine starke



Der Rolls Royce des Gouverneurs mit dem Union Jack

unabhängige Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die dann für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Volksrepublik als Modell für ihre eigene Organisation dienen könnte“, beschreibt Apo Leung seine Zukunftsvision.

### Menschen bleiben, das Kapital flieht

In der ersten Aprilwoche bestätigte der Nationale Volkskongreß der VR China, daß es mit der Autonomie Hongkongs nicht weit her sein wird. So wird nach 1997 sowohl das Recht, den Notstand in dem „Sonderverwaltungsgebiet“ auszurufen, als auch die Frage der Truppenstationierung allein bei der Zentralregierung belassen. Eine eigenständige Regierung Hongkongs wird es im engeren Sinne gar nicht geben, denn den kolonialen Zustand eines lediglich benannten, aber nicht vom Volk gewählten Parlaments abzulösen, hat Beijing abgelehnt. Des weiteren hat die Volksrepublik angekündigt, daß regierungsfeindliche Propaganda nach 1997 nicht erlaubt sein würde. Die Paragraphen der UNO-Menschenrechtskonvention, die schon London nicht für seine Kronkolonie übernommen hatte, werden auch unter Beijing keine Gültigkeit haben.

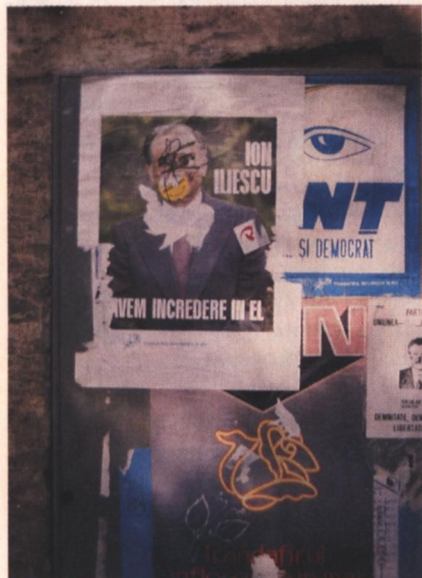
Daß sich die britischen Konservativen dafür nun zwar verbal einsetzen, ist ihrem Wunsch geschuldet, Hongkong vor einem ökonomischen Zusammenbruch vor 1997 zu bewahren. Denn neben dem 'brain-drain' leidet der Stadtstaat an einer nicht unbedeutlichen Kapitalflucht, im vergangenen Jahr allein 4 Milliarden US-Dollar. Daß sich Großbritannien nicht ernsthaft für die demokratischen Rechte seiner Untertanen in Hongkong einsetzt, liegt nicht zuletzt daran, daß man sich die guten Geschäftsverbindungen auch über 1997 hinaus erhalten will. Immerhin sind britische Firmen mit über 300 Niederlassungen in Hongkong vertreten. ■

Frank Brabel ist Journalist und bereiste kürzlich die britische Kronkolonie.

Rumänien:

# FREIES WORT UND NICHTS ZU ESSEN

Von Hannes Hofbauer, Roman Viorel und Susan Zimmermann



Der Wahlkampf ist vorbei

Ein rumänisches Schicksal. Mit uns zu Tisch sitzt der 50jährige Alin Braileanu, Mitglied der Nationalen Bauernpartei, die vor dem Krieg zusammen mit den Nationalliberalen eine satte Mehrheit im rechtslastigen rumänischen Parlament besaß. Die nachrevolutionären Wahlen im Mai 1990 allerdings brachten den konservativen Bauern magere 2,5% der Stimmen.

Alin Braileanu ist Arzt und wohnt in einem der mitten in die alten Villenviertel hingeklotzten Hochhäuser, 7. Stock - der Lift ist schon lange vor dem letzten Erdbeben steckengeblieben. Sein monatlicher Lohn beträgt 5.000 Lei, zum Schwarzmarktkurs ganze 700 öS bzw. 100 DM.

Alin, den wir in der Parteizentrale von Ion Ratiu Nationaler Bauernpartei kennengelernt haben, ist das exakte Gegenteil eines rumänischen Bauern. Mit seinem etwas längeren grauen Haar und der schräg auf dem Kopf sitzenden Basenmütze erkennt ihn jeder hier in Bukarest als Intellektuellen.

„Am Anfang hatte ich noch Sympathie für die Front zur nationalen Rettung, bis ich bemerkt habe, daß sich dort nach wie vor die alte kommunistische Nomenklatura tummelt“, nennt er uns die Gründe, die ihn zur Bauernpartei gebracht haben.

Alin selbst war noch bis vor zwei Monaten KP-Mitglied. „Dann habe ich bei denen angerufen und gefragt, was

„Jos Kommunismus“, „Nieder mit dem Kommunismus“. Trotz dieser in Bukarest allgegenwärtigen Parole wählten mehr als 2/3 der Rumän/inn/en die im Westen als kommunistisch verteufelte „Front zur nationalen Rettung“. Warum dies kein Widerspruch ist, klärt ein Blick hinter die Kulissen der Gesellschaft am Balkan.

Bukarester Hinterhof, fertig



Fotos: Hannes Hofbauer

ich mit meinem Parteiausweis machen soll, und die haben mir geantwortet: Verbrenn' ihn!" Ganz entschieden für die Bauernpartei hat er sich aber noch nicht. Die Wahlschlappe und das peinliche Auftreten des Parteiführers als protziger westlicher Kapitalist lassen Alin an seinem Entschluß zweifeln, am Aufbau der Nationalen Bauernpartei mitzuarbeiten. Ob er sich - später - eine Unterstützung von Iliescu Front zur nationalen Rettung vorstellen könne? „Wenn's eine sozialdemokratische, ehrliche Partei wird - ohne alte Kommunisten -, könnte es schon sein, daß ich der Front beitrete“, antwortet er.

Seine Unentschlossenheit ist verständlich, wenn man die aktuelle und gesellschaftliche Situation in Rumänien gesehen hat. Politisch im Spannungsfeld zwischen Ost und West, gesellschaftlich am Rande des Abgrunds - das hat in Rumänien schon Tradition.

Auch in Alins Familie. Er stammt aus der rumänischen Oberschicht. Sein Vater war General. Bis zum Jahre 1944 ist er an der Seite Hitlers nach Stalingrad marschiert. Dann hat Rumänien die Fronten gewechselt. „Zu Kriegsende war mein Vater in Berlin, Seite an Seite mit der Roten Armee.“ Ein rumänisches Schicksal.

## Explosiv und ...

Die Explosion der gesellschaftlichen Widersprüche zwischen Stadt und Land liegt in der Luft. Wenige Monate nach dem Sturz des Diktators zeigen sich Risse im System der Ernährung der städtischen Proletariatsmassen. Schon der freie Verkauf auch nur eines kleinen Teils der landwirtschaftlichen Produkte berührt einen der empfindlichsten Punkte der rumänischen Gesellschaft: Nach dem radikalen Bruch des „realen Sozialismus“ mit der althergebrachten 'parasitären Stadt', die im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts uneingeschränkt über die Dörfer herrschte, stellt sich heute erneut handgreiflich die Frage, wer in diesem verarmten Land wen versorgen wird - um welchen Preis und nach welchen Regeln.

## ... unversöhnlich

Bis in die 40er Jahre war Rumänien eine informelle Agrar- und Erdölkolonie der europäischen Großmächte, die heimische Oberschicht lebte zumeist vom Grundbesitz und führte auf dieser Grundlage ein ebenso elegantes wie parasitäres Leben in den Städten. Hier sammelte sich jener Teil des in der Landwirtschaft erarbeiteten Reichtums, der nicht ins Ausland transferiert wurde. Die Ruinen



Palazzo prozzo, unfertig

dieser gesellschaftlichen Verhältnisse stehen heute noch, insbesondere in Transsylvanien, zur Besichtigung: In den gediegenen alten Stadtkernen der ungarisch, deutsch sowie jüdisch geprägten Städte sind Reichtum und Lebensstil der ehemaligen Oberschicht in Handel und Handwerk zu Stein erstarrt. Heute sind von dieser Schicht, die einst das Stadtbild prägte, nur noch Überreste aufzuspüren: ein weltgewandter ungarischer Herr, der in perfektem Österreichisch der Jahrhundertwende erzählt, wie er sein Landhaus, freilich ohne Grund und Boden, über die Jahrzehnte vor der Verstaatlichung retten konnte - ihm selbst ist es allerdings nicht erspart geblieben, sich in der Justizverwaltung zu verdingen. Die 'häusliche Hilfskraft' verschwindet, nachdem sie die Speisen aufgetragen hat, zu ihrer Familie in der Küche, um dort zu essen. Damals, so erzählt der Herr weiter, studierten wir alle in Wien und Budapest, jetzt, nach der Revolution, möchte er seine Verbindungen wieder nutzen, um den Großneffen an der Juridischen Fakultät in der ungarischen Hauptstadt unterzubringen.

Damals ... starben die Bauern - 80% der Bevölkerung - wie die Fliegen an der Mangelkrankheit Pellagra. Damals ... war das Land der größte Maisexporteur der Welt und betrug der Fleischkonsum in den Städten pro Kopf 52 kg im Jahr. Bauernaufstände wurden im Blut ertränkt, und die im Zeichen des Antibolschewismus Anfang der 20er Jahre durchgeführte Agrarreform brachte den Bauern angesichts von Entschädigungsforderungen nur neue Zahlungsverpflichtungen.

Bauern und Städter standen sich in Rumänien nicht nur materiell unversöhnlicher gegenüber als in jedem anderen europäischen Land. Sie waren durch Nationalität, Sprache und Religion klar voneinander getrennt, und die Vermischung beider sollte das Schicksal der

Minderheiten in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin zu den heute erneut aufflammenden ungarisch-rumänischen Konflikten bestimmen.

Im Kreise der Eliten nämlich sammelte sich in der Zwischenkriegszeit der Kern der nicht-rumänisch sprechenden Bevölkerungsgruppen: 1 Million Deutsche, 1 Million Juden und 1 Million Ungarn, die Hälfte davon einfache Leute. Hinzu kam die rumänische Elite des Landes, die sich in der Verwaltung konzentrierte und ebenfalls rund eine Million zählte. Von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rolle her gleichen diese Eliten tatsächlich einer kretolischen, das heißt 'fremdrassigen' Oberschicht, wie man sie aus den Kolonien kennt: Vor Ort organisierten diese den Abzug der Ressourcen aus dem Lande, um so unter den gegebenen Verhältnissen selbst am besten zu überleben. Von ihrer Sprache, Kultur und Religion her völlig auf die Metropolen konzentriert, nahmen sie die Bauern als 'vertierte' Wesen wahr.

## Auf in die Städte !

Seit den 30er Jahren allerdings wurde die Explosivität und Unhaltbarkeit dieser erstarrten Verhältnisse immer stärker offenbar. In der nationalreligiösen „Legion des Erzengels Michael“, die hinter sich Hunderttausende zum Kampf entschlossene Bauern sammelte, in den Plänen der Nazis zur Umsiedlung oder Vernichtung des ländlichen Bevölkerungsüberschusses, den sie mit einem Sechstel errechnet hatten, und schließlich in den US-amerikanischen Plänen zur kapitalistischen Zwangsmodernisierung des Landes hinter geschlossenen Grenzen: in alledem kündigte sich der kommende Bruch mit den althergebrachten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen schon an.

Die stalinistisch-zentralistische Entwicklungslokomotive pumpt dann bis ▶

Anfang der 70er Jahre mehr als 10 Prozent der Landbevölkerung in die expandierende städtische Industrie. Als innerhalb des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) Anfang der 60er Jahre unter Federführung der Industriemächte UdSSR, CSSR und DDR der Versuch unternommen wurde, Rumänien erneut auf die Stufe eines agrarischen Hinterlandes hinabzudrücken, konnte die rumänische Führung dies erfolgreich abwehren.

1965 kam, zur Absicherung des eigenständigen Kurses, Ceausescu an die Macht. Nach einer Atempause in den 70er Jahren überschwemmte er die Städte mit einer neuen Welle proletarisierter Bauern - nun aber hielt die Industrialisierung selbst dieses Tempo nicht mehr mit. Der Stadtbevölkerung, die mittlerweile nahezu die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht, mangelt es heute an Arbeitsplätzen oder zumindest an Arbeit an diesen Arbeitsplätzen.

Die alte, parasitäre Stadt wurde im Verlauf dieser radikalen Umstrukturierung der Gesellschaft ausradiert, und mit ihr die Eliten, die das Machtzentrum der ehemaligen Gesellschaft dargestellt hatten. Die frühere rumänische Verwaltungsoberschicht führte in den vergangenen Jahrzehnten entweder ein Schattendasein in den eleganten Bukarester Villenvierteln der 30er Jahre oder hatte sich beim Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals schon in den 50er Jahren zu Tode arbeiten müssen. Die Juden wanderten im Angesicht der Erosion ihrer gesellschaftlichen Stellung nach Israel und den USA aus; heute leben nur noch 20.000 Juden in Rumänien. In den ehemaligen deutschen Städten Transsylvaniens zeugt ein überreiches Angebot deutschsprachiger Kochbücher und Literatur in den staatlichen Antiquariaten vom Massenexodus der Deutschen in den 80er Jahren, von den verbliebenen 200.000 haben 80 Prozent ihre Auswanderungsabsicht bekundet. Die Ungarn, ohne Auswanderungsventil und gesellschaftlich zunehmend isoliert, haben die Umwälzungen im Lande am schlimmsten erfahren. Spätestens die dritte Generation aus der alten Elite spürt, daß mit dem Dienstmädchen in der Küche nichts mehr stimmt - der Abstieg ohne Ausweg ist grausam, die repressive Nationalitätenpolitik Ceausescus in den letzten 20 Jahren tat ihr übriges.

Seit dem Sturz des Diktators flüchtet die jüngere Intelligenz verstärkt nach Ungarn. Begleitet wird sie dabei von den städtischen Mittelschichten: „Eine produktive Existenz in der ungarischen Provinz ziehe ich baumelnden Beinen in der staatlichen Apotheke von Tirgu Mures/Márosvásárhely tausendmal vor“,

bekundet die Gattin eines ungarischen Stationsarztes. Der Budapester Intellektuelle auf dem Marktplatz der traditionsreichen siebenbürgischen Stadt spürt nur eines: den Dreck, den Balkan, die Rumänen. Schon der Weg durch die Vorstadtsilos macht klar: das rumänische Dorf hat die Stadt überschwemmt.

Der Stadt-Land-Konflikt ist damit keineswegs verschwunden, sondern nur gänzlich umgekrempelt. Das realsozialistische Entwicklungsmodell brachte zwar der Mehrheit der Bevölkerung ein, wenn auch kärgliches, Auskommen am Rande des Existenzminimums. Aber die Industrialisierung hat gleichzeitig die Bevölkerung selbst in Stadt- und Landbewohner gespalten. Schon in den 80er Jahren wurde unter der Decke der staatlichen Unterdrückung der Konflikt um die Verteilung der Ressourcen zwischen diesen beiden Gruppen immer spürbarer. Schuldentrückzahlung, Mißwirtschaft,

Korruption und nicht zuletzt der Ausbau der glänzenden Fassade des Regimes ließen die Mittel knapper werden. Mit grobschlächtigen und drakonischen Methoden setzte der zentrale Apparat die Versorgung der Agrarexport-Industrie mit landwirtschaftlichen Produkten und der städtischen Bevölkerung mit einem Minimum an Nahrungsmitteln durch.

„Meine Hühner wurden gezählt, mein Küchengarten vermessen und die Ernteaussichten eingeschätzt, dann wurde mir vorgeschrieben, wieviel Eier und Kartoffeln ich in diesem Jahr abzugeben habe aus der Eigenproduktion - das war fast mehr, als ich überhaupt herausgebracht habe“, erzählt die Bäuerin auf dem Markt.

### Drahtseilakt ... ohne Fangnetz

Die wirtschaftliche Lage Rumäniens ist denkbar schlecht. Arbeitslosigkeit,

Mahnkreuze für die Toten auf dem Bukarester Universitätsplatz





Inflation und Außenhandelsdefizit steigen, begleitet von einem Sinken der Produktion und der Arbeitsmotivation. Der Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftsordnung hat kein soziales Netz hinterlassen. Die Familie und die Parallelwirtschaft müssen weiterhin das nicht funktionierende Verteilungssystem der Waren und Dienstleistungen ersetzen.

Bedrückend ist die offensichtliche wie auch die verdeckte Arbeitslosigkeit. Im letzten 5-Jahres-Plan, zwischen 1985 und 1990, sollten jedes Jahr 400.000 Jugendliche einen neuen Arbeitsplatz erhalten. Mindestens eine Million jedoch sind arbeitslos geblieben. Jetzt drängen sich über 2 Millionen Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt, und es ist nicht verwunderlich, daß gerade diese Jugendlichen im Dezember 1989 auf die Barrikaden stiegen.

Seit Jahren schon schaffte die Inflation keine Arbeitsplätze, sondern nur Engpässe in der Versorgung und eine Ausdehnung der Schattenwirtschaft. Die letzten staatlich festgesetzten Lohn- und Rentenerhöhungen waren nicht mit einer Steigerung des Warenangebotes verbunden. Die Politik nahm keine Rücksicht auf die Ökonomie, und die proletarische Diktatur besann sich auf den Naturaltausch. Bis fast nichts mehr ging. Seit 1980 ist ein gewaltiger Anstieg der Schattenwirtschaft zu vermerken. Für offizielle Preise sind die Waren nur in den Morgenstunden nach langem Schlangestehen - auch für Milch und Brot - zu erhalten. Die Preise stiegen seither um das Zwei- bis Fünffache.

Sofort nach der Revolution 1989 stieg das Außenhandelsdefizit nach offiziellen Angaben um fast eine halbe Milliarde US-Dollar; die Opposition spricht von zwei Milliarden US-Dollar in vier Monaten. Es wurden hauptsächlich Nahrungsmittel importiert. „Die Revolution in Rumänien hat ihre Kinder nicht gefressen, weil ausreichend Fleisch eingeführt wurde“, meint der strategische Kopf der Revolution, Silviu Brucan, im Interview.

Bis Dezember 1989 war Rumänien das einzige sozialistische Entwicklungsland, das sich von den Auslandsschulden aus eigener Kraft befreien konnte. Die Dissoziationspolitik, das heißt der Abkoppelungsversuch vom Weltmarkt, scheiterte, weil auf dieser Basis keine ökonomischen Erfolge erzielt werden konnten. Das Land ist wieder auf dem besten Weg in Richtung „Dritte Welt“. Die Produktion, der Außenhandel und die Arbeitsmotivation sinken ohne das diktatorische Korsett unaufhörlich. Im Vergleich mit 1989 sind alle Produktionszweige im neuen Jahr rückläufig. Der



**Drei Stunden warten für zwei Kilo Käse**

Arbeitsdienst der Armee und die Zwangsarbeit der Bevölkerung sind eingestellt. Die offiziellen Angaben sprechen von einem Produktionsrückgang von 20%, die Opposition schätzt ihn auf 30%. „Unsere Wirtschaft arbeitet zur Zeit nur mit 70% der Kapazität, die sie noch vor einem Jahr hatte“, meint der Ökonom Virgile Stoenescu. Außerdem arbeiten 20% der Betriebe ohne Gewinn. Sie sind subventioniert und beschäftigen über 2 Millionen Arbeitskräfte, die in einer freien Marktwirtschaft arbeitslos wären.

### **Das Arbeiten verlernt**

Eine brutale Einführung des Marktsystems, die sogenannte Schocktherapie, kann sich leicht ins Gegenteil verkehren, die Folge wäre ein Scheitern der liberalen Absichten und die Wiedereinführung des Dirigismus bzw. noch schlimmer, der Diktatur. Von Zentralwirtschaft, von Diktatur jedoch haben die RumänInnen genug. Seit fünfzig Jahren sind sie zu Zwangswirtschaft und Entbehrungen gezwungen worden. Ihr Widerstand war die Arbeitsverweigerung und in weiterer Folge das Verlernen der Arbeit schlechthin. Der Staat bezahlte die Arbeit, ohne einen Ausgleich an Waren und Dienstleistungen anzubieten. Das Fazit war, daß die staatliche Autorität sank und die Parallelwirtschaft überhand bekam. Alle streben nach illegalen Geschäften.

Seit der Revolution kann man zwar sagen, was man will, und man bekommt sogar einen Paß. Das heißt aber noch lange nicht, daß sich in der Arbeitswelt etwas verändert hat oder daß Auslandsreisen in den Westen ohne konvertierbare Währung bzw. ohne Einladung von dort möglich wären. Wo soll man die-

sen Teufelskreis durchbrechen? Nach 50 Jahren Diktatur und Zentralwirtschaft hoffen alle auf die Sanierung der Landwirtschaft.

Im Frühjahr dieses Jahres ist in Rumänien eine 'Mini-Agrarreform' durchgeführt worden. 3 Millionen Hektar sind an ebensoviele Bauern verteilt worden. In einigen Gegenden, besonders im Süden Rumäniens, gibt es noch Land zu verteilen, aber keine Bauern mehr. Freie Bauern, staatliche Agrarbetriebe und Genossenschaften sind zum Wettbewerb aufgerufen.

### **Zurück in die Dörfer!**

Die alte Elite in den Städten, aber auch ein Teil der neuen Intellektuellen und Industriearbeiter wollen die Bauern, die Ceausescu in die expandierenden Städte katapultiert hat, wieder in ihre Dörfer zurückdrängen. Welche Partei diese Aufgabe ohne Gewalt durchführen kann, steht noch in den Sternen. Bis jetzt gibt es jedenfalls keine Anzeichen dafür, daß die neuen Industriearbeiter wieder Bauern werden wollen.

Besonders die etablierten Intellektuellen sind für einen „Sozialen Dialog“, so auch der Name einer recht einflußreichen Gruppe in Bukarest. Das Verhältnis zwischen Land und Stadt in Rumänien beträgt 50% zu 50%, eine Sozialstruktur, die England schon um 1800 und Österreich um 1890 überwunden hatte.

Eine Szene auf dem Amzeimarkt im Zentrum von Bukarest macht den schärfer werdenden Konflikt zwischen Land und Stadt deutlich. Eine Schäferin verkauft Käse zu deutlich höheren Preisen als im Staatsladen. Der Unmut der Städter wird spürbar. Als ein Käufer den Preis nicht bezahlen will, droht die Lage unkontrollier-

bar zu werden. Wilde Schimpfduelle arten fast in eine Schlägerei aus. Die Staatsgewalt interveniert nicht. Die Konflikte zwischen Stadt und Land werden neuerdings frei ausgetragen.

## Die Opposition

Frei ausgetragen wurden auch die ersten Parlamentswahlen in Rumänien seit über 40 Jahren. Die Vermutungen in der westlichen Presse, wonach Iliescu seine sagenhaften 85% bei den Präsidentschaftswahlen und 66% bei den Parlamentswahlen durch Betrug und Wahlschwindel erreicht hat, haben sich als haltlos erwiesen. Selbst die rumänischen Oppositionsparteien - die großen Verlierer des Wahlganges - haben die Fälschungstheorie ad acta gelegt. „Im ersten Moment habe ich an Schiebung geglaubt, dann sah ich die Resultate und wußte, daß wir die Schuld auch bei uns selbst suchen müssen“, meint der Pressebetreuer der Nationalen Bauernpartei. Und Gheorghe Voimea, Neo-Parlamentarier der Nationalliberalen, schätzt, daß ca. 10%-15% des Ergebnisses gefälscht waren. Der Wahlsieg der „Front zur nationalen Rettung“ steht außer Zweifel.

Warum die Opposition mit 6% für die Nationalliberalen und 2,5% für die Bauernpartei dermaßen schlecht abgeschnitten hat, erklärt sich nicht zuletzt aus der Sozialstruktur des Landes. Es gibt in Rumänien außerhalb der ungarischen Minderheit so gut wie keine Mittelklasse. Die Bauern und die erst vor einer Generation Proletarisierten aber haben Angst vor dem Liberalismus. Auf sie wirken die Verheißungen des Westens - anders als für die Menschen in Ungarn, der CSFR und im Baltikum - nicht euphorisierend, sondern bedrohlich. Mit dem Wahlslogan der Nationalliberalen z.B. - „Freiheit, Eigentum, Wohlstand“ - kann in einer Gesellschaft, deren Mitglieder um die tägliche Existenz kämpfen, kaum irgendwer etwas anfangen.

Dazu kommt noch, daß die Führer der 'Front' - Iliescu, Brucan und Roman - als Männer der Revolution gelten. Sie waren, nicht wie die Oppositionsführer, jahrelang im Exil, sondern haben - als in 'Ungnade' gefallene Parteimitglieder - die Leiden des Volkes zumindest näher miterlebt als die Oppositionsführer Ratiu und Campeanu in London bzw. in Paris.

Dem Leben im Exil ist es auch geschuldet, daß sowohl Ratiu als auch Campeanu eine Wahlkampfstrategie haarscharf vorbei an Gewohnheiten und Bedürfnissen der rumänischen Bevölkerung betrieben haben. „Ratiu wäre viel-

leicht fähig gewesen, Wahlen in England zu schlagen, aber nicht hier“, kommentiert der Aktivist Alin Braileanu den Mißerfolg seines Parteichefs. Der ist - tatsächlich völlig vorbei am rumänischen Alltag - in jeder TV-Show mit exzentrischen Maskerln aufgetreten und hat sich auch derart aufgeputzt an jeder Ecke von Bukarest plakatieren lassen.

Nicht viel besser Campeanu, dessen Konterfei, mit einem aus Brüsseler EG-Sternen zusammengesetzten Heiligenschein umgarnt, die Säulen und Wände der Innenstadt zierte.

Eine ganz andere Art von Opposition ging und geht von den Studenten aus. Seit Wochen halten ein paar Hundert von ihnen den im Zentrum gelegenen Bukarester Universitätsplatz besetzt. Dort herrschte noch bis knapp nach den Wahlen revolutionäre Stimmung, Blumen wurden verteilt, Gedichte verlesen.

Als antiherrschaftliche Kraft wenden sie sich gegen die alte kommunistische Nomenklatura und forderten - wie schon im sogenannten Timisoarer Appell - die Nichtzulassung früherer prominenter Parteimitglieder zu den Wahlen. Diese hauptsächlich gegen Präsident Ion Iliescu und Ministerpräsident Petre Roman gerichtete Forderung war allerdings mit dem überwältigenden Sieg der 'Front' obsolet geworden.

Die Studenten demonstrierten dennoch weiter, ihre politischen Aussagen wurden jedoch zunehmend obskurer. Als dann am 24. Mai spät abends ein US-amerikanischer 'Volkstribun' von einer 'Mittelamerikagesellschaft' vor 10.000 Demonstrant/inn/en indirekt dazu aufforderte, Iliescu und die seinen ins Schwarze Meer zu werfen und die Menge applaudierte, mußte man sich fragen, wie instrumentalisierbar die Studentenbewegung geworden war. „Gestern haben wir Nicaragua, Afghanistan und Angola befreit!“, schrie der Amerikaner ins Mikrofon, „und heute sind wir hier!“ Die Antwort der Menge - „SOS-Amerika! SOS-Amerika!“ - lehrte einen das Gruseln.

Neue Radikalität erhielt die Bewegung am 13. Juni, als Polizeieinheiten mit den 500 am Universitätsplatz verbliebenen Demonstranten kurzen Prozeß machen wollten. Die seit Monaten im rechtsfreien Raum gegen Staat und Obrigkeit - sprich Iliescu und seine "Front" - agierenden Studenten haben weder politisch, noch persönlich viel zu verlieren. Sie bezeichnen sich selbst stolz als "Golani", Landstreicher, Arbeitslose, eine Bezeichnung, mit der sie Iliescu im Wahlkampf diskriminieren wollte. Tatsächlich sind die meisten

von ihnen arbeitslos und ohne Studienplatz, weil sie unter Ceausescu der restriktiven Bildungspolitik zum Opfer gefallen sind. Allein die Nahrungsbeschaffung bereitet ihnen seit Ende des Wahlkampfes - bis dahin sind sie von den konservativen und liberalen Oppositionsparteien bekocht worden - große Schwierigkeiten. Wo nichts ist, kann auch nichts gegessen werden. Zwischen Hunger und Revolte haben sie sich offensichtlich in blanker Verzweiflung für die „Fortführung der Revolution“ entschieden, wie es in der Sprache der Golani heißt.

Die rumänische Staatsgewalt steht den radikal antikommunistischen Demonstranten offen feindlich gegenüber. Ähnlich wie revoltierende Hungernde in Afrika und Lateinamerika werden die Golani von stahlhelms Truppen brutal zerschlagen. Der einzige Unterschied zwischen der Revolte in Rumänien und den vielen Revolten in der „3. Welt“ besteht darin, daß hier in Bukarest die Parolen des versuchten Aufstandes eine antikommunistische Diktion haben, während sie in Brasilien oder Algerien antikapitalistisch klingen. Der gesellschaftliche Hintergrund indes ist hier wie dort der gleiche: Es ist der Ruf nach Brot.

## Die Front

Die entscheidende politische Kraft ist die „Front zur nationalen Rettung“. Mit 66% der Stimmen verfügt sie über eine 2/3-Mehrheit im rumänischen Parlament. „Seit Jahren haben alle auf Ceausescu geschimpft. Jetzt hat Iliescu den Bonus“, kommentiert der Journalist Artur Silvestri den eindeutigen Sieg der Mitte-Links-Partei.

Schon im April 1989, also ein dreiviertel Jahr vor der Weihnachtsrevolution, soll sich - so die Gerüchtebörse - die organisatorische Struktur der 'Front' gebildet haben. Damals haben sechs höhere Parteifunktionäre einen Brief anonym an Ceausescu geschrieben, in dem sie seine Politik als „Verrat an den Ideen des Sozialismus“ brandmarkten. Iliescu und der Chefideologe Brucan waren mit von der Partie.

Die Revolution selbst ist bis heute ein nicht aufgeklärter Vorgang und wird es auch noch eine Weile bleiben. Manche sprechen von Putschplänen, die mit der Sowjetunion abgesprochen waren und denen sowohl der militärische Widerstand des noch unter Ceausescu hingerichteten Verteidigungsministers als auch die Timisoarer Revolution zuvorkamen.

Der Gerüchte gibt es viele in Rumä-

nien. Fest steht, daß die heutige - mittlerweile demokratisch gewählte - Führung das bessere Ende für sich hatte. Und daß die 'Front' im Wahlkampf als einzige erkannt hat, wonach sich die rumänische Bevölkerung jetzt sehnt: Nach Freiheit und sozialer Sicherheit.

„Viele Leute fürchten sich vor dem Kapitalismus, weil sie glauben, daß ihr Leben noch verschlimmert“, meint der 'Front'-Sekretär des 1. Bukarester Bezirks. Eine junge 'Front'-Aktivistin macht deutlich, warum sie sich vor dem Liberalismus fürchtet: „Wenn jetzt hier die Subventionen gestrichen werden, verhungern die Leute. Die Front ist der Garant für eine minimale soziale Absicherung.“

Ob die 'Front' eine sozialdemokratische Partei ist - für die sie sich selbst gerne ausgibt -, kann mit Sicherheit nicht behauptet werden. Ihr wirtschaftliches Programm sieht folgendermaßen aus: Schrittweise Einführung des Marktes ohne Kolonialprofite für den Westen. Brennstoffe, Lebensmittel und öffentlicher Verkehr werden weiterhin subventioniert. Privatisieren will die 'Front' die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor, über Schlüsselindustrien soll weiterhin eine staatliche Kontrolle bestehen.

Ob das Programm realistisch ist, darf angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation im Lande bezweifelt werden. Allzu oft beobachtete Streitszenen in meterlangen Menschen-schlangen, die für Öl, Käse oder Gemüse anstehen, lassen für die nahe Zukunft Schlimmes befürchten. Zu viele hungrige Mäuler könnten die vorderhand klug wirkende Politik der 'Front' gefährden. Und wie schon aus vielen Beispielen in Ländern der „3. Welt“ bekannt, würden dann politischer Dirigismus und möglicherweise Diktatur erneut auf die Tagesordnung kommen.

Ob Iliescus Mischung aus Sozialdemokratie und Populismus eine solche Entwicklung verhindern kann, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob das Land am Balkan dem ökonomischen Druck aus Westeuropa und den USA standhalten kann. Die Verhinderung einer Kolonisierung Rumäniens betrachtet die 'Front' als ein Gebot der Stunde, denn sonst - so scheint es - droht ein Pogrom der Unbrauchbaren, das Millionen von Arbeitern und Bauern zurück in die Dörfer und damit ins nackte Elend treiben könnte. ■

*Viorel Roman ist Akademischer Rat in Bremen und Verfasser mehrerer Bücher zu Rumänien, Susan Zimmermann lebt als Sozialwissenschaftlerin in Budapest und Hannes Hofbauer ist Redakteur der MONATZEITUNG.*

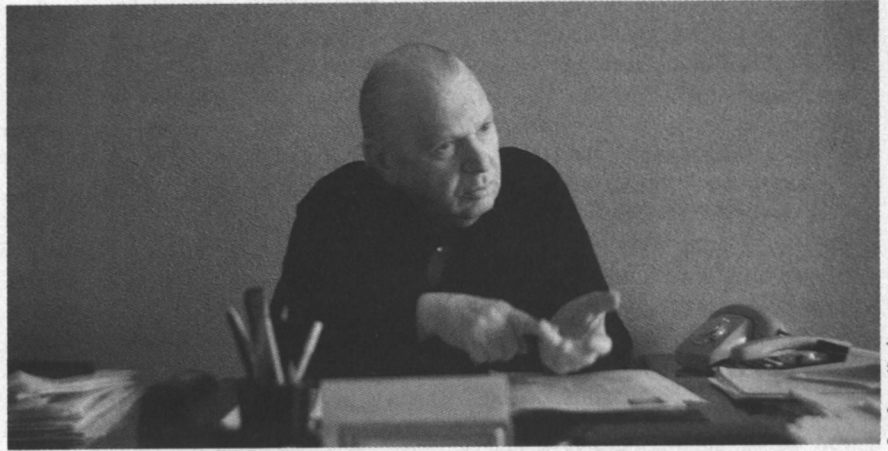


Foto: Roman Viorel

Interview mit Silviu Brucan:

## „IHR WESTEUROPÄER SEID HEUCHLER!“

Silviu Brucan gilt als der ideologische Kopf der rumänischen Weihnachtsrevolution. Der heute 73 Jährige war Mitglied des vierköpfigen „Revolutionsrates“, der unmittelbar nach dem Sturz Ceausescus die Geschicke des Landes lenkte. Als Ökonom und Entwicklungstheoretiker hat sich der an der Universität von Bukarest lehrende Brucan ebenso einen internationalen Namen gemacht wie als Diplomat in den 60er Jahren.

MONATZEITUNG-Redakteur Hannes Hofbauer führte mit ihm das folgende Gespräch.

**MONATZEITUNG:** Ceausescus Wirtschaftsmodell einer weitgehend vom Weltmarkt abgekoppelten Entwicklungsdiktatur ist - nicht nur wegen solch weithin sichtbarem Wahnsinn wie dem Bau seines Palastes - gescheitert. Und mit bzw. schon vor ihm das ganze Modell einer dissoziativen, das heißt abgekoppelten sozialistischen Ökonomie. Nun steht Rumänien gleichzeitig am Ende einer alten und am Anfang einer neuen Ära. Wie sieht Ihre Strategie aus, die überall im Lande sichtbaren wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen?

**Brucan:** Es gibt zwei Denkschulen in Osteuropa. Die eine bevorzugt die schnelle Übernahme eines freien Unternehmertums wie z.B. in Polen, sie ist auch unter dem Begriff Schocktherapie bekannt. Dieses System scheint für das westliche Kapital und auch für die sogenannte freie und unabhängige Presse im

Westen sehr angenehm zu sein. Die zweite Variante ist die einer schrittweisen Einführung von Marktkräften, die - soweit möglich - die Kontrolle über den ganzen Prozeß behalten will, um die negativen Auswirkungen des Marktsystems abzuschwächen. Nachdem wir ausführlich und gewissenhaft das polnische Experiment studiert haben, haben wir uns für die zweite Variante entschieden.

**MONATZEITUNG:** Also hat Sie das polnische Experiment davon überzeugt, es so nicht machen zu wollen?

**Brucan:** Ja, und das ungarische.

**MONATZEITUNG:** Warum das ungarische?

**Brucan:** Weil auch dort vor kurzem die Schocktherapie angewandt wurde. Mit denselben Auswirkungen wie in Polen. Kurz und bündig: Westeuropa würde es gerne sehen, Osteuropa in dieselbe Situ ▶

ation zu bringen, in der sich Lateinamerika gegenüber den USA befindet.

**MONATSZEITUNG:** Aus welchem Interesse heraus?

**Brucan:** Weil es eine sehr profitable Position ist. Allein die Kreditrückzahlungen der Auslandsschulden genügen, um die westlichen Banken glücklich zu machen.

## Die Strategie der Abkoppelung vom Weltmarkt ist gescheitert

**MONATSZEITUNG:** Beide osteuropäischen Denkschulen versuchen letztlich die Integration in das marktwirtschaftliche Modell. Das heißt also, daß ein dissoziativer Weg nicht mehr in Frage kommt?

**Brucan:** Ich glaube nicht, daß der Westen uns in sein System integrieren läßt. Die oben von mir angesprochenen Denkschulen sind osteuropäischer Herkunft. Ich aber habe gerade ausgeführt, was Westeuropa dazu treibt, so begierig für die schnelle Übernahme zu plädieren. Der Westen war beispielsweise auch mit der Tatsache unzufrieden, daß in Ungarn das nationale Demokratische Forum und nicht die prowestlichen Freien Demokraten die Wahlen gewonnen haben. In allen Presseberichten wurde deutlich, daß der Westen die Freien Demokraten bevorzugt hätte. Dazu paßt natürlich auch, daß im Westen eine offensichtliche Feindschaft gegenüber der rumänischen „Front zur nationalen Rettung“ zur Schau getragen wurde, weil die 'Front' es nicht eilig hat mit der Übernahme des Marktsystems.

**MONATSZEITUNG:** In den 60ern und 70ern waren Sie einer der Theoretiker des Dissoziationsmodells, der Abkoppelung vom Weltmarkt. Wann haben Sie dieser Theorie abgeschworen?

**Brucan:** Die sogenannte self-reliance-Strategie war viel eher der theoretische Ansatz anderer Kollegen, ich war immer skeptischer. Ich glaube, daß es eine falsche Strategie für die unterentwickelten Länder gewesen ist; und zwar deshalb, weil es für sie ganz einfach unmöglich ist, eine solche Strategie umzusetzen. Heute ist offensichtlich, daß die self-reliance-Strategie gescheitert ist. Zu abhängig ist die unterentwickelte Welt vom Westen und vom Norden, um self-reliant, d.h. auf sich selbst gestützt zu sein und sich auf diese Weise zu emanzipieren.

**MONATSZEITUNG:** Abhängigkeit entsteht aber auch, wenn man sich Schritt für Schritt in den kapitalistischen Weltmarkt integriert.

**Brucan:** Wenn Sie unter Integration Verschlingen meinen, bin ich mit Ihnen einverstanden.

**MONATSZEITUNG:** Und wie agieren Sie gegen diese Gefahr?

**Brucan:** Wir wollen nicht verschlungen werden.

**MONATSZEITUNG:** Aber wie wollen Sie das verhindern?

**Brucan:** Indem wir einen starken staatlichen Sektor beibehalten, was uns einen gewissen Einfluß auf die zukünftige Entwicklung des Landes geben sollte. Wenn man keinen starken staatlichen Sektor hat, arbeiten die Marktkräfte ausschließlich in die Taschen der Reichen und Entwickelten.

**MONATSZEITUNG:** Deshalb sagten Sie auch in einem Interview mit „Herald Tribune“, daß Sie Rumänien gerne eine Ökonomie wie Südkorea und eine Sozialpolitik wie Österreich geben würden?

**Brucan:** Genau.

**MONATSZEITUNG:** Ist das nicht rein voluntaristisch? Gibt es für so eine Strategie in Rumänien überhaupt eine Chance?

**Brucan:** Ich glaube schon, daß es realistisch ist, weil wir ja nicht bei Null beginnen. Anders als Südkorea am Beginn seiner industriellen Entwicklung haben wir heute schon eine starke Riege von Wissenschaftlern und Ingenieuren.

**MONATSZEITUNG:** Das heißt aber auch, daß die Arbeiter nicht für höhere Löhne kämpfen dürfen, wenn man sich die staatliche Unterdrückung in Südkorea ansieht ...

**Brucan:** Die Arbeiter sind dort gerade in letzter Zeit sehr energiegeladent.

**MONATSZEITUNG:** Aber es gibt schwere Auseinandersetzungen und Probleme.

**Brucan:** Kein Land der Welt existiert ohne Probleme. Die wichtigste Frage ist und bleibt, daß wir einen Einfluß auf die Entwicklungsrichtung in unserem Land beibehalten. Wenn wir den staatlichen Sektor aufgeben, dann würden wir zu einem komplett hilflosen 'Partner' des Westens. John Kenneth Galbraith schrieb etwas sehr Interessantes über dieses Thema. Er sagte, daß der Westen Osteuropa eine Art freestyle-Kapitalismus aufkotzen will, den er in den eigenen Ländern niemals riskieren würde. In der Zwischenzeit führen sie im Westen einen Wohlfahrtsstaat ein.

Die Regierungen in allen westlichen Staaten spielen eine sehr entscheidende Rolle für die Wirtschaft. Warum macht denn der Westen überhaupt Regierungen für ökonomische Zustände verantwortlich, wenn er glaubte, daß die freie Marktwirtschaft der einzige Akteur auf der Szene ist? Gleichzeitig wollt Ihr im Westen, daß wir die Rolle des Staates in unseren Ländern eliminieren. Ihr seid Heuchler!

**MONATSZEITUNG:** Mit der Öffnung im

Osten kommt die gesellschaftliche Bruchlinie zwischen Erster und „Dritter Welt“ - lassen Sie mich das einmal so nennen - sehr nahe an die Metropolen. Sehen Sie da nicht eine Gefahr für ein soziales und/oder nationales Pulverfaß heraufdämmern? Kann das Ganze nicht explodieren?

**Brucan:** Wir haben unsere Explosion schon gehabt.

**MONATSZEITUNG:** Vielleicht war das nur der erste Schritt in Richtung größerer Eruptionen.

**Brucan:** Die Leute hier haben die Eruptionen schon satt. In Wirklichkeit hat dieser Sättigungsgrad die Wahlen entschieden. Wir, die „Front zur nationalen Rettung“, haben mit bestenfalls 65% des Stimmenanteils für die Präsidentschaftswahlen gerechnet. Die Differenz zu den tatsächlichen 85% ist einzig der Sehnsucht der Rumänen geschuldet, nach fünf Monaten Gewalt und politischer Spannung endlich Frieden und politische Ruhe zu haben. Die Opposition versuchte zwar, Stimmung im Volk zu machen, aber das Volk spielte nicht mit. Der Schuß ging dermaßen nach hinten los, daß er die Opposition fast gänzlich zerstört hat.

## „... das ist Marx auf den Kopf gestellt.“

**MONATSZEITUNG:** Kommen wir jetzt zu den gesellschaftlichen Widersprüchen im Inneren Rumäniens. Ein im Lande weithin sichtbarer ist der zwischen Stadt und Land, zwischen der alten Elite aus der Zwischenkriegszeit und den Bauern. Ist das nach wie vor eines der entscheidenden Probleme, mit denen Rumänien strukturell zu kämpfen hat?

**Brucan:** Es ist tatsächlich ein Problem. Aber im großen und ganzen sehe ich zwei andere, entscheidendere soziale Entwicklungen in Osteuropa, die näherer Betrachtung wert sind. Die eine - ein Resultat der technologischen Revolution - ist das abnehmende soziale Prestige der Industriearbeiterschaft und das Aufkommen der Intelligenzia, hin zu einer strategischen gesellschaftlichen Position. Und die zweite Entwicklung - ein Resultat der Marktwirtschaft - ist die Entstehung einer breiten Mittelklasse in den osteuropäischen Gesellschaften. Das ist Marx auf den Kopf gestellt.

**MONATSZEITUNG:** In Rumänien ist mir diese neue Mittelklasse noch nicht aufgefallen.

**Brucan:** Richtig, weil sie sich erst im embryonalen Zustand befindet. Aber in Ungarn z.B., nach 20 Jahren Marktwirtschaft, ist die Mittelklasse schon deut-

lich ausgeprägt. Dort sind die zwei größten Parteien des Landes Vertreterinnen dieser Mittelklasse, das Demokratische Forum und die Freien Demokraten. Diejenigen, die auf die ungarischen Arbeiter gesetzt haben, haben bei den Wahlen nur wenige Prozentpunkte erreicht.

**MONATSZEITUNG:** Und Ihr Ziel ist es, auch in Rumänien eine Mittelklasse zu kreieren?

**Bruca:** Ob wir das wollen oder nicht, sie wird entstehen. Wissen Sie, daß es in Rumänien einen Mann gibt, der in den letzten fünf Monaten 12 Millionen Lei verdient hat?

**MONATSZEITUNG:** Ich habe ihn nicht getroffen.

**Bruca:** Sie sollten ihn treffen.

Wissen Sie, wie er es gemacht hat? Er hat alte Möbel billig eingekauft und restauriert, weil er wußte, daß die Leute im Westen ganz wahnsinnig auf alte Möbel sind. Mit dem Geld, das er im Westen damit verdient hat, importierte er französische Kosmetika. Die hat er in nur drei Tagen in Bukarest verkauft, für 12 Millionen Lei.

**MONATSZEITUNG:** Das sieht nach absolutem Frühkapitalismus aus.

**Bruca:** Mag sein, aber es war so.

### „30% des Ackerlandes sind privatisiert“

**MONATSZEITUNG:** Iliescus Privatisierungsprogramm hat mit der Landreform begonnen ...

**Bruca:** 30% des Ackerlandes sind an die Bauern verteilt worden. Sie können darauf anpflanzen, was sie wollen und ihre Produkte überall auf dem Markt verkaufen, ohne Restriktionen. Nach zwei Jahren werden sie Eigentümer des Landes - mit der Auflage, es innerhalb der ersten zehn Jahre nicht zu verkaufen. Wir wollten verhindern, daß manche Bauern einfach ihr Land nehmen und es sofort verkaufen. Weiters privatisieren wir gerade den Dienstleistungssektor und die kleinen Industrien, wo bis zu hundert Angestellte erlaubt sind. Wir wollen damit zwei Fliegen auf einen Schlag treffen:

Zum einen die Verbesserung und die Vermehrung der Konsumgüter, und zum anderen die Absorption der Beschäftigten in überbelegten Fabriken. Freilich wollen wir auch ausländisches Kapital ermutigen, Joint-ventures in Rumänien einzugehen.

**MONATSZEITUNG:** Und Sie behalten sich die Kontrolle über ausländisches Kapital vor?

**Bruca:** Nein, weil wir mit 100% Aus-

landsanteil einverstanden sind. Was allerdings die Repatriierung ausländischer Gewinne anbelangt, so wollen wir durchaus eine gewisse Kontrolle darüber behalten.

### „Ich hasse die Politik“

**MONATSZEITUNG:** Sie waren der intellektuelle Kopf der Revolution. Vor einigen Wochen, so stand es in den Zeitungen zu lesen, haben Sie die „Front zur nationalen Rettung“ verlassen. Warum?

**Bruca:** Ich habe nicht die 'Front', sondern die politische Bühne verlassen. Ich hasse die Politik, vor allem die rumänische. Die rumänische Politik ist eklig und schmutzig. Ich denke, daß ich meine Mission erfüllt habe. Nun gehe ich zurück zu meinen gewohnten Tätigkeiten. Ich schreibe und lehre. Mir liegt ein sehr attraktiver Vorschlag eines amerikanisch-britischen Herausgebers vor, meine Memoiren zu schreiben. Warum nicht?

**MONATSZEITUNG:** Wie erklären Sie den überwältigenden Sieg der 'Front'? Nirgends in den anderen osteuropäischen Ländern gab es eine links der Mitte angesiedelte politische Kraft, die nach den 1989er-Revolutionen Wahlen gewonnen hat, außer einem knappen Wahlsieg bei den slowenischen Präsidentschaftswahlen. Warum gerade in Rumänien?

**Bruca:** Rumänien ist das einzige Land im Osten mit lateinischem Background.

**MONATSZEITUNG:** Und das soll 85% geben?

**Bruca:** (lacht) Nein. In Wirklichkeit hat die Opposition schwere Fehler begangen. Es ist weniger unser hausgemachter Sieg als deren Dummheit. Die Nationalliberalen und die Bauernpartei haben nicht bemerkt, daß die Rumänen die politischen Auseinandersetzungen und Spannungen satt hatten. Aber das neue Problem liegt ganz woanders. Der unerwartet hohe Wahlsieg hat die 'Front' zur entscheidenden Kraft des Landes gemacht, das bedeutet viel Verantwortung für die weitere Demokratisierung des Landes. Und die 'Front' ist total unvorbereitet, diese Rolle zu übernehmen, das ist das zukünftige Problem, dem wir gegenüberstehen.

**MONATSZEITUNG:** Und wie werden Sie dieses Problem meistern?

**Bruca:** Wir müssen die 'Front' von einer Bewegung in eine starke politische Partei umstrukturieren. Ich stimme mit Iliescu darin überein, daß es eine sozialdemokratische Partei sein soll, obwohl wir alle wissen, daß die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Welt eine Fülle von Variationen erlaubt. Eine

präzise Definition unserer zukünftigen Ideologie tut not. Auch die Frage der Führerschaft muß diskutiert werden, wie überhaupt eine Stukturdebatte dringend notwendig ist.

Die drei Probleme lauten also: Ideologie, Führerschaft und Struktur. Ich habe vorgeschlagen, einen Parteikon-greß abzuhalten. Dort müssen wir uns dann auch darüber unterhalten, wie unsere soziale Basis in Zukunft aussieht. Bis zu den Wahlen war das eindeutig: Die soziale Basis der 'Front' waren die Arbeiter und die Bauern. Das wird in Zukunft nicht genug sein, allein schon wegen der aufkommenden Mittelklasse. Auch darüber müssen wir nachdenken.

**MONATSZEITUNG:** Wie wollen Sie also die Strukturprobleme der 'Front' lösen?

**Bruca:** Zuerst brauchen wir eine breitere Führungsmannschaft. Zwei Führer, nämlich Iliescu und Roman, sind nicht genug. Wir brauchen junge Kräfte, vor allem solche, die keine kommunistische Vergangenheit haben, weil die Stimmung im Volk das verlangt. Also müssen wir jene fördern, die sich in der Wahlkampagne hervorgetan haben.

### „Das US-State Department ist ein schlechter Verlierer“

**MONATSZEITUNG:** Warum ist die Akzeptanz der „Front zur nationalen Rettung“ im westlichen Ausland so gering? Viele Zeitungen und TV-Stationen im Westen haben von Wahlschwindel und ähnlichem gesprochen.

**Bruca:** Die Frage des vermeintlichen Wahlschwindels ist geklärt. Allgemein wird die Korrektheit des Wahlvorganges anerkannt. Einzig das US-State Department ist ein schlechter Verlierer. Die finden sich nur sehr schwer mit der Niederlage ab, die sie erlitten haben. Die wollten die Nationalliberalen und die Nationale Bauernpartei siegen sehen.

**MONATSZEITUNG:** Und die Westeuropäer?

**Bruca:** Die waren weniger auf einen Sieg der Bürgerlichen fixiert. Das US-State Department hat damit spekuliert, daß die Nationalliberalen und die Bauernpartei ihnen einen starken geostrategischen Einfluß in Rumänien, also an der Grenze unmittelbar zur Sowjetunion, sichern. Die Europäer sind weniger strategisch als vielmehr ökonomisch an Rumänien interessiert. Politik spielt dort nicht so eine große Rolle wie in Washington.

**MONATSZEITUNG:** Danke für das Gespräch. ■

Rumänienhilfe:

# DEMOKRATIE GEGEN ZUCKER

Von Claudia Pilhatsch und Karl Lind

**Dem Notstandsgebiet Rumänien wird weniger aus humanitären denn aus politischen Gründen geholfen.**

■ Adrian Oberrauner war höchst erfreut.

Der Aktivist des souveränen Malteser Ritterordens wußte - wofür er den Reise-segen des Weihbischofs Krenn empfangen sollte -, was zu tun war. „Es war eine Zeit der Unsicherheit“, erinnert sich der Gesegnete, „eine Zeit der besorgten Blicke in der Familie und des zuweilen mulmigen Gefühls im Magen, denn die Schreckensmeldungen über die Anschläge auf Hilfskonvois ließen sich schlecht ignorieren. Trotz allem drängte es mich, zu fahren, und es war wie eine Erlösung, als feststand, daß wir am 29. Dezember aufbrechen würden.“

Adrian Oberrauner begleitete einen der zahlreichen Hilfstransporte ins krisengebeutelte Rumänien. Wenige Tage nach der Hinrichtung des Conducators erreichte der Konvoi seinen Bestimmungsort. Im Zentrallager von Cluj (Klausenburg), wo sich die Hilfsgüter bereits bis zur Decke stapelten, endete erst mal das Abenteuer. Die rumänischen Studenten und Studentinnen zeigten sich redlich bemüht, die neue Lieferung zu verstauen. „Immer wieder“, schwärmte der Helfer, „dankten sie uns und erklärten, daß sie den gelieferten Zucker mit Demokratie bezahlen würden.“

Demokratie gegen Zucker, die Kalkulation beeinflusste alle großangelegten Hilfsaktionen ins Notstandsgebiet. Westwaren gegen Ostdemokratien, so billig gab es schon lange keine neuen Absatzmärkte und Arbeitskräftereservoirs, noch dazu quasi im eigenen Hinterhof. Zucker gegen Demokratie, Demokratie, wie sie der Westen versteht: Privatisierung, freier Kapitaltransfer, Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und Wohnraum, Streichung des Rechts auf Arbeit aus der Verfassung usw.

So manche Redakteure der Journaille und des Staatsfunks arbeiten allzu gerne

mit der „Meßlatte Demokratie“ - nach bekanntem, also westlichem Muster. So folgte der - in den westeuropäischen Gazetten vorgetragene - Empörung über die jüngste Räumung des Bukarester Universitätsplatzes durch die gewählte Regierung prompt die Einstellung der bereits bewilligten EG-Finanzhilfe an Rumänien. So, als ob die, die am Vortag noch keinen Zucker hatten, plötzlich, über Nacht, darin schwelgten.

Die Politik stellt Bedingungen, Hilfsgelder fließen nur unter bestimmten Voraussetzungen. Es kommt also nicht darauf an, aus humanitären Gründen zu helfen, sondern Sache ist vielmehr, politische Strategien durchzusetzen. Im Namen der Joint-ventures und nicht der Gerechtigkeit.

Und die österreichischen Hilfsorganisationen, die den Löwenanteil an den Millionenspenden bekommen haben, agieren mit den Geldern unverhüllt schlampig - in traditioneller heimischer Politikproporz-Manier. Ihre Hilfsbereitschaft ist ausschließlich an die „eigenen Reihen“ gerichtet. So achtet etwa die Caritas genau darauf, die katholische Kirche in Rumänien mit Kopiergeräten und Schreibmaschinen zu versorgen, damit diese ihre Schäfchen - im Namen Jesu Christi - ins Trockene bringen kann.

Wenn die „eigenen Leute“, die Landler, die Katholiken, die Liberalen, die Revolutionäre, oder wer immer, nicht ausmachbar sind, dann ladet man das Zeug am besten irgendwo ab und verschwindet so schnell wie möglich wieder zurück in Richtung sicherer Westen. „Nichts wie raus hier“, betitelte ein österreichisches Nachrichtenmagazin wohl nicht zufällig eine Reportage über einen der vielen Hilfstransporte.

Hilfe zur Selbsthilfe lautet der Slogan, den die karitativen Organisationen auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Doch die gemeinnützigen Vereine reden nicht miteinander, sie koordinieren und fragen nicht, haben keine Konzepte und handeln zu oft nach dem Zufallsprinzip, ohne vor Ort zu überprüfen, wie sie am besten einzusetzen wären. So lieferte etwa das Rote Kreuz ein ganzes Jahr lang Medikamente, die auf einer international ausgetüftelten Liste zu finden sind, an ebenso ausgesuchte rumänische Spitäler. Wie soll, angesichts einer solchen Vorgangsweise, eine Person, die die Situation in Rumänien kennt, an so etwas wie Hilfe zur Selbsthilfe glauben?

Hilfeleistungen an dieses Land eignen sich vorzüglich zur Durchsetzung politischer Interessen und bieten eine wunderbare Projektionsfläche für westliche Abenteurer aller Art. Um die in der eigenen Wohlstandsgesellschaft erlittene Entfremdung kurzzeitig zu suspendieren und zu relativieren, fährt man mal ins leidende Rumänien. All die Jahre zuvor, als in demselben Land auf Grund der immensen Zins- und Kreditrückzahlungen - auferlegt von IWF und Weltbank - katastrophale Lebensbedingungen herrschten, war dies den Medien selten eine Erwähnung wert. Selten auch verirrt sich Berichterstatte dorthin, wo sie heute einander treffen, um über wahre demokratische Verhältnisse zu schreiben.

Wenig ist zu finden an Berichterstattung heimischer Medien, die sich an den Eigenheiten und Fremdheiten einer anderen Kultur orientiert und diese auch zu achten weiß. Wenig zu finden auch an Hilfsleistungen, die ein „autonomes“ Rumänien zum Ziel haben, Hilfe also, die nicht die Kolonialisierung eines ärmeren Landes bringen wird. Solche Konzepte für die Verteilung von Hilfsgeldern - die von Millionen Spender/innen in guter Absicht zur Verfügung gestellt wurden -, die zur Herausbildung eines möglichst autarken und bedarfsgerechten rumänischen Sozial- und Wirtschaftssystem führen soll, existieren nicht.

Österreich ist für die Rumäninnen und Rumänen eine Hoffnung. Wir aber machen die Grenzen dicht, werfen ihnen Medikamente, Lebensmittel und Ideologien hin und heulen auf, wenn etwas gegen unsere Vorstellungen von Demokratie passiert.

Die internationale Helsinki-Föderation urteilt denn auch in einem neuen Bericht über die Waldheimat: Österreich habe mit seiner Flüchtlingspolitik die Wachtpostenrolle für die EG übernommen. Gegen den zu erwartenden Menschenandrang aus den „unterentwickelten“ osteuropäischen Staaten. Heim also ins heile EG-Reich. ■

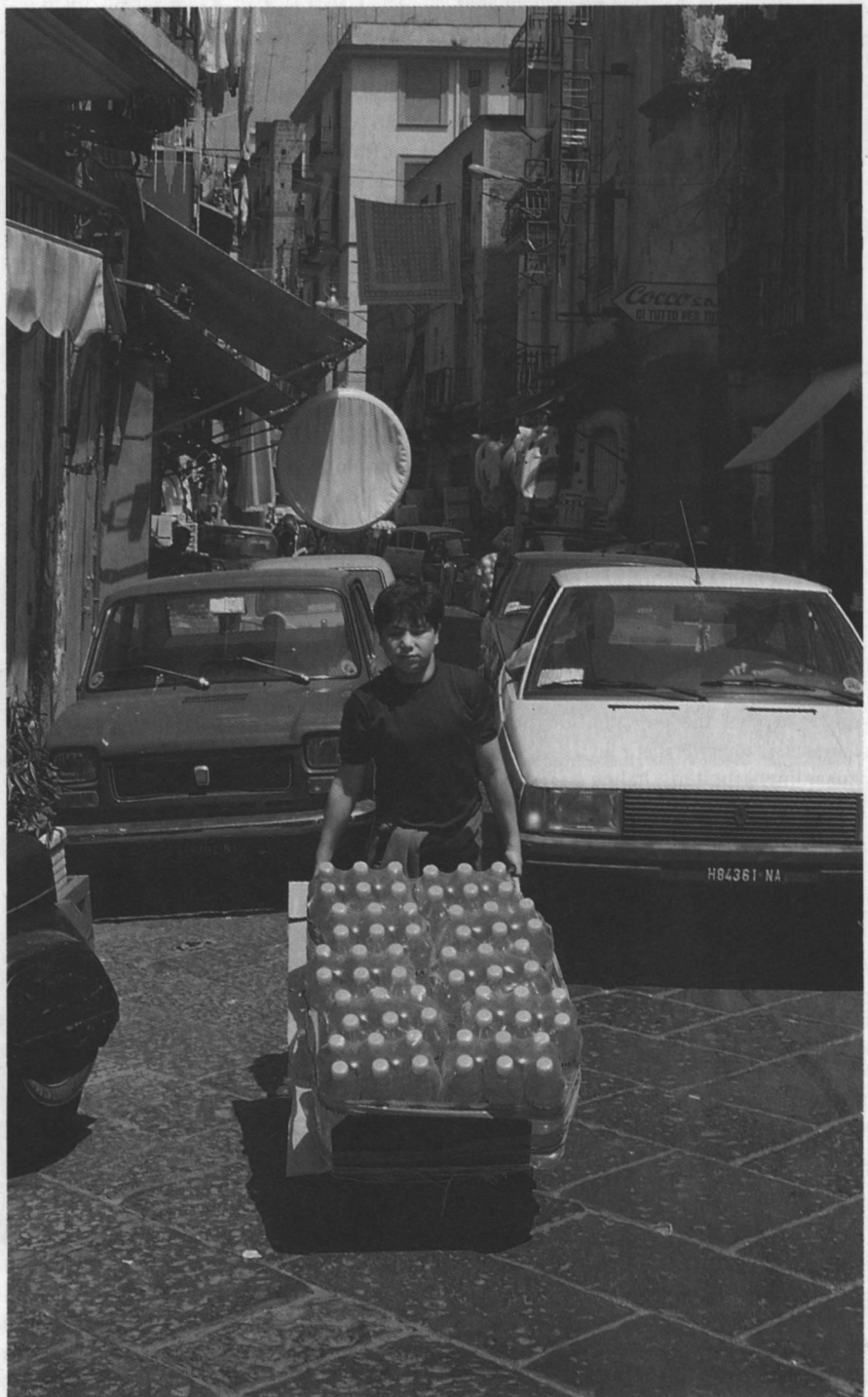
■ „Süditalien? Das gehört nicht mehr zur 5. Industrienation der Welt, zum EG-Land Italien - Süditalien, das ist bereits '3. Welt!' Diese im Norden, und nicht nur unter den Lega-Lombarda-Wählern, weitverbreitete Meinung, so diskriminierend sie auch sein mag, ist nicht ganz unbegründet. Neapel, die „Hauptstadt des Südens“, Reggio Calabria und Palermo haben gewisse strukturelle Ähnlichkeiten mit den Großstädten Lateinamerikas - stark ausgeprägte Klassenunterschiede verbunden mit auffallend starkem sozialem Gefälle, hohe Arbeitslosigkeit, weitverbreitete Armut und organisierte Kriminalität, die teilweise den nicht funktionierenden Staatsapparat ersetzt bzw. reguliert. Daraus resultieren Klientelwirtschaft und Gewaltherrschaft, es floriert eine Schattenwirtschaft mit einem dominierenden informellen Dienstleistungssektor ...

Kinderarbeit gehört zum täglichen Leben in Süditalien - sowohl am Land als auch in den Städten. Die hohe Arbeitslosigkeit, verbunden mit einem praktisch inexistenten sozialen Netz, zwingt viele Familien, Jugendliche und Kinder schon früh zur Erwerbsarbeit zu drängen, um die Versorgung zu garantieren. 1987 lebten 20% aller italienischen Familien von einem Jahreseinkommen in der Höhe von 80.000 öS, 10% kamen auf undeclared, d.h. aus keinem regulären Arbeitsverhältnis stammende 10.000 öS. Um überleben zu können, haben die Leute im Süden gelernt, sich zu 'arrangieren' - selbstgeschaffenen Tätigkeiten nachzugehen - Schwarzarbeit. Allein im Raum Neapel ist die Camorra Arbeitgeberin für 40.000 Personen. 30.000 davon leben vom Zigarettenhandel und -handel. In dieser ökonomisch, sozial und legislativ prekären Situation zählt jede Arbeitskraft - den Luxus, Kinder 'nur' großzuziehen und sie zur Schule zu schicken, können sich viele nicht leisten.

### Tagelöhner und Haushaltshelfinnen

Auf dem Land gehört der Großteil der 10-12jährigen Kinder schon der ökonomischen

aktivierten Bevölkerung an. Heimarbeit und Mitarbeit im eigenen Kleinbauernbetrieb oder Handwerk zählen zu den Tätigkeiten der traditionellen, auf Subsistenz gerichteten Ökonomie, wo die Kinder im Rahmen der Familie in den Arbeitsprozeß eingebunden sind und nicht autonom in der kapitalistischen Marktwirtschaft arbeiten. Außerdem fin-



Fotos: Dario Santingelo

Für die Zustellung von ca. 100 Liter Mineralwasser bekommt der Junge 500 Lire

## Kinderarbeit in Süditalien: ZWISCHEN FAMILIE UND MAFIA

Von Sylvia Jura

**Zehntausende Kinder schufteten in Garagen und Kellerlöchern, anstatt zur Schule zu gehen. Autoscheiben putzen, Jeans nähen, betteln ... der karge Lohn wandert meist direkt ins Familienbudget, nachdem die Mafia ihre Schutzgebühr eingestreift hat.**

den sich meist sporadische Arbeitsverhältnisse von Kindern als Tagelöhner in den Ernte- und Saatzeiten, Hilfsarbeiten auf Märkten und Baustellen sowie für die Mädchen als Hausarbeiterinnen und Mägde. Die zunehmende Armut auf dem Land zwingt viele Kinder, zu 'emigrieren' - sie werden, kaum 12 Jahre alt, zu 'reichen' Verwandten in den Norden geschickt, wo sie dann meist als Gratishausgehilfen ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen.

Häufig, aber wesentlich effizienter organisiert als auf dem Land, ist die Heimarbeit in den Städten. Dabei handelt es sich größtenteils um Tätigkeiten, die nur einem spezifischen Arbeitsvorgang der industriell organisierten Produktion entsprechen - z.B. Schuh- und Handschuhsäume nähen, Stoffblumen stecken oder schneiden, Jeans nähen usw. Die Kinder, vor allem die Mädchen, die eng mit anderen Frauen der Familie zusammenarbeiten, haben keinen direkten Kontakt zu ihrem Arbeitgeber, kennen meist nicht einmal seinen Namen oder seine Firma. Sie bezeichnen sich selbst auch nicht als Arbeiterinnen und sehen kein Ausbeutungsverhältnis zwischen sich und ihrem Arbeitgeber. Sie beziehen meist kein direktes Einkommen aus ihrer Tätigkeit, da es entweder für den Familienunterhalt gleich verbraucht oder für die 'Aussteuer' von der Mutter zur Seite gelegt wird.

## Camorra-Manufakturen

Die Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht - meist wird in Garagen oder Kellerlokalen gearbeitet, ohne Entlüftungsanlagen und ohne Sicherheitsvorkehrungen. Die Zahl der Arbeitsunfälle und der Berufskrankheiten ist dementsprechend hoch - allerdings schwer belegbar, da die Mädchen schwarz arbeiten und, um Versicherungsschutz genießen zu können, die Arbeitsunfälle als 'Heimunfälle' deklarieren. Eine häufige Berufskrankheit in der Lederverarbeitung ist die „klebstoffbedingte Polineuropathie“ - Lähmungserscheinungen. Schon 1976 entstand daher ein Komitee „der vom Klebstoff gelähmten Mädchen“, das, obwohl von den Behörden offiziell anerkannt, so gut wie keinen Einfluß auf

die Arbeitsbedingungen in den illegalen Kleinbetrieben hat. Viele dieser Manufakturen gehören direkt der Camorra bzw. der Mafia und stellen ausschließlich Markenartikelfälschungen her.

In der stark geschlechtsspezifisch gegliederten Arbeitswelt werden Buben schon früh in die 'männlichen' Tätigkeiten miteinbezogen. Auch hier kann man/frau das mehr familienorientierte vom einkommensorientierten Arbeitsverhältnis unterscheiden. Die Mitarbeit von Kindern in Handwerks- und Handelsbetrieben der eigenen Familie ist vor allem auf die Überlebenssicherung der Familie gerichtet. Der Junge bezieht kein direktes Einkommen aus seiner Tätigkeit, bestenfalls ein sehr geringes. Es wird meistens - anders als bei den

Viertel Neapels, meint dazu: „Ich wollt' den Jungen doch gar nicht nehmen, aber seine Eltern haben ihn mir richtig aufgedrängt. Können tut er nichts, baut nur Unfug, in der Schule hat er's ja auch zu nichts gebracht. Kann man da nein sagen? Ich hab' ein großes Herz. Was soll denn sonst aus ihm werden, bei mir lernt er wenigstens was ...“ Der Junge ist 13 Jahre alt und arbeitet täglich von 8 Uhr bis 20 Uhr. Dafür bekommt er sein warmes Mittagessen und die Trinkgelder der Kunden.

In den Städten des Südens springen sogar dem oberflächlichsten Betrachter die Barjungen ins Auge - oft 6jährige Buben, die mit kaffeebeladenen Tablett durch die Straßen sausen. Sie verrichten Botendienste und Hauszustellungen,



Ein 11-jähriger ambulanter Händler in Neapel

Mädchen - angestrebt, ihm den Pflichtschulbesuch zu ermöglichen. In den einkommensorientierten Arbeitsverhältnissen hingegen, wo die Buben als Lehrlinge beschäftigt sind, sind die Arbeitsbedingungen wesentlich härter. 10- bis 12stündige Arbeitstage, in denen der Junge körperlich harte und unqualifizierte Tätigkeiten verrichtet, sind die Regel. Der Arbeitgeber ist meist ein entfernter Bekannter der Eltern des Kindes, der diesen einen Gefallen schuldet und dafür den Jungen bei sich anstellt. Selbstverständlich handelt es sich auch hier um Schwarzarbeit mit dementsprechenden Hungerlöhnen - durchschnittlich ca. 100 öS pro Woche. Das Ziel dieser Arbeit ist ja nicht der Verdienst, sondern das Erlernen eines Berufs.

Peppino S., ein 40jähriger Automechaniker in der Sanità, einem populären

helfen hinter der Bar aus, putzen das Lokal ... 10-, 12stündige Arbeitstage sind auch hier die Regel, als Bezahlung gibt's die Trinkgelder.

## Beruf: Autoscheibenputzer

Die bisher beschriebenen Arten von Kinderarbeit gehören noch zu den 'privilegierteren' Formen, da sie in gewisser Hinsicht den Betroffenen doch die Möglichkeit bieten, eine produktive Tätigkeit zu erlernen. Das Ausbeutungsverhältnis ist allerdings unbestreitbar, außer vielleicht in den familieninternen Betrieben, die auf Überlebenssicherung ausgerichtet sind.

Viele Kinder des armen und ärmsten Süditalien jedoch haben nicht einmal diese winzige Chance, eine Art von Berufsausbildung zu erfahren. Sie arbeiten



von klein auf 'selbständig', schaffen sich selbst ihren Arbeitsplatz. Sie sind ambulante Verkäufer, die von Taschentüchern bis zum Schminkset alles mögliche an Straßenkreuzungen und Busstationen an den Mann oder die Frau bringen wollen. Oder sie sind Autoscheibenputzer auf vielbefahrenen Straßen. Das Einkommen, das sie aus diesen Tätigkeiten beziehen, ist meist nicht schlecht. Allerdings müssen sie davon 'Abgaben' an die lokalen Mafia- und Camorrabosse zahlen, da sonst der Arbeitsplatz weg ist und sie ordentlich verprügelt werden.

Auf den Fisch- und Obstmärkten findet man/frau viele dieser kleinen 'Selbständigen', die sich als Lastenträger anbieten. Sie arbeiten für alle, solange sie können, und werden willkürlich, auf Trinkgeldbasis, für ihre Dienste bezahlt. Die harte körperliche Arbeit führt oft zu Wachstumsstörungen und hinterläßt arge Gesundheitsschäden.

Neben diesen, sich auf 'ehrliche' Weise ihr Geld verdienenden Kindern gibt es die unzähligen 'Kleinkriminellen' - Straßenkinder, die sich mit den verschiedensten Tätigkeiten, von Taschendiebstählen bis zum Drogenhandel, das Überleben sichern. Hier sind es ebenfalls die Jungen, die aktiv sind - von klein auf. Häufig sind sie in Banden organisiert, die alle Altersstufen umfassen - vom 5jährigen Anfänger bis zum 16jährigen 'Capo'. Die jüngsten beginnen mit einfachen Laden- und Taschendiebstählen. Später, mit ca. 10, 12 Jahren, spezialisieren sie sich dann auf die einträglicheren „scippi“ (schnelle gewaltsame Entwendung von Handtaschen und Schmuck), die meistens zu zweit oder zu dritt durchgeführt werden. Die Kinderbanden sind auch bekannt für die bewaffneten Überfälle in abgelegenen Gassen oder auf Parkplätzen.

### Vom kleinen Dieb zum Dealer

Im organisierten Drogenhandel haben die Kinder ihren festen Platz. 1989 schockierte die Schlagzeile vom 8jährigen Buben, der in Palermo Heroin verkaufte, das gutbürgerlich denkende Italien. Aber er ist keine Ausnahme, sondern vielmehr ein charakteristischer Fall für die Situation der Kinder in Süditalien. Im Kleindrogenhandel, d.h. im organisierten Verkauf von Haschisch, aber auch von härteren Drogen an den Endverbraucher, werden die Kinder gerne und häufig als Warenüberbringer und auch direkt als Verkäufer beschäftigt. Ihr großer Vorteil gegenüber erwachsenen Dealern ist, daß sie vor dem Gesetz noch nicht strafbar sind.

Sehr viele Kinder, vor allem in Neapel und Palermo, sind professionelle Bettler. Hauptsächlich sind es Mädchen, die mit Kleinkindern im Arm um Almosen bitten. Anlässlich eines UNICEF-Sonderprojektes, das sich zum Ziel steckt, die Straßenkinder Palermos zu ihren Familien zurückzuführen bzw. sie in Fürsorgeanstalten unterzubringen, stellte sich heraus, daß die meisten dieser Kinder von mafiosen Organisationen kontrolliert werden, die ihnen sowohl die 'Arbeitsplätze' als auch die 'Mitarbeiter' - von armen Familien 'gemietete' Kleinkinder - zuweisen und als 'Abgaben' den größten Teil der Einnahmen kassieren.

Kinderarbeit - abgesehen von der 'nicht-produktiven' wie Betteln oder Stehlen - hat einen großen ökonomischen Stellenwert in der süditalienischen Gesellschaft. Viele Kleinbetriebe, aber auch mittlere und größere Industriebetriebe sind nur dank der Ausbeutung dieses extrem billigen und flexiblen Arbeitskräftereservoirs konkurrenzfähig.

Ca. 40% der 6-14jährigen Kinder Neapels gehen nicht oder nur unregelmäßig zur Schule. Jeder dritte Neapolitaner ist ohne Schulabschluß oder gar Analphabet. Diese mangelnde Ausbildung bedingt ihrerseits wieder ansteigende Arbeitslosigkeit unter eben diesen unqualifizierten Arbeitskräften. Der Einfluß von Mafia und Camorra nimmt zu, und damit auch die Kriminalität.

Auffallend ist, daß die Kinderarbeit der traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung entspricht. Während die Mädchen vor allem als Heimarbeiterinnen tätig sind, völlig unter der Kontrolle ihrer Mütter - als „dazuverdienende kleine Hausfrauen“ -, sind die Buben von klein auf 'draußen', außerhalb der Familie, wo sie lernen müssen, sich durchzuschlagen. Versagen sie, d.h. tragen sie nicht ausreichend zum Familieneinkommen bei, landen sie meistens auf der Straße und damit, fast unausweichlich, in den Händen von Mafia und Camorra.

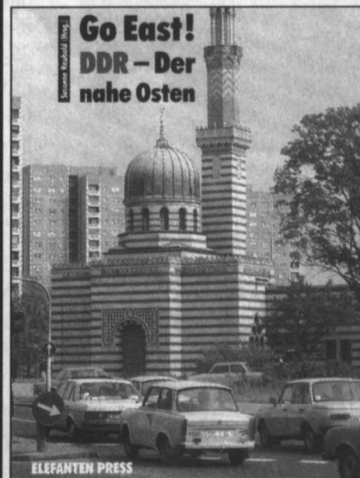
Italiens europäische Zukunft, Schlagwort 1992, wird diesen Circulus vitiosus von Armut, organisierter Kriminalität und Kinderarbeit sicher nicht unterbrechen. „Einem bereits abgefahrenen Zug hinterherzulaufen, löst unsere Probleme nicht, verschlimmert sie eher. Die ökonomischen und sozialen Strukturen Süditaliens gehören verändert, neue Arbeitsplätze geschaffen ...“, meint dazu Fabio Appicella, von der italienischen Kommunistischen Partei PCI, Sekretär der Provinz Salerno. ■

*Sylvia Jura ist freie Journalistin und lebt in Minori/Italien.*

## Was Heinz so liest



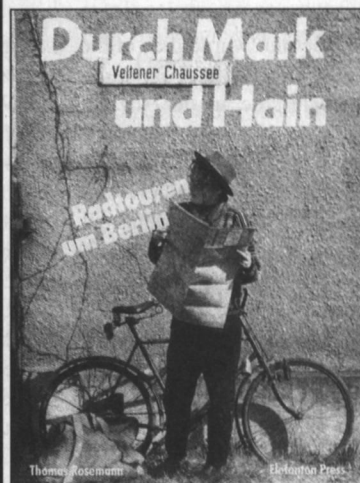
Noch immer weigert sich Heinz, die DDR als annektiert zu betrachten. Er verbreitet deshalb standhaft seine Überzeugung, das Ausland sei auch und gerade direkt um die Ecke. Denn trotz der neuen Werbeschilder, so hofft Heinz, werden nicht alle deutsch-deutschen Unterschiede verschwinden. Zu seiner Leib- und Magenschwarte hat er daher kurzentschlossen **Go East** ausserkoren.



192 Seiten, über 200 Abb., broschiert, ÖS 232,40, ISBN 3-88520-349-9

Der neue Band aus der Reihe **Länderbilder Lesebücher** nähert sich der **DDR - dem nahen Osten**, sowohl vom Westen wie auch von der anderen Seite. Es schreiben G. G. Márquez, Monika Maron, Elmar Allwäter ... es geht um das Abenteuer Autofahren, um den Versuch, die Zahnpasta wieder in die Tube zu kriegen, die Frauen in der DDR, Diplomaten im Trainingsanzug, Medien und Krimi in der DDR und und und.

Auch in die DDR - genauer: in das **Berliner Umland** lockt durch **Mark und Hain**, der **Radtouren-Führer**.



192 Seiten, ca. 60 Abb., broschiertes Taschenformat, ÖS 115,40, ISBN 3-88520-333-2

Die 24 vorgeschlagenen Wegstrecken sind gespickt mit vielen praktischen Tips, wie die Angabe von Zugabfahrtszeiten, Fahrverbindungen, Hinweise auf Bestellen, Campingplätze, Kneipen - und sind für lang- und kurzatmige geeignet.

**Fordern Sie kostenlos unseren ELEFANTEN EX PRESS an!**

**ELEFANTEN PRESS**  
Postfach 360 440  
1000 Berlin 36

ELEFANTEN PRESS

Foto: pmw



Von  
**Immanuel Wallerstein**

## Revolutionen und wirtschaftliche Folgen

# BANKROTT

**Im Osten ist ein System zusammengebrochen, dessen ökonomische und politische Prämissen gänzlich falsch waren. Was ist da eigentlich schiefgelaufen?**

Wie nun wurde dies in die Praxis umgesetzt? Bekanntlich erreichte in der sozialistischen Bewegung nach langandauernden Diskussionen im 19. Jahrhundert eine Position die große Mehrheit, die besagte, daß es, um die Umgestaltung der Welt in die Wege leiten zu können, vorerst einmal notwendig war, die Staatsmacht zu erringen; wobei die Frage der Methode (mit parlamentarischen Mitteln oder durch gewaltsame Machtergreifung) logischerweise als sekundär angesehen wurde. Der vermeintliche Zweck der Machtergreifung war eine Sozialisierung der Produktionsentscheidungen durch Verstaatlichung der Produktionsmittel. Es sollte dann mittels zentraler „Planung“ festgelegt werden, was zu produzieren war. Dabei glaubte man, daß durch die Abschaffung des Privatbesitzes sozial unvernünftige Er-

wägungen bei den Produktionsentscheidungen eliminiert würden und daß die zentrale Planung zu Produktionsentscheidungen führen würde, die den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen.

Diese Annäherungsweise stützte sich auf drei Voraussetzungen: erstens ging man davon aus, daß, da die Staaten ja 'souverän' waren, Regierungen in der Lage sein müßten, einen von der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgehenden Druck auf die Produktionsentscheidungen auszuschalten.

Zweitens nahm man an, daß die einzige Quelle 'unvernünftiger' Produktionsentscheidungen die Interessen des Privateigentums wären.

Drittens hielt man eine zentrale Planungsbürokratie für den besten Weg, um zu sozial angemessenen Entscheidungen zu gelangen. In der geschichtlichen Praxis hat sich herausgestellt, daß jede dieser drei Prämissen falsch war.

### Die Prämissen waren falsch

Die erste hielt einen ideologischen Mythos - die Souveränität von Staaten im zwischenstaatlichen System - für empirische Realität. Die zweite übersah die Tatsache, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln für Individuen und Gruppen bei der Verfolgung ihrer 'privaten' ökonomischen Interessen nicht den einzigen Weg darstellt. Und die dritte Annahme schließlich ignorierte die Tatsache, daß es sich bei Staatsbürokratien um Strukturen handelt, für die eine „Produktion für den Gebrauch“ im Grunde keineswegs eine vorrangige Priorität darstellt, selbst wenn solche Systeme über die Kenntnis und die Fähigkeit verfügten, Entscheidungen auf einer derartigen Grundlage zu treffen.

In der historischen Praxis kamen „revolutionäre“ und/oder sozialistische Parteien in wirtschaftlich schwa-

chen Staaten zur Macht, die sich außerhalb der Kernzone der kapitalistischen Weltwirtschaft befanden. Die machthabenden Parteien und die von ihnen eingesetzten Regierungen machten nicht sozial relevante, vernünftige Produktionsentscheidungen („Produktion für den Gebrauch“) zum Hauptziel ihrer Politik, sondern die Forcierung der Entwicklung des Staates, in der Absicht, mit den reicheren Staaten der Kernzone der kapitalistischen Weltwirtschaft gleichziehen zu können. Diese Strategie hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Die betroffenen Staaten wurden, anstatt aus dem Weltsystem abgezogen zu werden, noch mehr in dieses integriert. Das Ziel, die reicheren Staaten einzuholen, erwies sich - auf Grund der Art und Weise des Funktionierens der kapitalistischen Weltwirtschaft - für die meisten von ihnen als weitgehend unrealisierbar. Die Interessen der Staats- bzw. Parteibürokratie waren nicht identisch mit dem „allgemeinen Willen“ der Staatsbürger. Diese Bürokratien hatten weder das Know-how noch die Macht, ein Programm der „Produktion für den Gebrauch“ in die Praxis umzusetzen, auch wenn sie den Willen dazu gehabt hätten.

Warum hat es dann aber so lange gebraucht, bis das evident geworden ist? Natürlich war dieser Sachverhalt für sehr viele schon eine lange Zeit augenfällig; dennoch funktionierte das System des „real existierenden Sozialismus“ ohne Änderungen an der Grundsubstanz mehr oder weniger bis 1989. Dann begann es plötzlich zusammenzubrechen. Eine Erklärung dafür scheint jedoch nicht besonders schwierig zu sein. Der erste Staat mit einem solchen System, die UdSSR, führte jedes wirtschaftliche Nichtfunktionieren in der Zwischenkriegszeit jeweils auf die Auswirkungen der (politischen und wirtschaftlichen) „Einkrei-

sung“ zurück. In den Jahren nach 1945, als die anderen „sozialistischen Staaten“ entstanden, erlebte die kapitalistische Weltwirtschaft eine lange Periode einer unglaublichen Expansion. Jeder einzelne Staat konnte im Grunde ein gutes wirtschaftliches Ergebnis - das heißt hohe Wachstumsraten - vorweisen. In diesem Kontext hatten die „Staaten des real existierenden Sozialismus“ besonders hohe Wachstumsraten (das galt zum Beispiel aber auch für Japan). Gründe dafür waren das Zusammenreffen von friedlichen Rahmenbedingungen, ein zentral gesteuertes und forciertes extensives Wachstum („sozialistische ursprüngliche Akkumulation“) und Produktionsentscheidungen, die nicht nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet waren (wenn man sie zum Beispiel am ökologischen Langzeitschaden mißt).

Es folgte die Stagnation der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die globale Produktion verlangsamte sich nach 1967 mehr oder weniger überall, besonders aber in den peripheren und semi-peripheren Zonen der Weltwirtschaft. Dies betraf auch die „sozialistischen Staaten“. Die Regierungen Osteuropas waren im großen und ganzen mit denselben Problemen konfrontiert wie die Regierungen der Staaten der „Dritten Welt“: eine Schmälerung des staatlichen Realeinkommens und innerhalb des Staates eine Verschlechterung der realen ökonomischen Bedingungen für die Arbeiterklasse. Im Prinzip versuchten sie, ihre Probleme auf dieselbe Weise zu lösen wie die Staaten der „Dritten Welt“: die Budgetdefizite wurden durch Auslandsdarlehen finanziert und der 'Gewinn' durch eine Kürzung der Reallöhne erhöht. Das funktionierte auf kurze Sicht (in den 70er Jahren), mittelfristig (in den 80er Jahren) hatte es politische Explosionen zur Folge. Wir dürfen

nicht vergessen, daß die Solidarnosc-Bewegung des Jahres 1980 durch die Bemühungen der von Schulden geplagten Regierung Gierek, die Real-löhne der polnischen Arbeiter durch die Erhöhung der Preise von Massengütern herabzusetzen, aufgelöst wurde.

In dieser schwierigen Situation, für die sie nicht verantwortlich waren, wurden die osteuropäischen Regierungen wie jene der „Dritten Welt“ dazu gezwungen, den Preis für das Überleben von Tag zu Tag neu zu bezahlen, wobei ihnen die Bedingungen vom Weltwährungsfonds vorgeschrieben wurden. Nun ist der 'Markt' in allen Ehren wieder eingerichtet worden. Ich möchte da keine Mißverständnisse aufkommen lassen. Der 'Markt' war natürlich nie gänzlich abwesend. Aber der Charakter der lokalen Entscheidungsinstanzen im Weltmarkt änderte sich wirklich. Tatsächlich wird dies jedoch die ökonomische Realität weit weniger verändern als allgemein behauptet wird. Die Macht der hauptsächlichlichen Entscheidungsträger auf dem Weltmarkt hat sich nicht verändert. Sicherlich werden die Rentenbezieher andere sein, aber das Leben der Arbeiterschaft wird in wirtschaftlicher Hinsicht nur geringfügig davon betroffen. Was macht es letztendlich für einen Unterschied, ob man Ananas nicht kaufen kann, weil diese für die gesellschaftlich einflußreichen Personen reserviert sind, oder weil man es sich nicht leisten kann, Ananas zu kaufen?

### Mehr Ananas für Osteuropa?

Werden die Menschen in Osteuropa jetzt mehr Ananas kaufen können? Alles in allem bezweifle ich das. Die Operationen des Marktes werden nach der teilweisen Eliminierung der kollektiven öffentlichen Handlungsträger den meisten Menschen keine besseren Ergebnisse liefern. Das Problem des real existie-

renden Sozialismus war nicht ein Übermaß an Planung, sondern ein bedeutendes Planungsdefizit. Auch wenn ich mich wiederhole. Diese Staatsinstanzen verfügten weder über das Wissen noch über die Macht, Produktionsentscheidungen auf der Basis des Gebrauchswertes zu treffen, auch wenn sie dazu den Willen gehabt hätten.

Was gibt es also zu tun? Es stehen uns zwei enorme Probleme ins Haus. Wie können wir erstens die kapitalistische Weltwirtschaft in etwas Besseres verwandeln? Die aus dem 19. Jahrhundert stammende Strategie, dies mittels Erringung der Staatsmacht zu bewerkstelligen, hat zu einem Bankrott geführt. Viktor Tirado setzte sein Interview fort: „Aus diesem Grunde glaube ich, daß es heute für uns das ratsamste ist, eine Koexistenz mit dem Imperialismus anzustreben, wenn es auch schmerzt so etwas sagen zu müssen.“ Und abschließend: „Wir können eine Etappe nicht einfach überspringen, das zeigen uns die Wahlen in Nicaragua, dies ist eine Lektion, die wir lernen müssen.“ Wenn dem so ist, dann handelt es sich um eine besonders nüchterne Lektion, die alles offen läßt. Wenn wir Schritt für Schritt vorgehen müssen, worin bestehen dann diese Schritte? Und insbesondere: wo gibt es eine Alternative (zur bankrotten Strategie der Staatsmacht), von der man hoffen kann, daß sie sich effizient gegen die mächtige und reiche Schicht, die weiterhin dieses Weltsystem beherrscht, in Szene setzen kann?

Es gibt aber auch noch eine zweite Frage, deren Lösung man nicht länger einer zukünftigen „postrevolutionären“ Epoche überlassen kann: Was ist „Produktion für den Gebrauch“ eigentlich? Wie entscheidet man (und wer macht das?) über die Nützlichkeit, und über welchen Zeitraum wird die Nützlichkeit beurteilt? Welche Art von Institutio-

nen könnte das nicht nur denkbar, sondern wahrscheinlich machen? Wenn es nicht möglich ist, bei der Festlegung der Gebrauchswerte den 'Markt' als irrelevanten Mechanismus beiseite zu lassen, dann kommt dafür eindeutig nur eine Spielart des Marktes in Frage, wie es sie im historischen Kapitalismus noch nie gegeben hat. Es müßte ein Markt sein, in dem niemand mehr eine Kontrolle über die Information oder die Verfügbarkeit der Waren hat, d.h. einer, der frei ist von jeglichen monopolisierenden Praktiken. Wir sollen aber nicht vergessen, daß es keineswegs der Weltwährungsfonds ist, der beabsichtigt, einen solchen Markt zu errichten.

In einem anderen Interview schnitt kürzlich eine von Viktor Tirado sehr verschiedene Persönlichkeit das Thema 'Markt' an. Es handelte sich dabei um Henry Kaufman, einen der einflußreichsten Finanzberater in den USA, dessen Rat den führenden Kapitalfirmen teuer ist. Anlässlich eines Besitzwechsels bei einem der größten Wall-Street-Unternehmen, Drexel Burnham Lambert (diesen Besitzwechsel führte Kaufman auf einen „Mißbrauch des Kreditystems“ zurück) warnte er vor einer „Schönrednerie“ bezüglich der Tugenden des Marktes und seiner „Disziplin“: „Wenn man das Finanzsystem tatsächlich der Marktdisziplin unterstellt, könnte das eine Insolvenzlawine auslösen.“ Und das wäre wirtschaftlich und politisch ein Desaster.

Nach Kaufman können sich Produzenten in Uganda und Ungarn auf den Markt und seine Disziplin verlassen, nicht jedoch Wall-Street-Makler. Wir sollten in unserer gegenwärtigen Begeisterung für den Markt diese Tatsache nicht aus den Augen verlieren. ■

*Immanuel Wallerstein ist Professor für Ökonomie und Entwicklungstheorie und lehrt in Paris und New York.*

ANZEIGE

## West- und östliche Geländearbeiten

W. F. Haug

Versuch, beim Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen



Ein politisches Tagebuch  
Juni 1989 - März 1990

Argument

Wolfgang Fritz Haug  
*Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen*  
Politisches Tagebuch  
Juni 1989 - März 1990  
ca. 300 Seiten, br., ca. DM 30,-

Wolfgang Fritz Haug hat sich bereits in seiner umfassenden Studie über die Ideen und die Ideologie der Perestrojka (*Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, 1989*) als gründlicher Analytiker der geistigen und politischen Situation der Sowjetunion ausgewiesen. Er hat nun den Prozeß der Umgestaltung weiter verfolgt, akribisch die Veränderungen, Brüche, Konflikte wahrgenommen und notiert und sich dabei in zunehmendem Maße auf den Transformationsprozeß der sozialistischen Staaten insgesamt konzentriert. Sein Ziel war nicht — und konnte es auch gar nicht sein — die sich überstürzenden Ereignisse zu analysieren und auf ihre objektiven Möglichkeiten hin zu befragen. Vielmehr hat er die subjektive Sichtweise des politischen Tagebuchs gewählt, um sich und anderen Rechenschaft abzulegen über das, was bis vor kurzem noch dem Reich der Phantasie zugehörig schien.

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

■ Alle vier Jahre die gleiche Qual: Wem gebührt bei der Fußball-WM unsere - d.h. der vaterlandslosen Linken - Solidarität? Wer will schon die Abende vor der Mattscheibe gänzlich teilnahmslos verbringen? Beginnen wir mit der (vermeintlich) naheliegendsten Option: „Natürlich Deutschland, Kaiser Franz und seine Jungs.“ Immerhin: Die Truppe kann sich durchaus sehen lassen (in meinen Augen DER Favorit, weniger ob der eigenen Stärken, denn der Schwächen der anderen. Mannschaften wie Italien 1982 und Argentinien 1986 kann ich nicht ausmachen). Sie hat sich partiell vom Rasenschach verabschiedet, läßt zuweilen gar spielerisches und technisches Können erkennen und verlegt sich nicht mehr ausschließlich auf Kraft, Brutalität, Glück und Schiebung.

Und trotzdem: Auch wenn die beste deutsche Elf seit der Europameisterschaft von 1972 auflaufen mag: Die Antwort kann nur in einem definitiven NEIN bestehen. Jürgen Klinsmann, den - wie undeutsch - lobenswerterweise nicht primär das Geld und der Fußball, sondern die Herausforderung, ein neues Land,

tor durch Klinsmann, 5 Eigentore durch Augenthaler, 2 durch Buchwald und drei hanebüchene Fehler von Bodo Illgner) und ein 5:7 gegen Kolumbien (4 Tore Klinsmann, ein Tor Völlner - 7 unberechtigte Elfmeter für die Südamerikaner). 0:6-Punkte würden ein frühzeitiges Ausscheiden bedeuten, während ein Torverhältnis von 10:22 bei 8 Klinsmann-Treffern garantieren dürfte, daß 'Klinsi' dennoch Torschützenkönig wird. Aber eigentlich sollte er seine Erfolge besser im Trikot von Internationale Mailand ausleben ...

Da die Referees wahrscheinlich nicht couragiert genug sein werden, wird mein Traum wohl ein Traum bleiben. Wo die ehemaligen Alliierten und auch einige andere, auf die mensch in Sachen Wiedervereinigung gesetzt hatte, versagen, wird man von den Männern in Schwarz kaum erwarten können, daß sie in die Bresche springen.

Dabei würde ich es der nicht-deutschen Welt doch so gönnen: daß sie noch einmal so richtig herzlich über die Deutschen lachen können. Wer weiß,

Dinge als Ausschwitz angesprochen zu werden"). Der glanzlose Sieg von München 1974 (als die Holländer und die Polen den Titel eher verdient hatten) manifestierte bundesdeutsche Konsolidierung auf Mittelmachtniveau. Italien 1990, das wäre im Bewußtsein des deutschen Durchschnittsbürgers der Durchbruch zur Weltmacht. Daß es nicht - wie allgemein erwartet - die englischen Hooligans waren, die für die ersten Negativschlagzeilen sorgten, sondern die teutonischen Stoßtruppen, ist alles andere als ein Zufall. Oder: Ohne die bevorstehende Wiedervereinigung bzw. Rekonstruktion des Reichs wären uns die Auseinandersetzungen am Gardasee und in Mailand vermutlich erspart geblieben.

Abschließend noch einige Takte an die österreichische Adresse: 'Eurer' Elf wünsche ich kaum Besseres als der 'unsrigen'. Auch wenn es nunmehr 8 Jahre her ist, vergessen und vergeben ist es keineswegs. Die Schande von Cijon, jener taktische Nichtangriffspakt, den Ihr mit den Deutschen ausgekungelt habt, um durch ein Unentschieden die

## Auch im Fußball:

# NIE WIEDER DEUTSCHLAND!!!

*Von Dietrich Schulze-Marmeling*

dessen Leute und deren Sprache kennenzulernen nach Italien zog und der zu Stuttgarter Zeiten seinen rechts-konservativen Vereinspräsidenten mit Unterschriften unter Appelle der Friedensbewegung nervte, soll von mir aus Torschützenkönig werden. Aber ansonsten wünsche ich dem Expeditionskorps ein 4:5 gegen Jugoslawien (drei Tore Klinsmann, ein Tor Völlner - die 5 jugoslawischen Treffer aus eindeutigen Abseitspositionen erzielt), ein 1:10 gegen die Vereinigten Arabischen Emirate (Ehren-

wann es dann wieder etwas zu lachen gibt ...

Ein Titelgewinn im Jahr der Wiedervereinigung wäre eine Katastrophe. Das müßte eigentlich auch jeder Linksliberale erkennen. Ein Titelgewinn würde deutsch-chauvinistische Stimmungen und deutsche Selbstgefälligkeit weiter anschwellen lassen. Bern 1954 bewirkte das „Wir sind wieder wer“-Gefühl und beförderte die Verdrängung der Geschichte („Ein Volk, das Fußballweltmeister wird, hat ein Recht, über andere

wackeren Algerier um Ihren verdienten Lohn zu bringen. Der Spielplan sagt mir, daß Ihr als Zweiter der Gruppe A (hinter Italien, das unterstelle ich mal) im Achtelfinale auf den Zweiten der Gruppe C treffen würdet. Dieser könnte Costa Rica heißen, wie Algerien ein sogenannter Fußballzwerger ... Rache ist süß ... ■

*Dietrich Schulze-Marmeling ist Journalist und arbeitet zur Zeit an einem Buch über Fußball.*

Für die vierbeinigen Fans mit Schokogeschmack

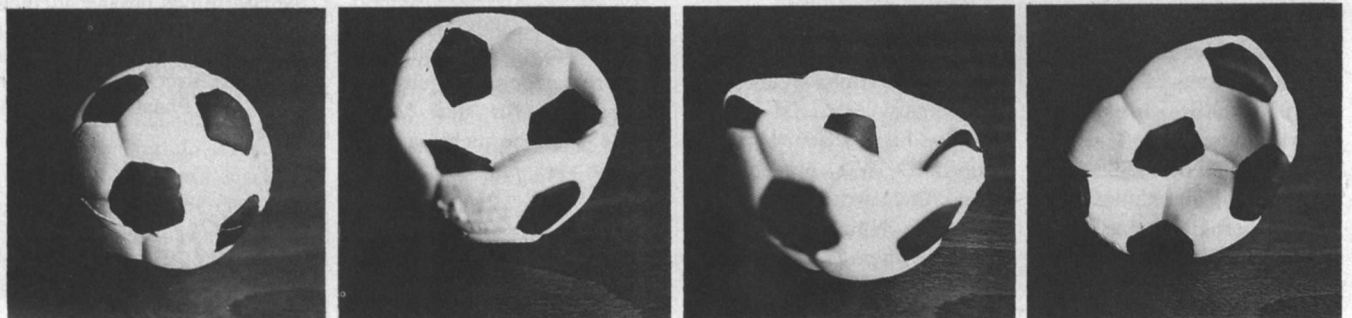


Foto: von der Straeten

## Frauenkriminalität:

# F WIE FREIHEIT R WIE RECHT A WIE ACHTUNG U WIE UNABHÄNGIGKEIT

Von Kerstin Kellermann

Wenn Frauen und Kriminalität in Zusammenhang gebracht werden, ist meist von Monströsem die Rede. Frauen als Opfer haben Gewalt selbst verschuldet, Frauen als Täterinnen sind vorweg abartig und abstoßend. Der folgende Beitrag versucht, die Opfer-, Mittäterinnen- und Täterinnenrolle von Frauen zu analysieren und zeigt die entwürdigenden Haftbedingungen von Frauen auf.

Fotos: Margarete Neumann

Überall auf der Welt war und ist Frauenkriminalität geringer als Männerkriminalität. Um diesen Umstand zu erklären, wurde jahrhundertlang auf das „Wesen der Frau“ rekurriert. Lombroso 1858 in dem Buch „The female offender“: „Der Verbrechertypus ist bei der Frau wesentlich seltener, was u.a. eine Folge der Unbeweglichkeit der Eizelle gegenüber dem Sperma ist.“ Biologische Deutungen der Frauenkriminalität verbanden Menstruation mit Ladendiebstahl, Giftmord, Mord und die Menopause mit Brandstiftung, Hausfriedensbruch, Meineid. Begehen Frauen 'männliche' Straftaten, dann wird ihr Delikt vom Körper her gedeutet. - Daß es für Frauen viel größere Barrieren gibt, eine Karriere als Verbrecherin zu starten - die soziale Kontrolle ist für Mädchen stärker als für Jungen, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen sind eingeschränkter, viele Frauen arbeiten als ungelernete Hilfskräfte -, erkannte aber auch schon oben erwähnter Lombroso: „Die 'geborene' weibliche Verbrecherin stellt ... eine doppelte Ausnahme dar: a) denn Kriminelle sind die Ausnahme unter den Zivilisierten, b) weibliche Kriminelle sind die Ausnahme unter den Kriminellen. Eine kriminelle Frau ist folglich ein Ungeheuer. Dieses Ungeheuer muß enorm sündhaft und verrucht gewesen sein, ehe es über so viele Hindernisse hat triumphieren können.“

Wirkt die traditionelle Rolle der Frau wirklich so, daß Frauen 'friedlicher' sind als Männer? 1982 ergab eine Untersuchung in Philadelphia (Wolfgang/Ferracuti), daß schwarze Frauen zweibis viermal mehr „Tötungen“ setzten als weiße Männer.

Kriminologische, soziologische und sonstige -logische Untersuchungen weisen darauf hin, daß die Dunkelziffer für die Beurteilung der Frauenkriminalität von größerer Bedeutung sei als bei der Männerkriminalität. Sie schätzen die nicht erfaßte Kriminalität der Frauen sehr hoch ein und vertreten eine „beinahe Gleichverteilungsannahme“.

Frauen wären genauso gefährlich wie Männer. Sie behaupten, Frauen auf diese Weise nicht auf rollen- und geschlechtsspezifische Stereotypen festzulegen, sie meinen, die „Un-friedlichkeit“ der Frauen sei bloß nicht erfaßt. Doch ein anderes Männerklischee, das der unberechenbaren, ungezähmten, kastrierenden Hexe, scheint deutlich hinter der ganzen Wissenschaftlichkeit und Pseudofortschrittlichkeit durch. Hans-Claus Leder in „Frauen- und Mädchenkriminalität. Eine kriminologische und soziologische Untersuchung“ (1988): „Fast ebenso viele Männer (werden) von ihren Frauen in gewalttätiger Auseinandersetzung geschädigt und getötet wie umgekehrt.“ Es fällt Männern aufgrund der

geschlechtsrollenspezifischen Stereotypen sehr wahrscheinlich viel schwerer, zuzugeben, von Frauen betrogen, bestohlen, ... vergewaltigt (!) ... worden zu sein.“

Was die Herren Kriminologen mit ihrer Annahme der „Gleich-Gefährlichkeit“ der Frauen eigentlich bezwecken, wird kurz darauf klar: Von Frauen gehe eine „viel geringere Gefahr für das Eigentum anderer“ aus? Falsch! Frauen gehören besser beachtet, bewacht und eingesperrt, Frauen seien bis jetzt unterschätzt worden, die 'Ermahnung' der Kriminologen lautet daher „HABT ACHT auf die Frauen!“

Frau widersetze sich diesen patriarchalen Normen der Unter- und der Überschätzung: Frauen sind nicht, aus welchen Gründen auch immer, friedlicher als Männer, doch Frauen sind auf keinen Fall gleich gewalttätig, physisch und psychisch vergewaltigend wie Männer!

### Frauen als Opfer?

Kate Millett wehrt sich gegen die offiziellen Theorien des „den Frauen innewohnenden“ Masochismus, sie klagt an, daß die Erziehung von Mädchen nicht auf Überlebensfähigkeit gerichtet ist, sondern „auf einer Scham beruht, die kaputtmacht, hervorgerufen durch eine spezifische Sexualschuld, die kultu- ▶

rell als weiblich definiert ist; Bescheidenheit und Jungfräulichkeit, die Frage, ob sie eine Schlampe oder Hure ist ...” Sie fragt sich, warum und unter welchen Umständen Frauen angesichts von Bedrohung und Gefangenschaft oft passiv und hilflos reagieren.

Frauen als Täterinnen: Die Übergänge von den weiblichen Opfern zu den 'Täterinnen' sind fließend, so hat z.B. Jean Swallow 1986 für die USA Verbindungen zwischen sexuellem Mißbrauch und Kriminalität von Mädchen aufgezeigt. Auch Tessa Prager sieht Zusammenhänge: „Wenn Frauen gewalttätig werden, richtet sich die Agression meist zielgerichtet auf den Verursacher ihres Leides.” Obwohl es oft sehr lange dauert, bis es dazu kommt. In einer Gesellschaft, in der es permanent auf die Schwächeren geht und in der Mutterkreuze vergeben werden, eine Frau nur 'eine Frau' ist, wenn sie Kinder vorzuweisen hat, wenden Frauen ihre Wut teilweise auf ihre Kinder und werden wegen Kindesmißhandlung oder Mord verurteilt. Die Unterdrückung ist nicht die Mutter der Tugend.

Zur gerichtlichen Kriminalstatistik 1988: 17 Prozent der Verurteilten waren

ANZEIGE

Frauen. Wegen Mordes wurden 1988 drei Frauen eingesperrt, das sind acht Prozent aller verurteilten MörderInnen.

Zur Polizeilichen Kriminalstatistik 1988: die Opfer von Morden waren 63 Frauen und 69 Männer. Frauen machten somit 48% aller Mordopfer aus. Die Relation der Gerichte zeigt sich demnach derartig, daß 21 Frauen Mordopfer wurden, während im gleichen Zeitraum eine als Täterin in Erscheinung trat. 1.009 (!!) Frauen wurden 1988 vergewaltigt, und dies sind bloß die zur Anzeige gebrachten Vergewaltigungen, im Durchschnitt wird nur eine von zehn Vergewaltigungen angezeigt. Der „Notruf für vergewaltigte Frauen“ schätzt, daß sich diese Zahl noch einmal verdoppelt, wenn die Vergewaltigungen in der Ehe miteinberechnet werden.

### Weg von den 'Kriminellen' zur Hauptsache: dem Gefängnis

Das Gesetz ist von einigen gemacht und auf andere anzuwenden. Bestimmte Formen der Gesetzeswidrigkeit werden übersehen und toleriert, andere mit Härte verfolgt und bestraft. Michel Foucault meinte in „Überwachen und Strafen“: „Man kann sagen, daß die vom Gefängnis dingfest gemachte Delinquenz eine Ablenkungsanlage für die ungesetzlichen Gewinn- und Macht-schleichwege der herrschenden Klasse ist.”

Dazu einige Fakten: Der Großteil der Frauen, die einsitzen, tun dies wegen kleinerer Eigentums- und Betrugsdelikte, bei 80 bis 90% der angezeigten Diebstähle und Sachbeschädigungen liegt der Schaden unter 5.000 öS. In „Kleine Diebinnen läßt man niemals laufen“ wurde für 1978 verglichen, daß bei Entwendungen von unter 500 öS vier Frauen plus vier Mädchen (nicht vorbestraft!) unbedingte Haftstrafen erhielten, während niemand, der/die nach dem Finanzstrafgesetz (Abgabenhinterziehung, Schmuggel, typische Wirtschaftsdelikte) verurteilt wurde, ins Gefängnis mußte. Die Zahlen sind alt, doch die Tendenz bleibt die gleiche. „Diebstahl und Raub entpuppt sich wieder als Unterschichtendelikt mit unverhältnismäßig hohen Strafen und großen Aufklärungsbemühungen, während Wirtschaftsdelikte als Oberschichtendelikte milde bestraft werden und sicher eine hohe Dunkelziffer aufweisen.” Die großen Verbrechen spielen sich außerhalb der gewollten Reichweite der Klassenjustiz ab.

In einer Gesellschaft der Aneignung von Arbeitsmitteln und -produkten ist der Diebstahl die erste Chance, der Ge-

setzlichkeit zu entgehen. Politische Bewegungen haben an bestehende Formen der Gesetzeswidrigkeit angeknüpft (z.B. Brandstiftung). „Auch Diebstahl, individuelle Verletzung des sogenannten Rechts auf Privateigentum, ist ein politisches Delikt.” (Angela Mayer, Ex-Gefangene)

Michel Foucault meinte, daß das Gefängnis gar nicht anderes könne, als gefährliche Delinquenten zu erzeugen. Es tut dies durch die Existenzweise, die es den Häftlingen aufzwingt. „Sein ganzer Betrieb beruht auf Machtmißbrauch. Die Verwaltung handelt willkürlich.”

### Frauengefängnis

E.: „Wie Scheiße der Knast ist! Während andere Leute Ringelspiel fahren ... bin ich Tag und Nacht eingepflichtet, EINGEPFLICHTET. Bitte vermerkt dieses Wort irgendwo! Eingebuchtet, verknastet, behäft, erfangen, abgezellt, verstraft usw., inblödet, vermurrt, desegal, untermüpfig, haha.”

In die Schwarzau kommt frau bei Strafen von über einem Jahr. In der Schwarzau sitzen ca. 60% der im Moment 120 Frauen (alle drei bis vier Monate kommen die U-Häftlinge dazu) wegen Eigentumsdelikten (Raub 9%, Diebstahl 24%, Betrug 24%, Veruntreuung 4%). Zirkum ein Zehntel verbüßt Strafen wegen Totschlag und Mord. Im folgenden Ausschnitt aus einer Zusammenstellung über die Haftbedingungen, über die menschenunwürdige Behandlung von Frauen in der Schwarzau, verfaßt vom „Arbeitskreis Schwarzau“:

Seit einigen Jahren besteht auch der dringende Verdacht, daß mit den Frauen medizinische Experimente durchgeführt werden. Bei jeder inhaftierten Frau wird bei Strafantritt ein Krebsabstrich vorgenommen. Seit einigen Jahren wird bei 80% der Frauen, die unter 30 sind, der Verdacht auf Krebs geäußert und sie in der Folge ins Spital zu einer Gewebeprobe, die unter Narkose durchgeführt wird, ausgeführt. Bei keiner der betroffenen Frauen bestätigte sich dann der geäußerte Verdacht.

Die drei Mahlzeiten für eine inhaftierte Frau kosten pro Tag max. 27 öS. Weiters bekommen die Frauen weniger Kalorien als die inhaftierten Männer. Die Kost ist geschmacklos, einfalllos und vitaminarm. (Einmal die Woche Fleisch). In der Folge kommt es zu gesundheitlichen Schäden wie Zahnausfall, Gewichtsabnahme und Mangelkrankungen.

... Im Strafvollzug herrscht Zwangsarbeit, d.h. jede inhaftierte Frau muß arbeiten, ansonsten wird gegen sie z.B.



**blätter  
des IZ3W**

---

Informationszentrum dritte welt



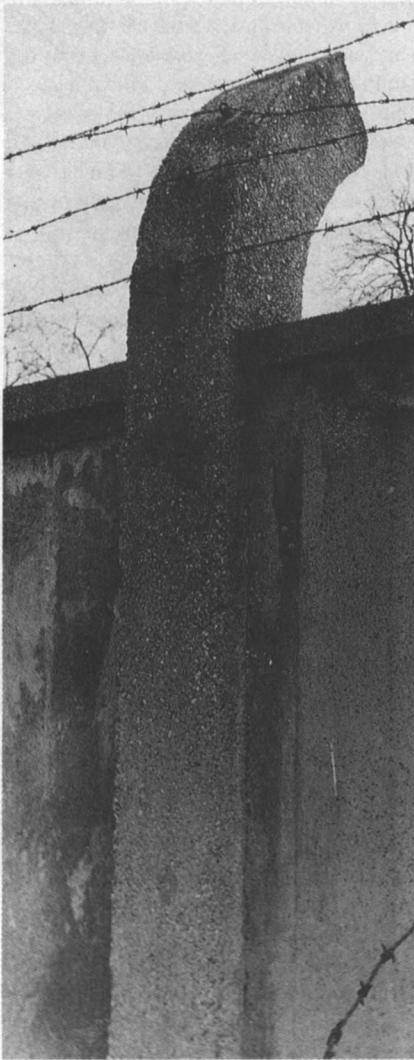
**EG  
und Dritte Welt**

---

blätter des Informationszentrum dritte welt

- Kritik der Entwicklungsländer
- Die letzten Kolonien der EG
- Asylpolitik
- EG Binnenmarkt
- Konkurrenz aus Osteuropa
- Lome IV

Einzelpreis: DM 6,-; Jahresabo: DM 48,-  
(DM 38,- für Stud., ZDL, Azubi od. Arbeitsl.)  
bei 8 Ausgaben im Jahr.  
Informationszentrum Dritte Welt,  
Postf. 5328, 7800 Freiburg



**Frauenstrafanstalt**

mit der „Korrektion“ (Bunker) vorgegangen. Der durchschnittliche Arbeitslohn beträgt öS 4; die betroffenen Frauen sind weder kranken- noch sozialversichert. Die meisten Arbeiten müssen im Akkord verrichtet werden, d.h. eine Frau arbeitet 6 Stunden, bekommt aber nur 3 Stunden bezahlt, wenn sie den Akkord nicht schafft. Die Arbeiten sind alle frauenspezifische Tätigkeiten: Wäsche waschen, kochen, nähen, putzen etc.

Darüber hinaus können sich die Wachteln (=Aufsichtsbeamtinnen) eine 'Sklavin' mit nach Hause nehmen. Sie bezahlen dafür rund öS 8 pro Stunde an die Justiz. Auch selbstbestimmte Zusammenlegung wird nicht praktiziert; insbesondere wird darauf geachtet, Frauen zu isolieren (meistens in Einzelhaft), die offen zu ihrer lesbischen Sexualität stehen. Sie werden diffamiert und sind verschiedenen Repressionen (bis zur Korrektion wegen „unerlaubter Zärtlichkeiten“) ausgesetzt.

Die Sozialarbeiterin versucht sich, nachdem sie eine Ausbildung als Familientherapeutin abgeschlossen hat, nun

auch bei inhaftierten Lesben als 'Therapeutin'. Nebenbei diskriminiert sie Frauen, die sich offen zu ihrer lesbischen Sexualität bekennen, öffentlich, indem sie z.B. anwesenden Praktikanten ankündigt, daß nun ein „besonderer Fall, nämlich ...“ käme.

... die Korrektion: Normalerweise kann diese Maßnahme nur im Rahmen eines sogenannten „Ordnungsstrafverfahrens“ (lt. Strafvollzugsgesetz) in der Dauer von max. 4 Wochen verhängt werden. Es ist aber auch schon vorgekommen, daß diese Maßnahme mit dem § 129 Strafvollzugsgesetz legitimiert wurde, wo es heißt, daß „Strafgefangene, die sich wegen psychischer Besonderheiten für den allgemeinen Strafvollzug nicht eignen“, gesondert unterzubringen seien. So können Frauen unbefristet im Bunker interniert werden. Dazu kommt noch, daß die Zeit, die die Inhaftierten in der Korrektion verbringen, nicht auf die Haftstrafe angerechnet werden muß. Die Entscheidung obliegt der Willkür des Anstaltsleiters und dem Vollzugsgericht.

### **Strafe abgeübt: was nun?**

Die Haft entläßt die Frauen oft völlig gebrochen, sie bringen eine erlernte demütig/resignierende Haltung mit nach draußen. Die Diskriminierung setzt sich fort, dann wird von der „Lebensunfähigkeit“ der ehemaligen Gefangenen gesprochen: bei Arbeitsplätzen werden Männer vorgezogen, in ihrer wirtschaftlichen Existenz fangen Frauen, denen nie etwas gehört hat, die oft vor der Inhaftierung vom Mann finanziell abhängig waren, beim totalen Nullpunkt an (bzw. bei Minus, weil sie z.B. die Schulden bei einem Betrug trotz Haft abzahlen müssen). Außerdem führt die frauenspezifische, typisch weibliche Ausbildung im Häfen dazu, daß sie z.B. Jobs im Gastgewerbe, wo extrem ausgebeutet wird, annehmen müssen. Jahre der Kindererziehung, des Haushalts, der Arbeit im Gefängnis werden nicht auf die Pension angerechnet. Meist hat die Wohnung dem Mann gehört. Auch eventuelle Kinder gehen während der Haftzeit ins Heim oder werden dem Mann zugesprochen.

Und: wenn ein Kind weg ist, kommt es selten zurück. Meistens kommt es auch nach der Haft aus all diesen Gründen wieder zur Abhängigkeit von Chefs/Ehemännern/Vätern, die - ein Teufelskreis - gleich wieder zu Frust und 'krimineller' Kompensation oder zu Aggression und den gesellschaftlichen Sanktionen führen kann.

Die neue Gesetzgebung von 1988,



**Schwarzau**

nach der Gefangene nach der 'Halbzeit' entlassen werden können, „wenn nichts dagegen spricht“, wird in der Praxis selten bis nie angewandt. Bei Drogendelikten bleiben ca. zwei Drittel der Frauen drinnen, aus „generalpräventiven Gründen“.

Die Isolierung bedeutet die maximale Macht über eine Frau, etwaige Solidarität soll gebrochen werden, Kommunikation nur im Sinne der Vertikalen ablaufen. Foucault spricht von einer „zwanghaften Individualisierung durch den Abbruch jeder Beziehung, die nicht von der Macht kontrolliert ist“. „Nach Meinung seiner Anhänger liegt der Vorteil dieses (Gefängnis)Systems darin, daß es eine Wiederholung der Gesellschaft selbst ist.“ Isolation und Abtrennung ist keine Ausnahmesituation innerhalb dieses Systems, Isolation ist ein gesamtgesellschaftliches Prinzip. Isolation draußen und drinnen, Gefangene draußen und drinnen, die Grenze vom großen zum kleinen Gefängnis macht Angst, doch es gibt Erfahrung und Wissen um die Kraft und den Kampf vieler Gefangener. ■



Ein Gedächtnis wie ein Elefant?

## Geschichtswerkstätten in Deutschland:

■ Welche Rolle spielen da noch die 'Barfußhistoriker' in den Geschichtswerkstätten, wenn doch alles und jedes verkauft werden kann, Hauptsache, es ist schick verpackt und mit provokanter Fragestellung versehen? Ende Mai wurde in Hamburg beim Jahrestreffen der Geschichtswerkstätten, einem Zusammenschluß von etwa hundert Initiativen in der Bundesrepublik, die Arbeit der letzten Jahre bilanziert.

Als sich die Geschichtswerkstätten vor acht, neun Jahren aufmachten, die braunen Flecken der deutschen Vergangenheit konkret vorzuführen, wirbelten sie einigen Staub auf. Nicht nur beim wissenschaftlichen Establishment, das zunächst mit Ignoranz reagierte und so zum Zusammenschluß und zur Identitätsfindung der Geschichtswerkstätten nicht wenig beitrug, auch in der Öffentlichkeit wurde ihre Herangehensweise, ihr Mit-der-Lupe-Suchen, ihr Bohren und Neu-Beleuchten mit Skepsis betrachtet und oft als Nestbeschmutzung diffamiert. Noch immer, 50 Jahre nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland, war eine „hartnäckig aufrechterhaltene Abwehr von Erinnerung“ (Mitscherlich)

# GRABE, WO DU STEHST!

Von *Christine Weber-Herfort*

**Geschichte hat Konjunktur. Den Jahrestagen - etwa 200 Jahre Französische Revolution oder 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland - folgend, wird Vergangenheit konsumiert. Nicht nur der Buchmarkt, auch der Spielmarkt, die Werbung und neuerdings auch die Museen folgen dem Trend nostalgischer Geschichtsvermarktung. Großkonzerne wie Fiat, der 1988 die aufsehenerregende Phönizierausstellung in Venedig sponserte, benutzen Geschichte zur Imagepflege.**

zu verzeichnen, wirkten die Verdrängungsmechanismen, die Erinnerung, wenn überhaupt, nur zuließen als eine Aufrechnung der eigenen Schuld gegen die der anderen. Zudem hatten viele die durch Helmut Kohl verteilte „Gnade der späten Geburt“ entgegengenommen und wenig später im sog. „Historikerstreit“ gelernt, daß der nationalsozialistische

Völkermord so einzigartig doch wohl nicht sei. So erwies sich der Staub, den die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit aufwirbelte, immer noch als explosiv.

Es zeigte sich, daß der Ansatz der Geschichtswerkstätten, vor Ort, in den Schulen, den Kirchen, den Vereinen die Spuren der braunen Vergangenheit zu



verfolgen, sehr wirkungsvoll war. So gelang der Nachweis, daß der Mord an Millionen schutzlos Verfolgter aus vielen Einzelentscheidungen und Handlungen einzelner zusammengesetzt war und die Verantwortung dafür keineswegs nur auf die Führer und Vorgesetzten verschoben werden konnte. Der Nationalsozialismus hatte seine Basis in der Bevölkerung; er war im Volk verwurzelt, und die Geschichte des deutschen Volkes und des deutschen Faschismus durchdrangen sich gegenseitig.

Als ein Beispiel für viele kleine lokale Initiativen mag die Arbeit der Geschichtswerkstatt im katholisch-konservativen sauerländischen Städtchen Brilon (Nordrhein-Westfalen) stehen. Gegründet 1981 als ein außerparlamentarisches Sammelbecken der lokalen Gegenbewegungen in den Bereichen Frieden, Frauen, Ökologie und Antifaschismus, hatte sich die Gruppe - etwa 35 Mitglieder - folgende Aufgabe gestellt: Aufarbeitung der bisher in ihren dunklen Kapiteln verschwiegenen lokalen Vergangenheit. 1982 gab es harte Auseinandersetzungen um die Errichtung eines Gedenksteines, der an die Zerstörung der jüdischen Synagoge in der Pogromnacht 1938 durch Einheimische erinnern sollte. Sollte dort „Kristallnacht“ oder „Pogromnacht“ stehen? Es blieb bei „Pogromnacht“, aber die Mahnung „Gedenket und vergesst nie“ durfte nicht geschrieben stehen. In der Folgezeit ging es um die Erforschung der Schicksale der etwa hundert jüdischen Familien im Ort. Fast alle waren ermordet worden. Nur zwei Frauen konnten unter entwürdigenden Umständen im Ort überleben. Eine Dokumentation wurde erstellt und die Recherche erweitert auf die Frage der Wiedergutmachung und die Entnazifizierung der örtlichen Nazigrößen. Da ihr Erinnern 'Namen und Adresse' hat, sind sie Stachel im Fleisch bürgerlichen Wohlbefindens.

Insgesamt jedoch ist die Brisanz, die den Geschichtswerkstatt-typischen Themen wie NS-Zeit, jüdisches Leben, Frauengeschichte und Arbeiterbewegung noch Mitte der 80er Jahre anhaftete, geschwunden. Auch vom etablierten Wissenschaftsbetrieb wird inzwischen die Methode der Mikrohistorie akzeptiert. Vielleicht hat dazu auch der Erfolg des französischen Historikers Emmanuel Le Roy Ladurie beigetragen, der in seinem Buch „Montaillou - ein Dorf vor dem Inquisitor 1294 bis 1324“ alte, längst veröffentlichte Inquisitionsprotokolle 'quergelesen' hatte und nachweisen konnte, daß es selbst dort, wo es keine Zeitzeugen mehr gibt, möglich ist, Mentalitätsgeschichte zu betreiben, ei-

ne historische Situation 'von unten' zu erfassen.

## Entpolitisierung?

Was aber wird aus einer Avantgarde - und als solche fühlten sich die Geschichtswerkstätten in ihrem eigenen Selbstverständnis -, wenn der etablierte Wissenschaftsbetrieb von der Ignoranz zur Akzeptanz, ja sogar zur Übernahme der Arbeitsansätze und -methoden übergeht? Was wird aus den Geschichtswerkstätten, wenn sie nicht mehr 'von unten' entstehen, sondern auch 'von oben' - etwa über städtische Kulturämter - gegründet werden? Ist der Preis für die Institutionalisierung die Entpolitisierung? „Sinken wir hinab in das Reich der Gartenzwerge, des Provinzialismus?“ Das war die Fragestellung vor der großen Jahresversammlung der Initiativen Ende Mai in Hamburg, zu der etwa 60 Vertreter lokaler Initiativen, aber auch Historiker aus dem Wissenschaftsbetrieb, die den Ansatz der Geschichtswerkstätten unterstützen, erschienen.

Im Vorfeld der Auseinandersetzung hatte Dietrich Lüders, der von Verlagsseite (Ergebnisse Verlag, Hamburg) die Zeitschrift der Bewegung mit Namen

### Ruinenbeseitigung - Berlins erste Sprengmeisterin



„Geschichtswerkstatt“ betreut, die Situation so kommentiert: „Trotz der unbestreitbaren Erfolge fällt mir im Moment zur Geschichtswerkstatt der Vergleich mit einem Rammbock ein, der mit Wucht das Tor des etablierten Wissenschaftsgebäudes sprengen soll. Aber seine Träger gewöhnen sich mit zunehmendem Schwung so sehr an die Vorwärtsbewegung, daß sie, in der Annahme, es gehe jetzt von alleine, einfach loslassen.“ Die Zeitschrift, die für sich beanspruche, repräsentativ für die Bewegung zu sein, wage den Blick über den Gartenzaun nur selten.

Streit-Kultur, wie das lustvolle Um-die-Ohren-Hauen der gegensätzlichen (Vor)Urteile jetzt genannt wird, war angesagt beim diesjährigen Treffen. „Unser Ziel ist es, Tacheles zu reden und die Frage zu beantworten: Sind die Geschichtswerkstätten Heimatvereine geworden? Sind die Gartenzwerge wieder zurückgekehrt? Wir wollen die Gegenbewegung zu den Gartenzwergen, wir wollen, daß sich die Bewegung aus den Vorgärten heraus auf die Straße traute“, so Michael Wildt, Historiker und einer der Organisatoren des diesjährigen Treffens. „Na, und!“, konterte Dieter Thiele von der Geschichtswerkstatt im Hamburger Arbei- ▶

terviertel Barmbek. „Wenn uns Begriffe wie 'alternativer Heimatverein' entgegen geschleudert werden, dann schreckt uns das nicht. Wir wollen keine verlorengewangene Avantgardefunktion zurückgewinnen. Uns beschäftigt die Erarbeitung eines Geschichtsbildes für Barmbek.“ Aber hier wurde er festgenagelt: was heißt hier „für Barmbek?“ - „Für wen in Barmbek?“ - also doch Heimatverein?

Thomas Lindenberger aus Westberlin betonte die Arbeit der Werkstätten als eine Möglichkeit der kulturellen Selbstbestimmung im Stadtteil. Er plädierte für die Beibehaltung eines produktiven Bündnisses und verwies auf die Notwendigkeit, neue gemeinsame Aufgaben anzupacken, die er mit den Stichworten „Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und nationale Frage“ skizzierte.

Fest steht: Die Bewegung hat sich enorm differenziert. Was mit so viel Emphase begonnen hatte, hat sich aufgeteilt oder ist, wie es auch gesehen wird, 'zu Brei verlaufen'. Nach wie vor jedoch gibt es einen festen, eher radikalen Kern, sehr politisch engagiert, der eigene Projekte ohne finanzielle Zuwendungen durchsetzt. Die Geschichtswerkstatt in Marbach am Neckar ist so ein Beispiel. Ihre Aktivitäten um ein Deserteur-Denkmal aus Anlaß des Volkstrauertages 1988 erregten in der Bundesrepublik Aufsehen. Heute gibt es zahlreiche örtliche Deserteur-Initiativen, die mit der Werkstatt zusammenarbeiten. Ein anderes Beispiel ist Marburg. Mit ihrer Veranstaltungsreihe im Jahre 1989 zum Thema „Die Verfolgung der Sinti und Roma während der NS-Zeit und die Entschädigung der NS-Opfer in der Bundesrepublik“ leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Erhellung dieses weißen Flecks in der Geschichte. Ähnlich brisant ist immer noch die Frage der Entschädigung der Zwangsarbeiter. Allerdings hat sich hier, trotz der Arbeit vieler lokaler Initiativen, politisch noch nicht viel bewegt. Nach wie vor verweigern die Unternehmen, die von diesem Sklavensystem profitierten, eine Entschädigung.

Aber auch die institutionalisierten Ansätze der Geschichtswerkstatt-Bewegung - mag man ihnen nun einen Hang zum Heimatverein nachweisen oder nicht - haben durchaus ihre Berechtigung. Sie wirken z.B. als „pädagogische Methode“ in Volkshochschulen oder in der Stadtteil-Kulturarbeit. Gerade diese Ansätze sind gefährdet, denn die Unterstützung aus der Kasse des Arbeitsamtes über die sog. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hat merklich nachgelassen. Schließlich ist es auch die kleinliche Bewilligungspraxis vieler Kommunen, die die Arbeit der Projekte einschränkt. „Die brüsten sich mit unse-

rer Arbeit, mit unseren Projekten, und sie speisen uns dann mit einem warmen Händedruck ab“, stellt Elisabeth von Dücker fest, Kulturwissenschaftlerin, angestellt beim Museum der Arbeit in Hamburg und, zusammen mit einem Frauenarbeitskreis am Museum, bemüht, feministische Ansätze auch in diese Institution zu tragen.

## Welches Geschlecht haben die Gartenzwerge?

„Frauengeschichte“, so sagt sie, „ist noch lange nicht abgearbeitet.“ Sie erinnert an ihre Kollegin Sigrid Matzen-Stöckert, die vor zehn Jahren gegen den erbitterten Widerstand der männlichen Professoren am Historischen Seminar der Universität Hamburg Semester für Semester Veranstaltungen zur Geschichte von Frauen durchsetzte. „Wer damals im Fachbereich die zum Teil erniedrigenden Kontroversen - Frauengeschichte? - Da können wir doch auch Hundegeschichte machen! - erlebt hat, weiß welche Kraft und Durchstehvermögen nötig waren, um Frauengeschichte hier in Hamburg überhaupt zu thematisieren.“

„Geschichtsschreibung“, so Marie-Louise Janssen-Jurreit in ihrem Standardwerk „Sexismus - über die Abtreibung der Frauenfrage“, „ist die Selbstfeier des Mannes, sie ist die Aufzeichnung seiner Taten und die Verherrlichung maskuliner Werte. Sie ist der große Tank, aus dem die männliche Identität gezapft wird und dient der Mythologisierung großer Männer ... Sie entwickelt nichts anderes als die Perspektive eines Herrenabends. Die Geschichte der Frau wird ignoriert ... dieses Mittel des Aussparens und Auslassens des sozialen und politischen Schicksals der Hälfte der Menschheit ist die wirksamste Form der Herrschaft überhaupt.“ Es ist klar, daß zehn Jahre Frauenforschung an den Universitäten hier erst Ansätze zur Aufarbeitung liefern können.

„Im Unterschied zur Universitätsforschung, die Geschichte aus der historischen Distanz betrachtet, schafft unser Ansatz in den Geschichtswerkstätten Betroffenheit und wirkt direkt auf die politische Bewußtseinsbildung. Oral history, die mündliche und subjektiv von Zeitzeugen erzählte Geschichte, hat auch in der etablierten Wissenschaft ihren Stellenwert“, so Elisabeth von Dücker. Die Spurensicherung jüdischen Lebens in Deutschland ist ohne diese Methode überhaupt nicht mehr möglich.

„Welches Geschlecht haben eigentlich die Gartenzwerge?“

Im zweiten Teil der Jahresversammlung der Geschichtswerkstätten-Tagung ging es um den weiblichen Anteil,

sowohl inhaltlich als auch personell, in der Bewegung. In allen größeren Städten gibt es Werkstätten mit eigenem frauenpolitischen Ansatz. Es gibt aber auch, wie in Westberlin, den Versuch, in der Arbeit der Werkstatt Frauenthemen inhaltlich durchzusetzen. Die Gefahr des Provinzialismus stellt sich bei dieser aktuellen Aufarbeitung nicht so sehr - was auf das männliche Geschlecht der Gartenzwerge hindeutet.

Aufschlußreich war auch der Beitrag der Frauen aus der DDR, die übereinstimmend feststellten: Erstmal müssen wir die total vermännlichten Strukturen aufbrechen und eigenständiges Problembewußtsein entwickeln. Sie hielten auch den Unterschied zu den West-Frauen fest: Frauen in der DDR diskutieren sehr schnell politisch und gesellschaftsbezogen. Die BRD-Frauen diskutieren oft mehr sich selbst darstellend, allenfalls in Gruppenbezug, fast nie mit Gesellschaftsbezug.

Fäden zur DDR gab es im übrigen schon vor der Wende. Auch dort wird jetzt der Einstieg in die „Geschichte von unten“ - Laien und Historiker arbeiten gemeinsam - gesucht. Aber auf der neuen Ehrlichkeit lastet noch der Schatten der Vergangenheit. Interessante Projekte sind jedoch im Aufbau. So z.B. das Zusammentragen der Lebenserfahrungen der Anwohner der durch den Mauerbau in Berlin geteilten Bornholmer Straße (Prenzlauer Berg in Ostberlin). Auch haben sich die ersten Gruppen zur Aufarbeitung der NS-Zeit gebildet. Und so war das Resümee der Veranstaltung zusammengefaßt in dem Statement der Gäste aus der DDR: Die Frage ist, welche Fragen tun am meisten weh? Diese Fragen müssen wir stellen. Die Gefahr der Provinzialität entsteht nicht, wenn wir an aktuellen Fragen arbeiten.

Der befürchteten „Rückkehr der Gartenzwerge“ wirkt auch die internationale Verwurzelung der Bewegung entgegen. Der Slogan „Grabe, wo du stehst“ des Schweden Sven Lindquist wurde zu einem der gängigsten Topoi der neuen Geschichtsbewegung. Die history workshops in England gaben nicht allein ihren Namen, sondern mit ihren Debatten auch wichtige Anstöße für die Geschichtswerkstätten in der Bundesrepublik. Nach Dänemark, Frankreich, Italien und jetzt auch zu den Memorialgruppen in der Sowjetunion bestehen gute Kontakte.

Hier wie dort geht es um Demokratisierung der Geschichte. ■

*Christine Weber-Herfort lebt als freie Journalistin in Hamburg.*

■ Im 1986 bis 1988 abgehaltenen Ideenwettbewerb „Chancen für den Donaauraum“ wurde vor allem einem keine Chance gelassen: dem kommunalpolitischen Weitblick, ein sozial verträgliches Stadtentwicklungskonzept unter ökologischen Perspektiven zu entwerfen. Der Wettkampf der Metropolen, zu der sich Wien erst mausern sollte, vernebelte den Blick. Ein Blick über die Grenzen - und voller Neid wurde festgestellt, daß die 'neue Zeit' in den Großstädten des westgeblockten Auslands schon angebrochen war. Also mußten „Brücken in die Zukunft“ geschlagen werden, wenn diese auch ungewiß war. Lag sie im Osten?

Die gemeinsame Veranstaltung der Weltausstellung mit Budapest als Twin-City-Konzept dominierte schon damals die Idee der Sprungschance nach Osteuropa. Die Aufweichung der Planwirtschaft war im Nachbarland Ungarn bereits im Gange und verbreitete Hoffnungsschimmer für einheimische Investoren. Finanzpotentaten aus aller Wirtschaftswelt sollten angereizt werden, vom sicheren Österreich aus ihre Fühler in den Ostblock vorzustrecken, bei gleichzeitiger Belebung der Wienerstadt-Ökonomie. Daß die Veränderungen zur Ablösung des 'sozialistischen' Systems so schnell voranschreiten würden, war aber nicht abzusehen.

So wurde aus der dekorativen Partnerstadt Budapest eine ernstzunehmende Konkurrenz. Mittlerweile sind finanzkräftige japanische Multikonzerne viel stärker an unterstützenden, da unbegrenzte Gewinnchancen versprechenden Investitionen in der ungarischen Hauptstadt interessiert. Ganze Stadtviertel werden dort als Opfergabe dem goldenen Kalb Kapitalismus für eine Dauer von 99 Jahren in den Rachen geworfen, während das goldene Wienerherz in Form eines Finanzstadtrates und Vizebürgermeisters Mayr bloß 22 Hektar hochwertiges Stadtgebiet zum Verkauf anbietet. Bislang versucht er noch, das Einflußnahmerecht auf die Nachnutzung durchzusetzen. Das kann einem wahren Finanzhai allerdings den Appetit verderben.

Bei der Orientierung an der ökonomischen Entwicklung internationaler Großstädte wurde ein nicht unbedeutender Aspekt völlig außer Acht gelassen: die wirtschaftliche Gesamtsituation des jeweiligen Landes. So liegt das oft als Beispiel zitierte München wohl eingebettet in die stärkste Wirtschaftsmacht des europäischen Kontinents und kann auf eine langjährige Industrieansiedlung zurückgreifen, deren Struktur Innovation Richtung High-Tech geradezu zwangsläufig erforderlich macht. ▶

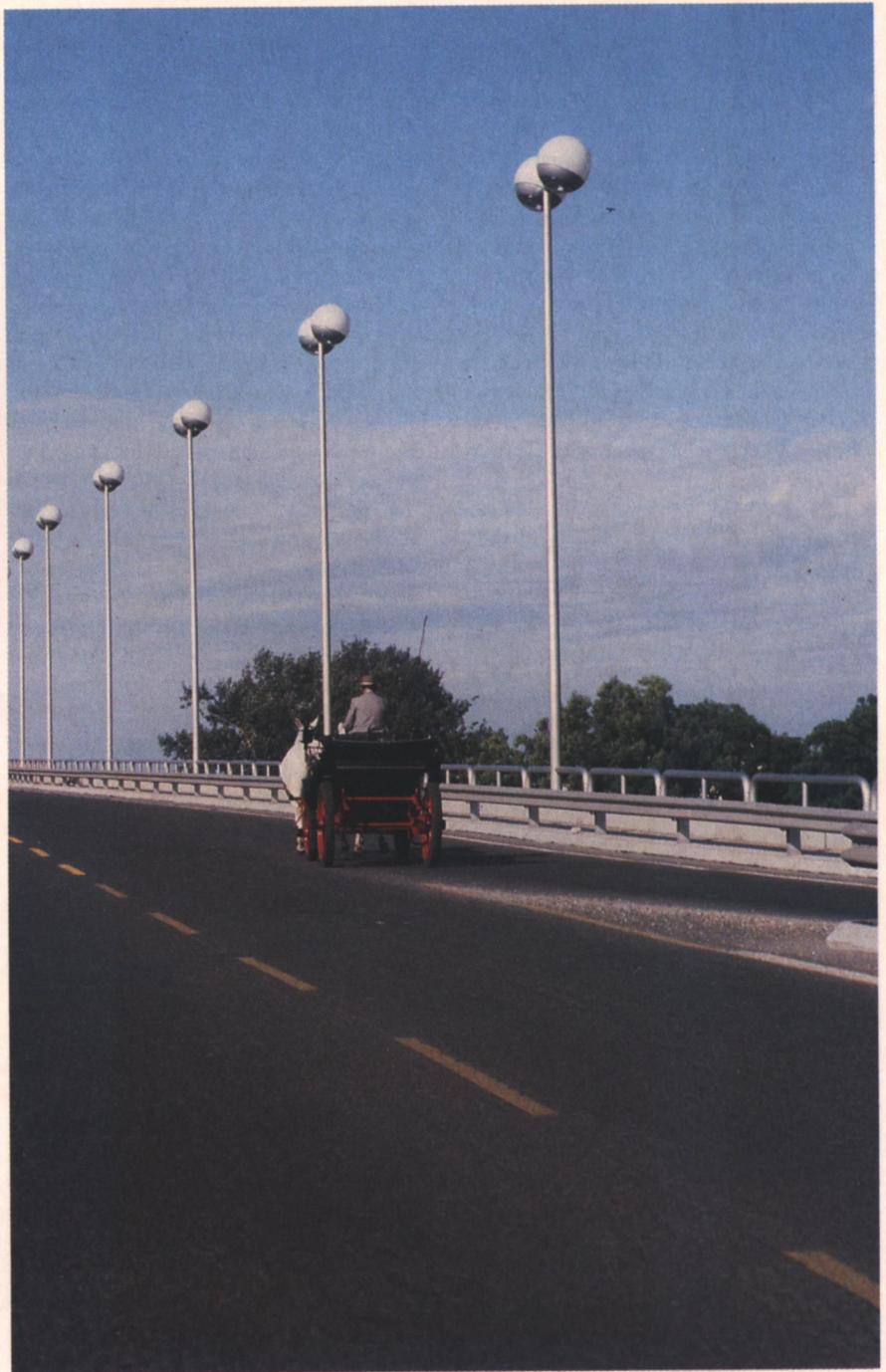


Foto: Controst/Hinterleiner

EXPO '95:

# WAHN STATT PLAN

Von Ulrike Sladek

**Weltstadt Wien - wie gern sonnen sich Politiker und Stadtplaner in diesem zukunftsreichen Schlagwort. Der Mehrheit der Wiener Bevölkerung steht dagegen eine akute Klimaverschlechterung ins Haus, wenn obgenannte Verantwortliche ihre Träume wahr machen.**

Das 1983 in Japan beschlossene „Technopolis-Law“, das Förderungsprogramme, gezielte Stadtentwicklungs- und technologische Innovationsaspekte gesetzlich absichert, entstand ebenfalls nicht in einem Land, dessen Wirtschaft angeblich zwischen Sein oder Nichtsein dahindämmert. Mag Japan auch als Wunderland gelten, seine disharmonische Sozialstruktur gereicht nicht zum Vorbild, sondern sollte eher als abschreckende Warnung dienen.

Die Weltausstellung 1995 schien trotzdem für ehrgeizige Politiker *das* Mittel zur Verbesserung der geopolitischen Lage Wiens zu sein, *die* Chance



Foto: von der Sirethen

für eine umfassende Selbstdarstellung, die die internationale High-Tech-Industrie anlocken sollte.

Die Frage, was denn nun darzustellen wäre, wird mit dem Innovationspotential begründet, das durch die EXPO wachgeküßt würde und zu einem geistigen Wettbewerb sondergleichen führen sollte. Die Eliten scharren schon in den Startlöchern.

Fest steht, daß die Fortschrittsillusion auf Kosten der am stärksten benachteiligten Gruppen der städtischen Bevölkerung geht, die da sind: AusländerInnen; Obdachlose, Arbeitslose usw.

### Neues muß her

Bevorzugt werden neue Unternehmen mit einem hohen Dienstleistungsanteil,

Dependancen international renommierter Konzerne, Konferenzen, die Entscheidungen über das gesamte Weltgeschehen fällen etc. Als Vorboten treten schon allorts neue Hausbesitzer auf, denn nie zuvor war es so lukrativ, mit Immobilien zu spekulieren, gefolgt von neuen MieterInnen, die die neuen hohen Wohnkosten locker bezahlen können. Neu wird auch eine große Anzahl von Polizisten sein, wenn des Wiener Polizeipräsidenten Bögl's EXPO-Träume wahr werden, denn Aufstockung tut not bei solch einem Großereignis.

Weniger neu ist, daß unter einem Teil des vorgesehenen Ausstellungsgeländes, dem Donaupark, eine Mülldeponie ihr giftiges Unwesen fristet. Geschätzte fünf Millionen Kubikmeter Müll müssen entsorgt werden, wiewohl noch kein durchführbares Konzept zur Entfernung und Endlagerung an einem anderen Ort (die Deponie Rautenweg ist im Gespräch) entwickelt werden konnte.

Doch auch zwischen neu und neu gibt es gewaltige Unterschiede. So sind die neuen Migranten aus den ehemaligen Ostblockländern zwar eine grenzenlose Neuerung, aber eine unerwünschte. Die 'Drehscheibe' wollen wir doch anders verstanden wissen, wer zu uns kommt, bestimmen wir.

Leider entzieht sich die heißersehnte Ostbank örtlicherweise unserer Kompetenz - London wurde als deren Sitz auserkoren. Und die nächsten KSZE-Konferenzen werden wahrscheinlich in der neuen Hauptstadt des neuen Großdeutschland, Berlin, über den Rüstungshaushalt der Welt entscheiden. So bleibt nur mehr der Anschluß - jetzt erst recht Ja zur EG. Doch das ist beileibe nichts Neues.

### Was trägt noch?

Den „Brücken in die Zukunft“ untergefüttert, brachte dieses Motto nicht viel Haltbares ans Tageslicht, bloß eines: das Image Wiens muß ein bißchen aufpoliert werden, der Rest folgt von selbst.

Le reste, c'est l'Autriche - diese historische Aussage scheint von immerwährender Aktualität, immerwährender jedenfalls als die so bezeichnete Neutralität. Österreich - das Letzte. Die Vision einer Drehscheibe zum Osten entwickelte sich leider zu einem doppelten Rittberger, nach dessen Ausführung die Stadt Wien froh sein muß, wieder auf beiden Beinen zu landen.

Doch der Herrgott hat kein Einsehen. Die Stadtgewaltigen rechnen und planen und die Bauwirtschaft rechnet

mit. Das Thema Wertschöpfung gaukelt fröhlich durch die Gazetten, Investitionsvolumen werden auf Arbeitsplätze umgerechnet, und die Horrervisionen städtebaulicher Betonkapazität übertreffen alles bisher Dagewesene. Der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und die Errichtung des eigentlichen Ausstellungsgeländes, nicht zuletzt der erneut forcierte Bau der Donaustaufe Freudenau, lassen manche sogar schon von einer Überhitzung des Baugewerbes sprechen. Gigantische Beträge werden lockergemacht: Allein 5 Milliarden Alpentmärker sind für den Ausbau der Autobahnen (Ostautobahn via Parndorfer Haide, Südosttangente) und des Wiener Bundesstraßennetzes vorgesehen, 7,6 Milliarden für die Verstärkung der U1 und die Verlängerung der U6. Park & Ride-Anlagen kosten ein zusätzliches, wengleich die Standorte dafür noch nicht feststehen. Zur Vollständigkeit der Rundumerneuerung Wiens und seiner Umgebung fehlte nur mehr der Plan, den Flughafen Wien-Schwechat auszubauen.

### Der Trägerraketeneffekt

Nicht wie weiland Phönix aus der Asche, nein, wie eine Interkontinentalrakete von der Abschubrampe soll Wien in den Himmel der 'Stadt der Superlative' hochschnellen. Großräumige Stadtentwicklung bedarf eines Anlasses, um durchgeführt zu werden. Wohlgermerkt, von Stadtsanierung spricht keine/r, denn das wäre zu sehr der Gegenwart verhaftet. Der Fortschritt muß rasend schnell über uns kommen, wie ein Wirbelwind zieht er über uns her und fegt das bisherige System einer gewissen sozialen Absicherung durch die Gassen.

Josef Hochgerner von der Wiener Arbeiterkammer: „Die sozialen und kulturellen Verhältnisse eines Landes verbessern sich ebensowenig selbsttätig, wie auch der technische Fortschritt nicht vom Himmel fällt.“ Der Wiener Arbeiterkammer ist in diesem Zusammenhang die segensreiche Aufgabe zugefallen, sich der „sozialen Erneuerung“ anzunehmen. Da sie im EXPO-Programm selbst nicht vorkommt, muß noch um Pavillons gekämpft werden, in denen dann ein „Zentrum für soziale Innovation“ eingerichtet wird. 1995 soll in Labors über „Zukunft der Arbeit - arbeiten an der Zukunft“ ebenso beraten werden wie über „Alltagskultur - Leben heute“. Die EinwohnerInnen der Bezirke im Einzugsbereich des EXPO-Geländes, die bereits jetzt sukzessive abgewandert und ausgesiedelt werden, können dann von ihren neuen Lebenswelten erzählen.

Das Leben in suburbanen Wohnsilos ist sicher aufregender als in den Grätzeln des zweiten und zwanzigsten Bezirks. Vielleicht finden sich auch die neuen BewohnerInnen der, einer Weltausstellungsstadt „angemessenen städtebaulichen und architektonischen Typologien“ (Perspektiven 3/90, EXPO-Magazin für Stadtgestaltung und Lebensqualität) zu einem Plauderstündchen bereit.

Die in Aussicht gestellte Arbeit der Zukunft betrifft während der Weltausstellung hauptsächlich die Touristenbetreuung. Wenn Frauen fragen, was sie denn zum Beispiel mit dem Milliardenpektakel zu tun hätten, wird vom großen Bedarf an Arbeitskräften im Gast- und Hotelgewerbe und in den Sekretariaten der sich hier ansiedelnden Unternehmen gesprochen.

Die Trägerrakete EXPO wird, noch bevor sie in die ungeahnten Höhen einer überlegenen neuen sozialen Klasse und einer neuen Wirtschaftsstruktur abhebt, einiges an Alt- und Neulasten abwerfen. Bedenkenswert sind da etwa die Millionen Tonnen an Bauschutt, die zig Quadratkilometer zubetonierter Flächen, die Umwidmung städtischen Grünlandes in Bauland, die Steigerung des Haus- und Touristenmüllaufkommens.

Beunruhigend die Konfusion der städtischen Verkehrsplaner, die den vielzitierten zukünftigen Innovationschub nicht dazu benutzen werden, Wien endlich zur autofreien Stadt zu erklären und eine ökologisch verträgliche öffentliche Infrastruktur zu schaffen.

Erschreckend die steigende Anzahl sozial und materiell ausgegrenzter Menschen, die kühl lächelnd der Selbstver(ent)sorgung ausgeliefert werden.

Bedrohlich die diskutierte Aufrüstung der Polizei zur Bekämpfung des inneren Feindes - krasse soziale Gegensätze gefährden die Sicherheit der Besitzenden. Ruhe muß schon vorweg hergestellt werden, denn das ersehnte ausländische Kapital legt nicht an in einem Hafen der Unsicherheit.

25 Milliarden Schilling werden derzeit als Kostenleitzahl der Weltausstellung genannt. Eine Summe, die für gelernte ÖsterreicherInnen bis 1995 durchaus ausbaufähig ist. Eine Summe, die für den Abbau an Lebensqualität von vielen und den Profit von wenigen steht. Eine merkwürdige Abart postmodernen Dekonstruktivismus, jedoch international durchaus gebräuchlich. Wien wird sich in diesem Sinne sicher mit den daraus resultierenden Problemen in die Reihe der wahrhaft großen Metropolen katalysieren können. ■

## LEOPOLDSTADT UND BRIGITTENAU

EG- und Weltstadtfieber haben sich vorerst einmal in einer saftigen Erhöhung der Grundstückspreise niedergeschlagen. Seit 1985 haben sich die Bodenpreise im gesamten Wiener Raum vervierfacht. Im zwanzigsten Bezirk sind sie allein seit Beginn des heurigen Jahres um das Drei- bis Vierfache angestiegen.

Dem tragen auch Wiener Boulevardzeitungen Rechnung: Der „Kurier“ zum Beispiel gibt Tips, wie der Verkauf eines Zinshauses nicht zur Steuerfalle werden kann und läßt den Bundesinnungsmeister der Immobilien- und Vermögenstreuhänder folgendermaßen zu Wort kommen: „Wer über genügend Kapital verfügt, sollte trotzdem dran bleiben, denn im Zinshausboom ist die Spitze noch nicht erreicht.“

Gewarnt wird allerdings vor der starken Konkurrenz von Versicherungen, Immobilienfonds und ausländischen Financiers.

Jene Zinshäuser, die mit ihrem Substandard-Niveau am günstigsten zu erhalten sind (der Quadratmeter Nutzfläche ist schon um läppische 3.000 Schilling zu ergaunern), sind im 2. und 20. Bezirk zahlreich vorhanden. Und ebenso heiß umschwärmt.

Wohnungsuchende haben allerdings Pech in der Gegend zwischen Donau und Donaukanal: Wer in die einschlägigen Annoncenseiten der Wiener Tageszeitungen blickt, findet bestenfalls Angebote von Eigentumswohnungen. Mietwohnungen aller Kategorien werden zurückgehalten, denn mit zunehmender Leere des Hauses steigt der Wert. Und der Spekulationsboom hat den Siedepunkt noch nicht erreicht.

Auch an die Nahversorgung der zukünftigen neuen BrigittenerInnen und LeopoldstädterInnen wird gedacht. Entlang der U6 sind einige große Einkaufszentren in Planung bzw. bereits im Entstehen. So muß die alte Eisfabrik am Höchststädtplatz (passenderweise gleich gegenüber der österreichischen KP-Zentrale) einem Konsumtempel mit integrierten Wohnungen und Büroanlagen weichen. Dem TGM in der Wex-Straße ist ebenfalls ein solcher Monsterbau als Vis-à-vis sicher, allerdings auf bloße Verkaufstätigkeit ausgerichtet.

Das sogenannte Bretteldorf Ecke Adalbert Stifter Straße/Dresdner Straße ist auch nicht von Dauer. Das Chorherrenstift Klosterneuburg als Grundstücksbesitzer beabsichtigt, diesen mittlerweile 'hochwertigen' Boden dem Profit zuzuführen. Wie hochwertig dieses gute Stück Brigittener Erde ist, mögen allerdings UmweltexpertInnen feststellen. Denn hinter der Bezeichnung „Bretteldorf“ verbirgt sich keine Slum- oder Schrebergartensiedlung, sondern ebenerdige Gebäude von Kleingewerbetreibenden, die ihre giftigen Abfälle durch die Bretter im Hinterhof ihrer Betriebe 'entsorg(t)en'.

In diesen Bauboom, der dem Vergleich mit jenem der sechziger Jahren durchaus standhält, paßt auch das Konzept der Verlängerung

der Vorortelinie S 45 entlang des Handelskais zum Mexikoplatz.

### Was tun?

Die Bezirksvertretung des 2. Bezirkes hat am 15. Mai diesen Jahres einen einstimmigen Antrag (alle Fraktionen unterschrieben) verfaßt, in dem sie bekundet, ihr besonderes Augenmerk auf Spekulationsobjekte ihres Einzugsbereiches zu lenken. Vor allem der Mieterabsiedlung soll entgegengewirkt und die Erhaltung



Foto: Contrast/Himm

der sozialen Struktur gewährleistet werden.

Sanktionen entziehen sich aber meist dem Einflußbereich des einzelnen Bezirkes und müßten von der Gemeinde Wien gesetzt werden. Den Bezirksvertretern sind legistisch die Hände gebunden, der Druck auf die EXPO-gewaltigen Wiener Stadtväter kann, wenn überhaupt, nur durch verstärkten öffentlichen Druck hergestellt werden.

So sieht denn auch Getraud Kermani, KP-Bezirksrätin des zwanzigsten Hieb, in der Öffentlichkeit eine, wenn auch kleine Chance. In Brigittenuau gestalten sich die Verhältnisse anders, denn der ÖVP-Mandatar Weißenbeck möchte lieber den 'weißen' Fleck im Stadtplan, genannt Nordwestbahnhof, dem EXPO-Gelände einverleiben, denn seine Aufmerksamkeit dem Spekulantentum widmen. Eine einheitliche kritische Stellungnahme zu spekulativen Umtrieben scheint nicht im Bereich des Möglichen zu liegen. ■

## Ich und das andere Ich

Auf metaphorischer Ebene betrachtet, reisen wir ständig, werden ständig bereist, kommen nie zum Stillstand - außer nach dem Tode, und noch jenseits bewegt sich unsere Materie im Zerfallsprozeß. Sogar im Schlaf sind wir in Umlauf, wir träumen, das Blut zirkuliert, die Nahrung reist durch unsere Verdauungsorgane. Wir reisen von der Geburt zum Tod, auf dieser für jeden recht unterschiedlichen Strecke erobern wir, werden vereinnahmt, versuchen zu verstehen (oder auch nicht), das Leben eine Kitschpostkartenexotik oder eine nüchterne Strapaze.

Weg vom philosophischen Raum in die geographisch faßbare Räumlichkeit, ihre Domestizierung und die Strategien dieser Vorgangsweise.

Man könnte reisen wie einst Goethe oder Chamisso, Darwin romantisierend und veredelnd, man träumt auch von Zeitreisen als Flucht aus der Realität, als mögliche Korrektur der eigenen und der gesamten Geschichte. Man kann in sich reisen, auf Trip gehen, meditieren. Wir zirkulieren täglich in unseren Städten, auf den Flughäfen treffen wir eine neue Spezies von Menschen: die Zeitnomaden. Könnte man, Howard Hughes in Erinnerung, die benötigte Zeit für eine Weltumrundung derartig verkürzen, daß wir im gleichen objektiv meßbaren Zeitpunkt bereits wieder ankommen, in dem wir abgeflogen sind, also eine Nullrunde drehen - dann würden wir nicht von der Geschwindigkeit zerrissen, sondern würden in dieser Überbewegung wahrscheinlich erstarren. Unser 'Ich' würde aber immer auf die gleiche Problematik stoßen: Der eigene subjektive Blickwinkel trennt mein Ich vom nächsten, 'ich' bin ein anderer. Ich kann mich in den anderen entdecken und umgekehrt, ich kann der 'Exot' innerhalb der eigenen Gesellschaft sein, der Verrückte unter Normalen, die Frau unter Männern, der Arme unter Reichen und wiederum vice versa. Eine großangelegte Untersuchung mit unterschiedlichsten Methoden, die nie zu Ende gebracht werden kann.

### Der Eroberer

Gott hat schließlich auch einmal ganz klein angefangen, brachte es aber zu einer erstaunlichen Anzahl von Fanclubs, die ihm größere Ländereien bescherten. Schärfste Konkurrenten und notgedrungen Mitverbündete waren meist



Gauguin „Die Aufforderung“ - vom Reiz der Eingeborenen und der Landschaft

## Reise: STRANGERS IN PARADISE

Von Christian Feichtinger

**Nomaden als Urahn, Urlauber als moderne Nomaden - die Menschheit muß anscheinend dauern auf Achse sein, um jeden Preis. Die fremde und die eigene Kultur: wie einst die Konquistadoren in ihrem Machtrausch und religiösen Totalitarismus vollenden wir heute als Touristen eine Art von Zerstörungswerk. Fragmente über Eroberer, Entdecker, Zivilisationsflüchtlinge, Ethnologen und andere Reisende.**

Kaiser und ähnliche aristokratische Größenwahnsinnige. Versagte dieses Gespann, dann machten Kaufleute mittels Geld und Mitteln Dampf für Expeditionen, motivierten so unruhige, entdeckungswütige Forscher- und Abenteuergeister. Trotz permanenter wissenschaftlicher Fehlinterpretationen (die Erde ist flach wie ein Omelette, Indien liegt in Amerika, Atlantis existiert ...) erweiterte sich der geographische Horizont ins beinahe Unermeßliche, der geistige blieb aber meist eng wie das Tal, aus dem er gekommen war.

Die berühmteste Blutoper bei der Entdeckung des 'anderen' durch ein 'Ich' vollzog sich infolge des Irrtums von Columbus, der, den Erzählungen Marco Polos die falsche Richtung gebend, Amerika ansteuerte. Ich spreche von der Eroberung Mittelamerikas durch Cortez. Liest man seine Bordbücher genau nach, so wird man überzeugt, daß er nicht aus primitiver Habgier zu seiner Reise getrieben wurde, vielmehr wußte Cortez, wie gut sich Gold als Köder für die nötigen Mitarbeiter bzw. Auftraggeber aus dem Königshause eignete. Er selbst wollte Unerhörtes vollbringen, wie Odysseus etwa, und war von einem für uns krankhaft anmutenden Christianisierungsdrang beseelt. Eine historische Pause lag zwischen den Kreuzzügen und seinen Unternehmen; die Indianer Mittelamerikas waren zufällig von ihren ge-

Beweglichkeit waren die Konquistadoren den Indianern ebenfalls um einiges voraus, dazu kamen prophetische Interpretationen seitens der indianischen Priesterschaft: Den Spaniern wird die Aura des 'anderen' verliehen, ihre donnernden und feuerspeienden Waffen, das fremde Äußere, aber auch das Im-Besitz-Sein einer Schrift sprechen dafür. Der

ter Tötung (Krieg, geringe Opferanzahl) unmenschlicher Behandlung (siehe oben/ deutlich höhere Quote) und eingeschleppter Krankheiten (größter Anteil) von 25 Millionen auf 1 Million reduziert. Im gesamten westindischen Raum dezimiert dieser ungewöhnliche Holocaust die BewohnerInnen von 400 Millionen auf 80 Millionen, man schreibt



Glaube der Indianer an die Göttlichkeit der Konquistadoren, das Unvermögen, mit ihnen auf gewohnte Weise zu kommunizieren, bringen einen raschen Sieg für die Europäer.

Auch Cortez bezeichnet die Eingeborenen als 'anders' - mit dem krassen Unterschied, daß die Indianer wertmäßig so-gar noch hinter den Tieren rangierten. Trotz vehementen Einsatzes von Padres wie Las Casas (der schon an einen Vorläufer des „Edlen Wilden“ glaubte) für die Indianer, empfand der Rest der Spanier nichts da-bei, die eher freundlich ge-

das Jahr 1600. Nichtverstehen, Nehmen, Zerstören, Ungleichheit, Sklaverei, Kolonialismus.

### Der Ethnologe

Der Maler Gauguin gilt als Ikone des an der (heute würde wir sagen Touristik/Reklame)Exotik gescheiterten Flüchtlings vor sich selbst auf der Suche nach dem „Edlen Wilden“. Statt Idylle fand er auf den Marquesas-Inseln nur französische Polizei- und Verwaltungsapparate vor, die Eingeborenen bereits entwurzelt und abgestumpft. Seine Wünsche, wie die Südsee zu sein hätte, dokumentieren die in satten Naturfarben gehaltenen Gemälde. Wie die Exotik tatsächlich ist, das zeigen die noch immer gültigen Aufzeichnungen des surrealistischen Linksendenkers Leiris in bestechender Präzision.

Aufschlußreicher als Levi-Strauss' berühmtes Werk „Traurige Tropen“ scheinen die Tagebucheinträge von Michel Leiris (etwa „Phantom Afrique“/1931-33) in ihrer ehrlichen Widersprüchlichkeit. Seine ethnographisch-linguistischen Notizen zeugen von der Dubiosität wissenschaftlicher Methoden, die eigene mit der fremden Kultur in ein akzeptables Arrangement zu bringen. Der Ethnologe, der eigentliche Go-Between, Vermittler, sollte nicht nur seinem Volk Zeugnisse



sellschaftlichen und religiösen Strukturen her ein leicht zu bewältigender Gegner - trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit. Vor dem Auftauchen der Spanier vergewaltigten und töteten Montezumas Leute genauso wie die weißen Eindringlinge, Cortez nutzte als erster die inneren Spannungen unter den Einheimischen. Waffenmäßig und von der

sinnnten Bewohner abzu-schlachten, ihnen oft Gliedmaßen, Zunge, Geschlechtsteile, Brüste abzuschneiden, sie zu versklaven, sie ohne Essen zu Tode schufteten lassen. Auf Grund ihrer angeblich kannibalischen Rituale von den Konquistadoren nicht einmal mit dem Wert eines Dinges bedacht, werden allein in Mexico binnen 10 Jahren die Indianer auf Grund direk-

und Berichte über fremde Völker nahebringen, sondern der 'Rasse', die als Studiengegenstand auserwählt wurde, die eigene Identität lassen bzw. helfen, trotz Kolonialismus und Rassismus ihre eigene Identität zu bewahren. Ein schwieriges Unterfangen, laut Leiris eigentlich zum Scheitern verurteilt, da zu viele unterschiedliche Interessen von außen auf die (Natur)Völker einwirken. Einige Zitate von seiner Expedition Dakar-Djibouti, die einen kleinen Überblick über die relativ trostlose Situation der Völkerkundler wiedergeben:

*„Unsere Wissenschaft würde möglicherweise wieder Boden gewinnen, wenn afrikanische oder melanesische Ethnologen ... zu uns kämen und hier dasselbe täten wie wir früher bei ihnen.“*

ad Kolonialismuspolitik:

*„... daß die eigentlichen Leitbilder hier, die des Abenteurers und des Piraten sind, des Kolonialwarenhändlers im Großformat und des Kaperkapitäns, des Goldsuchers, der Begehrlichkeit und der Gewalt, und dahinter: der unheilverkündende Schlagschatten einer Zivilisationsform, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Geschichte von innen heraus gezwungen sieht, die Konkurrenz ihres antagonistischen Wirtschaftssystems im Weltmaßstab auszuweiten.“*

Weltweite Kontaktaufnahmen, philantropisch maskiert wie die Christianisierung, als Ursache der Verrohung von Kolonisatoren und Kolonisierten.

Da die Raubritterpraktiken der Weisen, um an ethnologische Objekte ranzukommen, bereits bei den Eingeborenen Schule machen, ist Leiris drauf und dran, „alles kurz und klein zu schlagen.“

Wenige Seiten vorher glaubte er:



*„Das Eis sei jetzt wirklich gebrochen ... Jetzt endlich liebe ich Afrika“, schon nennt er seine Kollegen „Dä-mone und Schweinehunde“ und stellt verbittert fest: „In unserer Nachfolge beschreiten nach und nach alle diesen Weg der frommen Lüge und des Arrangements mit dem Himmel ...“*

Fazit: Reisen, Länder und Völker kennenlernen, erforschen kann An-Trieb sein, keinesfalls Möglichkeit, sich selbst zu entfliehen. Da das Reisen nur augenblicklich verändert, „bleibt man die meiste Zeit auf triste Weise dem gleich, was man schon immer gewesen ist.“

## Der Tourist

Reisen bildet, sicher - aber genauso verbildet der meist 'reichere' Reisende seine oft vom Wohlstand noch gar

nicht heimgesuchten, ungefragten Gastgeber. Diese eignen sich nämlich, entsprechend den geldbringenden Wünschen der Eindringlinge, mehr und mehr Fremdkultürliches an - sonst gäbe es kein Gösser-Bräu auf Hawaii, keine Videos in Tuaregzelten, keine Überforderung bei nichthistorischen Entwicklungen. Wir kübeln Naturvölker mit Atomkraft, Düsenjägern und Coca Cola-Philosophie zu, zwängen den anderen das eigene suspekte Weltbild auf, das wir uns von ihnen gemacht haben, ohne sie zu fragen. Wir pfeifen auf die Sitten anderer Länder, stänkern über schlechtes Essen (wozu in Griechenland Mousaka essen und auf die vertrauten Pommes frites zu verzichten - obwohl wir finden, daß die köstlichen Fritten dort 'unten' verkocht, eklig schmecken; Fazit: Sch...-Griechen, nicht einmal kochen können diese Schaffhirten.)

Wir halten andere Nationen und Völker für Vollidioten, weil sie sich von uns ausnehmen lassen, und freuen uns gleichzeitig diebisch, wie billig wir davonkommen. Wir hassen sie, weil sie aus einem entgegenkommenden Mißverständnis heraus beinahe masochistisch ihre Länder ökologisch und architektonisch ruinieren. Wir glauben, in arabischen Ländern nackt herumhängen zu müssen, überfordern unsere Gastgeber mit Müll und üblen Manieren, lassen 'typische' Souvenirs produzieren, die eine Ursprünglichkeit aufweisen, wie die berühmten Gemen mit den Eiern im Nest. Ja, und Papa Durchschnitt bringt sogar exotische Geschlechtskrankheiten heim zu Mama.

Wir wollen nicht auf den Komfort, der durch diverse Rohstoffe garantiert wird, verzichten, aber unsere Freunde im





gewählten Urlaubsland sind schon riesige Dreckschweine, wenn wir das Heizöl nicht im Ofen, sondern als Teer am ganzen edelbraunen Körper haben.

Leiris definierte den Touristen als jemanden, „*der ohne Herz, ohne Augen und ohne Ohren reist*“. Letztlich, und das scheint ja auch bequemer, versuchen wir nicht den Anderen, den Unbekannten, den Exoten in uns zu entdecken, sondern drängen unser Ich voll den anderen auf. Die Reflexion im Spiegel fremder Kulturen führt bei uns zu modernem Kolonialwahn und Kulturimperialismus, bei den Vergewaltigten aber zur Auflösung von sozialen Gefügen, Familienstrukturen und zur Ausrottung jeglicher Identität im Kultürlchen bzw. Traditionellen.

### Der Österreicher als Exot

Hawaii, das sind Palmen, Aloa-Gesänge, Blumenkränze über nackten Busen, und immer im Hintergrund die Untermalung der berühmten Gitarren. Am Nordpol leben glückliche Eskimos und Eisbären, viel weiß man nicht, es ist ja immerhin ein halbes Jahr dunkel dort. Die Spanier kämpfen fleißig mit Stieren, die Araber ziehen in Karawanen durch die Wüste, Japaner vertreiben sich die Zeit mit Dauerrekorden im Fotografieren, die Thailänderinnen sind ausschließlich zum Bumsen da, die Engländer ernähren sich hauptsächlich von Tee (ja auch die Queen, Maggie trinkt Magenbitter) und die Neger leben im Urwald, bei den Wilden, ja. Wo sie hingehören, wo sonst! Wann ereignet sich bei einer derartig einfachen Organisation unserer (farbigen) Mitmenschen eigentlich der Rest des Weltgeschehens, sind sie doch alle eingedeckt, die ihnen zugeschriebenen Klischees zu erfüllen. Fragen Sie doch z.B. einen Schotten, was er außer Dudelsackspielen und neckischem Röckchen-Tragen noch tut. Der kann sich erst als Pensionist realisieren. Deshalb sind

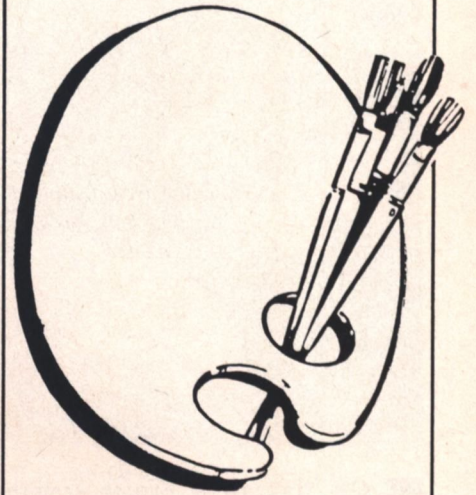
wir alle verpflichtet, vom Straßenfeger bis zum Bundespräsidenten, auch unseren Klischees zu entsprechen: der wahre, echte, gute Österreicher reitet mindestens einen Lipizzaner für die Schnappschüsse der Urlauber zuschanden, dann schuhplattelt er, was das Zeug hält, jodelt, fensterlt und frißt kiloweise Mozartkugeln. Nationalgetränk: Bier mit Melange, a bisserl a Nazi soll er ja bleiben, der Gastgeber als Feindbild, aber das alles mit Schmah und Charme. Als beliebtestes Fortbewegungsmittel finden Skier ihren Einsatz, es schneit ja fast immer bei uns, außer im Sommer, da schneit es ein bißchen weniger. Dafür halten jetzt die Sängerknaben her, man wohnt im Stephansdom, die Akustik der Kaisergruft und die Kalorienbomben vom Demel bzw. Salzburger Nockerl (eine Süßspeise, keine Bezeichnung für die Einheimischen) sind schon was für Eingeweihtere. Von der Unterwäsche bis zum Abendanzug - alles in Loden.

Wissen Sie nun, wie ident sich ein Südsee-Insulaner mit dem ihm zugeordneten Reklamebildchen fühlt? An Hand so viel Idylle wird ihm übel, er kotzt in seinen Katamaran und beschmeißt den Reiseleiter mit Kokosnüssen.

P.S.: Nicht der andere (Fremde) ist unser Problem. Wir werden zum Problem für die anderen (Fremden). ■



## AKP Alternative Kommunal Politik



### Gegen den Strich pinseln ...

... wollen wir auf der kommunalen Politikebene. Denn dort existiert zuviel Altparteienfilz, zuviel tagespolitisches Klein-Klein, zu wenig ökologisches und soziales Bewußtsein. Als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt zeigen wir neue - bessere - Wege auf.

Die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw..

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 8,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 48,- DM. Auslandsabos kosten 55,- DM.

#### Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK  
Herforder Str. 92  
4800 Bielefeld 1  
(05 21 / 1775 17)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

## 6. Österreichische Frauensommeruniversität:

Fotos: MOZ-Archiv



Das vorliegende Exposé versucht nichts weiter als eine vorsichtige - in gewisser Weise auch nachsichtige - Anreizung im vorab; auch unter Berufung auf die inhaltlichen Auseinandersetzungen innerhalb des Vorbereitungsteams, das im übrigen, wen nimmt es noch Wunder, sich 'nur' aus Frauen der Autonomen Frauenbewegung und des BDF zusammensetzt.

Die Vielstimmigkeit ist insofern wichtig zu erwähnen, damit nicht eine der involvierten Stimmen für alle spricht. Womit wir schon inmitten eines der Probleme der Thematik selbst sind: das der Stellvertretung, der Delegation - ohne die, als Dilemma per se, allerdings auch nichts an die Öffentlichkeit dringen würde. Die Autonome Frauenbewegung war angetreten - und bei ihrem Antritt gab es genau genommen keine andere - mit dem neuen und bis heute revolutionären, weil in keinsten Weise gesellschaftspolitisch eingelösten Anspruch, daß ihr niemand mehr das Bürgerrecht der Selbstrepräsentation zu nehmen hat. Dies hieß, in einer noch radikaleren Wendung, daß jede einzelne Frau ein Recht auf sich selbst als je eigenes Sprachrohr hat sowie sie umgekehrt nicht für alle anderen sprechen kann und darf. Das bedeutet/eine fundamentale Kritik an den herrschenden politischen Strukturen, denn Frauen hatten bisher durch ihre (Ehe-)Männer Teilnahmerecht am öffentlichen Raum. In politischen Organisationen, in Institutionen überhaupt, ja selbst in den spezifischen Frauenkörperschaften standen sie unter männlicher Bevormundung. Dies implizierte einen grundsätzlichen

# JEDE FÜR SICH UND GOTT GEGEN ALLE?

Von Birge Krondorfer

**Der begehrteste und gleichsam verachtetste Begriff der Gesellschaft im allgemeinen und von manchen Frauen im besonderen ist derjenige der Autonomie. Einen erneuten Anlauf zur Klärung - nicht Festsetzung, denn das wäre schon ein Widerspruch in sich - hat sich die kurz vor der Tür stehende 6. FSU zur Aufgabe gemacht.**

Verzicht auf eigene Interessen, insofern sie als solche überhaupt bewußt artikuliert werden konnten und den Rahmen von 'Kinder, Küche, Kirche' überschritten, neu also war und ist immer wieder die weibliche Behauptbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes auf und für alle privaten und politischen Bereiche: von der 'hohen' Politik bis zum 'niederen' Körper.

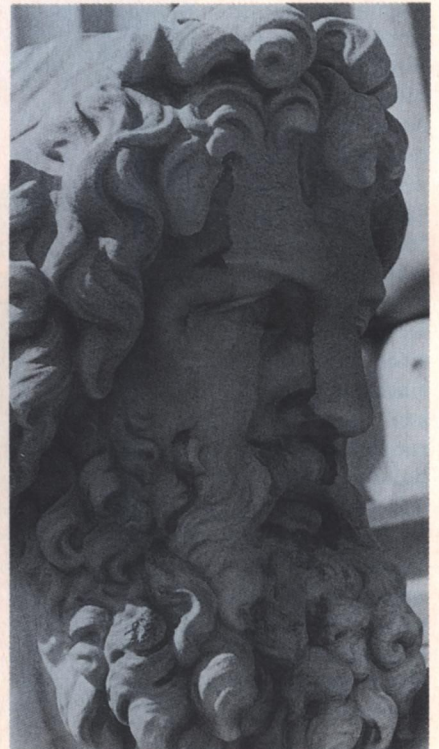
Nun hat jede Gesellschaft den offenbar unwiderstehlichen Drang nach der 'Widerspenstigen Zählung', was auf seiten vieler frauenbewegter Frauen nicht nur die Zählung zur Folge hatte und hat, sondern auch einen Effekt der Lähmung. Zählung sei hier verstanden als ein Prozeß - im Sinne des psychischen wie physischen Überlebens - des zunehmenden Integrationsbedürfnisses in vorhandenen Institutionen, in die

durch die Frauenbewegung optierten Frauensektoren, um von dort aus sog. Frauengleichheitspolitik zu machen; oder eben auch nicht - mehr. Wenn also Zählung eine Art aktiver Anpassung meint, so wäre Lähmung zu verstehen als un/bewußte Ablehnung von feministischen Optionen überhaupt.

Und als innerer Effekt der Bewegung verhindert die Permanenz der Anstrengung einer weiblichen Kulturbildung - gegen (was auch immer 'mit' heißt) das Große, das Ganze so etwas wie eine solidarische Auseinandersetzungsfähigkeit, die jenseits der Selbstdestruktivität liegen könnte. Dieser doppelte Mangel einer fehlenden Anerkennung von Ausen und einer dadurch bedingten Regellosigkeit von Artikulations- und Akzeptanzbedürfnissen im Inneren erheischt manchmal geradezu spastische Erscheinungsweisen. So rettet sich die draußen und die drinnen - wer kann - das Leben in der Wahl diversester Lebensweisen, um doch irgendwie annehmbar und annehmlich das Leben zu 'verbringen'.

### Wo bin ich Ich?

Es wäre natürlich perfid, jemandem seine/ihre Glückserwartungen absprechen zu wollen. Doch steht nach wie vor und immer wieder zur Frage, wie dieses Glück als (etymologisch logisch übersetzbar mit) 'gelungenes Leben' aussehen könnte - und zwar ohne daß es zum permanenten Verrat an sich selbst und an politischen



Erwartungen, die eine Bereitschaft zum Handeln ermöglichen, degeneriert. Und bloß noch auf anempfohlene Rezepte zurückgegriffen werden kann - und dann vermeintlich gewollt wird. Das Problem liegt in der Differenzierungsmöglichkeit von Selbst- und Fremdbestimmtheit, denn wenige werden die Fragestellung der Frei-willigkeit ihrer Lebenswahlen und -entscheidungen auf Dauer negativ beantworten (können).

Doch scheint diese Frage nach der Selbstgesetzgebung (Auto-nomie) so alt zu sein wie die Menschheitsgeschichte - soweit sie als Schrifttum verfolgbar ist; folglich so alt wie die Geschichte der Unterdrückung der Frauen im übrigen.

Das bedeutet, daß diese 'Urproblematik', des „Wo bin ich, wo darf ich's sein“ im Grunde genommen immer schon männlich konnotiert war und den Frauen - bis vor historisch kurzem - Seele und Geist und damit die Fähigkeit zur Selbstsetzung abgesprochen wurde. Denn Schrift und damit unsere Tradition der Dialektik von Denk- und politischer Organisationsgeschichte, die den Autonomiebegriff überhaupt erst entwickelt hat, war - man erinnere nur die griechische Polis - eine Sache von (homosexuellen) Männern. (Politische) Philosophie und kodifiziertes Recht sind so gesehen 'Sprößlinge' männlicher Leidenschaften und männliche Produktivpotenzen.

Welche weibliche - und in politischer Programmatik feministische - Konzeption von Autonomie als ein Begreifen von Differenz - und in dieser - läßt sich da entwickeln? Ohne auf Muster und Utopien zu verfallen, die immer nur unter der Voraussetzung der subsumierten Weiblichkeit funktioniert haben?

Deshalb scheint es für Frauen geradezu irr-sinnig schwierig zu sein, sich einerseits in den gesellschaftlichen Strukturen aufrecht zu erhalten, d.h. sie können Selbstbehauptung, was immer dieses zu behauptende Selbst auch sei, bisher nur als jeweils neue Probe aufs Exempel 'statuieren'.

Andererseits ist dieses Grenzängerrinnentum zwischen individuell-politischer Autonomie und Heteronomie in Frauenräumen selbst derart prekär, daß die Tendenz zur Zerstörungswut größer denn die zu Bewegungsmut zu sein scheint.

Autonomie setzt, um nicht zu Autarkie zu gerinnen, auch immer ein Gemeinwesen voraus; Heteronomie scheint als 'gemeines' Wesen nur noch als Abgrenzung positiv erlebbar zu sein oder in positivistischen Integrationssehnsüchten. Wenn auch der „Schein dem Wesen wesentlich ist“, so mag er doch trügerisch sein. Dies zu debattieren ist die Frauen-sommeruniversität angetreten.

---

## Verweigere doch, du bist so ...

---

Was den einen zuviel an Verweigerung, Aussteigen, Selbstbehauptung, Rückzug in die sog. Subkultur ist, ist für die anderen ein Zuviel an Karriere, Elitarismus, Anerkennungsbedürfnis von der falschen Seite. So geriet und geriet das, was positiv bestimmbar unter kollektiver Selbstorganisation benennbar wäre, zum Sand des Getriebes, der doch selbst inszeniert wurde und ständig wird: vom Auseinanderklaffen weiblicher Theoriebildung und feministischer Praxis bis zu den Fluchten in große und kleine Heime und Höfe.

Versuchte Gegensatzung wird zur Vereinnahmung und Vereinzelung in vorgegebenen und per se legitimierten (politischen) Handlungs- und Entscheidungsstrukturen.

Fraglich geworden sind also die jeweiligen Selbstverständlichkeiten - wie man sie bettet, so liegt frau? -, und diese sollen diskutiert werden, möglichst ohne



Selbstvergewisserungen und Schuldzuweisungen, sondern in konzentrierter Selbst- und Fremdrelexion, um den Konflikten des/von Außen und des/von Innen wenigstens auf die Spuren zu kommen.

Um sich der Dynamik der Wideraber auch der Widersprüche nähern zu können, bedarf es vorab einer möglichen Begriffsklärung, die sich hier bewußt auf der Ebene des Fragens (zurück) hält. Autonomie bloß ein Satz, vielleicht ein Schatz - doch niemals Platz?

In einer Gesellschaft, die in zunehmend pluralistischen Spielfeldern vorgibt, jeder ihren weitmöglichsten Selbst-be/s/tätigungsraum zu bieten, äußert sich dies zumeist im 'freien' Autoverkehr und in einem sich freikaufenden Supermarkt der Angebote. Wie ließe sich weibliche Autonomie frei davon differenzieren? Wie läßt sich für eine autonome Frauenbewegung optieren, die

für viele (die Vielen) anarchisch, adolescent, anachronistisch ist und die sich vice versa nach wie vor als das 'Fähnchen der wackernen Sieben' oder gar als 'Speerspitze' und für die Avantgarde des Frauen-selbst-Bewußtseins hält? Wie läßt sich von Autonomie sprechen, wenn es Theorien gibt, die behaupten, daß es in komplexen Gesellschaften selbstbestimmte Subjektivität gar nicht gibt, sondern die Individuen nichts anderes als Träger und Vermittler von Strukturen sind, quasi funktionierend nach kybernetischen Vernetzungsmodellen? Und wenn umgekehrt gegenläufige Theorien der Ansicht sind, daß gerade in pluralverdichteten Gesellschaften sich Individualität und damit Autonomie - als Projekt der Moderne - endlich ausbilden kann. Wenn die Leute es nur wollen mögen können. Zu guter Letzt läßt sich auch noch sagen, daß erst in diesem Jahrhundert für noch nie dagewesene Viele noch nie dagewesene Freizeit und Freiraum produziert worden ist, jedenfalls was kapitalistische Gesellschaften betrifft.

Dieser historischen Tatsache verdankt sich immerhin auch die Genese der Frauenbewegungen, im Sinne eines geschichtlichen Bewußtwerdungsprozesses der Geschlechterdifferenz, der einen gewissen Luxus, d.h. Unabhängigkeit von 'ora et labora' zur Voraussetzung hat/te. Nicht zufällig wurde der Titel der FSU „Autonomie in Bewegung“ gewählt, kann doch bei all diesen Konzepten der Begriff der Autonomie nur als fluktuierendes Begreifen wie Angreifen konzipiert und immer wieder neu errungen werden. Die Möglichkeiten der Spannungsbögen mögen sich im folgenden Stimmengewirr des Organisationsteams spiegeln.

---

## Spiegelgewirr

---

-Autos: Selbst; Nomos: Gesetz, Setzung, Übereinkunft, Institution, Institutiertheit. Kommt von nemo: ver-teilen, ▶

zuteilen. (Damit ist nomos immer auch schon das Gesetz des Verteilens, Zuteilens.)

- Selbständig heißt nicht unabhängig; ein Auto ist auch kein Perpetuum mobile und muß gewartet und gepflegt und repariert werden.

- Nicht andere definieren für mich/über mich, wer/was ich bin, sondern ich selbst benenne mich.

- Gratwanderung zwischen Authentizität und Ornament - ein kreativer Akt zeigt bestimmte Erscheinungsart - wirft Schatten!

- Die Austauschverhältnisse der Unvergleichbarkeit procedieren; Handelbarkeit in Phantasie.

- Unabhängigkeit von politischen Parteien, Verbänden, Organisationen, da Staat, Wirtschaft, Parteien und Medien keine geschlechtsneutralen Institutionen sind.

- Seit jeher hat die Frauenbewegung Integration zum Ziel, immer wieder ging es um die Teilnahme der Frauen an der gesellschaftlichen Macht, um Wahl-

recht, Recht auf Ausbildung und Beruf, um Aufstiegschancen - kurzum: um Geld und Macht.

Und so bezeichnet die Emanzipation letztlich doch nichts weiter als den Ein- und Aufsteig der Frauen in patriarchal-kapitalistische-bürgerliche Denkstrukturen.

- Ein stetes Im-Fluß-Bleiben der Positionen von 'Randgängerinnen und Mitläuferinnen.'

- Inangsetzung eines Selbstverständnisses, das die Opposition von „Homo Politicus“ und „Femina Privata“ unwiederbringlich verwirft.

Wie läßt sich Freiheit organisieren, wenn wir alle Bedürfnisse nach Abhängigkeiten sowie auch nach Macht haben?

Die Polyphonie dieser Aussagen ist beredt: Es geht ums Ich, ums Gesetz, um den Namen, ums Auto, um den Abklatsch, um Unvergleichbares, um Integration, um Abgrenzung, um Verabschiedungen, um Bedürfnisse, um ... Anders formuliert, es geht um die Be-

griffe von Individuum und Subjekt und ihre Nicht/Dynamik der/zur Kollektivierbarkeit im Sinne eines politischen Bildungsprozesses.

Dieser definiert und reflektiert sich selbst und die Option des Privaten als die des Politischen und nicht umgekehrt als ins historische Nachtkästchen gelegtes Souvenir aus Jugendsündentagen.

Doch die Reflexion mit dem Insgesamt ihrer Utopien darf ihre Herkunft aus dem abendländischen Diskurs nicht unterschlagen; gibt es doch Kulturen, die das Wort 'Ich' nicht einmal kennen, was bedeuten könnte, daß unsere Emanzipationsbestrebungen bereits einer bestimmten historischen 'Heils' erwartung obliegen.

Es ginge also nicht um totale Perspektiven oder die Perspektive einer Totalen, welche Entwürfe klammheimlich zu Endwürfen verkommen läßt. Damit wir nicht eines Tages erschreckt feststellen müssen: jede gegen sich - und Gott für alle. ■

ANZEIGE

Nr.9

DIE NEUE LETTRE \*

»Jeden Abend muß ich mir beim Essen in zunehmend teureren Restaurants von der Suppe bis zum Verrücktwerden ihr Anti-Vögel-Manifest anhören.

Anfangs dachte ich, sie sei auf einen echt großen Jackpot oder einen Notgroschen oder ein Rentenmodell aus; ich hab ihr Tausende angeboten. Ich habe ihr die Ehe angeboten, Kinder, Häuser, den ganzen Schmus. Ich lag falsch.«

Money - Papiere zum Selbstmord von Martin Amis



Titelbild/Illustrationen: Albert Oehlen

*Italien und der Fußball* mit Texten von Robert Hughes, Jirí Cerný, Guido Ceronetti, Ennio Flaiano, Luigi Malerba, Massimo Salvadori über Fußball, italienische Fans und das „italienische Geheimnis“ · *Money* — Papiere zum Selbstmord von Martin Amis · *Die libanesischen Tragödie* mit Texten von Dominique Eddé und Mounir Chamoun · *Das Delikt: der Cha-Cha-Cha* in Kuba von Guillermo Cabrera Infante · *Homo Ideologicus* von Fasil Iskander · *Walpurgisnacht* der „Irren“ von Wenedikt Jerofejew · *Femmes de Lettres* von Ursula LeGuin · *Intellektuelle Krieger* Michel Foucault, Ernst Jünger mit Texten von Paul Veyne und Heinz Ludwig Arnold · *Postrevolutionäre Beobachtungen* mit Texten von Jens Reich, Libuse Moníková, Ludvík Vaculík, Milan Simecka und anderes.

**Lettre**  
INTERNATIONAL

\* Lettre erscheint vierteljährlich in Paris, Rom, Madrid und Berlin.

In Trafiken, im Buchhandel und direkt ab Verlag zu beziehen.

Ein Abonnement kostet ÖS 360,- (DM 48,- für 4 Ausgaben

Lettre International · Dominicusstr. 3  
D-1000 Berlin 62 · Tel. 0049/30/788 1689



Von Erica Fischer

## DER JUD IST SCHULD

Ginge es vernünftig zu auf der Welt, müßte mit den sechs Millionen Toten auch der Antisemitismus gestorben sein. Wer könnte nach dem Massenmorden, das die jüdische Bevölkerung der meisten europäischen Länder nahezu ausgelöscht hat, noch etwas gegen Juden haben? Doch, wie wir alle wissen, ist diese Annahme naiv. Antisemitismus hat nichts mit den real existierenden Juden zu tun. es gibt ihn in Ländern, in denen vergleichsweise viele Juden und Jüdinnen überlebt haben oder neu zugewandert sind, wie in Frankreich, und es gibt ihn ungebrochen auch in jenen Ländern, in denen die Juden und Jüdinnen nur mehr eine verschwindende Mini-Min-

derheit bilden, wie in Österreich und in der DDR. Es gibt ihn in den Täterstaaten und es gibt ihn in den Opferstaaten des Nationalsozialismus. Wenngleich die Hilfsbereitschaft gegenüber der jüdischen Bevölkerung in der Nazizeit unterschiedlich groß oder klein war, so gibt es doch kein Land, in dem Juden und Jüdinnen nicht denunziert worden wären. Keine noch so große freiwillige Assimilation ersparte es ihnen.

All das war und ist bekannt. Bekannt, wenn auch nur in ungenauen Umrissen, war auch, daß der Antisemitismus in den Ländern des realen Sozialismus trotz offiziellem Antifaschismus fortlebte. Daß der eigene Anteil an der Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden nicht aufgearbeitet, sondern durch eine bloße Verbotsformel wegetuschiert beziehungsweise als Antizionismus staatlich abgesegnet wurde, rächt sich heute gewaltig. Kaum lockern sich die politischen Sitten, wird die Sowjetunion von einer Flut von Literatur überschwemmt, in der die „zionistische Weltverschwörung“ für den Niedergang Rußlands verantwortlich gemacht wird. Wieder geht die Angst vor Pogromen um. In Polen werden die antisemitischen Ausfälle katholischer Würdenträger von der bigotten Bevölkerung bereitwillig aufgenommen. Und für viele DDR-Schüler war der erste befreiende Tabubruch nach der Öffnung der Mauer am 9. November das Skandieren von „Juden raus“-Parolen. Allorten werden jüdische Friedhöfe geschändet, nicht nur im Osten.

Was bringt Menschen dazu, nachts auf Friedhöfe zu schleichen und Gräber auszubuddeln, wie Anfang Mai in der südfranzösischen Stadt Carpentras, einem Ort mit der ältesten Synagoge Frankreichs? Tote zu schänden, Gräber zu beschmieren, Friedhofsmauern anzupinkeln sei „Antisemitismus in letzter

Konsequenz“, schreibt Henryk M. Broder, „der Haß reicht über den Tod der Opfer hinaus“. Der Anschlag trifft die Lebenden an ihrer empfindlichsten Stelle. Eine Kultur, die in einem solchen Ausmaß zerstört wurde wie die jüdische, konnte nur mit Mühe, wenn überhaupt, überleben. Die Toten stellen für viele eine Kontinuität her, die das Leben nicht mehr bieten kann.

Dieser atavistische Tabubruch ist aber auch ein Medienprodukt. Ein einziger kann mit einfachen Mitteln eine Weltnachricht produzieren. Das geschockte mediale Echo ist ihm gewiß. Warum ist es aber ein jüdischer Friedhof, könnte es nicht auch ein katholischer sein? fragt Broder. Nein, es würde keinen Sinn ergeben, es gäbe kein Motiv. Vielleicht sind die nicht gefaßten Täter von Carpentras Verrückte, wie viele so bereitwillig annehmen, aber ihre Verrücktheit macht Sinn: „Jedes Volk hat die Verrückten, die es verdient.“

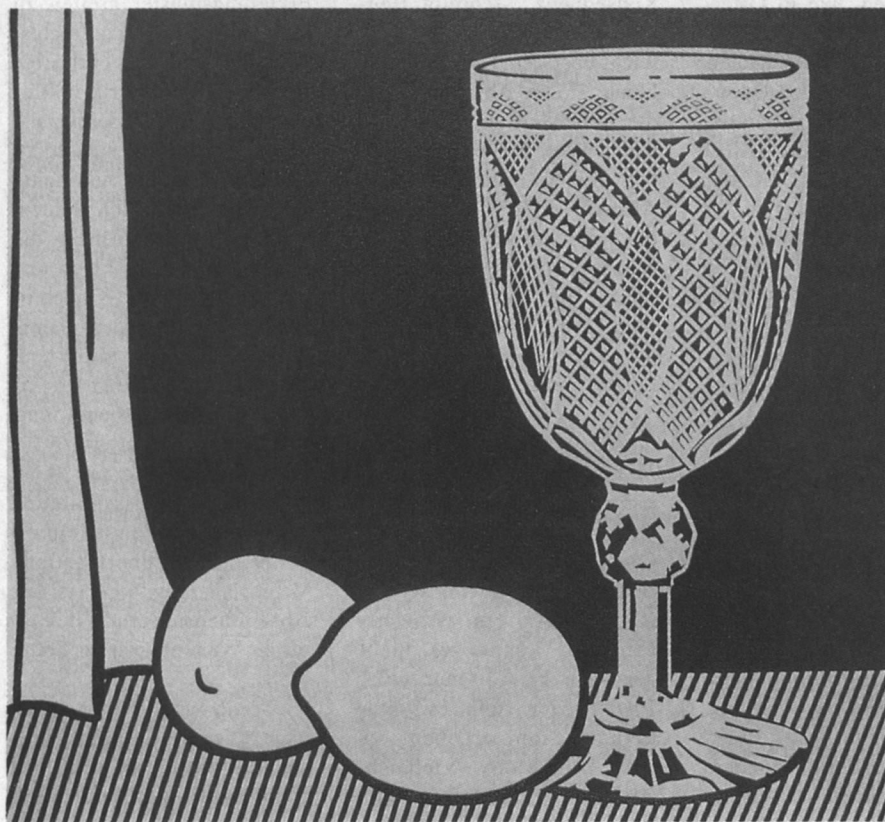
Judenhaß, Pogrome, Rassismus aller Art flammen immer dann auf, wenn sich die sozialen und politischen Verhältnisse im Umbruch befinden. Wie die Verunsicherung am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit Hexen- und Judenverfolgungen gigantischen Ausmaßes möglich machte, so bedrohen die existenziellen Ängste der Menschen vor dem unbekanntem Neuen, das im Westen wie im Osten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommen wird, vor allem Juden und AusländerInnen. In Gefahr sind aber auch alle anderen, die anders sind: Schwule und Lesben, Frauen, Linke, Behinderte, Punks. Im Schatten des deutsch-deutschen Taumels wurde in der BRD ein Ausländergesetz verabschiedet, das eindeutig rassistische Züge trägt und davor zehn Jahre lang durch öffentlichen Druck verhindert werden konnte.

Doch die ausschließlich sozialen und ökonomischen

Erklärungsmuster greifen zu kurz und neigen dazu, rechtsradikale Täter zu entlasten. Es ist die patriarchale, christliche Kultur selbst, die den Rassismus in sich trägt. Sie kann Fremdes und anderes nicht neben sich dulden, weil ihr Wesensprinzip die Hierarchie ist, das Oben und Unten, wie es die Kinder in den Geschlechter- und Familienbeziehungen einlernen. Die selbstbewußte Koexistenz anderer Lebens- und Denkweisen bedeutet für diese Kultur, die nur Ausgrenzung oder Assimilation bis zur Unkenntlichkeit kennt, eine unerträgliche Verunsicherung, weil sie den Absolutheitsanspruch des eigenen Weltentwurfs in Frage stellt.

Wenn Juden und Jüdinnen nach allem, was man ihnen angetan hat, immer noch und wieder in der Öffentlichkeit auftreten, kluge Bücher schreiben, sich politisch engagieren, vor aller Augen in die Synagoge gehen und versuchen, trotz alledem ihr eigenes gesellschaftliches und kulturelles Leben aufzubauen, dann bedeutet das eine Provokation, die umso aggressiver stimmt, als die von Juden und Jüdinnen entvölkerten Länder sich vom kulturellen Kahlschlag nicht mehr erholen konnten. Das schlechte Gewissen über die Mitschuld will nicht aufhören zu brennen. Die allerorten ausgebrochene Welle des Nationalismus ist ein willkommener Anlaß, die unbewältigte Wut darüber an den Uralt-Sündenböcken auszulassen, auch wenn es nur mehr deren Symbole gibt. Der Antisemitismus wird wieder offen ausgelebt - nicht trotz, sondern wegen des Holocaust.

In Frankreich immerhin hat der Anschlag von Carpentras zu Massendemonstrationen und einem kollektiven Nachdenken über die historische Mitverantwortung der Franzosen und Französinnen geführt. Was nicht von allen Ländern behauptet werden kann. ■



Roy Lichtenstein, Stillleben mit Kristallglas und zwei Zitronen

# LÜSTLINGE ALLER LÄNDER, ENTSCHLEUNIGT DIE ZEIT

Von Peter Jirak

Seit der Kapitalismus materielle und kulturelle Produktion gleichgeschaltet hat, d.h. den Verlust des Gebrauchswerts affirmiert, läßt sich von einer künstlerischen Avantgarde bloß noch im emphatischen Sinn reden: Jeder Designer, der einen 'neuen' Warencharakter entwirft, postuliert, seiner Zeit voraus zu sein.

Der Witz indessen besteht darin, daß es keine Zeit mehr gibt, jedenfalls als Gebrauchswert. Kein Mensch hat heute noch Zeit, außer den gesellschaftlich Ausgestoßenen. Die Zeit wurde zu einer substantziellen Mangelerscheinung wie die Luft und das Wasser.

Daß die Ökonomie letztlich auf Zeiterparnis hinauslaufe, entsorgt allemal Gelächter dort, wo jedermann weiß, daß sie sich nur noch aus Logistik und Ethologie zusammensetzt. Seit die Wirtschaft zum totalen Krieg mit anderen Waffen mutierte, hat der nekrophile Imperia-

lismus - die letzte Phase des Kapitalismus - zwar sich den Staatskapitalismus in sein System einzuverleiben begonnen und zugleich seine eigene Übergroße als untragbar empfinden müssen. Eine Produktionsweise, der kein historisches Subjekt mehr entspricht, ist nicht existenzfähig. Die Massendemokratie kennt und erlaubt Individuation nicht, weder sich selbst noch anderen. Ohne Individuation aber kann die Masse nur stocken oder sich in ständiger Beschleunigung auflösen. Der élan mortel des Kapitalisten heute ist auf Verwüstung von Mensch und Natur ausgerichtet, trotz aller Sanierungsstrategien technologisch und technokratisch gesteuerter 'grüner Revolutionen'. Die 'zweite grüne Revolution' versteht sich bekanntlich als 'Food - Production without Farms'.

Unter diesem Titel schreibt der Futurist W.T. Anderson, Autor des unlängst erschienen Buches „To Govern Evolution“ im Klartext: BREAKTHROUGHS IN BIOTECHNOLOGIE COULD HELP SCIENTISTS TO PRODUCE 'REAL' FOOD ARTIFICIALLY.

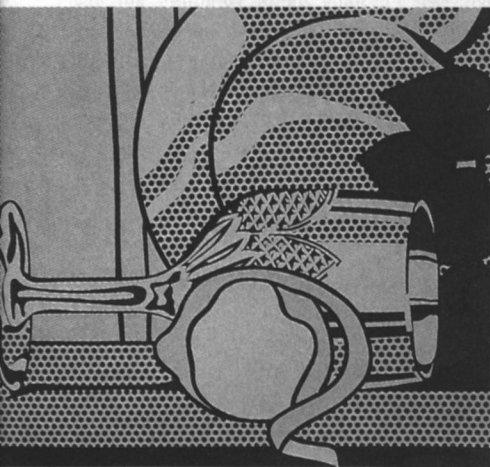
Die Wissenschaft ist heute in der Lage, Nahrungsmittel für die industrielle Produktion zu entwerfen, die auf den 'Zwischenträger' Natur völlig verzichten. D.h. daß Traubensaft ohne Trauben, Tomatenjuice ohne Tomaten, Orangensaft ohne Orangen produziert wird. Konsequenz: Die Fabrik stellt heute das her, was gestern noch der Bauer erzeugt hat. Die BRD plant, auf dem ehemaligen Territorium der DDR die europäische Zentrale für Food-Production zu errichten, selbstverständlich nach neuesten Erkenntnissen der Forschung, wie sie im Auftrag des US-Department of Agriculture von Martin Rogoff, Direktor am „USDA Western Regional Research Center“ und von Steven Rawlins am „System Research Laboratory“ Beltsville, Maryland entwickelt werden. Es ist unmöglich, das Produktionssystem der neuen Nahrungsmittel mit allen Implikationen hier darzustellen. Das Resultat sei vorweggenommen: Die 'traditionelle' Industrie und Landwirtschaft hatte die Natur derart ausgelutscht und ausgebeutet, daß sie sich nur als Produktion ohne Natur fortsetzen ließ. Synthetische Menschen stellen in den neuen Fabriken synthetische Nahrung ohne Pflanzen her. Was die menschliche Natur betrifft: Die Gen-Ingenieure des Fortschritts planen den Standardmenschen, der als Roboter die Massenarbeit und den Massenkonsum im Massenwahn der Unterhaltungsindustrie verrichtet. Hier wird die Mobilität des Fortschritts zur Totalmanipulation. „Soft Fashion“ (N. Chomsky) ohne das häßliche Erscheinungsbild von Konzentrationslager und SS-Totenkopfbände. Ador-

nos Prophezeiung trifft zu: AUSCHWITZ IST ÜBERALL.

## Was zeigt der Blick nach Osten?

Die Sowjetunion ist zerbrochen. Bleibt das alte Reich der Ruriks, Russland. Unter Jelzin könnte es eine überlebensfähige Massendemokratie werden. Und was passiert mit den 200 Millionen Menschen, die sich das bolschewistische Rußland nach 1945 angeeignet hatte? Sie werden ziehen, wandern, flüchten, nomadisieren. Wohin? Nach dem Westen. Der Weg nach Ost, Nord und Süd ist versperrt, teils aus geopolitischen, teils aus wirtschaftspolitischen Gründen. Wir werden uns noch nach der Großen Mauer sehnen, aber bauen läßt sie sich nicht mehr, auch nicht als wirtschaftsmilitärische Barriere. Der Defensiv Belt aus einem vorgerückten Europa wird nicht lange halten, es sei denn, daß Rußland ein Teil Europas wird und seine Anrainer zur „Dritten Welt“ degradiert werden. Und das alte Europa, Japan? Geschlossene Systeme wie im Mittelalter. Scheinmobil und stagnierend, kontraproduktiv und am eigenen Kot erstickend.

Dennoch: in dieser grauenhaften Polarisierung von Macht/Ohnmacht und Glück könnte sich das unbedingte Glücksverlangen der Menschen unter Umständen durchsetzen. Das Glück ist einzig heilsam für den Leib, sagen die Hedonisten, statistisch eine verschwindende Minderheit bisher. Der Lebens-



Roy Lichtenstein, Stilleben mit Glas und geschälter Zitrone

und Weltenplan der Geschichte ist auf Glück ausgerichtet. Erinnern wir uns dieses alten, fast vergessenen Wortes wieder. Erinnern wir uns auch daran, daß Boccaccio mit seinen Tafelfreunden in Certaldo von der Pest unbehelligt blieb. Wer das Glück, die Gegenwart nicht will, muß ausrufen: Ich will kein Überlebender sein.

Wer das Glück will, muß aber auch die Glücksideologie der Dromokraten überall als das, was sie in Wirklichkeit ist, entlarven: als autistischen Beschleunigungswahn. In den Zentralen bunkern sich überall die Reichen mehr und mehr ein. Auch ihre Mobilität heißt leibliche Selbstverstümmelung. Ihre Immobilität ist größer als ihr Bewegungsdrang. Fazit: Sie sind Teil der Schizophrenie, die sie selbst erzeugt haben. Der Kapitalist will einerseits die freie Fluktuation von Waren und Tauschwerten, seine eigene leibliche Gegenwart als Gebrauchswert wird indessen genauso legitimiert wie die Natur aller Bewegung. Der Gebrauchswert ist die Präsenz von Natur in Gesellschaft. Naturverlust heißt Lebensverlust. Ergänzung des Szenarios: Zwischen den immobilien Ansitzen der Reichen, die wie Hitlers Schanzen vor Armierung starren, strömen die Massen orientierungslos. Sie werden mehr und mehr gezwungen, nach den Gesetzen des Sozialdarwinismus zu leben, das heißt im Kopf aller gegen alle. Die Masse der Wohlstandsarmer führt einen alltäglichen Krieg gegen die Verelendeten. Tifosi, die sich aus italienischen Arbeitslosen rekrutieren, erschlagen afrikanische Wanderarbeiter. Arbeiter verteidigen ihre kontraproduktiv arbeitenden Giftküchen gegen 'grüne Besatzer'.

Weltweit wird der Drogenhandel von autonomen Verbrechersyndikaten monopolisiert. Und die Reichen entdecken auch dort ihren Naturverlust, wo sie und die ihren an Aids oder Krebs zugrunde gehen. Jedermann weiß, daß die Überlebensfrage der Menschheit nicht technisch gelöst werden kann. Freilich wächst ständig die Zahl der Todessehnsüchtigen. Der allgemeinen Nekrophilie setzt sich nun die biophile Bewegung der 'Glücksritter' entgegen. Sie glauben an die Machbarkeit des Glücks. Ihre Gegner denunzieren sie als Romantiker und Anarchisten. Man beteuert, daß die Lust, die sie für alle propagieren, nur Leiden schaffe.

## Die Slow-Food-Avantgarde

Und daß die Rückkehr zu einem genußvollen Leben und zu einer 'natürlichen' Produktion von Lebensmitteln unmöglich sei. Unmöglich in der maroden Vorstellung der Kritiker vielleicht. Weltweit hat die Slow-Food-Bewegung kleine, agrikulturell arbeitende Lebensmittelhersteller, bewußt und lustvoll lebende Menschen, Sympathisanten, die den Begriff der Lebensqualität leben wollen, organisiert. Gut! Auch die Heilsarmee, die Anthroposophen und die Quä-

ker sind sozialreformerische Bewegungen. Was macht den Unterschied? Die Slow-Food-Bewegung ist eine soziale UND eine politische Bewegung. Die Tendenz ihrer Bewegung ist regressiv und progressiv zugleich. Was heißt das?

- Die Natur ist nur eine Mitwelt. Die Subjekt-Objekt-Spaltung ist aufzuheben. Die Natur ist handelndes Subjekt.

- Der private, der beraubte Mensch, der private Haushalt (oikos) muß zum Maß des sozialen Glücks werden. Der Parteienstaat ist unfähig, das Glückstreben der Menschen zu erkennen und zu realisieren.

- Die Lust ist das oberste Lebensprinzip und nicht der Verzicht.

- Diese unsere Welt läßt sich in ein Paradies umwandeln.

- Die Erotik und die Gourmandise sind die Angelpunkte für ein glückliches Leben.

- Im Kampf für eine glückliche Welt ist das Mittel der 'natürlichen' Gewalt indispensabel (tausend Arten, Spaghetti zuzubereiten gegen die Monokultur des Fastfood. Gemächlicher Lebensrhythmus gegen die Beschleunigungsideologie. Die leibliche Gegenwart organisierter Menschen kann die Megamaschine zerstören).

- Die Wiederkehr des Sonnengottes (Yuppieutopie) ist die Wiederkehr des faschistischen Führers.

- Technik und Wissenschaft müssen wieder ein Lebensmittel werden

- Wissenschaftliche Systemzwänge und politische Systemformen sind historisch obsolet geworden.

- Die Zukunft des Menschen ist die Gemeinschaft, nicht die Gesellschaft.

- Der weltgeschichtliche Übergang von einer Entfremdungstotalität zu einer Lebensgantheit ist möglich.

- Das Glück ist die Gegenwart des Ewigen. Im Dies, Hier und Jetzt allein liegt der ganze Lebenssinn.

- Ein Leben in Armut ist ein nach dem Reichtum der Natur gelebtes Leben.

Wir sind nur ein Teil einer weltweiten Bewegung. Wir glauben nicht, daß sich die Wirklichkeit nur aus einem Prinzip heraus erklären läßt, Generationen von Wissenschaftlern, Künstlern und Politikern haben die Wirklichkeit verschieden interpretiert. Es kommt darauf an, sie zu verändern. Der 'pivot general' ist das Glück. Im Himmel wie auf Erden herrschen dieselben Gesetze, Attraktion und Repulsion.

Der Zwang ist eine Pervertierung der Natur. ■

*Peter Jirak ist Gastrosoph und Vorsitzender der österreichischen Slow-Food-Bewegung; er lebt in Wien und Norditalien.*

# MAGAZIN

IM JULI/AUGUST

WIEN

## MARIAHILF IM DROGENFIEBER

Wien, 6. Bezirk, Gumpendorferstr. 64, vor dem ehemaligen „Ganslwirt“. Dort, wo eine Station zur Betreuung Drogenabhängiger errichtet werden soll, findet eine Bürgerversammlung statt. Ein Protokoll.

Kurt Pint, Bezirkskaiser, gab das Motto aus: „Kommen Sie und geben Sie ihren Willen kund“ - eine Einladung, die sich die GegnerInnen der Drogenstation nicht entgehen lassen konnten. Eine besorgte Mutter eröffnet: „Man sagt Entwöhnung, gut ..., mit kleinen Spritzen undsoweiter, das glaub' ich nicht! Ich glaub', man muß brutal sein. Mein Kind daschlag ich mir selba, bevor er dort, am Karlsplatz, vor die Hunde geht“. Eine neidische Pensionistin:

„Ned um unsa Göd die do einsetzn vom Korlsplatz. Oda muaß i aa haschen dos i a Wohnung krieg umasunst?“ Eine weitere Pensionistin, mit sich überschlagender Stimme: „Die soin olle oabeitn gehn in a Oabeitslaga, aba urndlichst! Sie! I bin ned fuan Hitla gwesn, aba: do war a Ruhe“. Eine dritte, pragmatische Pensionistin: „Da Oabeitsdienst war nicht schlecht, für die Jugend überhaupt“.

Die Pro-„Ganslwirt“-DemonstrantInnen ziehen auf das Beisl zu. Manche tragen Holzkreuze in den Händen und verteilen ein Flugblatt und eine weiße Nelke als Symbol der Versöhnlichkeit.

Der vor dem „Ganslwirt“ versammelte Bürgerzorn glaubt zunächst, die jungen Leute seien auf seiner Seite und applaudiert. Eine Dame belehrt die Umstehenden: „Die san furrn Ganslwirt“ Sogleich kommt die dunkle Seite der Bürgerseele zum Vorschein: „Es olle da g'hern daschlogn“, „Des san lauta Tschuschn“, „A absolute Minderheit terrorisiert die ganze Stadt“, „Geht's olle in a Spital und loßt's eich entgiften, so schaut's nämlich aus“.

Ein Alter schreit auf einen Pro-Demonstranten ein, der versucht, mit ihm zu diskutieren. der Alte: „Mir ham uns aus der Nazizeit no die Hoknkreiz aufg'hobn, mit de daschlogn ma eich“. Ein Herr von der ÖVP zieht ihn beschwichtigend zur Seite. Der Alte, beleidigt, in zärtlichem Tonfall zu seinem Hund: „Nelli, gell, du bist auch eine Abstinenzlerin“.

Auf tritt (sic) Kurt Pint, braungebrannt im legeren Sommeranzug nimmt er den Jubel jener, die er rief, entgegen. Er raucht eine Zigarette. Eine Dame: „Er tuat's scho erfossn (das Mikro), mit der Zigarettn im Mund!“ Eine zweite: „Natürlich, der Pint“. Eine andere (wissend): „Ja, natürlich. A Scharmör. A schöne Sache, ned? Wann ma da bei so ana Veranstaltung is, muaß ma se scho a bissl zuckholtn“.

Floriani-Pint, Stolz der ÖVP-Rhetorik-Schule, spricht nun zu den Seinen, immer wieder von Beifall unterbrochen. Nicht müde wird er, sein Mitgefühl für die Kinder vom Karlsplatz zu betonen, aber, bitte, nicht in seinem Bezirk. Er versäumt es auch nicht, sich von rechtsradikalen „Elementen“, „die, wie mir zu Ohren gekommen

ist, sich auch hier eingefunden haben“, zu distanzieren, wirbt um Verständnis für die wohlmeinenden, aber verirrten „Ganslwirt“-Anhänger, übergibt gar das Mikrofon an Pater Gabriel, Anführer der Pro-Demonstranten.

Auftritt Pater Gabriel. Pfui-Rufe werden laut, Beifall von seiten der BefürworterInnen des Projektes. Der Pater: „Ich halte einen Bezirk für so gut, wie er mit den Randgruppen umgeht. Die vielen Sozialzentren gereichen erstens dem Bezirk zur Ehre ...“ - Zwischenruf: „Die Rosa-Lila Villa - eine Gefahr“ - Pater Gabriel setzt fort „Mir tut es wahnsinnig weh, daß die Nichtwählerpartei immer mehr zunimmt. Heute kann ich verstehen, daß sich viele Jugendliche abwenden, mit Grausen abwenden von der Politik.“ Allgemeiner Applaus: „Bravo“. Pater Gabriel: „Leider, leider. Ich bin Lehrer am Amerlinggymnasium. Ich glaube, die Schüler sind dann gefährdet, wenn wir sie in einem Klima von Haß und Materialismus aufwachsen lassen.“ Buh-Rufe, Pfui-Rufe, Pfiffe. Zwischenruf: „Der hat ja keine Kinder, der kann ja ned mitredn“. Ein Herr: „Des is a Untergriff, junge Frau“. Ein zweiter Herr: „Vielleicht hod er eh wöche, er gibt's nur ned zua, könnt' ja sein.“ Ein kecker Jüngling, Marke Junge ÖVP, ergreift das Mikrofon, schreit: „Ich hätte einen Vorschlag, ich hätte einen Vorschlag zu machen: wenn der Herr Pfarrer schon so mit den Süchtigen fühlt, dann soll er sie doch alle bei sich unterbringen, bei sich in der Pfarre.“ Bravo, Applaus etc.

Der Vertreter der Grünen aus dem 5. Bezirk ergreift das Wort. „Ich bin Vertreter der Grünen aus dem 5. Bezirk“. Zwischenruf: „Ein Ausländer!“. Gelächter. „Wir Grünen fordern eine Drogenbetreuungstation, einen 'Ganslwirt' in jedem Bezirk“. Rufe, es wird skandiert: „Schleich di!“

Dann Herr Aigner. Er nimmt das Mikro, lispelt, spricht im Tonfall eines Polizisten bei einer Razzia: „Achtung, Achtung! Mein Name ist Herr Aigner. Ich bin Vertreter der Geschäftsleu ...“ Zwischenruf: „Lauter, lauter!“ Herr Aigner verhaspelt sich: „Mein Name ist Herr Aigner. Ich bin Geschäfts ... ich bin der Vertreter ...“ Zwischenrufe: „Lauter, lauter!“ Herr Aigner unternimmt einen neuen Anlauf, er hat ja etwas vorzubringen: „Mein Name ist Herr Aigner. Ich bin der Vertreter der Geschäftsleute. Ich hab gemeinsam mit unserem Herrn Bezirksvorsteher bei der Vizebürgermeisterin Smekul, 'tschuldigen, Smejkal, vorgeschprochen und habe 10.000 Unterschriften übergeben“. Applaus, Applaus. „10.000 Unterschriften, mit der Bitte, das Projekt „Ganslwirt“, einen Baustopp zu erwirken und die (sic) Therapie- und Drogenzentrum am Getreidemarkt 2-4 zu errichten“.

Das Wort ergreift die evangelische Pfarrerin des Bezirkes. „Ich habe heute vormittag auf dem Zentralfriedhof einen 27jährigen Drogentoten begraben.“ Eine rotgesichtige, platinblonde Endvierzigerin: „Gottseidonk“, klatscht, schreit „Bravo“.

Es ist 19.30 Uhr, Pint setzt den offi-

Lösung des „Ganslwirt“-Konfliktes: Arbeitsdienst für die Jugend? Forderung einer Wiener Stimme 1990

Foto: Alf-Archiv





ziellen Schlußpunkt. „Wir wollen nicht ohne Hoffnung auseinandergehen“, gibt er der sich zerstreuten Menge mit auf den Weg. Die Pro-„Ganswirt“-DemonstrantInnen stimmen „We shall overcome“ an und ziehen wieder ab. Einige diskutieren immer noch. Ein engagierter Mittelschüler versucht, ein paar ganz Fanatische zu überzeugen und bekommt zu hören: „Oabeits was? Geh scheißn, du Oasch, sunst bist in der Kinet'n.“ ■

P.S.: Am 22. Mai wurde zwischen der Stadt Wien und den AnrainernInnen eine 'Stillhalteabkommen' geschlossen, über die Zukunft des Projekts Drogenbetreuung im „Ganswirt“ wird ab Ende Juni weiterdiskutiert.

*Sascha Schipflinger, Dietmar Schobel*

JUSTIZ

## WER IST MATA HARRY?

Eine Antwort auf Mata Harry, MONATSZEITUNG, Juni 1990.

Welchen Ansprüchen muß ein Buch genügen, das keinen Ansprüchen genügen will?

Dem Zeitgeist, dem Postfeminismus, linken Anwälten? Katarina Zaras Aufzeichnungen aus dem Gerichtsalltag oder „Mein kriminelles Tagebuch“ ist ein Erlebnisbericht, parteiisch, subjektiv gefärbt, ein Versuch, drei Monate Gerichtsalltag in Worte zu fassen. Ging es der Autorin primär darum, alternative linke Justizkritik zu verfassen? Daß ihr 'Tagebuch' die Justiz kritisiert, ist vielmehr ein unvermeidbarer Nebeneffekt der jeder/m passiert, die/der sich mit dieser Maschinerie auseinandersetzt, sich ihr annähert.

Mit den von Mata Harry eingeführten Richtungskategorien links/rechts lassen sich möglicherweise Orientierungsprobleme im Alltag lösen (wo geht's denn da zum nächsten Bahnhof?). Ob eine Annäherung an unser Rechtssystem so möglich ist, ist zu bezweifeln. Ich las das „Kriminelles Tagebuch“ vielmehr als ein Stück Belletristik, das mich streckenweise grinsen machte, mich interessierte, mir

sehr oft eine Gänsehaut verursachte, passagenweise Übelkeit und Abscheu hervorrief, jedoch niemals platt oder gar langweilig war. Mag es streckenweise auch trivial sein - auch das Leben in den Gefängnissen und Gerichten spielt sich nicht immer auf philosophischen Metaebenen ab.

Dieses Buch als den „üblichen Zeitgeist-Cocktail“ (M. Harry) abzuqualifizieren, erscheint mir ziemlich kühn, seit wann begibt sich der Zeitgeist in die „Mühlen der Justiz“ und ins Gefängnis?

Dreht Frau die Initialen Mata Harrys um, als H.M., so bedeuten sie Herrschende Meinung/der juristische Mainstream! In seinem Artikel findet der Autor Kleinbürgerlichkeiten, wo nur schwerlich welche aufzuspüren sind. (Mag da ein Trauma zu orten sein?!) Um seine Thesen zu untermauern, bringt er aus dem Kontext gerissene Zitate aus dem 'Tagebuch'.

Zaras detaillierte und immer wiederkehrende Beschreibungen verschiedener Verhaltensmuster, im speziellen das Rauchverhalten des U-Richters Dr. Summereder (genannt Sumpi), mögen ob ihrer Häufigkeit nerven, zeigen jedoch, wie der Herr Richter einen einfachen 'Tschik' dazu benutzt, seine Macht und Überlegenheit zu demonstrieren.

Er scheint nur bei seinen Vernehmungen zu rauchen. Zeigt den U-Häftlingen: hier bin ich Herr und du kannst nicht einmal eine Zigarette rauchen; wenn du willst, du bist eingesperrt.

Sumpi bietet niemals Zigaretten an, egal, wie sehr sein Delinquent danach auch schießt. Mit dieser so alltäglichen Tätigkeit gelingt es Sumpi, seine Macht zu demonstrieren und seinem Gegenüber/Unter einen Platz in dieser Hierarchie zuzuweisen.

Wie im Buch beschrieben, so scheinen auch in der Realität die hierarchischen Strukturen nicht so geradlinig zu verlaufen. Hierarchie, die Ohnmacht und Angst in fast alle Richtungen verursacht. Häftlinge fürchten sich vor Sumpi. Sumpi fürchtet sich vor Häftlingen, die er mit seiner 'Tschiktaktik' und Eloquenz nicht einzuschüchtern vermag. Richter, die Anwälte abschasseln, mit anderen - die hartnäckiger sind - packeln. Rechtspraktikanten (Männer), die Wetten abschließen, daß sie die Richterin, die sie zugeteilt wur-

den, aufs Kreuz legen. Eine Richterin, die auf Stöckelschuhen fast hilflos herumtrippelt und wie eine Barbie-Puppe aussieht. Praktikanten, die von Justizwachebeamten mit Häftlingen verwechselt und deshalb tätlich angegriffen, geduzt und beschimpft werden. Hierarchie, die Angst, Macht nach vielen Seiten und Richtungen! Meist sind es Frauen, die vor den Männern Angst haben müssen.

Die Lektüre dieses Buches macht einmal mehr bewußt, daß es eine Männer- und eine Frauensprache gibt. (Was immer auch Postfeministinnen dazu meinen mögen.) Eine weitere Tatsache ist es, daß gerade die Juristensprache eine extrem männliche ist, darum gibt es auch keine adäquate Sprache für Sexualität. Offensichtlich sind nur zwei Extreme möglich. Die trockene juristische Terminologie (z.B.: vorehelicher Geschlechtsverkehr, Konkubinat, Glied in die Scheide einführen) und auf der anderen Seite einen Vulgär-Jargon, meist von Männern benutzt, um abzuschrecken?

Ein mehr als gutes Beispiel für Verständigungsprobleme zwischen den Geschlechtern ist der Fall Birnbaum. Er hat eine Frau mit einer Flasche niedergeschlagen und vergewaltigt. U-Richter Sumpi vernimmt Täter und Opfer (getrennt), beide Vernehmungen sind juristisch formal korrekt. Zwischen Täter und Richter gibt es jedoch keine Unklarheiten. Alles ist klar und logisch, „weil wütend - Flasche auf den Kopf, weil geil - Schwanz hinein“. Die vergewaltigte Frau kann sich Sumpi kaum verständlich machen - er versteht nichts. Zitat: „Die Frau weint. Sumpi schweigt. Pokerface wie immer ... Haben Sie sich gewehrt? Nein. Ich habe so Angst gehabt ... Wovor haben Sie Angst gehabt?!“

Fall Karl Berger, Vergewaltiger seiner Stieftochter. Im Geschworenenprozeß trägt der Sachverständiger sein Gutachten vor. Zitat: „... Die Minderjährige ist sehr frühreif und hat an den Vorfällen Lust empfunden ... Sicher war es für das Kind auch unangenehm, aber es ist auch lustvoll für das Kind gewesen. Einen solchen Zustand nennen wir in der Medizin ambivalent.“ Der Täter wird freigesprochen. Die Geschworenen haben durch das Gutachten einen falschen Eindruck bekommen. Die

kleine Lolita hat Lust empfunden - ist also selber schuld! Als Zara von dem Urteil erfährt, ist sie fasziniert („So hätten sie es gerne, diese alten Böcke“).

Interessant ist auch der Fall des Vaters, der wegen Vergewaltigung seiner elfjährigen Tochter zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde und dessen Erfahrungen mit der Begründung, daß neue Beweismittel aufgetaucht sind, wieder aufgenommen werden soll. Das neue Beweismittel ist ein Gutachten eines Herrn Dr. Greifenstuhl. „Es handelt sich um den Fall, wo der Vater die Tochter gemaust hat, sagt er. Es ist technisch nicht möglich. Und der Vater ist hundervierzig Kilo schwer, kann wohl kaum seine elfjährige Tochter gemaust haben. Dabei lacht er.“ U-Richter Sumpi kommentiert diese Mitteilung mit einem schlichten „ist gut“.

Der beschriebene Herr Rat mag vielleicht eine besondere Spezies der Sorte Richter sein (seine Saftouren verbrämt er mit Ämter- und Behördenwegen, beim Ausschneiden einer Nackten aus einem Kalender wird er beobachtet, eines nachts wird er von der Polizei verhaftet, weil er lautstark seine Freundin beschimpft). Aber doch sicher kein außergewöhnlicher Mann.

Dieses Buch ist eine „Oase in der Wüste justizkritischer Beiträge“ (profil). Eine Juristin beschreibt Konflikte in ihrem Gerichtsjahr. Zara ist mutig, sie stellt sich nicht als objektive Betrachterin dar, sondern ist mitten drin. Sie ist berührt, abgestoßen, hat Angst. Auch ist sie ihren eigenen Vorurteilen und Klischees auf der Spur und scheut auch nicht, diese zuzugeben. „Frau sein alleine ist kein Programm“ (M. Harry), da hat er recht! Frau sein bestimmt jedoch die Position im Leben. Auch deshalb ist es wichtig, daß Bücher dieser Art gelesen, wichtiger, daß sie geschrieben werden.

Die einzige offiziöse Frage an Katarina Zara aus dem Publikum nach einer Lesung aus ihrem Buch lautete: „Haben Sie auch andere Richter wie den 'Zumpfi' kennengelernt?“ Die Antwort war ein spontanes Ja. Das glaube ich sofort! ■

*Dirty Mae Dean*

*Dirty Mae Dean ist ein Pseudonym. Die Autorin ist Mitarbeiterin von „Kritische JuristInnen“.*

EXPO '95

## MASSEN- PSYCHOLOGIE DER TRÄGHEIT

Die Gemeinde Wien sucht in Werkstattgesprächen, die geplante Weltausstellung mit Inhalten zu füllen.

Immobilienhaie und Sanierungsspekulanten haben sich schon auf die 1995 in Wien und Budapest stattfindende Weltausstellung eingestellt. Kapitalkräftige Firmen reißen sich um Häuser und Grundstücke in der Leopoldstadt, dem 2. Wiener Gemeindebezirk. Gekauft wird alles, was zu haben ist. Die Nähe zum EXPO-Gelände verspricht den Anlegern satte Gewinne.

Die Gemeinde Wien hingegen weiß noch nicht so recht, wie sie die „Brücken in die Zukunft“ anlegen soll. Die Ideensuche geht weiter. Ende Mai dieses Jahres lud die EXPO-Werkstatt zu Werkstattgesprächen in den Wiener Messepalast. StadtplanerInnen, WissenschaftlerInnen, Medienleute, PolitikerInnen etc. sollen in fünf Arbeitskreisen Ideen für das Großspektakel erarbeiten.

„Die 1989 veranstaltete, für die Bevölkerung offene Ideensuche wird 1990 fortgesetzt“, heißt es gleich zu Beginn im Papier des Arbeits-



Foto: MOZ-Archiv

**Wenig Chancen im derzeit so ausländerempfindlichen Wien: die Remise als neuer Markt für Handelstreibende aus aller Welt**

kreises Nummer eins, der sich mit der Neuausschreibung des im Vorjahr abgehaltenen Wettbewerbs für alle Wienerinnen und Wiener beschäftigte. Der geplante Ausschreibungstermin mit Anfang Juni wird aber nicht mehr eingehalten werden können. Jedenfalls wird nach Abschluß des Bewertungsprozesses der eingereichten Projekte, die „interessante Ansätze“ gezeigt hätten, aber „einer Betreuung und Weiterbearbeitung“ bedürften, eine Ausstellung organisiert werden, um die prämierten Arbeiten der Bevölkerung näherzubringen.

Eine Ausstellung ist auch das Ziel des Arbeitskreises „Multikulturelle Stadt“. Geplant ist, nachdem im Vorjahr in der Volkshalle des

Rathauses „Donau(t)raum“ gezeigt wurde, eine Schau am gleichen Ort, in der Antworten auf Fragen wie „Wie Umgehen mit der Ausländerfeindlichkeit?“ gesucht werden. Gedanken, die ganze Stadt als Ausstellung zu benützen - etwa die Gegend um den Brunnenmarkt in Wien Ottakring würde sich hier anbieten - gibt es, doch die Realisierbarkeit eines solchen Vorhabens ist schwierig. Möglicherweise wird eine Plakataktion die Ausstellung begleiten. Ein ganz anderes Projekt haben die „Freunde der Remise“ vor. Die ehemalige Straßenbahnremise in der Vorgartenstraße nahe der Reichsbrücke, in der heute Autobusse abgestellt werden, ist durch ihre Nähe zum Ausstel-

lungsgelände zum interessanten Objekt geworden. Vor allem zwei Gruppen stehen schon vor der Tür und wollen sich die Halle für ihre Zwecke aneignen. Die einen wollen eine Theaterfabrik für verschiedene Freie Theater- und Kulturgruppen einrichten, die anderen ein Ökozentrum, wo z.B. alle Schadstoffwerte von ganz Wien abgelesen werden können. Die Frage „Wo steht diese Halle?“ - geschichtlich, sozial, stadtplanerisch - wurde zunächst einmal in den Hintergrund geschoben. Eine Möglichkeit, die eher geringe Chancen auf Verwirklichung hat, ist, die Remise als Marktplatz für die am Handelskai agierenden HändlerInnen aus aller Welt zur Verfügung zu stellen, also multikulturell zu nutzen.

Mit „Bewegungen, die in das Wien des 21. Jahrhunderts führen“, beschäftigt sich ein weiterer Arbeitskreis, der von der „Massenpsychologie der Trägheit“ über „Studien zum neuen Fußgänger“ bis zum „Flaneur zur rush-hour“ eine relativ große Bandbreite als Thema gewählt hat.

Schließlich sollen die Arbeitsgruppen „EXPO-Medial“ Überlegungen anstellen, wie die Vermarktung des Spektakels, vor allem in den elektronischen Medien, am geeignetsten zu bewerkstelligen ist. Die Offensive in Richtung EXPO ist also voll im Gang. Die Gemeinde Wien sollte sich aber auch Gedanken darüber machen, welche Maßnahmen geeignet sind, die BewohnerInnen des EXPO-Umfeldes, die von Absiedlung und hohen Mietpreisen bedroht sind, vor den Spekulanten zu schützen. ■

Günter Schneider

ANZEIGE

In Bukarest wird die Lenin-Statue mit einem Kran entfernt. In Moskau steht eine glerige Menge vor den Pforten von McDonalds. Die Mauer in Berlin wird stückchenweise verkauft, und Ostberlin bestätigt, dass es rechts von Westberlin liegt. In Warschau und Budapest reden die Wirtschaftsminister schon genauso wie Margaret Thatcher. In Peking auch, während Panzer die Studenten plattwalzen. Die KP Italiens, die grösste im Westen, gibt ihren bevorstehenden Selbstmord bekannt. Mit den Wahlen in Nicaragua ist auch der Traum einer weltweiten und starken Solidaritätsbewegung ausgeträumt. Im Baskenland (Euskadi) hingegen kämpft vor unserer Haustüre ein Volk für ein Schimpfwort namens Sozialismus. Für die nationale und soziale Souveränität. Eine Einbeziehung der Inhalte oder einfach nur des Bestehens des baskischen Befreiungskampfes in die politische Diskussion hier findet nicht statt. Wir finden, das muss sich ändern.

### Interessiert?

Wir verbreiten eine Menge Material zum Thema. Unter anderem zweimonatlich die Zeitschrift **EUSKADI INFORMATION** auf deutsch/englisch/italienisch/spanisch oder französisch. Ein Abo kostet 200 Schilling jährlich. Gratis Probenummer und Katalog anfordern!

EUSKADI INFORMATION, POSTFACH 7323, CH-8023 ZÜRICH

Von Günter Schneider

## GEGENGIFT ZUM MEDIENRUMMEL

Vom 27. - 30. September findet im bundesdeutschen Freiburg das 4. Freiburger Video-Forum statt. Veranstalterin ist die Medienwerkstatt Freiburg.

Unabhängige, deutschsprachige Videoproduktionen abseits der großen Fernsehanstalten werden von einer Auswahlkommission zusammengestellt und präsentiert. Die Diskussion wird um Produktionsbedingungen, um Ästhetik und neue Ausdrucksformen gehen.

Ein internationales Rahmenprogramm steht unter dem Motto „Gegengift zum Medienrummel 'Hurra, Europa!'“. In einer Gemeinschaftsproduktion verschiedener kritischer Video-Gruppen aus mehreren Ländern (F, BRD, GB, B, I) etwa soll anlässlich des 100. Jahrestages des 1. Mai den klassenkämpferischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit ebenso nachgegangen werden wie den akuten sozialen Konflikten, die sich zu einem erheblichen Teil aus der Umwandlung der klassischen Industriegesellschaften ergeben. Aus Dänemark wird sich TV-Stop der Öffentlichkeit vorstellen, das in Europa erstmals einen nicht-kommerziellen Sender betreibt und 5 Tage pro Woche für zwei Stunden eigene Produktionen über Kopenhagen ausstrahlt.

Video-Produktionen, die am Video-Forum gezeigt werden sollen, können noch bis 1. August dieses Jahres eingesandt werden. „Wir erwarten Provokationen“, so die Hoffnung der VeranstalterInnen. ■

**Kontakt:**  
Medienwerkstatt Freiburg,  
Konradstraße 20,  
7800 Freiburg, BRD,  
Tel. 0761/709757

## WIEDERGUT-MACHUNG

Den 45. Jahrestag der Befreiung der Nazi-Konzentrationslager und der Beendigung der Nazi-Herrschaft in Europa im Mai 1945 nahm die „Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien“ zum Anlaß, abermals eine Wiedergutmachung für

die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus, wie sie für rassistisch und politisch Verfolgte bereits existiert, zu fordern.

Die Argumentation, mit der Sozialminister Geppert die Wiedergutmachung verweigert, ist unrichtig. Er behauptet nämlich, Homosexuelle wären als Kriminelle ins KZ gekommen. In Wahrheit war die systematische Vernichtung Homosexueller als „lebensunwertes Leben“ integraler Bestandteil der Nazi-Ideologie.

„Die HOSI Wien findet eine derartige Haltung zutiefst beschämend und eines Ministers unwürdig“, wird in einer Presserklärung formuliert. „Eine derartige Haltung bedeutet auch“, wie Obmann Reinhardt Brandstätter anmerkt, „eine späte Rechtfertigung des Nazi-Terrors und verhilft somit der Nazi-Ideologie zu späten Siegen.“

Die HOSI fordert daher den Sozialminister auf, umgehend gesetzliche Maßnahmen zu einer Wiedergutmachung für die homosexuellen Nazi-Opfer einzuleiten. „Eine Weigerung hieße“, so die HOSI, „eine späte Komplizenschaft mit den Nationalsozialisten einzugehen.“ ■

## AIDS-HILFE IM KONKURS

Nach wie vor steigen die HIV-Infektionen in beunruhigendem Ausmaß. Immer mehr Menschen infizieren sich über heterosexuellen Geschlechtsverkehr. 20% der Neuinfizierten sind Frauen. Damit steigt auch der Anteil von HIV-infizierten Kindern.

Der Bedarf an Information über Übertragungswege und Schutzmöglichkeiten einerseits und an psychosozialer Unterstützung für Menschen mit AIDS ist deshalb in besonderem Ausmaß gegeben.

Die österreichische AIDS-Hilfe, die es seit fünf Jahren gibt, hat sich diese Arbeit zum Ziel gesetzt. Durch Beratung und Information soll eine Weiterausbreitung der Immunschwächekrankheit verhindert werden. HIV-Positive und bereits an AIDS erkrankte Personen werden von der AIDS-Hilfe unterstützt, daß sie sozial und psychisch ein möglichst stabiles und menschenwürdiges Leben

führen können. Jetzt befindet sich der Verein, der österreichweit 120 MitarbeiterInnen hat, in einer prekären finanziellen Notlage. Von Subventionen des Bundeskanzleramtes und des Gesundheitsministeriums abhängig, belief sich der Schuldenstand im heurigen April bereits auf 7,4 Millionen Schilling. Zu spät überwiesene Gelder und in Aussicht gestellte Kürzungen machten es für die MitarbeiterInnen der AIDS-Hilfe notwendig, mit dem Problem an die Öffentlichkeit zu gehen. Am 31. Mai dieses Jahres fand eine diesbezügliche Protestkundgebung am Wiener Ballhausplatz statt.

Durch die Subventionskürzungen müßte jede/r dritte MitarbeiterIn entlassen und ganze Beratungsstellen in den Bundesländern geschlossen werden. Eine langfristige Planung der Präventionsarbeit ist unmöglich geworden.

Deshalb fordert die AIDS-Hilfe von den staatlichen Stellen eine Anhebung des Budgets, um den steigenden Bedarf in Hinblick auf die Ausbreitung des HI-Virus decken zu können. Weitere Forderungen sind: keine Einflußnahme der staatlichen Stellen auf die inhaltliche Arbeit der AIDS-Hilfe und die Novellierung des AIDS-Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode. ■

## GEGEN NEUE WOHNUNGSNOT

Die „Aktionsplattform gegen Mietzins- und Ablösewucher“, in der verschiedene Mieterorganisationen bisher erfolgreich gemeinsam gegen geplante Verschlechterungen im Mietrechtsgesetz kämpfen - bekanntlich wird die Novelle in dieser Legislaturperiode nicht mehr über die Parlamentsbühne gehen (siehe MONATSSZEITUNG Nr. 50, Seite 67) -, bereitet sich über den Sommer darauf vor, inhaltlich für den Wahlkampf gerüstet zu sein.

In einem, seit einigen Wochen tätigen Arbeitskreis soll das umfangreiche Thema mit Experten genauer besprochen und Konzepte entwickelt werden, die dann der Öffentlichkeit und den Parteien in der Vorwahlzeit zur Kenntnis gebracht werden.

Das für Wien brisante Thema Sa-

nerung von Althäusern und der damit verbundenen Spekulation griff Friedrich Hof, der seit zehn Jahren als Gebietsbetreuer bei der Stadterneuerung arbeitet, bereits in einem Referat auf.

Das sogenannte 'Hofkonzept' geht von einer Teilung des Wohnungsmarktes aus. Reiche Hauseigentümer, die für die Sanierung ihrer Häuser keine öffentlichen Förderungen in Anspruch nehmen, sollen laut Hof von NeumieterInnen künftig einen sogenannten 'angemessenen', d.h. freien Mietzins verlangen dürfen. Eine Mieterhöhung gemäß § 18 dürfte es in diesem Fall aber nicht mehr geben.

In Häusern, die mit öffentlichen Mitteln saniert werden - das wird die überwiegende Mehrheit sein -, müßten sich die Mieten strikt an festzulegende Obergrenzen halten. Der „Sanierungszins“ liegt in den verschiedenen Kategorien (D-A) etwas höher als der gesetzlich vorgesehene. Die langjährige Rückzahlung auf 50 Jahre gewährleistet einerseits einen erschwierlichen Mietzins - die jetzigen § 18-Mieten sind oft nicht mehr leistbar -, andererseits würde die Gemeinde nach den Hofschuldenfrei sein, also keine Belastungen in diesem Budgetbereich mehr zu tragen haben. Ähnliches kann sich Hof auch für den Wohnungsneubau vorstellen, der momentan für untere Einkommenschichten nicht mehr zugänglich ist.

Ebenfalls des Themas Wohnen hat sich die JG-Niederösterreich angenommen. Sie will ein Volksbegehren „gegen die neue Wohnungsnot“ starten. Ob ein Volksbegehren nach der Erfahrung der Wiener Volksbefragung zur Linie 8 allerdings das geeignete Mittel ist, dieses so brennende Problem zu forcieren, bleibt fraglich. ■

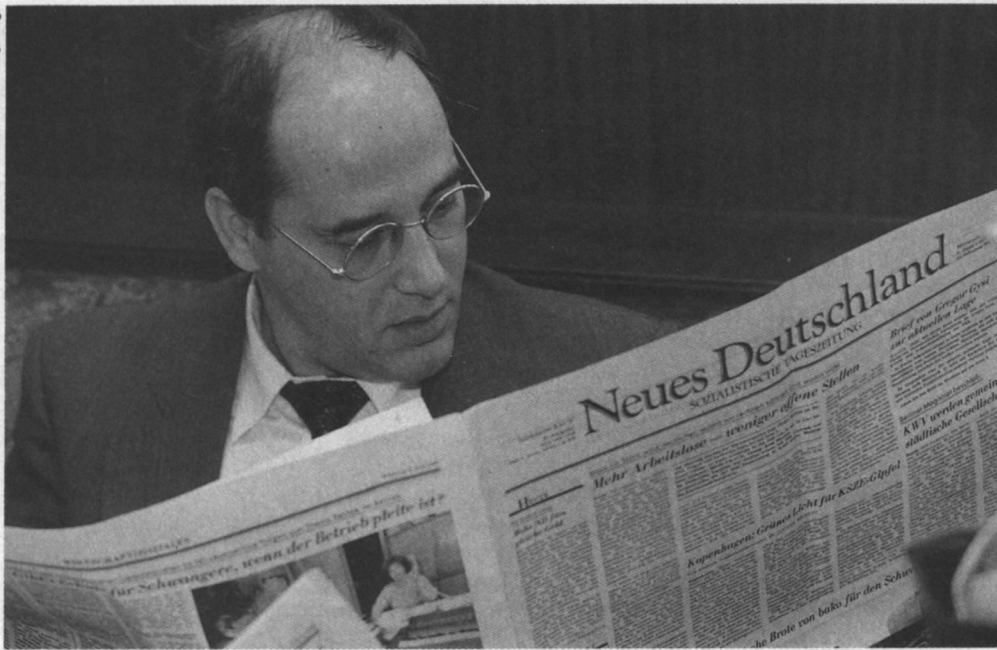
*Weitere Veranstaltungen der „Aktionsplattform gegen Mietzins- und Ablösenwucher“ jeweils um 19 Uhr im Club International, 1160 Wien, Payergasse 14:*

7.7. Althausanierung (Referent: Gustav Fröhlich, Stadterneuerungsfonds)

10.7. Mietzinsobergrenzen (Caspar Einem, AK-Wien)

24.7. Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften (Heidi Wimmer, AK-Wien).

■ SPLITTER



DEUTSCHE LINKE/DDR

## NEU AUF DER SZENE: DIE PDS

Soll die „Partei des demokratischen Sozialismus“ PDS sich auf die BRD ausweiten? Angesichts ihrer Geschichte und der Berührungspunkte vieler linker Gruppen gegenüber der ehemaligen Staatspartei stehen die Linken vor einem schweren Konflikt.

Die PDS hat bereits vor längerem klargemacht, daß sie bei den kommenden Bundestagswahlen, sofern sie noch stattfinden, nicht antreten wird. Bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen will sie sich aber um Stimmen bemühen. Für die anderen linken Gruppen und Parteien stellt sich damit die Frage der Zusammenarbeit, da die PDS in einem gesamtdeutschen Parlament wohl vertreten sein wird.

Die BRD-Grünen haben auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz Ende März in Hagen Position bezogen: „Die Erneuerung der SED zur PDS ist noch zu kurz, um beurteilen zu können, wie tiefgreifend und überzeugend ihr Abschied vom Stalinismus tatsächlich ist ... Deshalb entbehren Debatten über ein strategisches Bündnis oder eine Verschmelzung von Grünen und PDS jeder Grundlage.“ Das ist der

Hauptpunkt: Die Vergangenheit der Partei, die sich selbst als Rechtsnachfolgerin der SED versteht.

Von der BRD-SPD wird die PDS systematisch umgangen. Sie paßt offensichtlich nicht in die nationalistischen Träumereien der SPD von einer großdeutschen großen Koalition mit den Konservativen. So mußte beispielsweise die stellvertretende Parteivorsitzende Herta Däubler-Gmelin auf Beschluß des Parteivorstandes (!) ein Streitgespräch mit PDS-Chef Gregor Gysi an der Berliner Volksuniversität absagen.

In der BRD bilden sich bereits PDS-Initiativen. Einige linke Gruppen setzen Hoffnungen in eine gesamtdeutsche linkssozialistische Partei. Andere, vor allem Teile der Grünen und Linken in der SPD (es gibt noch welche), sehen Gefahren. In der DDR-Parteienlandschaft ist es ähnlich. Der Unterschied besteht darin, daß die anderen Parlamentsvertreter mit der PDS irgendwie umgehen müssen. Totschweigen ist nicht möglich.

Die DDR-SPD, die eigentlich nicht mehr die Bezeichnung 'links' verdient, bekämpft die PDS, verweigert jede inhaltliche Auseinandersetzung und versucht sogar, ihre eigene Identität aus der PDS-Ablehnung zu schöpfen. Für die Grünen und Bürgerbewegungen, vereint im „Bündnis 90“, schrieb ihr Fraktionsvorsitzender in der Volkskammer, Jens Reich, in der „Berliner Volkszeitung“ über das

### Gregor Gysi, Chef der PDS

„Dilemma mit der PDS - Solidarität mit den Ausgegrenzten und Mißtrauen“. Er lobt einerseits die sachliche praktische Arbeit und erkennt die PDS als wichtige Plattform gerade für junge Menschen an. Gleichzeitig sieht er, daß das Ergebnis des Erneuerungsprozesses, dem er noch nicht so recht traut, nicht abgewartet werden kann. Eine Auflösung wäre nach Reichs Meinung sinnlos. Ob die PDS zum Partner wird? „Vorläufig bin ich sehr, sehr skeptisch. Und bleibe in der Klemme. Die PDS ist mir Juckpulver im Hemdkragen.“

Wie derzeit in der DDR mit der PDS umgegangen wird, zeigt der Volkskammer-Beschluß vom 31. Mai. Danach werden die Finanzen aller Parteien und ehemaligen Massenorganisationen der Treuhandschaft einer Regierungs-(nicht Parlaments-)Kommission unterstellt. Daß es sich dabei vor allem um einen Schlag gegen die PDS handelt, ist offensichtlich. Neben den existenziellen Auswirkungen ist auch das Verfahren, wie dieser Beschluß zustande kam, symptomatisch für den derzeitigen Umgang mit der Opposition in der DDR: Genauso undemokratisch wie die Entstehung des Staatsvertrages. Friedrich Schorlemmer, seit letztem Herbst prominenter Pfarrer aus Wittenberg, kritisiert die „vordergründige Wünschelrutenpolitik nach Stimmen“. Das alte Spiel dürfe so nicht wieder beginnen.

Wie geht die PDS selbst mit ihrer

Vergangenheit um? Gregor Gysi formulierte auf einer Tagung Mitte Mai das Ziel, als Partei und individuell die Geschichte in den nächsten Monaten intensiv aufzuarbeiten. Er hat klar erkannt, daß Verdrängung die PDS in ihrer momentanen Sündenbockrolle einsperren würde. Ein PDS-Mitglied, das einige Monate im Berliner Bezirksvorstand saß, sieht ein Problem in der Altersstruktur. „Der Partei fehlt das 'Mittelalter', sie spaltet sich vor allem in alte und junge Mitglieder auf. Erstere wollen die Geschichte eher verdrängen, da sie sehr eng mit ihrer eigenen Biographie zusammenhängt. Die Jüngeren sind für eine Erneuerung und wollen auch die Vergangenheit aufarbeiten. Ich befürchte, daß sich derzeit die Alten durchsetzen.“ Jetzt räche sich doch, daß die Partei im Dezember nicht aufgelöst wurde.

Neben der Vergangenheit geht es natürlich auch um den praktischen und theoretischen Anspruch der PDS. Gysi spricht von „der Profilierung einer linkssozialistischen Partei neben der Sozialdemokratie.“ Praktisch soll sie seiner Meinung nach eine reformerische Politik verfolgen. Es gehe unter anderem darum, die Rekapitalisierung der DDR sozial und demokratisch zu gestalten. Die Sozialdemokratisierung der PDS wird offensichtlich und wirft auch die Frage ihrer Existenzberechtigung auf.

Bei vielen bleibt natürlich die Hoffnung, daß die PDS den programmatischen Weg des demokratischen Sozialismus aufrechterhält. Im Gegensatz zur BRD-SPD, die seit nunmehr dreißig Jahren ihren (gerade erneuerten) Anspruch auf demokratischen Sozialismus laufend widerlegt.

Ein Hauptkonflikt zeichnet sich ab, der zu einer langen Regierungsunfähigkeit der linken Parteien in Deutschland führen könnte:

Wenn die PDS in Deutschland (mit wahrscheinlichem Erfolg) antritt, aber Grüne, Bürgerbewegungen und SPD nicht mit ihr zusammenarbeiten wollen, dann gibt es auf Dauer vielleicht eine arithmetische linke Mehrheit, die aber nicht in eine politische umgewandelt werden kann.

Von manchen PDS-Sympathisanten kommt dann die Äußerung einer möglichen Mehrheit „links von dieser reaktionären SPD“.

Das ist genauso unrealistisch wie die Verwirklichung der Forderung, die PDS solle sich auflösen. Abgesehen davon, daß die PDS zumindest als regionale Partei in der DDR in Zukunft wichtig bleiben wird: Aus dem Dilemma kann nur ihre wirkliche Erneuerung mit klarem politischem Profil und ein Abbau der Berührungangst der anderen linken Parteien führen. ■

Ulrich Brand, Ost-Berlin

DEUTSCHE LINKE/BRD

## WAHLKAMPF GEGEN DIE WAHL?

Nach dem gescheiterten Versuch mit den Grünen sucht die bundesdeutsche Linke nach einem neuen parlamentarischen Spielbein. Die ostdeutsche PDS bietet sich als Bündnispartnerin an.

Die Westberliner „Tageszeitung“ ortete in ihrer Vorschau auf den Kongreß der „Radikalen Linken“, der am Pfingstweekenende Anfang Juni dieses Jahres in der Zentralmensa der Kölner Universität stattfand, nur einen kleinsten gemeinsamen Nenner, nämlich das Thema, das die gesamte deutsche Linke vornehmlich beschäftigt: „Nie wieder Deutschland“.

Ein paar Wochen zuvor hatte die „Radikale Linke“, ein noch loser Zusammenschluß diverser linker Gruppen, der organisatorisch vor allem von den HerausgeberInnen der Hamburger Monatszeitungen „Arbeiterkampf“, „konkret“ und der „Sozialistischen Zeitung“ getragen wird, zu einer Großdemonstration gegen den Anschluß der DDR in Frankfurt aufgerufen. Gekommen waren immerhin 15.000, die gegen die „nationale Besoffenheit“ („konkret“-Herausgeber Hermann Gremliza) auf die Straße gingen, für bundesdeutsche Verhältnisse eine eher geringe Anzahl.

Das Interesse für den zweieinhalbtagigen Kongreß, der ein erstes Zusammentreffen in größerem Ausmaß darstellte, war aber dennoch überraschend. An die 2.000 linke Frauen und Männer aus allen möglichen Gruppierungen des

Landes waren gekommen, um an den Diskussionen über Antifaschismus, Antimperialismus, Niedergang des „realen Sozialismus“ und Ökologie in acht Runden teilzunehmen.

Begonnen hatten die Überlegungen, sich vermehrt auf die außergrüne Linke zu orientieren, bereits vor mehr als einem Jahr. Damals, unter den Eindruck der putschartigen Abwahl des mehrheitlich fundamentalistisch besetzten Bundesvorstands der Grünen, wollte sich die „Radikale Linke“ noch nicht ganz von den Grünen trennen. Es wurde damals noch von „doppelter Loyalität“ (Ex-Abgeordneter der Grünen, Thomas Ebermann) gegenüber der Linken innerhalb und außerhalb der Grünen gesprochen.

Anfang April dieses Jahres traten dann 46 Mitglieder aus der Hamburger Grün-Alternativen Liste (GAL) - die letzte linke Hochburg in den Grünen - geschlossen aus, um sich ganz dem Projekt „Radikale Linke“ zu widmen. Beschleunigt hat diese Entwicklung der Umbruch in der DDR und die damit verbundene Möglichkeit, bei einer Vereinigung der beiden Staaten mit der doch relativ starken PDS

tur bei gemeinsamen deutschen Wahlen herum, die nach der neuesten Entwicklung noch in diesem Jahr Wirklichkeit zu werden scheinen. „Gibt es einen Wahlkampf gegen die Wahl?“, stellt er die für ihn zentrale Frage, nachdem er seine Befürchtung des gänzlichen Verschwindens der deutschen Linken zum Ausdruck gebracht hat.

Doch gerade diese Gedanken, die Ebermann in seinem Beitrag vom Podium äußerte, stießen bei der überwiegenden Mehrheit der KongreßteilnehmerInnen auf großen Widerspruch.

Allgemein wird die PDS als 'sozialdemokratisch' eingestuft. Ein Eindruck, den Gregor Gysi anlässlich seines Wien-Besuches Anfang Juni zumindest etwas abschwächen konnte. Das Ansuchen um Aufnahme der PDS in die 2. Internationale hingegeben ist eine Tatsache, die die Einschätzung der SED-Nachfolgeorganisation als Reformpartei bestärkt.

Siggi Frieß, grüne Abgeordnete aus Berlin, sprach von geheimen Absprachen bezüglich einer linken Kandidatur für ein gesamtdeutsches Parlament. „Wir werden uns nicht an der Diskussion einer

Teil der außerparlamentarischen Linken war nicht bereit, ihnen zu folgen. Bei einem zweiten Anlauf, revolutionäre Politik ins Parlament zu tragen, werden diese wieder nicht folgen, was unweigerlich die Schwächung beider Teile bedeutet.

Auch der Versuch, die feministische Bewegung in die „Radikale Linke“ einzubinden, scheint zunächst gescheitert. Das Bemühen des Vorbereitungskomitees, die Podien der einzelnen Runden paritätisch mit Männern und Frauen zu besetzen, war zwar vorhanden. Doch das Vorhaben wurde nur halbherzig durchgeführt. Bei zwei für das Podium vorgesehenen Feministinnen etwa wurde erst wenige Tage vor dem Kongreß angefragt, ob sie bereit wären, ein Referat zu halten. Sie sagten wegen der kurzen Vorbereitungszeit ab. Die Antimperialismusrunde mußte deshalb auch entfallen. Silke Struckmeyer, Feministin aus Berlin, formulierte die Kritik der Frauen so: „Wir wollen nicht die Aufarbeitung der patriarchalischen Täterschaft übernehmen.“ Es werde keine Unterordnung der Feministinnen unter die „Radikale Linke“ geben. Erst müßten „bes-

Foto: Günter Schneider



Kongreß der außer-grünen Linken

(„Partei des Demokratischen Sozialismus“) gemeinsam Politik zu machen.

Ökosozialist Ebermann, der nach dem Scheitern linker Politik bei den Grünen eher auf außerparlamentarischen Aktionismus setzte, schlägt sich jetzt doch wieder mit dem Gedanken einer Kandida-

Perspektive als Wahlpartei beteiligen“, brachte ein Sprecher der Hamburger Antifa-Gruppe die Stimmung im Saal auf den Punkt und bekam großen Applaus.

Schon einmal verrechneten sich so manche Linke, als sie zu Beginn der 80er Jahre ihren Weg in die grüne Partei nahmen. Ein großer

sere Rahmenbedingungen im linken Spektrum für Feministinnen“ geschaffen werden. Und Siggi Frieß sekundierte: „Wir werden den linken emanzipierten Männern auf die Füße steigen.“

Kritik an der Linken kam aber auch von den VertreterInnen der Behinderten- und AusländerInnen- ▶

gruppen. Hamide Scheer, eine aus der Türkei stammende Feministin, kritisierte das geringe Engagement der Linken gegen die neuen Ausländergesetze, die eine „Mauer zur Abschottung Deutschlands“ bedeuteten. Und Theresia DeGENER vom „Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen“ konstatiert, daß sich linker Widerstand gegen sich an die NS-Bevölkerungspolitik annähernde Verhältnisse in der BRD im Behindertenbereich „in einer Grauzone“ befinde und fast ausschließlich von den Betroffenen selbst und den Feministinnen getragen sei.

Mit einer fulminanten Parteigründung beim ersten Zusammentreffen der „Radikalen Linken“ war ohnehin nicht zu rechnen. Inhaltlich jedoch waren doch grundsätzliche Gemeinsamkeiten spürbar. Auch für die „taz“ waren im nachhinein „neue Denkanstöße“ vorhanden. Organisatorisch wurde beschlossen, die „Radikale Linke“ nicht als Parteiprojekt auszurichten. Minimale Koordinationsstrukturen werden aber als erforderlich betrachtet. Für Anfang November - zum Jahrestag des Falls der Berliner Mauer - wird eine weitere Großdemonstration gegen den Anschluß der DDR geplant, ganz nach dem Ebermannschen Motto des „Ungebrochenen Aktionismus“.

Günter Schneider

AUSLAND

PERU

## FUJIMORIS SIEG - DIE NIEDERLAGE EINER KLASSE

Der Wahlsieg von Alberto Fujimori bei den Präsidentschaftswahlen ist vor allem eine Niederlage des Projekts der peruanischen Bourgeoisie.

Lima, 12. Juni. In der zentralen Straße der Innenstadt, wo Alberto Fujimori sein Hauptquartier aufgeschlagen hat, feierten in der Nacht des Wahlsonntags am 10. Juni Straßenhändler, Arbeitslose und Passanten mit Musik und Tanz den Sieg ihres Kandidaten, während in dem vornehmen



Alberto Fujimori bei der Wahl

Wohnviertel Barranco gutgekleidete weißhäutige Demonstranten rassistische Parolen gegen Fujimori schrien und nach einem Militärputsch verlangten. Der unterlegene Präsidentschaftskandidat Mario Vargas Llosa mußte persönlich erscheinen und seine Anhänger zu Ruhe und Vernunft aufrufen, um dem bedrohlichen Spektakel ein Ende zu setzen.

Bis kurz vor der entscheidenden Wahlrunde war der Ausgang der peruanischen Präsidentschaftswahlen ungewiß. Ein Fernsehduell in der Woche vor den Wahlen hatte dem eloquenten und eleganten Erfolgsschriftsteller Vargas Llosa wieder einige Prozente verschafft, sodaß nun sowohl er als auch Fujimori, trotz seiner japanischen Abstammung „el Chinito“ genannt, als Wahlsieger möglich waren. Und wie schon im ersten Durchgang im vergangenen April, so tippten auch diesmal die Meinungsforscher weit daneben: Alberto Fujimori gewann mit fast 20% Vorsprung vor seinem politischen und weltanschaulichen Gegenspieler Vargas Llosa. Der Schriftsteller konnte nur in 3 der 24 Departements Perus die Wahl knapp für sich entscheiden, während Fujimori in den Krisengebieten Apurimac, Junin und Huancaavelica, dem Hauptaktionsgebiet des „Sendero Luminoso“, durchschnittlich 70% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dies, obwohl der „Leuchtende Pfad“ zur Wahlenthaltung aufgerufen hatte, genauso wie die zweitgrößte

Guerillaorganisation, die „Bewegung Tupac Amaru“. Nur 7% der Wahlberechtigten enthielten sich bei dem entscheidenden Durchgang ihrer Stimme.

Der große Verlierer dieser Wahlen war nicht nur der mondäne Schriftsteller Mario Vargas Llosa, sondern das politische und ökonomische Projekt der peruanischen Bourgeoisie, die nach den vier Jahren unter der schwachen sozialdemokratischen APRA-Regierung von Alan Garcia unter allen Umständen wieder die Exekutive an sich reißen wollte. Angesichts dieser konservativen Offensive zeigte sich weder die sozialdemokratische APRA noch die gesplante Linke fähig, ein überzeugendes Programm für den Ausweg aus der Krise anzubieten. So blieb es dem Polit-Neuling Fujimori, einem bis vor wenigen Monaten in der 'Szene' völlig unbekanntem Agraringenieur, vorbehalten, mit seiner eigens für die Wahlen aus dem Boden gestampften Bewegung „Wandel 90“ die politische Initiative zu ergreifen. Fujimori, der Gegenpol zum herrschenden Bild der Politikerklasse, geboren und aufgewachsen als Sohn japanischer Einwanderer in den Armenvierteln Limas, Absolvent öffentlicher Schulen, der es nur durch Strebbarkeit und ohne Protektion einflußreicher Familienangehöriger in seiner beruflichen Laufbahn bis zum Rektor der Hochschule für Bodenkultur brachte.

Fujimoris Programm liest sich ein-

fach - es besteht mehr in Absichtserklärungen als in wohl ausgefeilten Studien. Seiner Ausbildung entsprechend, will der neue Präsident die Agrarproduktion steigern - vor allem für den internen Verbrauch -, mit den Gläubigern Umschuldungsverhandlungen führen und den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Guerilla durch strukturelle Verbesserungen für die Landbevölkerung die Grundlage entziehen. Dabei wird ihm die jüngst erfolgte Spaltung des „Leuchtenden Pfades“ zu Hilfe kommen: Ein Teil der Senderistas möchte die Waffen niederlegen und in Zukunft auf zivilem politischen Weg das System verändern. Auch hat die Polizei kurz vor den Wahlen eine erstrangige Kommandozone des „Sendero“ in Lima besetzt und wichtige Dokumente erbeutet.

Fujimoris Bewegung liegt im Kongreß nur an dritter Stelle, Vargas Llosas rechtskonservative Allianz „FREDEMO“ hat bei den Wahlen vom 8. April sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus die Mehrheit errungen. Das heißt, daß er neue Präsident für seine legislative Arbeit Bündnisse eingehen muß, wo sich in erster Linie die „Izquierda Unida“, die Vereinigte Linke, und Teile der APRA anbieten, die unerwarteterweise im Kongreß an zweiter Stelle liegen. ■

Maria Florez-Estrada, APJA

# WOHL- WOLLENDE DESPOTEN UND LITERARISCHE UNTERTANEN

Eingeschlafen im Wien Joseph II. verschläft der lächerliche Josefiner Johann Rautenstrauch zwei Jahrhunderte und erwacht daselbst kurz nach Abtritt des großen Reformkanzlers Bruno Kreisky. Mit dieser satirisch-phantastischen Klammer verbindet Karl-Markus Gauß in seinem neuen Buch die Periode Joseph II. mit jener Bruno Kreiskys.

Der auf den ersten Blick erstaunliche Vergleich ist sicherlich mehr als eine essayistische Pointe: In beiden Perioden wurde ein marod gewordener Staat modernisiert, um ihn auf europäisches Niveau zu heben, in beiden Perioden auch war die Bürokratie Träger der Reformen - und der Klassencharakter des Staates blieb natürlich unverändert. Vor allem aber - und dies erst läßt historische Vergleiche wirklich sinnvoll erscheinen - sind die beiden Epochen durch eine Kontinuität verbunden: die Schwäche des österreichischen Bürgertums. Der „Übergang der Macht von der Feudalaristokratie nicht auf eine bürgerliche Klasse, sondern auf die Staatsbürokratie hat das Antlitz der österreichischen Kultur über die Zeiten geprägt und verunstaltet“.

Das Ende der Ära Kreisky macht allerdings keine Jakobiner-Prozesse nötig; ehemalige Beamte radikalisierten sich nicht unter dem Eindruck revolutionärer Ereignisse. Im Gegenteil: Statt Jakobiner ohne Volk sind Nörgler ohne Satire im Schatten des Staates gewachsen. Ebenso läßt die einschneidende Rücknahme der Josephinischen Reformen sich kaum vergleichen mit dem sanften Hinübergleiten in die große Koalition. Auch schufen die Widersprüche des Josephinischen Reformprogramms einen beachtlichen Freiraum für eine nicht etatistische Aufklärungsbewegung. Lessing, der emphatische Kontrahent aller Staats-Schat-

tengewächse, erwog ernstlich, nach Wien zu gehen, und Mozart - so sehr er unter der Josephinischen Staatskultur und ihrer Borniertheit gelitten hat - wußte dem Kaiser für die geschaffenen Freiräume zu danken. Drei Vorstadttheater wurden gegründet, die durch staatliche Erlaubnis eine vom Staat relativ unabhängige Theaterkultur möglich machten. In den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts aber haben ein paar Schriftsteller das Milieu der Arbeiter abfotografiert oder freche Wortspiele erfunden (rot - ich weiß - rot etc.), ein Maler hat viele Photographien übermalt und ein Aktionist literweise Schweineblut verschmiert. Es war - mit wenigen Ausnahmen - die Fortsetzung der Sozialpartnerschaft mit anderen, ganz anderen Mitteln: der Provinzialismus der österreichischen Kultur wurde ausgeräumt, die Verdrängung der Geschichte neu inszeniert.

So geht es auch dem Essay von Gauß weniger um die historische Parallele mit dem Josephinismus als um die kulturelle Misere heutiger SchriftstellerInnen, die - nach der etatistischen Besoffenheit der siebziger Jahre - in Katerstimmung umgeschlagen ist. Inmitten einer jener Veranstaltungen, die diese Stimmung benötigt, um sich kundzutun, erwacht nämlich der Josephiner Johann Rautenstrauch und fühlt sich sofort unter seinesgleichen. Die 'Denkwürdigkeiten', die ihm daraufhin acht moderne Staats-Schattengewächse - von Silvio Lehmann bis Peter Henisch - ins Stammbuch schreiben, geben durch die verschiedenen, von Gauß souverän

gehandhabten satirischen Methoden einen tiefen Einblick in das Getriebe der österreichischen Literatur und Kunst. Gottfried Keller hatte einst behauptet, es gäbe nicht nur den nüchternen Spieser, sondern - als sein Pendant - auch den betrunkenen. Den linken Denkwürdigkeiten in Rautenstrauchs Stammbuch läßt

sich entnehmen, daß die Dynamik der hiesigen kulturellen Öffentlichkeit fast nur mehr aus der Konfrontation des nüchternen mit dem betrunkenen Spieser besteht. Es ist auf österreichischem Boden gewissermaßen das letzte Stadium im Alterungsprozeß der Avantgarde erreicht, wenn Staberl und Nitsch sich gegenseitig provozieren. Daraus resultiert, wie Gauß schreibt, ein „Zwang zur falschen Alternative“. „Die Anstrengungen der Analyse sind überflüssig, ja politisch geradezu verdächtig geworden, statt dessen ist der fortgesetzte Gratisanspruch für Dinge gefragt, die der Unterstützung niemals wert wären, würden sie nicht zuvor von den falschen Leuten aus ihren schlechten Gründen angegriffen worden sein. (...) Nicht für das, was einer schafft, wird er heute geschätzt oder verteidigt; allein, daß es den Widerspruch der dreistesten Skandalumwitterer erregte, reicht aus, um es schützens-, ja rühmenswert zu machen.“

So sieht Gauß im linken Provinzialismus-Kritiker eine neue Spezies des Spiesers heranreifen, je näher Österreich zur EG rückt und zur 'provincia' im klassischen Sinn wird: zum unterworfenen Land. „Das Ideal dieser großstädtisch-weltgewandten Hinterwäldler, die mit ihrer lebensfrohen Tüchtigkeit die ärgsten Spieser ihrer Zeit sind, will es, daß lauter akzeptierte, gutgelaunte und zufriedene Konfektions-Exzentriker, frei von altem Aberglauben und provinzieller Hemmung, auf ihren geistigen

Rollschuhen durch die schöne neue Welt des urbanen Spiesertums flitzen.“

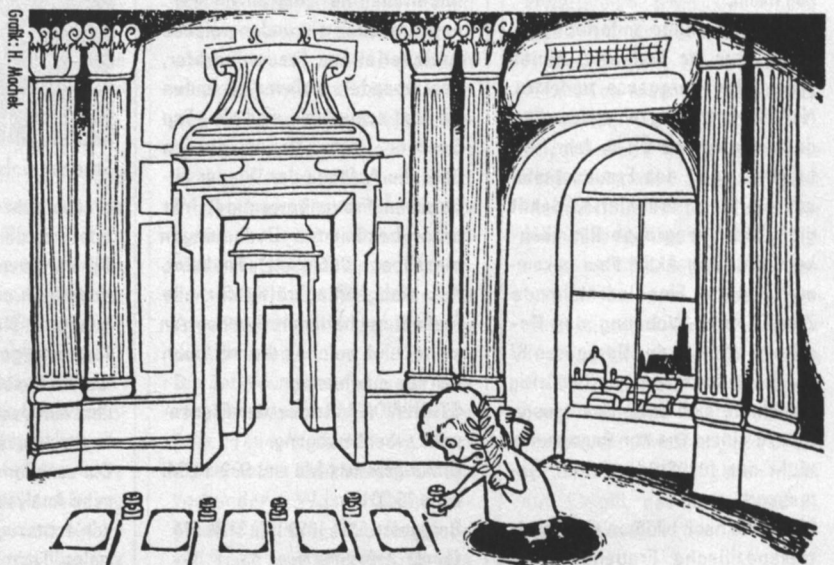
Karl-Markus Gauß gehört mit seinen Essays zu den ganz wenigen der österreichischen Literatur, die das ästhetische Urteil weder der politischen Taktik und der feuilletonistischen Speichelleckerei noch der Wissenschaft des Nichtwissenswerten - der Germanistik - zu opfern bereit sind. Gerade indem er die bequemsten der linken Vorurteile zerstört, stößt er zu den wirklichen Fragen des linken Engagements in Literatur und Kunst vor.

Das Buch endet mit einem Nestroy-Zitat: „Woher, edler Mussjöh, der Zorn über die Machenschaften dero ehrbaren Profession der Paraplumacher? Sind mir doch, wenn meiner Erinnerung Flügel mich nicht lahmend trügen, selber einer von ihnen? - Eben drum, eben drum.“ In der zornlosen Weise Nestroys erklärt Gauß am Ende seinen Zorn über die österreichischen Schriftsteller; weil er selbst einer ist, findet dieser Zorn aber auch die ihm gemäße satirische Sprache, die das kritische Rasonnement mit phantastischen Imaginationen auflockert. Sie ist wohl auch daran schuld, daß man das Buch - einmal begonnen - nicht aus der Hand legt, ehe es der satirische Essayist mit Nestroy schließen läßt. ■

*Karl-Markus Gauß: Der wohlwollende Despot. Über die Staats-Schattengewächse. Klagenfurt/Celovec (Wieser Verlag) 1989.*

**Gorhard Scholt**

„Ein tiefer Einblick in das Getriebe der österreichischen Literatur und Kunst ...“



Quelle: H. Mochel

KULTUR



Immer wieder einsetzbar - im Frauenarchiv aufbewahrte Transparente

## ARCHIV

## STICHWORT

Anlässlich markanter Jahrestage dreier Frauenprojekte hat das, bis vor kurzem sich nennende „Archiv der Neuen Frauenbewegung“ eine Jubiläumsbroschüre gestaltet und seinen Namen geändert. Den multimedialen Entwicklungen einerseits am Archivierungssektor und der Existenz lesbischer Frauen andererseits Rechnung tragend, nennt sich das Frauenarchiv ab sofort „STICHWORT - Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung. Bibliothek. Dokumentation. Multimedia.“

Nach zehn Jahren „UNI-Frauenzentrum“, acht Jahren Verein „Frauenforschung und weiblicher Lebenszusammenhang“ und sieben Jahren „Archiv der Neuen Frauenbewegung“ ziehen die gegenwärtig neun Archivarbeiterinnen Bilanz.

Wer die Anfänge miterlebt hat, weiß, was es bedeutet, heuer zehn Jahre Berggasse zu feiern. Nur die Hartnäckigkeit einiger Studentinnen aus der ÖH im Jahr 1979 bewirkte, daß das Frauenstaatssekretariat intervenierte, damit die UNI-Frauengruppe Räumlichkeiten für ihre Aktivitäten bekommen würde. Eine leerstehende Zwei-Zimmer-Wohnung der Gemeinde Wien in der Berggasse 5/24, die äußerst renovierbedürftig war, hatte sich dann in kürzester Zeit zu einem Ort der Begegnung, nicht nur für Studentinnen, gemauert.

Nach und nach bildeten sich fakultätsspezifische Frauengruppen,

die hier ihre wöchentlichen Treffs veranstalteten, die „AUF“-Zeitung fand kurzfristig nach ihrem Rauschmiß aus der Drachengasse (zu Beginn der achtziger Jahre ward dort ein Frauenkommunikationszentrum und Kulturzentrum für Frauen geplant) Asyl, diverse autonome Frauenprojekte wollten sich zu einem „Dachverband autonomer Frauenprojekte“ zusammenschließen und erfüllten das alte Gemäuer nicht nur mit sachlichen Auseinandersetzungen, sondern auch mit deftigen Streitereien um Autonomie und SPÖ-Vereinnahmung, Hierarchieebenen etc.

Im Jahr 1983 entstand das „Archiv der Neuen Frauenbewegung“, das nach sieben Jahren einen beachtlichen Bestand aufzuweisen hat: 25.000 Zeitungsausschnitte, 2.000 Bücher, 900 Broschüren, Aufsätze u.ä. 250 Plakate, 200 Zeitschriftentitel, Informationsmaterial über 200 Frauengruppen und ca. 70 Seminararbeiten, Diplomarbeiten und Dissertationen. In enger Zusammenarbeit mit der Frauenbuchhandlung „Frauenzimmer“ entstand auch ein umfangreiches Antiquariat an Frauenliteratur, das woanders schwer zu finden ist. Und schließlich sind die „Top Secrets“ (eine Dokumentation über die Anfänge der Wiener autonomen Frauenbewegung) hier unter bestimmten Bedingungen einsehbar. „Stichwort“: Ein Wort, das sich schlagkräftig für alle Frauenforscherinnen durchsetzen sollte und solche, die es noch werden möchten.

STICHWORT: Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung.

Öffnungszeiten: Mo und Di 9-14, Mi u. Do 15-20 Uhr.

Berggasse 5/24, 1090 Tel.: 31 48 544  
 Ursula Kubas-Hofmann

## KPÖ

BEWEGEN,  
WAS UNS  
BEWEGT

Anfang Juni beschloß die KPÖ ihr erstes Frauenprogramm.

Ein außergewöhnlicher Rahmen für eine Parteikonferenz - ganz im Zeichen von Erneuerung - erwartete die Eingeladenen: ein interessantes geometrisches Spiel mit dem Motto der Konferenz „Bewegen, was uns bewegt“ als Ausgestaltung des Tagungsortes; die Ausstellung einer peruanischen Malerin; ein Bio-Mittagsbuffet, kein Alkohol. Beeindruckend auch ein Gespräch zu Beginn mit Irma Schwager, die vor kurzem ihren 70. Geburtstag feierte, über ihre persönliche Motivation zum Frauenkampf und ihren Weg in die Partei aus dem antifaschistischen Widerstand heraus. Die anwesenden älteren Kommunistinnen, starke und mutige Frauen, bewiesen, daß das Frauenpro-

Foto: Cornelia Schindl



Susanne Sohn

gramm sehr wohl in einer Traditionslinie der Partei steht. Die Vorsitzende Susanne Sohn betonte in ihrer Eröffnungsrede das qualitativ Neue: Galt bisher die Klassenzugehörigkeit als zentrales Analyse-kriterium, so wurde dem nun das Geschlecht als soziale Strukturkategorie hinzugefügt. Die sehr fundierte sozialökonomische Analyse beweist, daß die Geschlechtszugehörigkeit einen sozialen Tatbestand ausdrückt und

Lebenschancen zuweist. Daß dies keineswegs auf den Erwerbsbereich beschränkt bleibt, bestätigt das sog. 'Private', wo das Patriarchat als umfassendes System von Diskriminierungen greifbar wird.

Das vorliegende Frauenprogramm ist keinesfalls das Beste aller denkbaren, wie einige Teilnehmerinnen auf der Konferenz betonten. In manchen Bereichen bedarf es noch eingehender Diskussion, und so bleiben für den Moment einige offene Fragen. Die nun zusammengefaßten programmatischen Grundlagen wollen nichts ewig Gültiges, nichts Feststehendes sein. Sie werden permanent an Hand der Realität zu überprüfen sein. Daraus ergeben sich zwangsläufig Veränderungen und Aktualisierungen.

Der Anspruch, marxistische Theorie und politische Praxis einem Prozeß der Erneuerung zu unterziehen, wurde von den Kommunistinnen folgendermaßen konkretisiert: Es geht nicht zuletzt darum, neue Modelle des Lebens bzw. des Zusammenlebens und der Beziehung zwischen den Geschlechtern zu entwerfen, zumal zwischen der persönlichen Entwicklung und dem politischen Kampf um gesellschaftliche Veränderung, um Demokratie und eine sozialistische Perspektive kein Gegensatz besteht. ■

Ilse Rollett

## WIENER FESTWOCHEN

DAS  
ENDGÜLTIGE  
DRAMA

Die diesjährigen Wiener Festwochen gerieten zu einer Lebenswut der Todgeweihten. In einem kräftigen Rundumschlag wurde nach dem Gießkannenprinzip jede/r Schaulustige und Hörwillige zu Tode geträufelt. Wenn der Kulturstreß zu Streßkultur geworden ist, setzen wir uns wieder vor die hauseigene TV-Station und entschlummern glücklich.

Mit schwitzendem Nasenrücken stellten sich nicht nur die ganz normalen KulturkonsumistInnen am Kartenschalter an, nein auch



die privilegierten Presseleute hatten heuer trotz zahlreicher Telefonate und Briefwechsel dieses volksnahe Erlebnis. Auf Grund einer Wien-spezifischen Neuerung wurde die Karten-Mangel ausgeglichen. Die Objekte der Begierde wurden glatt zweimal verkauft. Einmal ganz unbürokratisch über die Theke, das zweite Mal mit Computerbuchung. Und so sah sich das Veranstaltungsteam vor die Zauberbox gestellt, eingeschobene Zusatzveranstaltungen waren das Ergebnis.

Eine achtstündige Hamletmaschine vereinte nicht etwa die drei angebotenen Shakespeare-Produktionen in eine weltweit einmalige gemeinsame Regiearbeit von Müller, Tabori und Wajda, sondern ermöglichte, Müllers Mammutkatastrophe Teil I und II en suite zu verfolgen. Die Welt schlägt zurück. Erschöpft torkeln wir aus dem Theater - wir leben noch, 's war nur ein Spiegel.

Als eine komplexe Realsatire mit Publikumsbeteiligung entpuppte sich Thomas Bernhards „Elisabeth II“. Das österreichische Uraufführungsverbot war ein vorletzter genialer Schlag des Meisters, er sei gelobt, die Festwochendirktion jedoch umso mehr. Mindestens ebenso kongenial ließ sie das Stück in Bratislava über die Bühne gehen, wiewohl es schon mit der Autobusreise dorthin seinen Anfang nahm. Mehr Fahrgäste als Sitzplätze ließen das großkarierte BürgerInnenherz jubeln: es darf gerannt und genörgelt werden, und das eine einstündige Fahrt lang. Bernhard hätt's ihnen nicht besser in den Mund legen können. Als am Ende des tatsächlichen Dramas der Balkon mit allen sensationslüsternen Kleinmütigen hinunterkracht, macht sich auch in der Zuseherin Katastrophenlust breit: was wäre, wenn der Theatersaal ...? ■

u.s.

DDR/BRD/Ö

## FRAUEN AM 'RUNDEN TISCH'

Was haben Frauen in Ost und West gemeinsam, was unterscheidet sie, wie können sie zu-

sammenarbeiten? Mitte Juni trafen Frauen aus der DDR, BRD, Ungarn, Polen und Österreich in Wien zusammen, um über die politischen Veränderungen in Europa und deren frauenspezifische Auswirkungen zu diskutieren.

Schon die Eröffnungsdiskussion gewährte einen tiefen Einblick in die Schwierigkeiten, die sich Frauen auf politischer Ebene entgegenstellen. Christine Schenk vom „Unabhängigen Frauendachverband“ der DDR thematisierte die Gratwanderung des ost-westlichen Erfahrungsaustausches zwischen Bevormundung und Eigenständigkeit. Westberliner Frauen hätten zu große Erwartungen an ihre Geschlechtsgenossinnen im bald vereinigten deutschen Vaterland. Die Zeit drängt. Sofortmaßnahmen gegen etwa eine Übernahme der bundesdeutschen Gesetzgebung im Bereich Schwangerschaftsabbruch (§ 218) seien eher gestern als heute zu ergreifen. Die ostdeutschen Frauen möchten aber gern ihre eigenen Abwehrstrategien entwickeln, eigene Erfahrungen machen und nicht blindlings von der westdeutschen Frauenbewegung aufgesogen werden. Unterstützung sei durchaus hilfreich, jedoch sollten die DDR-Frauen als wertvoller Bestandteil einer gesamtdeutschen Frauenbewegung geachtet werden, wenn die Vereinigung schon nicht verhindert werden könnte. Ganz offensichtlich schlugen sich die Selbstverständlichkeiten der verschiedenen Lebensrealitäten auch in einem unterschiedlichen Wortschatz an Reizwörtern nieder, der zu größeren Mißverständnissen führte. Denn an einem gemeinsamen Strang ziehen wollen alle, sowohl in Ost als auch in West.

Ein reizendes Wiedersehen fand auch zwischen Frauen aus der österreichischen Politik statt. Freda Meißner-Blau am Podium wurde vorgeworfen, ungerechtfertigt diesen Platz einzunehmen, da ihr aus eigener Erfahrung (es sprach eine ehemalige Mitkämpferin) eine feministisch-emanzipatorische Gesinnung abgesprochen werden müsse. Sie habe nämlich im Herbst 1986 den Einzug der Frauen ins Parlament verhindert. Es folgte ein Geplänkel, das

zeitweilig unter die Gürtellinie rutschte und im Zuge dessen die Ex-Parade-Grüne ihr feministisches Mascherl wieder abnehmen mußte. Freda entschwand verärgert Richtung Waldviertel, und die Frauen aus dem ehemaligen Ostblock hatten eine anschauliche Vorstellung davon erhalten, daß Frausein nicht bedeutet, eine Feministin zu sein. Es ist nicht alles Gold, was glänzt.

Die Arbeitskreise an den nächsten Tagen zeigten das ganze katastrophale Ausmaß des neuen Großdeutschland.

Christina Klenner, Volkswirtschaftlerin und Sozialwissenschaftlerin an der Ostberliner Universität, zeichnete ein klares Bild der gegenwärtigen Situation. Waren die DDR-Frauen bislang auch nicht gerade auf Rosen gebettet, so müssen sie jetzt auf einem Fakirbrett liegen. Über 90 Prozent der erwerbsfähigen Frauen gehen einer Lohnarbeit nach, zumeist um das Haushaltseinkommen zu vergrößern, aber auch, weil es als selbstverständlich galt, nach absolvierter Ausbildung einen Beruf zu ergreifen - wie für Männer auch. Das für beide Geschlechter gleich hohe Ausbildungsniveau verhindert jedoch nicht, daß Frauen im Schnitt um 25% weniger verdienen als Männer. Schuld daran trägt die doch wieder geschlechtsspezifische Polarisierung: Frauen ab ins Gesundheitswesen, in die Sozialberufe, Männer auf den Bau und in die Technik.

Die hohe Erwerbstätigkeitsrate führte jedoch zu einer flächendeckenden und ausreichenden Versorgung mit Kindertagesstätten und Babykrippen, Männer helfen schon mal im Haushalt mit. In einer ostdeutschen Zeitschrift war sogar in einer Glosse zu lesen, daß sie darin ihren Geschlechtsgenossen in ganz Europa voraus sind: ganze elf Stunden in der Woche beschäftigten sie sich im Haushalt. Christina Klenner relativierte dies jedoch: unter Hausarbeit fielen auch Tätigkeiten wie Autoreparatur, Instandhaltung der Wohnung etc.

Die Scheidungsrate ist in der DDR vergleichsweise höher als in der BRD: Frauen hatten eine größere ökonomische Unabhängigkeit. Die vorhandene Wohnungsnot begrenzte allerdings die Trennung von Tisch und Bett. Es trat das

Paradoxon ein, daß geschiedene Ehepaare oft noch Jahre zusammenlebten, was nicht gerade zur Minderung der (männlichen) Gewalttätigkeit beitrug.

Eine Auswirkung der hohen weiblichen Berufstätigkeit ist das Phänomen der 'neuen Mütterlichkeit'. Erwerbstätige Mütter sehnen sich danach, zu Hause bleiben zu dürfen, um sich der Doppelbelastung von Haushalt und Beruf zu entziehen. Da sie es allerdings selten ausprobieren konnten, ist ihnen die Erfahrung der Isolation im Privaten relativ fremd.

Foto: MOI-Archiv



Das neue Großdeutschland - für die DDR-Frauen statt Rosen ein Fakirbrett

Diese werden sie jedoch bald machen müssen, ob sie wollen oder nicht: Etwa 80 - 90% der volkseigenen Betriebe werden im Rahmen der Währungsunion dem Rotstift zum Opfer fallen. Die neue, von der BRD aufgebaute bzw. übernommene Wirtschaftsstruktur stellt nicht viele Frauenarbeitsplätze zur Verfügung. Bei erwarteten 4 - 5 Millionen Arbeitslosen gilt der alte Grundsatz: Frauen an den Herd, denn ihr nehmt den Männern die Arbeitsplätze weg.

Abschließend macht sich eine stark resignative Stimmung breit. Mehrheitlich Frauen haben für eine Veränderung der Verhältnisse gekämpft, zu sagen haben sie - fast - nichts mehr. Interessanterweise sitzen in der Volkskammer der Gegenwart weniger Frauen als Vertreterinnen des Volkes als noch vor einem Jahr. Doch die Frauen vom „Unabhängigen Dachverband der DDR“ geben nicht auf. Es gilt, das Schlimmste zu verhindern. ■

u.s.

Die große Obdachlosigkeit im Sommer 1910

## Soziales Elend in der Kaiserstadt

Von Michael John



Obdachlose vor dem Asyl in der Triester Straße in Wien

### Vor dem Asyl

Ein Fall ging damals durch die Wiener Boulevardzeitungen: die 25jährige Fabrikarbeiterin Marie Riegler hatte ihre Miete nicht mehr bezahlen können, sie wurde mit einem kranken und einem gesunden Kind delogiert. Es folgte eine Odyssee von einem Spital zu einem Frauenheim und zu verschiedenen Obdachlosenasylen, da diese Institutionen einkommenslose Personen nur für einige Tage aufnehmen. Am 9. Juli 1910 wurde Marie Riegler mit der Begründung vor dem Meidlinger Asyl abgewiesen, es sei voll. Mit ihr standen laut Polizeibericht mehr als 200 Männer, Frauen und Kinder im Regen. „Trotz der Abweisung blieben sie in der Nähe des Asyls stehen“, heißt es weiter, „und verlangten abermals Einlaß in das Asyl, der jedoch nicht gewährt wurde. Sie blieben auch weiterhin vor dem Asyl. Viele verbrachten die Nacht auf dem Durchgang der Südbahn zur Stadt. In dem erwähnten Durchgang kam es jedoch zu einem tragischen Zwischenfall. Die zweijährige Karoline Riegler, Tochter der Marie Riegler, ist in den Armen ihrer Mutter in der Früh verstorben.“ Die Zeitungen wetterten: „Skandal!“ Darauf entschloß sich der kaiserliche Rat Künast, der Präsident des Asylvereins, in sämtlichen Heimen alle Räumlichkeiten öffnen zu lassen, die bislang im Sommer aus Sparmaßnahmen geschlossen blieben.

Das Kleinkind sollte nicht die einzige Tote bleiben, am 21. Juli und am 26. Juli starben weitere kranke Säuglinge, die den Aufenthalt im Freien nicht überstanden hatten. Schließlich kam es angesichts der dauernden Abweisungen zu wilden Szenen, hunderte Obdachlose versuchten, ein Asyl zu stürmen. Obdachlose führten eine Flugblattaktion über die Situation im Favoritner Asyl durch, ebenso wie sie versuchten, im Rathaus direkt beim Bürgermeister zu prote-

stieren. Am 14. August verlangten zirka 200 Arbeits- und Obdachlose, den Bürgermeister zu sprechen, die Magistratsdiener ließen sie nicht ein, die Polizei warf sie hinaus. Im Spätsommer veranstalteten einmal hunderte Obdachlose mit ihren Kindern einen Protestzug durch die Stadt, von ihnen selbst „Familienausflug“ benannt. Auf den Treppen des Rathauses protestierten mehrmals über hundert Frauen gegen den mit Obdachlosigkeit verbundenen Abriß ihrer Wohnhäuser.

### Obdachlosenpolitik statt Wohnungspolitik

1910 begannen sich die Lebensverhältnisse der Unterschichten deutlich zu verschlechtern, Preissteigerungen erfaßten fast alle Konsumgüter, auch die Wohnungen. Deren Preise stiegen sogar besonders stark, da die Nachfrage das Angebot bei weitem überstieg, leere Kleinwohnungen waren kaum zu finden. Die Bautätigkeit war mäßig. Zudem konnte man in jenen Jahren mit mittleren und größeren Wohnungen höhere Gewinne erzielen, also wurden tausende abgerissene Häuser mit Kleinwohnungen durch Wohnblocks mit Wohnungen für die Mittelschichten ersetzt. Unter Steuerdruck, vom Kreditapparat abhängig und von gesetzlichen Schutzbestimmungen unbehindert, versuchten die Hausbesitzer, ihre Interessen optimal einzubringen: sie setzten kinderreiche Familien an die Luft. Sie hatten weniger Hemmungen, dies im Sommer zu tun, daher verloren tausende Familien in den Monaten Juli, August und September ihre Wohnungen. Entsprechend der damaligen Rechtslage konnte in der Regel binnen Monatsfrist jederzeit gekündigt werden. Einmal auf Wohnungssuche, hatten diese Familien große Schwierigkeiten; sie erhielten oft auch dann keine Wohnung, wenn sie ohne Probleme bezahlen konnten. Die Nachfragesituation erlaubte es, die Kinderreichen zu selektieren und kleinere Familien, die die Wohnungen weniger abnutzen würden, zu bevorzugen.

Bereits seit einem halben Jahrzehnt war die Situation auf dem Wohnungsmarkt dadurch geprägt, daß man „dem freien Spiel der Kräfte des Marktes“ vertraute. Auch in den Jahren ab 1910 wurde nichts unternommen, das den Namen Reform- oder gar Strukturpolitik verdient hätte. Im Gegenteil, neue städtische Wassergebühren, die vom Hauseigentümer eingehoben wurden, lieferten den Vorwand für Mieterhöhungen und heizten die Krise zusätzlich an. Andererseits konnten Unterstandslose nun keineswegs mehr in erster Linie als randständige Elemente bezeichnet werden, zu viele voll im Arbeitsprozeß stehende Familienväter waren

ohne Wohnung, die Stadt mußte reagieren. Die Maßnahmen bestanden in Geldaushilfen im Ausmaß einer Monatsmiete und vor allem in der Subvention und der Erweiterung von Asylen sowie dem Bau von Notquartieren. Die Nüchternheitszahlen der Heime und Asyle stiegen von 414.043 im Jahr 1910 explosionsartig auf 514.836 im Jahr 1911 und 1912 auf 686.932 an. Gerichtliche Kündigungen und Obdachlosigkeit nahmen also weiter zu.

### Lumpenbälle und Armenfeste

Über die sozialen Phänomene Obdachlosigkeit und Armut waren die zeitgenössischen Zeitungsleser wohlinformiert. Bereits seit der Jahrhundertwende hatte Max Winter die Sozialreportage im Tagesjournalismus eingeführt, einige Jahre später druckten auch die liberalen, mitunter sogar die konservativen Blätter immer häufiger Sozialreportagen ab. Besonderer Aufmerksamkeit erfreuten sich die Obdachlosen: Journalisten krochen in Kanäle, schliefen in Wärmestuben, verkleideten sich als Bettler. Das Genre erlebte einen wahren Boom. Dies wird auch in einem amüsanten Bericht des Journalisten Emil Kläger deutlich, der bei seinen Recherchen als unterstandsloser Schlafgast im Männerheim Meldemannstraße auf ein besonders zerlumptes Individuum traf. Zu seiner Überraschung versuchte der Fremde, ihn selbst auszuhorchen. Er entpuppte sich als Redakteur der Krakauer Nachrichten. Unterschiedliche Motive leiteten die Verfasser dieser Reportagen, neben der persönlichen Profilierung ging es um das 'Aufrütteln' der Mittelschichten, um die Aufforderung zu Spenden und Unterstützung.

Ein wesentlicher Beitrag zur Finanzierung der Obdachlosenfürsorge wurde damals von privater Seite geleistet, hunderttausende Kronen wurden jährlich aufgebracht, große Summen auch spontan gespendet. Im 'bürgerlichen' Zeitalter der Kaiserzeit entstanden bestimmte Formen der Selbstdarstellung des Bürgertums im Zuge seiner Klassenkonstituierung. Dazu gehörte das 'Wohltun', die Wohltätigkeit. Mehr als sechshundert Vereine der Privatwohltätigkeit deckten am Vorabend des Ersten Weltkriegs einen Großteil des - sehr bescheidenen - sozialen Netzes ab. Öffentliche Armenbeteiligungen waren durchaus üblich, Kritiker sprachen von „exhibitionistischen Armenfesten, in deren Glanz sich die Spender sonnten“. Einen skurrilen Höhepunkt dieser Praxis stellten die Lumpenbälle und Obdachlosenfeste dar, bei denen sich die Hautevolee, oder wer sich dafür hielt, in Lumpen hüllte oder als Obdachloser verkleidete. Der Reinerlös floß den Asylen zu.

Eine Reduktion der Obdachlosigkeit wurde erst unter den geänderten politischen Verhältnissen der Ersten Republik möglich, als neue Gesetze den Unterschichten eine minimale Reproduktionsgarantie boten, unabhängig von Wohlverhalten und privatem Good-Will. ■

## LOU REED/JOHN CALE/SONGS FOR DRELLA/Wea

„You've got the money, I've got the time  
You want your freedom, make your freedom  
mine

'Cause I've got the style it takes  
And money is all that it takes"

„Stil ist die Physiognomie des Geistes" - so Schopenhauer, Stil kann überflüssig, widersprüchlich, moralisch oder mit enormem



Reichtum verbunden sein. Warhol versuchte, aus allen Stilen einen roboterhaften, anonymen Non-Stil zu kreieren. Alle sollten gleich, jeder für 15 Minuten berühmt, alle irgendwie einmal 'great' sein. Drella, Kosename des schüchternen Albinos aus D-racula und Cinder-ella, litt zeitlebens unter seinem Aussehen, seiner Homosexualität, der strengen katholischen Erziehung und unter dem Attentat auf ihn. Der Bauarbeitersohn aus dem Ostblock avancierte zum Poppapst aus Gleichgültigkeit, zum Everybodys Darling der New Yorker Snobiety. Bevor man, wie heute Usus, Popgruppen klonte, entwarf der workaholic ähnlich seinen Schuhmodellen und Siebdrucktapeten die Kultband „Velvet Underground" Sado, Leder, Heroin, aber auch Musik, die bereits in den Pophimmel eingegangen ist - niemand wird Cale oder Reed überbieten können. Ihrem oft gehaßten Schöpfer und Freund bieten sie mit „Songs for Drella" einen ehrlichen, nichts beschönigenden Tribut weit über eine Hommage hinaus. Note für Note 'klassischer' Reed, 'typischer' Cale: ein Fest für die Zuhörer. Ein von speedigen Velvetklängen bis zu melancholischen Weichzeichnern gehaltener Panoramenschwenk über Warhols Leben, manchmal seine Tagebücher zitierend, gelegentlich einen nicht mehr möglichen Dialog mit Andy initierend. Einzig die faszistoide Hafttride auf Valerie Solanas, die auf Warhol schoß, verunziert dieses große und reife Opus, das anderen Pop-Artisten vorzeigt, wie hoch Commercial Niveau sein kann.

„I've got a Brillo boy and I say it's art  
It's the same one you can buy at any super-  
market

'Cause I've got the style it takes  
And you got the people it takes"

## JOHN ZORN/NAKED CITY/Wea

Großstadtheftiker Zorn drehte diesmal einen Klangthriller à la film noir, das Blut flackert rot und gefriert. Rasende Miniaturen werden von auralen Stehdrinks in düsteren Bars abgelöst, bekannte Filmmusikthemen verfremdet. Der Speed und die Kälte sensationsgeiler Menschenanhäufungen, die Gewalt und der Tod in den urbanen Ballungszentren mit ihren Nischen für jede Art von Crime kriegt Zorn präzise in klanglichen Griff. Das Motto scheint ihm perfekt aufs Saxophon geschneidert.

## SUZANNE VEGA/DAYS OF OPEN HAND/Polygram

Sweetie is back. Verhalten, blaß, romantisch wie ein Yuppie. Mit „Books of dreams" gelingt sicher der große Hit, Vega as Vega can be, der Rest laboriert an einer gewissen Internatsfadesse. Suzanne hält ihre offene Hand für eine milde Gabe hin - ich werde den Verdacht nicht los, sie will uns diese Platte verkaufen ...

## MEREDITH MONK/BOOK OF DAYS/Polygram

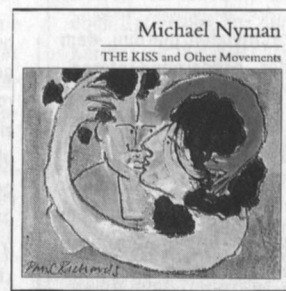
Vergessen wir das inzwischen inflationäre Anliegen, 'Ohrenfilm' zu machen, vergessen wir den religiösen Klimbim, der ätherischen Kompositionen immer übergestülpt wird. Die in den letzten Jahren auch bei uns bekannter gewordene Komponistin/Sängerin Meredith Monk hat mit „Book of Days" eine überzeugend eindringliche und wegen glasklarer Stimmakrobatik unter die Haut gehende Platte gemacht, die vor allem Minimalmusikfans erfreuen dürfte. Ruhige, getragene, anschwellige Wellen.

## CD

## MICHAEL NYMAN/THE KISS AND OTHER MOVEMENTS/Virgin

Bereits 1985 veröffentlicht, in Österreich erst jetzt und nur auf CD erhältlich: ein tracktes, reizvolles Minimal-Opus mit Vocalstar Dagmar Krause, Bassisten John Greaves und einem 21köpfigen Orchester. In „The kiss" singen je eine weibliche und männ-

liche Stimme gegensätzliche Parts, bis sie im Finale ineinander verschmelzen, allerdings mehr konfliktvoll als versöhnlich. Die Stimme des Mannes dominiert in klassischer Tradi-



tion, trainiert und belesen - die der Frau populärer, ungeschulter, mehr Stimme als Wort (das geschriebene). Postfeministische Musik eines der besten Komponisten unserer Zeit. Um die Merkmale fremder Nasen zirkuliert „Nose-List Song", „Water dances" wurden als Soundtrack zu „Making a splash" verwendet und „Images were introduced" erklangen zu „26 Bathrooms", beides Videofilme für Channel 4 von Maestro Greenaway.

Geschlechtsumwandlung!!!

Aussendung einer Plattenfirma: „Madonna ist DER Entertainer schlechthin". Schade, weder Frau noch gut.

Der Ohrentaucher

ANZEIGE

**Heften  
Sie  
Ihr**



**auf  
andere  
Seiten**

AN.SCHLÄGE

**Feministisches  
Magazin  
für  
Politik,  
Arbeit &  
Kultur**

jeden Monat neu  
auch im Abo  
erhältlich  
1080 Wien, Pf. 172,  
Tel.: 0222/4(0)86896

● ● Gutschein für eine Probenummer ● ●

# DIE KUNST ALS KULT DES IRR-TUMS

## anmerkungen zur 44. biennale in venedig

EIN RASENDER FLANEUR IM ARTODROM

in den prachtvollen giardini, dem zentrum der „esposizione internazionale d'arte“, möchte man lange flanieren, dennoch eilt man viel zu rasch, da die präsentierte kunst mehrheitlich arm bis erbärmlich ist. nun könnte man trotzdem länger in den üppig begrünten gärten verweilen, dann aber setzt man sich der gefahr aus, permanent auf jene leute zu treffen, denen man sowieso allzuoft im kunstbereich begegnet: dem panoptikum der eitelkeiten, den kultur/geld-machern und ruhm-süchtigen, den in-seitern und nachrichten-jägern.

der internationale kultur- und kunst-zirkus gastiert alle zwei jahre in venedig. angesiedelt zwischen kunst-olympiade und disneyland der visuellen künste wucherte in den vergangenen jahren auch „la biennale di venezia“ zunehmend zum kaum bewältigbaren imponiergehabe konkurrierender kunst-präsentatoren und 'kraftstrotzender' kultur-macher des post-modernen stils. 1986 erreichte das kunst-spektakel ein stadium der aufgeblasenheit und opulenz, wo die kunst des 20. jahrhunderts in all ihren -ismen und strömungen und spiel-arten als tour-de-force zu durchwandern war.

die diesjährige 44. ausgabe der biennalen kunst-schau (sie wurde wegen der fußballweltmeisterschaft um einen monat vorverlegt) nimmt sich dagegen bescheiden und überschaubar aus. der direktor des „settore arti visive“,

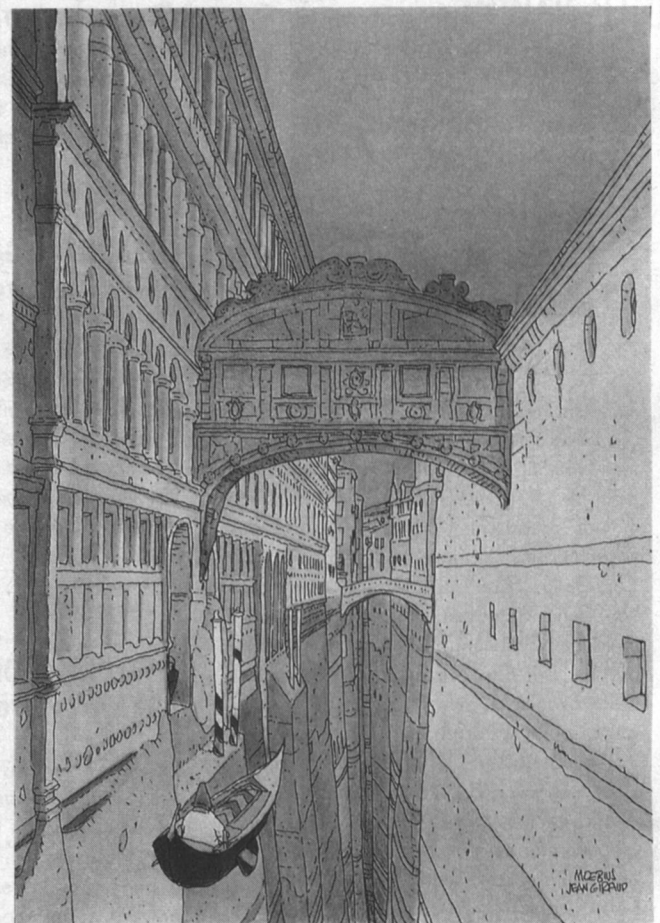
giovanni carandente, wählte das general-thema „dimensione futuro - l'artista e lo spazio“ und verzichtete auf historische überblicks-inszenierungen und großangelegte schwerpunkt-darstellungen. (mit ausnahme der äußerst fragwürdigen zusammenstellung „ambiente berlin“, in der arbeiten von vertretern gegenwärtigen kunst-schaffens versammelt sind, die in berlin leben, produzieren und deren werke dadurch mit 'deutschem' in verbindung stehen, inspiriert sind; und der von den franzosen organisierten sonderschau „la france à venise: le pavillon francais de 1948 à 1988“).

das höchstalter der teilnehmer für die „aperto 90“ in der architektonisch imposanten corderie dell'arsenale wurde auf 35 jahre limitiert; in den länderpavillons hoffte die biennale-leitung auf die anwesenheit der 'mittleren' generation. solcherart sollte die praxis eingebremst werden, bereits anerkannten namen sockel zwecks denkmalpflege zu errichten, arrierten auf podeste der unantastbarkeit zu helfen. (ein verdienter meister internationaler reputation wurde dennoch retrospektiv gewürdigt: 'omaggio a eduardo chillida').

vielmehr sollte der blick auf sich abzeichnende aktuelle tendenzen konzentriert werden, sollte sich die welt der diskussions-anregenden kunst-neuheiten öffnen und manifestieren. doch die schau-stellung geriet beinahe zur allzu geruhsamen fadese. wären da

nicht die eintracht-erschütternden streik-besetzungen durch kunststudenten gewesen (die eine reformierung und bessere finanzierung ihrer ausbildung forderten), die heftigen proteste gegen die „expo 2000“ (gegen die mafiosen ambitio-

wert, anish Kapoor (großbritannien), adrian schiess (schweiz), jenny holzer (usa) - wenngleich deren stück unter einem 'hollywood'-syndrom, einer 'verblüffenden' monumentalität und publikumsmagnetischen vermarktung leidet; stefano arienti (italien), mi-



J.G. Moebius, Die Seufzerbrücke

### Biennale in Venedig - wenig Aufregendes in schöner Umgebung



Foto: van der Straeten

nen aus politik und wirtschaft) oder der aufregung verursachende beitrag einer gruppe amerikanischer künstler, die einen erigierten schwanz mit dem erschlafften papst konfrontierten, und die über-banal-eitlen auftritte des kitsch-herstellers koons samt schnuckelchen.

und jene wenigen ausnahmen, die sich durch hohen qualitätsgrad auszeichnen, die sich mittels überraschender und/oder experimenteller und/oder brisanter denkleistungen aus dem gesamtangebot klammern. eine handvoll, wo sich das einlassen auf ernsthaften dialog und intensive auseinandersetzung lohnt: geneviève cadieux (kanada) - hervorhebens-

rosław balka (polen), thomas locher (brd), philippe perrin (frankreich), rober racine (kanada), eva schlegel (österreich), lidwien van de ven (niederlande).

was aber letztlich von der heurigen venezianischen biennale bleibt, ist, grob zusammengefaßt, der schale eindruck, daß sie diesmal ein besonders 'zahnloses' ereignis ist: ein kunst-ereignis ohne biß, mit selten erregenden momenten, gelassen ausgeführten hüllen angedeuteten neulands, verspielter vieldeutigkeiten und wenig überzeugenden vielfältigkeiten ausgewogener 'schönheit' - alles hübsch arrangiert zu aufwertender 'musealer' bedeutsamkeit.

der rundgang durch die stationen gleicht einer manierten re-vue, die das spektrum der 'alles-ist-möglich'- und 'neo'-stile kompletziert. es ist die beschau der aspekte zeitgenössischer kunst als kunterbuntes allerlei der ausdrucks-möglichkeiten, als variations-programm der leer-formeln längst erarbeiteter denk-prozesse, formaler realisationen, bekannter stil-elemente quer durch den garten der schönen künste.

der bogen der ästhetik der leeren formen (je nach den kriterien der kommissäre, die für ihr land die auswahl trafen) spannt sich von grell-bunten, schön-malerischen bildwelten und zu dekorativen mustern erstarrten bildzeichen über den rätselhaften pathos individueller mythen in ausufernden ambienti zu trans-artigen hohlräumen zwischen tradition und 'avantgarde', zu high-tech und süß-triebfendem augen-blendwerk. auch die in nationen-schauen vereinzelt anzutreffenden 'großen' zeigen sich als veteranen, die ihr bisher geschaffenes endlos abwandeln. die 'botschaften' abseits der 'kunst-metropolen' liegender länder erstarren häufig im schielenden orientierungs-blick auf vom 'westlichen' kulturkreis geprägtes kunst-(miß)verständnis. nur in einigen fällen wird die aufmerksamkeit für besinnungen auf kultur-bezüge zwischen 'folklore' und regionaler eigenständigkeit geweckt, bleiben aber im 'exotischen' abseits: z.B. henry munyaradzi (zimbabwe), rover thomas (ein aborigin, australien), gilvan samico (brasilien).

die „esposizione internazionale d'arte“ ist auch ein 'fest' des herrschenden kunst-marktes und des ausstellungs-betriebes, des groß-kaufhauses 'kultur-handel' und der kunst-boutiquen. mittels der biennale - neben der documenta die international bedeutendste informations-schau - gilt es, die 'beständigkeit' der laufenden kunstproduktion abzusichern, die favorisierten künstler in weihesälen zu heroisieren und die zeitgenössischen kollektionen visueller objekte auf weitere 'unumstößliche werte' zu 'reduzieren'.

sie, die wahre kunst absetzen und 'vertreiben', die kunst-handelnden und ihre kunst-theoretiker, sie müssen den von ihnen bestimmten trends die entsprechenden 'kunst'lichen werte züchten und

die austauschbaren mode-angebote in (trotz 'post-histoire') 'kunst-geschichtlich wahre' qualitäten veredeln. (die sonderbare wandlung von wasser in wein oder des kaisers neue kleider).

unter solchem erfolgswang stehend, gerinnt das kunst-machen zum 'innovativen' marketing. Dennoch (oder gerade deshalb) freuen sich auch heuer wieder jene 'kunst-interessierten und -spezialisierten', feierten und gratulierten einander.

und österreich ...

mit geradezu lüsterner geilheit bestimmen die kunst-vertreter und stützen sich, wetteifernd und eifersüchtig, in die arena, um die heimischen produkte dem notwendigen wert-veredelungs-prozeß durch internationale präsenz zuzuführen, der die möglichst lohnende verkaufbarkeit in der folge garantiert.

die auswahl der innerhalb der 'aperto' ausgestellten 'österreich' unterliegt - trotz internationalem kuratorium - üblicherweise dem system des prozesses: man nimmt einen künstler, der durch diese galerie vertreten wird, dann auch einen aus jener und dieser auch noch ... - selbstverständlich nur maß-gebende galerien. in diesem jahr gelang einer einzigen galerie ein überwältigender sieg (übrigens jener, die auch österreichs herzeige-künstler von vor zwei jahren im programm hat): drei der fünf kojew wurden durch ihre leute 'besetzt'.

der repräsentant österreichischer kunst-schaffens im länder-pavillon wurde wieder vom dienstältesten, allzulang bestimmenden kommissär und kulturwertebunker-planer hans hollein festgelegt, dieser, post-modern(d) jonglierende, gewagte unannehmlichkeiten vermeidende und risikolos entscheidende, häufig auf bewährte, 'profiliertere' namen, vor allem ihm nahestehender (künstler)freunde, zurückgreifende, daher verlässliche arbeit leistende, dieser nominierte und segnete den schützling eines anderen wienner galeristen.

'natürlich' war der auserwählte für solch eine wesentliche darstellung vor-präpariert und '-qualifiziert'. ehe er mittels dieser 'zeitgerechten' werk-präsentation höhere weihe zum internationalen karrieresprung empfing,

wurde ihm sukzessive durch den hinter ihm wachenden betreuer verbreitete beachtung verschafft, wurde er zum erfolgstar der heimischen kunst-szene aufgebaut. In venedig wurde der ruhm gefestigt - dank eines 'galadiners' im auserlesenen kreis 'potenter' prominenz.

bleibt also, resümierend, der aphorismus von francis picabia: „die kunst ist der kult des irrturns“ ... und das geruhsame lustwandeln, weg von dem vergnügungspark der bildenden künste, der 'giardini di castello', hin zu anderen, biennale-zugehörigen und biennale-unabhängigen ausstellungen in verstreuten palästen und kirchen: „mondrian e de stijl: l'ideale moderno“; „ubi fluxus ibi motus“; „artisti (della fiandra)“; „casino fantasma“.

esposizione internazionale d'arte: bis 30. september ■

otto eder

## GRÜNE ZYNISMEN

Wiener Festwochen sind immer für einen Gag gut, meist unfreiwillig, doch die Auswirkung heiligt die Mittel und das Projekt. Bill Fontana verband auf akustischem Wege die Naturgeräusche der Stopfenreuther Au mit den lokalen Gegebenheiten der Parkanlage zwischen Kunst- bzw. Naturhistorischem Museum. Genial, wir stehen im Gestank- und Lärmoutput des (städteplanerisch aus dem Griff geglittenen, pardon gestauten) Innerstadtverkehrs und lauschen zwitschernden Vögeln oder dem konzertanten Quaken einer Froschermada.

FONTANA hat zwar keinen Gedanken verloren, ob diese Klangtheatralik vielleicht die im Park sich in zwischen notangepaßten Tiere oder die Reste übriggebliebener ursprünglich hier viel dominanter vertretenen Vogelarten in ihrem Soziogefüge irritiert, belästigt oder gar nervt. Beim Soundcheck jedenfalls wollten sich Turmfalken auf lediglich vom Geräusch her anwesende kleinere Vogelarten stürzen - ihre Tiefflugattaken endeten mit erstauntem Nullerfolg.

Weiters hatte schon vor Jahren unser Mitarbeiter O. Eder z.B. Heide Grundmann vorgeschlagen, auf Grund deren Herzenswunsches, die Peripherie mit dem Zentrum zu verbinden (es gelang durch den

Bau der U1 immerhin, die Proleten vom 10. Hieb am Stephansplatz auf ihre Pendants aus Kagran treffen zu lassen), man möge doch Geräusche aus der belebten Kärrntnerstraße aufnehmen und in die Randzonen, Außenbezirke übertragen.

Damals wurde auf die Unmöglichkeit des Projektes auf Grund der technischen Voraussetzungen hingewiesen, das Unternehmen somit fallengelassen. Bei Billys Hainburger Naturoper wies Frau Pasterk auf die bravourösen Leistungen der Post hin, die Anzahl und die Länge der verlegten Übertragungskabel schienen der tatsächliche Geniestreich Fontanas zu sein, denn nichts beeindruckt doch mehr als Masse. Wie wär's, eine Klangübertragung aus Obdachlosenasylen, Junkie-Absteigen oder anderen Örtlichkeiten sozial mehr als Unterprivilegierter live in die Sozialministerien oder in die Villen der Politiker einzuspielen? ■

Christian Feichtinger

**Wer eine Fliege hat ist nicht allein**  
ein Bilderbogen nach Texten von Istvan Örkény

Haustiere, Zierfische und Singvögel

Um Ihnen die erheblichen Kosten einer Hundehaltung zu ersparen, bieten wir exklusiv unsere Neuzüchtung an:

Gutmütige, anspruchslose und anhängliche FLIEGEN

Die aus unserer Züchtung erworbenen Fliegen sind nach neuesten Erkenntnissen der Fliegendressur abgerichtet, erst drei Monate alt hören sie bereits auf ihren Namen und erlernen spielend leicht den ihres Besitzers. Der oft bedrückenden Stille ihres Heimes wird durch fröhliches Summen ein Ende bereitet.

Premiere: 25. Juli 1990

*Laufzeit: 25. 7. - 19. 8. 1990, täglich außer Montag und Dienstag 21.00 Uhr. Aufführungsort: Schutzhaus Waidäcker, Steinlegasse, 1160 Wien*

*Zufahrt über die Thaliastraße und Johann Staudstraße mit der Autobuslinie 46 B (Ottakringer Friedhof) oder mit der Straßenbahnlinie J (Ottakring)*

*Kartenbestellung: täglich von 8.00-24.00 unter 42 95 485. ■*

# BÜCHER

## REZENSIERT

### VON

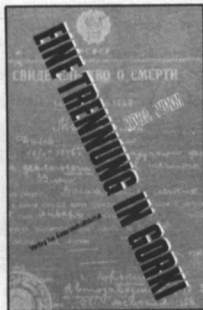
## SUSI HARRINGER

Rosa Puhm

### EINE TRENNUNG IN GORKI

Verlag für Gesellschaftskritik,  
Wien 1990

Rosa Puhm ist eine jener Frauen, denen es eigentlich nur selten in ihrem Leben gut ging. Sie wuchs in einer Arbeiterfamilie in Wien-Ottakring auf, mit dem Wissen, daß sie eigentlich ein Bub hätte werden sollen. Ihre Eltern waren strenge Sozialdemokraten, sie mußte heimlich Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation werden. Bei einer Parteischulung



in Moskau lernte sie einen jungen Italiener kennen, in den sie sich verliebte. Als er später wegen politischer Verfolgung in die Sowjetunion zog, folgte sie ihm und fand Arbeit in der Autofabrik in Gorki. Die Jahre, die sie mit ihm und ihrem gemeinsamen Sohn dort erlebte, waren ihre schönsten. Dino wurde im Rahmen der stalinistischen Säuberungen am Silvesterabend 1937 verhaftet. Sie sah ihn nie wieder. Die folgenden zehn Jahre mußte Rosa Puhm hart arbeiten, um sich und ihr Kind durchzubringen. Sie erlebte den Zweiten Weltkrieg, den großen „Vaterländischen Krieg“, mit Bombardierungen, Hunger und Kälte in der Sowjetunion, erst 1947 konnte sie nach Österreich zurückkehren. Hier widmete sie sich hingebungsvoll dem Aufbau der KPÖ, was sich als undank-

bare Aufgabe erwies. Sie fiel Zeit ihres Lebens durch alle Roste: Von ihren sozialdemokratischen Eltern erntete sie vor allem Kritik, in der Sowjetunion wurde sie als Frau eines angeblichen Volksfeindes diskriminiert und als „schlechte Kommunistin“ beschimpft. Zurück in Österreich mußte sie erleben, daß Emigranten, und besonders solche aus der Sowjetunion, wenig Ansehen genossen, in der KPÖ stieß sie mit ihrem verschwundenen Mann nicht auf das geringste Verständnis und wurde langsam aus dem organisatorischen Apparat entfernt. Als sie sich 1968 nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei von ihrer Partei und ihrem Weltbild trennte, wurde sie buchstäblich krank.

Es ist eine, vor allem durch ihre Ehrlichkeit beeindruckende Lebensgeschichte, geprägt von unglaublicher Zähigkeit und nie endenwollendem Verantwortungsgefühl. Rosa Puhm hätte sicher eine bessere Partei verdient.

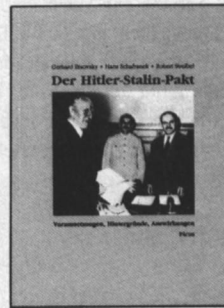
Gerhard Bisovsky/  
Hans Schafranek/Robert Streibel

### DER HITLER-STALIN-PAKT

Voraussetzungen, Hintergründe,  
Auswirkungen  
Picus Verlag, Wien 1990

Noch ein weltpolitisches Ereignis, das sich 1989 zum fünfzigsten Male gejhrt hat und endlich umfassend kritisiert werden kann: der „deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 1938“, der für die tausenden ermordeten Polen in Katyn, für Lettland, Estland und Litauen, für viele verschwundene und ermordete Kommunisten und Kommunistinnen unabsehbare Folgen zeitigte. Neben der Diskussion von Historikern aus sieben Ländern, warum Nazideutschland den Nichtangriffspakt für seine Kriegsführung so dringend benötigte, warum Stalin darauf einging und damit seine bisherige Politik und die offizielle Sprachregelung völlig umwarf - vom bisherigen „antifaschistischen Kampf“ auf Grund der rigiden Sozialfaschismustheorie und der verspäteten Volksfrontpolitik jetzt zum „antimperialistischen Widerstand“ -, bringt

dieser Band vor allem sehr interessante Beiträge von betroffenen Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die berichten, wie hart dieser neue Kurs der Sowjetunion sie getroffen hat. Meist schildern sie, wie sie sich nach und nach da-



von überzeugen lassen mußten, daß auch diese opportunistische Wende Stalins, die nicht nur zur Auslieferung vieler in die Sowjetunion geflüchteter Linker und zum Zusammenbruch des kommunistischen Widerstandskampfes in Nazideutschland führte, wohl ihre Richtigkeit habe. Diese kurzen Diskussionsbeiträge bieten einen tiefen Einblick in das Wesen des Stalinismus und die Vorgänge in stalinistisch organisierten Parteien. Es wird deutlich, wie sich die kommunistischen Parteien Europas mit einer Politik abfinden, die Hitlers Kriege fördert und beschleunigt und vielen ihrer Genossinnen und Genossen das Leben kostet.

Boris Chasanow

### DIE KÖNIGSSTUNDE

Deutsche Verlagsanstalt,  
Stuttgart 1990

In der ersten Erzählung in diesem Band - „Ich bin die Auferstehung und das Leben“ - leistet Boris Chasanow etwas faszinierendes: Er schildert, wie sich eine Kindheit im nachrevolutionären Rußland anfühlte. Die kindliche Hauptperson ist ängstlich um die Liebe seines jüdischen Vaters, eines verschlossenen, verwitweten Beamten, bemüht; in seiner jugendlichen Vorstellungswelt vereinigen sich Versatzstücke politischer Propaganda aus dem immer lauten Radio mit den folkloristisch gefärbten religiösen Geschichten, die ihm die russische Haushälterin Polina erzählt. „Die Tante kritisierte ihre Geschichten, weil die in ihren Augen

gleichzeitig antisowjetisch und 'gojisch' waren.“ Die politischen Ereignisse finden im Bewußtsein des heranwachsenden Kindes in bruchstückhafter Form ihren Wiederhall: das vegilbte Plakat mit dem Aufruf zur Befreiung von Thälmann im Hausflur wird für ihn ein Symbol vertrauten Alltags, Stalins Reden im Radio gewinnen erst durch die Reaktionen seines Vaters für ihn Bedeutung. Die Tatsache, daß der Mann der schönen Dame im fünften Stock als Volksfeind 'sitzt', wird im Hause als ebenso peinlich vermerkt wie die Tatsache, daß sie ihr Haar färbt. In ihren nächtlichen Alpträumen wird die uralte Aristokratin, die weiter in ihrer inzwischen kollektivierten Wohnung lebt, von ihrem gefallenen Bruder heimgesucht, der erst nach seinem Tode die Verkommenheit des russischen Adels kritisiert. Die Erzählung fesselt nicht nur durch den tragischen Konflikt des heranwachsenden Kindes mit seinem Vater, sondern durch die Dichtheit der Schilderung des Alltags im Stalinismus.

In der zweiten Erzählung „Der Duft der Sterne“ verdeutlicht Chasanow die Zwangsarbeit in Sibirien, die er in seinem sechsjährigen Aufenthalt nur allzu gut kennenlernte (er lebt seit 1982 in Deutschland, nachdem er wegen



Veröffentlichungen und Übersetzungen in der Untergrundpresse neuerlich verfolgt wurde). Dabei verwendet er einen überraschenden Kunstgriff: Er zeigt die unglaubliche Mühsal und Härte der Arbeitseinsätze zur Rodung der sibirischen Wälder aus der Sicht eines großen, alten, weißen Pferdes. Die Verrohung der geplagten Menschen, die Aussichtslosigkeit und Tragik ihres Schicksals kommt dadurch umso deutlicher zum Ausdruck.

„Die Königsstunde“ ist die Erzählung eines fiktiven Ereignisses, das einem skandinavischen

König zugeschrieben wird: Er kann sich aus der Erstarrung lösen, die die Besetzung seines Landes durch die Nazis hervorruft, aus seiner eigenen geregelten Normalität und protestantischen Ethik und entschließt sich, bei seinem rituellen Spaziergang einen gelben Judenstern zu tragen, was von seinen Untertanen begeistert nachgeahmt wird.

Michael M. Zwick

## NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN ALS POLITISCHE SUBKULTUR

Zielsetzung, Anhängerschaft, Mobilisierung - eine empirische Analyse  
Campus Verlag,  
Frankfurt/Main - New York 1990

Grob zusammengefaßt klingt das Ergebnis dieser Studie doch eher überraschend: die Sozialdemokratie könnte sich den Stimmenfang im (bundesdeutschen) Grünlager sparen, die GRÜNEN hingegen jedes Schielen auf eine Existenz als breite, mehrheitsfähige



Volksparterie. Beides erübrigt sich, denn die Wählerschaft der GRÜNEN besteht großteils aus Aktivistinnen und Aktivistinnen, Sympathisanten und Sympathisantinnen der neuen sozialen Bewegungen, d.h. Frauen-, Friedens-, Anti-AKW-, Antiimperialismus-, Ökologie-, Hausbesetzerbewegung, großteils hochgebildete Angehörige der Altersgruppe bis maximal 45.

In dieser anlässlich der Bundestagswahlen 1987 unternommenen Studie geht es um die Struktur der neuen sozialen Bewegungen und ihre Einstellung zur grünen Partei. Michael M. Zwick kommt zu dem Ergebnis, daß eine Schwächung der Wahlparterie auch negative Resultate für die Bewegungen hat - und umgekehrt. An Hand von Habermas' Theorie der

Kolonisation der Lebenswelten und Ingleharts These von der Entwicklung postmaterialistischer Werthaltungen untersucht er die politischen Zielvorstellungen der BewegungsträgerInnen und kommt zu dem Schluß, daß die neuen sozialen Bewegungen nicht als Ein-Punkt-Bewegungen betrachtet werden dürfen, sondern daß ihre BetreiberInnen eine Art vernetzter Subkultur bilden, die sich immer wieder zu jeweils aktuellen politischen Problemen melden wird.

Bei allem Mißtrauen gegen die sozialwissenschaftliche Erfassung jedweden gesellschaftlichen Phänomens scheint mir diese Studie doch eine Menge interessanter Theorien und Ergebnisse über die Motive und Methoden politischen Widerstands und die Organisationsformen und Diskussionen der neuen sozialen Bewegungen zu bringen.

Ellen Bass/Laura Davis

## TROTZ ALLEM

Wege zur Selbstheilung für sexuell mißbrauchte Frauen  
Orlanda Frauenverlag, Berlin 1990,  
Herausgegeben in Zusammenarbeit mit DONNA VITA

Im amerikanischen Sprachgebrauch nennen sich viele Frauen, die als Kind Inzestopfer wurden, 'survivors', d.h. Überlebende, womit sie einerseits die Schwere ihrer Verletzung, andererseits ihre Kraft und ihren Mut betonen; die reine Opferrolle zu verlassen und sich aktiv mit ihrem Problem auseinanderzusetzen. Die Aufzeichnungen der betroffenen Frauen sind unglaublich traurig, die Bestandsaufnahme der Folgen von sexuellem Mißbrauch niederdrückend. Auch beim Prozeß der Bewußtwerdung und des Aussprechens ihrer Verletzung müssen viele Frauen wieder Ungläubigkeit und gegen sie gerichtete Aggressionen erleben. Dieses Therapiebuch billigt jeder Frau ihren speziellen Weg zur Gesundung zu, es regt in Anlehnung an verschiedene therapeutische Konzepte eine Fülle von Ansätzen und Methoden an, das fehlende Körpergefühl und das vernichtete Selbstwertgefühl wiederzugewinnen, bietet Hinweise für FreundInnen, PartnerIn-

nen, Familienangehörige, BeraterInnen und TherapeutInnen, Literaturhinweise und die Adressen



von Beratungsstellen (auch für Österreich!). Endlich können sich die betroffenen Frauen ernst genommen fühlen und sich miteinander wehren.

Susun S. Weed

## HEILWEISE

Frauenoffensive, München 1990

Susun S. Weed steht mit ihrer Heilmethode in der Tradition der Weisen Frauen, die vor allem durch ihren Bezug zur Natur und über die Zusammenstellung der Nahrung heilten. Auch ihr geht es darum, sich wieder mit den (Wild-)Pflanzen anzufreunden und ihre Kräfte unverfälscht und unvermischt zu genießen. Recht beeindruckend finde ich ihre Kritik an der traditionellen Medizin und an den alternativen Heilmethoden der 'heroischen Tradition' mit ihren Verboten und Gewissenserforschungen. Sie vertritt auch den Gedanken, daß frau sich fragen soll, was ihre Krankheit für sie bedeutet und sich nicht sofort wie eine Maschine reparieren lassen soll.



Dieses sehr hübsch gemachte Buch bietet einen Einstieg in eine Gedankenwelt, in der weibliche Kräfte, die Kräfte der Natur und (in meinen Augen doch recht eklektizistisch zusammengestellte)

Riten der amerikanischen Ureinwohner bestimmend sind. Ich bin ja gar nicht so besonders für's Spirituelle, und schon gar nicht, wenn es so unausgewiesen und zusammengestückelt daherkommt, ganz zu schweigen von Literaturangaben, wo Marion Zimmer Bradleys mühsamer Roman „Die Nebel von Avalon“ und Castaneda neben Carol Gilligan und Heide Göttner-Abendroth stehen, aber falls eine liebe, ökofeministische Freundin Geburtstag hat ...

Shirley Shea

## KATZENSPRUNG

Orlanda Frauenverlag, Berlin 1990

„Katzensprung“ ist einer der wenigen Frauenkrimis, die nicht im enferntesten in der Szene spielen, sondern im gehobenen kanadischen Mittelstand, unter Frauen, die sündteuren Schmuck tragen und im eigenen Swimmingpool trainieren. Shirley Shea, die unter dem Namen Marion Foster den bekannten Coming-out-Krimi „Wenn die grauen Falter fliegen“ geschrieben hat, legt diesen Roman ausgesprochen hinterlistig



an. Es geht um eine Mordserie an Männern, die Angst und Schrecken auslöst und den Männern einen Eindruck vermittelt, wie sich Frauen meistens fühlen müssen und wie provokant da die weisen Verhaltensmaßregeln klingen, nachts dunkle Straßen zu meiden oder nicht allein auszugehen. Dieses Motiv gefällt mir gut, auch der komplizierte Handlungsaufbau, der die Spannung bis zum letzten Augenblick aufrecht erhält. Nicht so sehr kann ich mich dafür begeistern, wie einseitig, um nicht zu sagen gerechtfertigt hier Selbstjustiz erscheint, wie einseitig die Sinnlosigkeit von Gefängnisstrafen diskutiert wird. Aber vielleicht liegt

■ BÜCHER

gerade in diesem Unbehagen die Absicht von Shirley Sheas „Katzensprung“.

Rolf Wilhelm Brednich

### DIE SPINNE IN DER YUCCA-PALME

Sagenhafte Geschichten von heute  
Beck'sche Verlagsbuchhandlung,  
München 1990

Schon der Einstieg ist ein ausgesprochenes Vergnügen: ein Überblick über moderne Sagen, ihre Motive, ihre Funktionen und ihren Verbreitungsbereich. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen eines Projektseminars der Universität Göttingen haben die erste Sammlung von Alltagsmythen im deutschsprachigen Raum zusammengetragen: und tatsächlich klingen viele sehr vertraut. Die schreckliche Geschichte vom Pudel, der zum Trocknen in den Mikrowellenherd gestellt wurde und dies natürlich nicht übersteht, habe ich sogar in den Radionachrichten des ORF gehört; die Erzählung von der Yucca, die beim Gießen immer merkwürdige Geräusche produziert, bis man/frau dann den Blumenmarkt oder ein botanisches Institut anruft, habe ich zweimal mit allen Anzeichen der Glaubwürdigkeit erzählt bekommen. Und das ist eben das Hinreißende an den Geschichten: sie spielen heutzutage, verwenden das Verhaltensrepertoire und die Requisiten des modernen Lebens, auch wenn sie



auf uralten Motiven beruhen. Eines ihrer Hauptanliegen ist pädagogischer Natur: Heizlüfter, die am Rande der Autobahn stehen, können durchaus Radarfallen sein, was sich spätestens dann herausstellt, wenn verhärmte Polizisten an der Tür klingeln und ihr Gerät wiederhaben wollen. Die Grundaussage kann durchaus

mißtrauisch bis fremdenfeindlich sein: von dem Autostopper, der sich als höchst verdächtig entpuppt, bis zu der obligaten Blondine, die im Orient verschleppt wird. Und das Lustigste ist, daß viele Geschichten, so gruselig sie auch klingen mögen, vielleicht, mag sein, doch nicht ganz erfunden sind ...

### KURZ & BUCH

Jürgen Hammelehle (Red.)

#### ZUM BEISPIEL TOURISMUS

Lamuv Verlag, Göttingen 1990

„Tourismus ist wie Gift - an einer Überdosis stirbt man.“  
(Momodou Cham, Tourismusministerium Gambia)  
Der ursprünglich geförderte und begehrte Devisenbringer Tourismus hat sich inzwischen als Fluch für die Länder der „Dritten Welt“ entpuppt. Die ökologischen, sozialen und kulturellen Folgen des Tourismus (auch des



alternativen) stellen ein ernstes Problem dar. Dieser Band stellt nicht nur das Verhalten des europäischen Touristen so lebensrecht dar, daß man/frau sich entsetzlich schämt, sondern erarbeitet auch einen sinnvollen Verhaltenskodex für Urlauber.

Ernst Piper

#### DER AUFTSAND DER CIOMPI

Über den 'Tumult', den die Wollarbeiter in Florenz der Frührenaissance anzettelten  
Wagenbachs Taschenbucherei,  
Berlin 1990

Der Hungeraufstand der florentinischen Wollarbeiter im vierzehn-

ten Jahrhundert, einer der frühen Lohnarbeiterkämpfe und ein Beispiel sozialen Widerstandes, hat in der Literatur sehr verschiedenen Widerhall gefunden. Dieser schön illustrierte Band vermittelt durch die ausführliche



Darstellung der Ereignisse ein anschauliches Bild des damaligen florentinischen Alltags und verrät auch ihre touristisch nutzbaren Überreste und Erinnerungsstücke.

Ray Bradbury

#### DIE LAUREL & HARDY-LIEBESGESCHICHTE UND ANDERE ERZÄHLUNGEN

Diogenes Verlag, Zürich 1990

Der Meister des poetischen amerikanischen Klischees widmet sich in diesem Band vor allem emotionalen Katastrophen: der verlassenen Braut, die als Ban-



shee im Nebel jammert, dem Gespenst, das mangels allgemeiner Gespensterfurcht dahinsieht, verkrachten Liebesgeschichten, der qualvollen Langeweile der Kleinstadt, der drohenden Vergeudung von Alkohol und ähnlichem. Die Faszination scheint mir darin zu liegen, daß man/frau sich dauernd fragt, ob all diese Geschichten wohl lustig und spannend waren, als die Stereotype noch neu und noch nicht, trotz aller Verspieltheit, so ärgerlich waren.

Karin Lehner

### VERPÖNTE EINGRIFFE

Picus Verlag, Wien 1990

Die Historikerin Karin Lehner zeichnet in ihrer Dissertation an Hand umfangreichen Materials die Entwicklung der Reformbestrebungen um den § 144 in der Ersten Republik nach. Zwar war die SDAPÖ die einzige Partei, die zur Frage der Verhütung und Abtreibung programmatisch Stellung bezog, doch waren sämtliche ihrer Überlegungen von bevölkerungspolitischen Überlegungen geleitet.

Auf das Konzept der Menschenökonomie von Rudolf Goldscheid, das eine Koppelung eugenischer und sozialpolitischer Maßnahmen vorsah und in letzter Konsequenz die vermehrte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zum Ziel hatte, berief sich auch der reformfreudige Stadtrat des 'Roten Wien', Julius Tandler. Er trat für eine selektive Steuerung der Nachwuchsproduktion ein, damit „lebensunwertes Leben“, „Minusvarianten“ erst gar nicht geboren werden. Viele seiner Parteigenossen und -genossinnen im In- und Ausland teilten seine Auffassung rassistischer Zuchtwahl.

„Verpönte Eingriffe“ ist ein spannendes und informatives Buch, das gerade im Zuge der neuentflammten eugenischen Diskussion in der BRD gelesen werden sollte.

Renate Gölner



Ridha H. Ridha

### BUBBLES

Semmel-Verlach, Kiel 1990

Comics über die Mühen des Lebens an sich, dargestellt in den Gedankenbläschen, wie sie von den Leuten aufsteigen - innerhalb konventioneller Motive lustig und sophisticated.





Betr.:  
MONATSZEITUNG,  
Mai 1990

## „Europäische Integration“

►►► Also ehrlich, Herr Johan Galtung, Sie übertreffen Orwell bei weitem. Ihr geradezu grausamer Sinn für realitätsbezogenen Weitblick bezüglich des sich neu konstituierenden 'Vierten Reiches' ist bemerkenswert, aber nicht weiter verwunderlich. Sie bringen in ihrem Gespräch mit der MONATSZEITUNG zum Ausdruck, was mit Sicherheit die meisten Bundesbürger sich nicht einmal in ihren ärgsten Alpträumen auszumalen imstande sind. Das rechne ich jedoch in erster Linie den Leuten im mittleren bis gehobenen Alter zu - phlegmatisch und fett geworden, zu träge zu denken, hocken sie in ihren Stellungen und warten auf ihre Pension. Den meisten alten Kackern zuckt ein Glimmen durch die Augen, wenn es sich um die Wiedervereinigung handelt. Aber ansonsten tote Hose!

Der seit jeher deutsche Traum scheint wieder einmal in gefährliche Nähe gerückt zu sein. Offensichtlich greifbarer als je zuvor, wie Sie ganz richtig in ihrem Gespräch (MONATSZEITUNG) konstatieren. Es gibt eine ganze Menge autonomer und linksgerichteter sowie alternativer Gruppen der verschiedensten Schattierungen, welche ganz vehement gegen eine deutsche Wiedervereinigung skandieren. Von einem 'Vierten Reich', eingebettet und gehätschelt von den Anrainerstaaten (wie grotesk), wie die kürzlich in Frankfurt abgelaufenen Demos gezeigt haben.

Das Baby darf nicht geboren werden.

Hut ab, Herr Galtung!  
Servus, Günther Eberl,  
Landshut, BRD

Betr.: MONATSZEITUNG, Juni 1990  
„Die Gesellschaft entschleunigen!“  
GRATULIERE!

►►► Es tut gut, wieder einmal etwas Grundsätzliches zu lesen. Neue Ansatzpunkte, radikal formuliert, laden ein zum Weiterdenken. Angesichts der Verantwortlosigkeit der Linken ist es an der Zeit, neue Analysen anzustellen und neue Theorien zu entwickeln. So wird sie immer besser, die MONATSZEITUNG.

Mit besten Grüßen  
Siegfried Baumgartner, Linz

Betr.: MONATSZEITUNG, Juni 1990  
„Alles Deutschland“  
insbes. Wolfgang Harich  
Liebe Redaktion,

►►► unter der Prämisse „kritische, linke Geister kommentieren die Vereinigung der beiden Deutschländer“ (beides: Einleitung zum Streitgespräch) präsentiert sich eine 4 + 2 ExpertInnenrunde (klar, Frauen reden bei uns mit ... Katrin Rohnstock bleiben dann auch zirka 9% aller Wortmeldungen vorbehalten, Anne Harich darf zumindest die Optik auflockern) der geneigten LeserInnenschaft. Unter ihnen findet der bereits im Januar 1990 befragte Wolfgang Harich seinen Platz als „Philosoph und als Literaturwissenschaftler (a.a.O.), vormals „Philosoph und Ökologe“ (1/90, S. 3) genannt. Stauen!

Sollte mich mein wie immer gearteteter Geist nicht schon gänzlich täuschen, oder handelt es sich bei selbigem Opponenten doch um jenen Mann, den der jüngst erst rehabilitierte Walter Janka in seinem Buch „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ (Rowohlt 1989, Nr. 12731) als den Prototypen eines heuchlerischen Denunzianten beschreibt und dem er u.a. die Verurteilung zu mehreren Jahren Haftstrafe in einem politisch eminent wichtigen Prozeß verdankt?

Doch machen wir uns einmal selbst ein Bild von den Äußerungen dieses alten Kommunisten, der ja schließlich „historisch-materialistisch“ (S. 27) denkt!

War im Januar noch die Abwendung der „ökologischen Krise“ (S.4) sein Hauptanliegen, klärt er uns nun über den fehlenden „gesunden natürlichen Patriotismus“ der linken, fortschrittlichen Kräfte auf. Was beunruhigt ihn nicht alles am amputierten Deutschland („1955 die Festschreibung der Zweistaatlichkeit als Deutschlands größtes (!) Unglück ...“, „die DDR war vom Wirtschaftswunder ausgeschlossen und mußte statt dessen Reparationsleistungen tragen“, „die Linke hat den Rechten die nationale Frage zugespielt, weil sie sich dagegen stellte“ ( alle: S. 22-27), tröstlich genug, daß „die Zweistaatlichkeit Deutschlands die Garantie des europäischen Friedens (S. 23) gewesen ist. Wen wundert's, daß die „herrschende Klasse in der BRD“ sich den Vorwurf gefallen lassen muß, in der Frage der NATO-Integration „antinational“ gehandelt zu haben.

Daß entgegen Harichs Lamento (S. 23) nicht mehr allzu viele Linke gegen die „Wiedervereinigung Deutschlands“ eingestellt sind, zeigt übrigens in überzeugender Manier Wolfgang Schneiders Artikel „Auch '33 schon“ im Juni-Heft von „konkret“, dort finden sich interessante Ansätze zur Verwirrung, was sage ich, Vernebelung der kritischen, linken Geister.

Mit solidarischen Grüßen,  
Rainer Scholz, Wien

**Sie tun Wolfgang Harich Unrecht.  
Er selbst ist in Honeckers DDR jahrelang in Haft gewesen.  
Die Red.**

Betr.: MONATSZEITUNG, Juni 1990,  
„Otto, der Letzte“

►►► Dieser Mann ist zu intelligent, um ihn als Dummkopf hinstellen zu können. Bleibt nur eine Intention: Er ist gemeingefährlich, ein Fossil der schon unglaublich verbrecherisch gewesenen Christenpolitik der Habsburg-Dyna-

stie. Einem Mandela oder Mugabe kann er sicher nicht das Wasser reichen.

„Otto, der Letzte“ ist die richtige Bezeichnung für ihn; werft ihn auf den Abfallhaufen der Geschichte!  
Klaus Eickhoff,  
Hannover, BRD

Betr.: MONATSZEITUNG, Juni 1990,  
„Comics“  
Liebe Leute,

►►► normalerweise loben (oder kritisieren) Leserbriefschreiberinnen ja den Text - dem Lob kann ich mich im übrigen großteils anschließen. Auch wenn Ihr Euren Lesern und Leserinnen ein gehöriges Wechselbad an sehr guten, kritischen und tiefeschürfenden Artikeln einerseits und ziemlich nichtssagenden Geschichten andererseits bietet.

Der eigentliche Grund meines Schreibens ist, daß ich finde, es sollte endlich auch einmal der Zeichner Eurer Cartoons gelobt werden. Sein Erstlingswerk (ist es das überhaupt oder gibt es ihn in anderen Zeitungen auch zu bewundern?) war ja, wenn mensch die MONATSZEITUNG-Redaktion nicht kennt, ja noch nicht so toll, die letzten aber - Hut ab! Besonders viel gelacht haben meine FreundInnen und ich über das gefährliche Leben der Politiker, böse, witzig und einfallsreich!

Mit der Bitte, dieses Lob an Euren Zeichner weiterzuleiten,  
Andrea Hofstetter, Wien.

**Gerhard Schattauer zeichnet exklusiv für die MONATSZEITUNG.  
Die Red.**

Betr.: MONATSZEITUNG,  
allgemein

Liebe MOZ'ler,  
►►► Ich muß Euch noch ein großes Lob aussprechen. Das, was Ihr an inhaltlicher Auseinandersetzung bietet, hebt sich wirk-►

lich ab von den sogenannten etablierten Medien. Zum Beispiel Eure letzte Nummer der MONATSZEITUNG vom Juni war von der Themenauswahl allemal ihr Geld wert. Das Ullrich-Interview halte ich für wegweisend. Der Bericht über Schweden war längst überfällig angesichts der dortigen Veränderungen, und auch die Titelstory versprach ein spannender Beitrag zu einem Schwerpunktthema unserer Zeit zu sein.

Ihr versucht immer wieder, Bereiche zu erarbeiten, die in anderen Zeitungen oft untergehen.

Und jetzt: nach dem Lob der Tadel! Irgendwie schafft Ihr es nicht, Eure Beiträge interessant und für den Leser angenehm zu gestalten. Das gilt natürlich nicht für alle Artikel und nicht für jede Ausgabe. Aber ich muß mich wirklich oft genug durch Texte durchquälen. Da bleibe ich dann nur deshalb bis zum Schluß dabei, weil das Thema mich so maßlos interessiert. So geht es übrigens auch einigen Freunden von mir, die regelmäßig die MONATSZEITUNG lesen. Vielleicht solltet Ihr bedenken, daß

nicht alle Eure Leser intellektuelle Wortwulst-Liebhaber, Nebensätze-Tüftler und Fremdwortfetschisten sind.

Ich persönlich möchte ein Magazin auch mal in der Straßenbahn lesen können.

Viele freundliche Grüße,  
Karl Sebald, Graz

Betr.: MONATSZEITUNG,  
**allgemein**  
Hallo MOZ'ler,

▶▶▶ ich habe das Probeexemplar Eurer Zeitung durchgelesen und mich entschlossen, sie zu abonnieren. Da ich Schüler - noch kein Student - bin und z.Zt. nirgendwo einsetze, ist natürlich keine Verbilligung vorgesehen. Doch lebe ich von Waisenhilfe und Gelegenheitsjobs und würde mich deshalb über eine kleine Ermäßigung riesig freuen. Wenn dies jedoch (aus Gründen der Finanzierung Eurer Zeitung) nicht möglich ist, zahle ich selbstverständlich den vollen Preis, denn für klug geschriebene Worte fällt mir eine

kleine Entbehrung doch nicht zu schwer. Falls Ihr irgendeinen Nachweis braucht, dann meldet Euch; ich schicke ihn nach, ansonsten noch viel Glück und Energie für Eure gelungene Arbeit.

Tschau,  
Axel Ellinger,  
Ludwigsburg, BRD.

**ERRATA:**

„Wer ist Katharina Zara?“  
MONATSZEITUNG, Juni 1990  
Katharina Zaras erstes Buch heißt nicht „Die Machthaber“, sondern „Die Rechthaber“. Wir bitten, den Übertragungsfehler zu entschuldigen.

Die Red.

„Autonomie in Bewegung“  
MONATSZEITUNG, JUNI 1990  
Der Vorankündigungstext zur 6. Österreichischen Frauensommeruniversität in Wien wurde nicht von Elke Raab allein verfaßt, sondern gemeinsam von allen Frauen der Vorbereitungsgruppe.

**IMPRESSUM:**

**Inhaber, Herausgeber, Verleger, Anschrift der Redaktion:**  
GAV Grün-Alternativ Verlagsges.m.b.H.,  
Neulerchenfelderstr.12, A-1160 Wien,  
Tel. 0222/408 35 71,  
Registernummer: DVR 0552917,  
Bankverbindung: CA 0245 4051/77  
Volksbank Seeheim eG BLZ 508 648 08,  
KTO. 58 297, TELEX 111322 GAVCO,  
Telefax: 0222/408 38 32

**Geschäftsführung:**  
Abdul Ghani Elmani

**Redaktion:**  
Hannes Hofbauer, Karl Lind,  
Christof Parnreiter, Ulrike Sladek

**Produktionsleitung:**  
Margarete Neumann

**Ständige AutorInnen:**  
Wolfgang Beyer, Jutta Dittfurth, Christian Feichtinger, Erica Fischer, Susi Harringer, Michael John, Andrea Komlosy, Birge Krondorfer, Susi Riegler, Franz Schandl, Günter Schneider, Rainer Werning

**AutorInnen dieser Ausgabe:**  
Ulrich Brand, Frank Braßel, Otto Eder, Maria Florez-Estrada, Renate Göllner, Peter Jirak, Sylvia Jura, Kerstin Kellermann, Birge Krondorfer, Ursula Kubes-Hofmann, Ilse Rollett, Viorel Roman, Gerhard Scheit, Igor Schellander, Sascha Schipflinger, Dietmar Schobel, Dietrich Schulze-Marmeling, Immanuel Wallerstein, Christine Weber-Herfort, Susan Zimmermann  
**Volontariat:** Heike Galley

**Fotos:**  
AUF-Archiv, Frank Braßel, CONTRAST/Himmel/Hinterleitner/Lesinger/Schuh, Elefantpress Berlin, Hannes Hofbauer, Roy Lichtenstein, Karl Lind, Moebius, MOZ-Archiv, Margarete Neumann, Gabriele Prosek, Viorel Roman, Gisela Scheubmayr, Günter Schneider, Dario Santangelo, Andrea van der Straeten, VOTAVA,

**Grafik:** Gisela Scheubmayr  
**Lektorat:** Helga Pankratz  
**Satz:** GAV

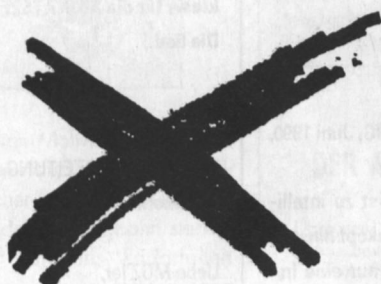
**Anzeigenabteilung:**  
Gerhard Schattauer  
**Abonnement:** Christine Elmani  
**Buchhaltung und Sekretariat:**  
Petra Dorrek

**Druck:**  
Strohhal Druck, Tenscherstraße 7, 1230 Wien  
**Vertrieb:**  
Österreich: Morawa & Co,  
BRD: Neuer Konkret Verlag GmbH,  
Osterstraße 124, 2000 Hamburg 20,  
Schweiz: Kiosk AG, Maulbeerstraße 11,  
3001 Bern. Nachdruck muß mit dem Verlag  
abgesprochen werden.  
Namentlich gezeichnete Artikel und  
Kommentare geben nicht unbedingt die  
Meinung der Redaktion wieder.

**Eigentumsvorbehalt**  
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.  
Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Die nächste MONATSZEITUNG  
erscheint am 31. 8. 1990

A L T E R N A T I V E  
**MONATSZEITUNG**  
M O Z FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR



sucht für die nächste Produktion  
(14. - 21. August 1990)  
und für die folgenden eine/n  
**Desk Top Publisher/in**  
(für Reinzeichnungen am Apple-Computer/Ready, Set, Go!)

Anrufe erbeten ab Anfang August in der Redaktion  
unter Telefonnummer 408 35 71/Margarete Neumann  
(Produktionsleitung)

*Robert Weninger*  
*Zum Thema Müllverbrennung*

# DIE FEUERTEUFEL

*Welt in Flammen*



**FAMA**  
Dokument

**208 Seiten, Broschur,  
öS 198,--/DM 29,--  
ISBN 3-900 979-03-0**

**Über den Verlag: FAMA Verlag, Seidengasse 28/2, 1070 Wien,  
oder über den Buchhandel zu beziehen.**

# betrifft: PATENSCHAFTEN



**In der DDR stand die MONATSZEITUNG vor kurzem noch auf der Liste der verbotenen Gegenstände. Der realsozialistische Staat mutete seinen Bürgern diese Zeitschrift nicht zu. Dafür beglücken heute die großen Medienriesen unsere östlichen Nachbarn mit einer Flut von Publikationen. Den so Verunglückten möchten wir eine Alternative bieten.**

## **ABO-PATENSCHAFTEN IN DEN OSTEN**

Die Nachfrage ist da, das Geld fehlt. Daher treten wir an MONATSZEITUNG-Leser und -Leserinnen mit der Bitte heran, Abo-Patenschaften für interessierte Leute im Osten einzugehen.

### **Wie funktioniert das?**

Die Paten zahlen den Preis eines normalen Inlands-Abos, wir übernehmen die Versandkosten. Das Buchgeschenk, auszuwählen auf der Bestellkarte im Heft, geht an den Paten oder die Patin.

**Kupon ausfüllen und absenden an:**

**MONATSZEITUNG Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Telefon 0222/408 35 71**

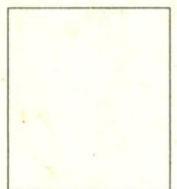
**Ich möchte für die Aktion Abopatenschaft ein Jahresabo der MONATSZEITUNG stiften. Die Rechnung über ÖS 320,- senden Sie an meine Adresse:**

**Name:** \_\_\_\_\_

**Adresse:** \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Datum:** \_\_\_\_\_

**Unterschrift:** \_\_\_\_\_



**MONATSZEITUNG**

Neulerchenfelder Straße 12  
A-1160 Wien